

Familie & Beruf



Gisela Notz

„In der Familie stecken die Frauen...“

Andreas Lange

Entgrenzungen von Familien und Arbeit

Svenja Pfahl

Arbeits- und Familienzeiten – aus Sicht von Eltern und Kindern

Klaus Dörre

Arbeitnehmer zweiter Klasse?

Im **Forum DL21** u.a.:
Joachim Schuster, Ralf Stegner, Karl Lauterbach, Interview mit Gabriele Schmidt (ver.di)

Von Thomas Westphal

Welcher Zusammenhang existiert zwischen einem landesweiten Saufgelage in Spanien und den Landtagswahlen in drei deutschen Bundesländern? Nein, nein nicht der Kater, der bei vielen Beteiligten am nächsten Morgen nachhaltig festzustellen ist. Der Zusammenhang besteht vielmehr in seiner Gegensätzlichkeit. Die Landtagswahlen, angekündigt als der erste große politische Test für die große Koalition, fanden quasi ohne Wähler statt. Sachsen-Anhalt überflügelte alles bisher Dagewesene und schaffte eine Wahlbeteiligung von knapp 43%. Politisch blieb alles wie es war. Aber immer mehr Menschen haben sich verabschiedet von dieser Demokratie und kümmern sich um ihre persönlichen Dinge. Ganz anders die spontane Einladung in vielen spanischen Städten zu einem landesweiten öffentlichen Massenbesäufnis. Auslöser war eine Massenparty in Sevilla. Studenten hatten über SMS-Botschaften etwa 5000 Menschen zusammengetrommelt und mit reichlich Alkohol das Ende der Prüfungszeit gefeiert. Andere Städte wollten diese Zahl daraufhin überbieten. Allein in Granada im Süden des Landes kamen angeblich mehr als 20.000 Menschen zusammen. In rund 20 Städten hatte es Aufrufe zum Massenbesäufnis gegeben. Während man also eine Landtagswahl ohne Wähler gewinnen kann, braucht man für eine Saufparty, die in die Zeitung kommen soll, schon eine echte Massenmobilisierung.

Im Ernst: Im spanischen Vorgang steckt erhebliche Symbolkraft für das gestörte Verhältnis zwischen Politik, Staat und der jüngeren Generation auch in unserem Land. Neben der Tatsache, dass die Spanier sich zu einem fragwürdigen Zweck massenweise verabreden, ist vor allem die Vermittlung dieser Verabredung interessant. Wenn es bereits eine Sensation wäre, dass sich mehrere Zehntausend zu einem Saufgelage treffen, dann müsste die deutsche Boulevard-Presse ja jedes Jahr zum Oktoberfest in großen Buchstaben melden: „6,5 Millionen Menschen verabreden sich zum Massenbesäufnis in der bayerischen Landeshauptstadt“. In Spanien aber wurden die Massen per SMS mobilisiert.

Hier sind wir dann bei unserem eigentlichen Zusammenhang der Ereignisse. Die jüngeren Menschen melden sich nicht nur vom offiziellen Betriebsgefüge zwischen Gesellschaft, Staat, Wirtschaft und Institutionen ab und ziehen sich ins Private zurück, sie haben darüber hinaus längst eigene Inhalte und Regeln der täglichen Kommunikation, des Austausches von Weltansichten, der sozialen Kleindiplomatie im Freundeskreis und der Problemlösung gefunden. Dabei spielt die Sehnsucht nach Bindung und Gemeinschaft, nach Zusammenkünften und der Geborgenheit in Netzwerken eine erhebliche Rolle.

Kurzum: Zur Orientierung und eigenen sozialen Platzzuweisung in einer unübersichtlichen komplexen Gesellschaft, tritt an die Stelle alter Milieuzugehörigkeiten und ideologischer Standpunktfestigkeit nunmehr das Ritual des öffentlichen Massenevents. Dabei sind die Anlässe vollkommen beliebig und reichen vom Massenbesäufnis in Sevilla über den Papstbesuch in Köln bis zur Fußballweltmeisterschaft. Aber die Teilnahme an Wahlen gehört definitiv nicht dazu.

Es erscheint mir auch für reformerische Perspektiven von fundamentaler Bedeutung, diesen Effekt richtig zu verstehen.

Das reingold- Institut stellt in einer beachtlichen Studie fest: „Die Dramatik des jugendlichen Alltages erwächst nicht mehr aus dem Generationenkonflikt oder aus dem Streit um die richtige Weltanschauung. Der Alltag wird dramatisch aufgeraut durch die vielen kleinen Konflikte, Kränkungen, Beziehungskrisen und private Brandherde, die in den unterschiedlichen Bezugsgruppen jederzeit hervorbrechen können. Viele Jugendliche fühlen sich wie kleine Joschka Fischers: Sie sind in ihrem Freundeskreis in ständiger diplomatischer Mission unterwegs, um auflodernde Disharmonien zu schlichten.“

Da dank moderner Kommunikationsmittel die Zahl der Kontakte, Bekanntschaften und Freundschaften die heute lose gepflegt werden, den sozialen Wirkungskreis früherer Generationen bei weitem übersteigt, wächst sich das Bemühen, Bindungen zu stabilisieren, aufzufrischen und die Freunde zufrieden zu stellen, zu einer wahren Besessenheit aus. Neben Schule und Beruf gibt es für viele keine andere Alltagstätigkeit als diese soziale Kleindiplomatie. Das Handy ist dabei so etwas wie die Nabelschnur zum Netzwerk und das nächste Massenevent die ersehnte Trutzburg gegen jede Verlustbedrohung.

Kurzum: Die Auflösung markanter und präziser Standpunkte ist nicht Ausdruck einer Charakterschwäche oder politischer Inkompetenz der Jugendlichen. Sie ist Kennzeichen ihrer sozialen Kleindiplomatie mit der sie versuchen, in ihrem Alltag Konflikte auszugleichen, Bündnispartner ins Boot zu holen und alle Beziehungen in der Balance zu halten.

*

Nicht selten beschleicht mich der Gedanke, dass diese Phänomene längst nicht auf die jüngere Generation beschränkt sind. Die soziale Kleindiplomatie hat allemal Einzug gehalten in die Reihen der Parlamente, Parteitage und der politischen Planungsstäbe. Politisches Talent misst sich weniger an der Tiefe und Präzision der Analyse und den Fähigkeiten der Umsetzung als vielmehr an der Vernetzung mit den Gruppen und Strömungen in einer Partei.

Aber nicht nur markante Standpunkte lösen sich auf. Bei dem Rückzug ins Private und dem enormen seelischen Aufwand zur Pflege der Beziehungsnetze geht offenbar auch der berufliche und soziale Ehrgeiz verloren. So zeigt die aktuelle Sinus-Studie einen weitgehenden Verlust des ehemaligen „Aufstiegsorientierten Milieus“. Bisher war jede reformpolitische Strategie davon ausgegangen, dass in der Mobilisierung der Leistungsträger in den gesellschaftlichen Mittelschichten der Schlüssel zur Erlangung einer gesamtgesellschaftlichen Hegemonie liegt. Was aber, wenn sich diese Leistungsträger in der Abfolge der Generationen verflüchtigen und nur noch eine breite bürgerliche Mitte mit der Sehnsucht nach Harmonie, Sicherheit und ewiger Jugend überbleibt?

Kurzum: Leistung, Produktivität, Mut, Wille und Erfolg müssen als wichtige Werte und Symbole eines fortschrittlichen Diskurses wieder neu betont und gegen Angst, Beharrung, Experimentalismus und Verantwortungslosigkeit gleichermaßen ins öffentliche Bewusstsein gebracht werden. Gewiss nicht einfach in einer Welt im Umbruch ohne greifbare Zukunft. Aber unerlässlich für eine Vision mit deutlichen Konturen.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

- Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
- Klaus Dörre (Recklinghausen)
- Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
- Michael B. Krätke (Amsterdam)
- Uwe Kremer (Dortmund)
- Detlev von Larcher (Weyhe)
- Benjamin Mikfeld (Bochum)
- Susi Mobbbeck (Magdeburg)
- Andrea Nahles (Weller)
- Horst Peter (Kassel)
- Rene Rösper (Hagen)
- Thomas Sauer (Möln)
- Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
- Thomas Westphal (Dortmund)
- Ulrich Zachert (Apsen)

Redaktion:

- Thorben Albrecht
- Ulf Banschus
- Björn Böhring
- Tanja Breiter
- Stefanie Gerszewski
- Sebastian Jobelius
- Oliver Kaczmarek
- Anja Kruke
- Lars Neumann
- Svea Reiners
- Reinhold Rünker
- Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo.office@leifhingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

-spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 34,-

(bei Bankenzug Euro 32,-)

Auslandsabonnement Euro 37,-

Abbestellungen mit einer Frist

von drei Monaten zum Jahressende.

Wir freuen uns über Manuskripte und

Zuschriften. Wenn möglich, sollen

Manuskripte per Email oder auf einer

MS-DOS/Windows-formatierten Diskette

mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2006.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Reinhold Rünker, Leichlingen

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Noite-Druck, Isertönn
 1-2 Tausend, April 2006

Kurzum	2
<i>Joachim Schuster</i>	
Eckpunkte für ein neues Grundsatzprogramm	4
<i>Steffen Reiche</i>	
Bildungsgerechtigkeit statt elitärer Geldgeschenke	5
<i>Ralf Stegner</i>	
Basta, nein danke!	6
<i>Dokumentation: Erklärung Forum DI21 v. 04.03.2006</i>	
Föderalismusreform breit diskutieren und optimieren	7
<i>Karl Lauterbach</i>	
Gesundheitsreform entschlossen angehen!	8
<i>Marco Bülow, Michael Müller und Ernst-Dieter Rossmann</i>	
Die Energiepolitik ist die Schlüsselfrage dieses Jahrhunderts	9
<i>Thorben Albrecht</i>	
Gewerkschaftliche Europapolitik im Aufwind	10
<i>Mathias Lomb</i>	
Der Frühling der Gewerkschaften?	11
<i>Interview mit Gabriele Schmidt</i>	
Schlichtung gescheitert	12
Personen und Positionen	13

SCHWERPUNKT: FAMILIE & BERUF

<i>Barbara König, Claudia Walther</i>	
Einleitung zum Schwerpunkt	14
<i>Gisela Notz</i>	
„In der Familie stecken die Frauen...“	15
<i>Bärbel Dieckmann</i>	
Perspektiven für eine zukunftsorientierte Kinder- und Familienpolitik	18
<i>Andreas Lange</i>	
Entgrenzungen von Familien und Arbeit	19
<i>Klaus Dörre</i>	
Arbeitnehmer zweiter Klasse?	23
<i>Christina Stockfisch</i>	
Vorfahrt für Familien – zentrales Handlungsfeld für Gewerkschaften	27
<i>Christiane Lindecke</i>	
Familienfreundlichkeit im Betrieb – Anspruch und Wirklichkeit	29
<i>Svenja Pfahl</i>	
Arbeits- und Familienzeiten – aus Sicht von Eltern und Kindern	32
<i>Bettina Kohlrausch</i>	
Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik	35
spw-Gespräch mit Barbara König und Petra Hepenstrick	
Zurück an Heim und Herd?	37

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Edgar Göll</i>	
Im Süden etwas Neues?	41

THEORIE & STRATEGIE

<i>Asiye Öztürk, Thilo Scholle</i>	
Alle anders – alle gleich!	44
<i>Christa Randzio-Plath</i>	
Weit entfernt von einer Geschlechterdemokratie – Gender und die UN-Millenniumsziele ..	47
<i>Gerald Reichenbach</i>	
Innere Sicherheit: Aufgaben der Zukunft	49
<i>Heiko Wessel, Wolfgang Hellmich, Burkhard Blienert, Thomas Dahlmann, Roland Radtke, Dirk Presch</i>	
Lebendige Mitgliederpartei:	
Von der organisierten Gesellschaft zur Reorganisation der Gesellschaft	54
Rez.: Hubertus Heil/Juliane Seifert, Soziales Deutschland (Knut Lambertin)	58
Rez.: Heinz-J. Bontrup, Arbeit, Kapital und Staat (Ralf-Michael Marquardt)	59

Eckpunkte für ein neues Grundsatzprogramm

DL21-Frühjahrstagung

Von Joachim Schuster

Die Programmdebatte in der SPD schleppt sich nun schon mehrere Jahre hin ohne die Partei bisher wirklich ergriffen zu haben. Nach den Vorstellungen der Parteiführung soll die Debatte nicht wie ursprünglich geplant 2006 sondern erst 2007 mit einem Programmparteitag abgeschlossen werden. Zu Beginn dieser abschließenden Phase sollen im April Programthesen-

neue Herausforderungen gefunden werden. Diese Zielsetzung wird nur erreichbar sein, wenn es in dem kommenden Monaten gelingt, eine Debatte zu initiieren, die die Partei in ihrer Breite erreicht und nicht nur in wenigen Zirkeln geführt wird.

Das Berliner Programm bildet dafür einen wichtigen Ausgangspunkt. Die dort formulierten grundlegenden Orientierungen soll-

ten beibehalten werden. Allerdings bedarf es auch wichtiger inhaltlicher Weiterentwicklungen. Dazu hat die DL 21 versucht einen Beitrag zu leisten.

Michael Guggemos befasste sich in seinem Referat mit den Perspektiven eines neuen Wachstumsmodells. Sein Plädoyer für eine ökonomische Re-Alphabetisierung zielt im Kern darauf, in der Partei wieder zu verankern,



Joachim Schuster

kein umfassender Programmentwurf – als Basis für die breite Diskussion in der Partei vorgelegt werden. Auf der Tagung von DL 21 hat SPD Generalsekretär Hubertus Heil zudem den Anspruch formuliert, eine offene und lebendige Debatte zu führen, die in der Lage ist, neue programmatische Ideen hervorzubringen. Was ist das Ziel einer solchen Debatte aus Sicht der Linken?

Nach den rot-grünen Regierungsjahren steht die Partei vor der schwierigen Aufgabe, während einer großen Koalition eine inhaltlich-programmatische Neubestimmung vorzunehmen, die die Basis für eine eigenständige Profilierung der SPD als Partei sozialer Gerechtigkeit ermöglicht. Dabei müssen offensichtliche inhaltliche Fehlorientierungen der jüngeren Vergangenheit – die lange Liste der verlorenen Landtagswahlen wie auch der Verlust der rot-grünen Regierungsmehrheit sind nicht vom Himmel gefallen – ebenso korrigiert wie Antworten auf

dass ökonomische Prozesse keine einfachen Ursache-Wirkung-Ketten sind, sondern immer im Gesamtzusammenhang mit ihren komplexen Wechselwirkungen betrachtet werden müssen. Dabei müsse seiner Auffassung nach mit weit verbreiteten aber deswegen keineswegs richtigen Glaubenssätzen gebrochen werden, wie etwa das angebliche Lohnkostenproblem der deutschen Wirtschaft, die angeblichen strukturellen Verkrustungen des Arbeitsmarktes oder dem leichtfertigen Gerede von einer zu überschreitenden Beschäftigungsschwelle von knapp 2%, bevor Wirtschaftswachstum zu mehr Beschäftigung führe. Notwendig sei dagegen eine Wirtschaftspolitik, die die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit einer gezielten Industriepolitik zur selektiven Förderung einzelner Branchen verbindet. Ökologische Grenzen einer solchen Wachstumsstrategie bestünden nicht, soweit Wachstum mit einer deut-

lichen Steigerung der Ressourcenproduktivität einhergeht. Beispielsweise sei eine entscheidende Frage, auf welche Technologien bei der ohnehin notwendigen Erneuerung der Kraftwerke in Deutschland gesetzt wird. Wirtschaftliche Wachstumsimpulse werden davon angesichts eines geschätzten Investitionsvolumens von 70 bis 80 Mrd. auf jeden Fall ausgehen. Weitere – ökologisch verträgliche – Wachstumsimpulse könnten darüber hinaus über einen Ausbau regional orientierter Wirtschaftsbereiche – häufig personenbezogene Dienstleistungen – generiert werden. In diesen Bereichen setze sich zudem Wachstum sehr direkt auch in einen Beschäftigungsanstieg um.

Die beiden weiteren Referate der Tagung von Agnes Streissler von der Arbeiterkammer in Wien und Frank Teichmüller, dem ehemaligen Bezirksleiter der IG Metall Küste, verwiesen darauf aufbauend auf zwei weitere zentrale Diskussionsbereiche. Agnes Streissler setzte sich mit der Perspektive eines neuen europäischen Sozialmodells auseinander. Dabei unterstrich sie die Bedeutung einer inhaltlichen Richtungsänderungen der restriktiven und vor allem auf Deregulierung gerichteten Wirtschafts- und Währungspolitik der EU. Zudem sei die Etablierung eines europäischen Sozialmodells keine alleinige Aufgabe der EU sondern erfordert in vielen bedeutsamen Politikfeldern umfassende Reformen in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Frank Teichmüller stellte sich der Frage, welche Modifikationen am Konzept der Wirtschaftsdemokratie, welches im Berliner Programm der SPD einen zentralen Stellenwert einnimmt, angesichts der Veränderungen der letzten Jahre erforderlich sind. Im Kern argumentierte er, dass das bisherige System der Arbeitsbeziehungen vor allem durch stärkere Mitbestimmungselemente auf Unternehmensebene ergänzt werden muss und dass eine Europäisierung der Gewerkschaften wie auch einzelner Mitbestimmungselemente unabdingbar ist. Nur in einer solchen Konzeption ließen sich sowohl die Demokratie in der Wirtschaft stärken als auch die Wirtschaft in die Demokratie integrieren.

Auf der Tagung wurden Themen aufgerufen, die bei der zukünftigen Programmdebatte einen Schwerpunkt aus Sicht der Linken bilden sollen. DL 21 wird diese offensiv in die Debatte einbringen. Gleichzeitig wird darauf zu achten sein, dass die Programmdebatte nicht losgelöst von der Realpolitik in der Großen Koalition zur Spielwiese für theoretisch interessierte GenossInnen wird, sondern dass die programmatischen Impulse sich so weit wie möglich schon in der Regierungspolitik niederschlagen. Denn nur mit einer solchen Einheit von Programmatik und Handeln lässt sich politische Glaubwürdigkeit erlangen.

Bildungsgerechtigkeit statt elitärer Geldgeschenke

Das Elterngeld befördert Mitnahme-Effekte, aber keine Gerechtigkeit

Von Steffen Reiche

Zurzeit ist die große Koalition dabei, mit einer kleinen Lösung ein großes Problem anzupacken und dabei den Staat nicht nur unübersichtlicher, sondern auch unsozialer zu machen und zur Lösung der beiden großen genannten Probleme bestenfalls Impulse zu geben.

Eine klare, nachhaltige Entscheidung wäre, den Kindergärten für alle Kinder vom dritten Lebensjahr an zumindest in der bildungsintensivsten Zeit von 8:00 bis 12:00 Uhr deutschlandweit elternbeitragsfrei zu machen und ihn damit strukturell der Wahrnehmung des Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrags der Schule gleich zu stellen. Der Vorteil ist, dass – anders als zum Beispiel bei Kinderfreibeträgen, Elterngeld und steuerlicher Absetzbarkeit der Betreuungskosten – alle Kinder und deren Eltern gleich behandelt werden. Nur so vollziehen wir in der gesamten Gesellschaft den notwendigen Paradigmenwechsel und zugleich einen Wechsel des Gesamtklimas in der Gesellschaft zu Kindern und ihrer frühkindlichen Bildung.

Im Rahmen der Arbeit der Föderalismuskommission müssten dafür die Finanzbeziehungen so entwickelt werden, dass die Kommunen in der Lage sind, den verbleibenden kleinen Prozentsatz der Kosten, der zur Zeit durch die Elternbeiträge finanziert wird, zu übernehmen. Das sind nur ca. 10 % der Gesamtkosten. Wenn man Essengeld und andere Nebenabgaben hinzurechnet wird man realistisch eher von 15 % ausgehen müssen. Der Rest wird schon jetzt durch die Träger, Kommunen und Länder finanziert. Ökonomen wie z.B. Dieter Dohmen weisen immer wieder darauf hin, dass die Kosten für Kindertagesbetreuung vorrangig von den Kommunen getragen werden, der gesellschaftliche Nutzen aber beim Bund und auch bei den Ländern anfällt. Die Perry-Preschool-Study verweist darauf, dass für jeden in Kindertagesbetreuung investierten Dollar ein

wirtschaftlicher Nutzen von 12,90 Dollar entstand.

Ohne eine solche Regelung sind Länder und Kommunen im Rahmen der Föderalismusreform II (Finanzbeziehungen) weder in der Lage noch bereit dazu. Wenn jedoch alle die Notwendigkeit dazu erkennen, wäre gerade dieser Zeitpunkt dafür am besten geeignet.

Konsequenterweise sollte in einigen Jahren auch über eine Pflicht, einen Kindergarten oder eine Kindergruppe zu besuchen analog der Schulpflicht entschieden werden. Das fraglos auch in Zukunft geltende Recht und die ebenso bestehende Pflicht, die eigenen Kinder zu erziehen, wird im Kern davon genau so wenig bzw. genau so stark eingegrenzt wie von der schon bestehenden Schulpflicht. Im vorschulischen Bereich würden die Eltern ja nur verpflichtet, in einem von der öffentlichen Hand entsprechend zu finanzierenden kommunalen Angebot ihren Kindern die Wahrnehmung des durch das SGB VIII (KJHG) gesetzlich normierten Bildungsauftrags zu ermöglichen. Dies würde eine Grundgesetzänderung erfordern, da bisher nur für die Schule ein vom Elternwillen unabhängiger Bildungsauftrag normiert ist. Schon heute nehmen in jedem Bundesland 85 bis 95 % aller Kinder am vorschulischen Angebot teil und aus bildungs- und sozialpolitischen Erwägungen lässt sich schon heute kein Grund denken, weshalb Eltern ihrem Kind im Alter von 3 bis 6 Jahren diese Sozial- und Bildungserfahrung am Vormittag verwehren sollten. Noch dazu, da es heute und ebenso in Zukunft anders als im Schulbereich sehr einfach ist, die kommunale Genehmigung für eine eigene Bildungs- und Erziehungseinrichtung für den vorschulischen Bereich zu bekommen und insofern Eltern, die etwas anderes als das vorhandene wollen, das gemeinsam mit anderen Eltern organisieren. Dann könnte Schule wie Elementarbereich in seinen pädagogi-



Steffen Reiche

schen und strukturellen Grundsätzen staatlich gelenkt sein, aber die Kommunen wären für ihre Kitas und ihre Schulen verantwortlich in Personal, Ausstattung und Konzeption. Die beiden Systeme sollten sich zukünftig stärker aufeinander zu bewegen und die wichtigsten Aspekte (kommunale Verantwortung, staatliche Rahmensetzung) beider Systeme könnten gemeinsam übernommen werden.

Schon jetzt haben wir eine große und im Grunde skandalöse Ungerechtigkeit, die über die Kinderfreibeträge Eltern mit hohem Einkommen besser stellt als Eltern mit niedrigem Einkommen. Durch das Elterngeld wird dieser Skandal aber nicht vermindert oder aufgehoben, sondern verstärkt und auf Dauer fortgeschrieben. Eine Familie mit hohem Einkommen bekommt nach der Geburt ihres Kindes natürlich durch das Elterngeld, bezogen auf 67% des letzten elterlichen Nettoeinkommens, was bis zu maximal 1.800 Euro entsprechen kann, wesentlich mehr staatliche Transferleistungen als zum Beispiel eine Verkäuferin.

In der Diskussion bei der Erarbeitung des Koalitionsvertrages ist von einigen darauf hingewiesen worden, dass mit großer Wahrscheinlichkeit die Elterngeldkosten für den Staat weit über die prognostizierten ca. 9 Milliarden hinausgehen werden. Mit dem Elterngeld will man bewusst auch besser verdienende Eltern anregen, wieder mehr Kinder zu bekommen. Man erhofft sich davon, dass auch die Gruppe mit der vermeintlich besseren genetischen Disposition einen höheren Beitrag zur demografischen Entwicklung leistet. Guckt man sich die einschlägigen Untersuchungen jedoch genauer an, sieht man, dass das Haupthindernis für viele Frauen an der Verwirklichung ihres eigenen bestehenden Kinderwunsches die Männer sind. Sie wollen sich oft zum einen nicht in der notwendigen Form einschränken und auch keine Verantwortung für die Erzie-

hung übernehmen und sind angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung oft ungern bereit, sich wegen eines Kindes so lange Zeit fest an eine Partnerin zu binden. Leider ist auch der Kinderwunsch bei Akademikerinnen bedauernd niedrig. Ich denke, deren potenziellen Kinderwunsch könnte man am besten unterstützen durch zuverlässig zur Verfügung stehende Kinderbetreuung, die zeitlich flexibel und qualitativ gut ist.

Dass aber gerade dies durch das Elterngeld geändert würde, nimmt niemand ernsthaft an. Insofern sind in Größenordnungen nur Mitnahmeeffekte zu erwarten, die nur in marginaler Weise unsere demografische Situation verändern. Bisher sind leider über das Kindergeld auch schon Transfers organisiert, die in manchen Familien gerade nicht das Kind erreichen. Der Vorwurf gegen die Kindergelderhöhungen bestand in der Debatte

der vergangenen Jahre ja gerade darin, dass Eltern oder Väter in sozial schwachen Familien das Kindergeld gerade nicht dem Kind in gegebenem Umfang zu Gute kommen lassen. Am Ende der damaligen Debatte war vielen klar, dass die nächsten Transfers der öffentlichen Hand direkt in die Bildungsinstitution Kindergarten fließen muss, damit sie allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft in gleicher Weise zu Gute kommt. spw 2 / 2006

Basta, nein danke!

Die Föderalismusreform muss ernsthaft diskutiert werden, um erfolgreich zu sein

Von Ralf Stegner

Gegenwärtig werden die umfangreichsten Änderungen des Grundgesetzes seit 1949 zur Entflechtung der Kompetenzen von Bund und Ländern diskutiert. Die angestrebten Korrekturen werden den Abstimmungsbedarf zwischen Bundestag und Bundesrat vermindern. Das Prinzip der Subsidiarität wird gestärkt, was den Ländern mehr Verantwortung, aber auch mehr Handlungsspielraum bietet. Das Betätigungsfeld des Vermittlungsausschusses wird durch die Abschaffung der Rahmengesetzgebung eingeschränkt und es wird weniger Blockadefituationen geben. Es wird auch weniger Anlass für „Kompensationsgeschäfte“ geben.

Ich begrüße ausdrücklich die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Sie ist dringend notwendig. Es liegt nun aber ein Paket auf dem Tisch, von dem viele sagen, es dürfe nicht wieder aufgeschnürt werden. Ich halte es jedoch für absurd, würde man ausgerechnet bei dieser Reform, die das Ziel von mehr Transparenz zur Stärkung der Demokratie hat, fordern, auf den demokratischen Beratungsprozess zu verzichten. Deshalb bin ich überzeugt, dass Bundestag und Bundesrat in den anstehenden parlamentarischen Beratungen Änderungen vornehmen werden. Die Reform wird nicht einfach abgenickt, nicht einfach durchgewunken. Ich meine: Basta-Politik ist keine selbstbewusste Politik.

Ich freue mich, dass auch Matthias Platzeck und Peter Struck nun Veränderungen am Paket „Föderalismusreform“ für sinnvoll und notwendig erachten. Mir scheint, auch in diesem Politikfeld setzt sich innerhalb der

SPD der „kooperative“ Diskussionsstil durch.

Ohne Moos nichts los

Den Ländern nutzen die neuen Zuständigkeiten und Handlungsspielräume nur dann etwas, wenn für diese Aufgaben auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Die Länder brauchen eine adäquate Finanzausstattung. Die desolante Finanzlage einzelner Länder wie auch Schleswig-Holstein, die in der Verfassungswidrigkeit der Haushalte deutlich wird, zeigt, wie weit wir jetzt schon davon entfernt sind. Immerhin ist mit dem Abbau steuerlicher Subventionen begonnen worden. Nach meinen Vorstellungen darf ein Steuersystem nicht nur einfach, sondern es muss auch gerecht sein. Unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen müssen berücksichtigt werden und starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern. Dieses geht dann zwangsläufig zu Lasten der Vereinfachung. In Anlehnung an diese Grundsätze: Auch bei der Reform des Föderalismus müssen wir mehr berücksichtigen als die klare Trennung der Aufgaben und der möglichst starken Verlagerung von Zuständigkeit auf die Länder. Das verfassungspolitische Ziel der inneren Einheit der Bundesrepublik wird zur Disposition gestellt, wenn nicht alle Länder gleichmäßig gegenüber dem Bund gestärkt werden. Nicht jeder Zugewinn an Kompetenzen bedeutet auch eine Stärkung aller Länder.

K.O.-Punkte für den Bundesstaat

Welche Gefahren birgt der vorliegende Entwurf für die Föderalismusreform? Flächentarifvertrag und Tarifautonomie



Ralf Stegner

sehe ich gefährdet, wenn die vorgesehene Verlagerung der Gesetzgebungskompetenzen im Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht auf die Länder übergeht. Hier droht die Kleinstaaterei mit mehr Bürokratie und weniger Mobilität.

Fachlich problematisch ist die Verlagerung der Gesetzgebungskompetenzen im Strafvollzug, in bestimmten Bereichen des Wohnungswesens und im Heimrecht auf die Länder. Nicht akzeptabel ist der Ausschluss der Länder an der Mitwirkung bei der Gesetzgebung für die Atomenergienutzung. Gerade auch die vorgesehenen Änderungen im Umweltbereich würden eine moderne Umweltpolitik konterkarieren. Die geplanten exzessiven Abweichungsrechte der Länder sind vermutlich für viele Länder eine Einladung zum Abbau von Umweltstandards. Umweltpolitik hat es in Zeiten von fünf Millionen Arbeitslosen und wirtschaftlicher Rezession ohnehin schwer. Ein Wettbewerb um die wenigsten Naturschutzgebiete oder die meisten Rote-Liste-Arten ist kein erstrebenswertes Ziel.

In gravierender Weise nachteilig für die ärmeren Länder sind die vorgeschlagenen Neuformulierungen der Finanzhilfetatbestände zum Abbau von Mischfinanzierungen und die vorgesehene Übertragung der

Gemeindeverkehrsfinanzierung vom Bund auf die Länder. Dies gilt auch für die Verteilung der Sanktionslasten der Bundesländer bei einer unzureichenden Umsetzung von Rechtsakten der EU.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – kein aggressiver Wettbewerbsföderalismus
Das verfassungspolitische Ziel der inneren Einheit würde zur Disposition gestellt, wenn noch mehr Länder durch ungleiche Rahmenbedingungen in die Haushaltsnotlage getrieben würden.

Die ohnehin wirtschaftlich stärkeren Länder würden weiter profitieren, die finanz- und

strukturellschwächeren Länder gerieten ins Hintertreffen. Das erweiterte die Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost und schadete am Ende dem Bundesstaat in seiner Gesamtheit. Ich bin der Auffassung, dass das Solidaritätsprinzip auch heute noch Bedeutung hat.

Ich wünsche mir nicht das Mittelmaß des Zentralismus. Aber: Was wir brauchen ist Wettbewerb unter fairen Bedingungen. Ein aggressiver Wettbewerbsföderalismus gefährdet das Verfassungsprinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Es besteht die Gefahr, dass der Staat nicht mehr

im notwendigen Maße seine Aufgaben der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen kann, nämlich z.B. Rechtsschutz und Rechtssicherheit organisieren oder Umweltschutz und Bildung zu gewährleisten.

Seit Monaten argumentiere ich für Verbesserungen in der Sache, die ich konstruktiv für das Land Schleswig-Holstein in den Bundesrat einbringen werde. Ich will, dass die politische Klasse den Beweis erbringt, dass sie es kann. Ich will, dass die Föderalismusreform zu einem Erfolg wird.

spw 2/2006

Föderalismusreform breit diskutieren und optimieren

Presseerklärung des Forums Demokratische Linke 21 vom 04.03.2006

Das Forum Demokratische Linke befürwortet (die Ziele der Föderalismusreform) ausdrücklich. Sie (...) bettet sich ein in eine Diskussion um die inhaltliche Ausgestaltung des Föderalismus. Der bundesdeutsche Föderalismus, wie er in der Nachkriegszeit entstanden ist, ist ein kooperativer Föderalismus. Pointiert kommt dies in dem Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zum Ausdruck. Dabei geht es nicht darum, länderspezifische Unterschiede zu eliminieren. Allerdings wird der grundgesetzliche Anspruch erhoben, dass das Niveau der staatlichen Leistungen in allen Ländern vergleichbar bleibt und zu große Unterschiede verhindert werden sollen. Zu diesem Zweck sieht das Grundgesetz verschiedene Institutionen und Verfahren einschließlich finanzieller Ausgleichsmechanismen zwischen den Ländern wie auch zwischen dem Bund den Ländern vor.

Das Forum DL 21 sieht bei wichtigen Punkten der vorgeschlagenen Föderalismusreform einen Korrekturbedarf:

- Die Neuordnung der Kompetenzen im Bereich der Bildungspolitik führt zwangsläufig zu einem Rückzug des Bundes aus diesen Politikbereichen. Eine gemeinsame Bildungsplanung zwischen Bund und Länder wird es nicht mehr geben. Darüber hinaus hat der für Art. 104 b Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz (GG) vorgesehene Ausschluss von Finanzhilfen des Bundes in Bereichen der abschließlichen Gesetzgebung der Länder geradezu absurde Folgen: Förderprogramme im Bildungsbereich, wie etwa die 4 Mrd. Euro für das Ganztagschulprogramm, sind zukünftig ausdrücklich verboten.
- In der Forschungspolitik darf sich der Bund in Zukunft nur auf Feldern mit überregionalem Charakter betätigen. Damit drohen zum einen finanzschwächere Bundesländer hochschulpolitisch abgehängt zu werden. Zum anderen ist es gerade angesichts der Bedeutung der Forschung für den internationalen Wettbewerb widersinnig, dass sich der Bund in diesen Feldern nur unter diesen Restriktionen engagieren darf.

Mit der Neuregelung des Art. 143 c GG werden die zukünftig jährlich vom Bund an die Länder zu zahlenden 695 Mio. Euro für Aus- und Neubau von Hochschulen nach den jeweiligen Durchschnittsanteilen der Länder an derartigen Fördergeldern in den Jahren 2000 bis 2003 verteilt. Wer viel bekommen hat, dem wird auch in Zukunft viel

gegeben, eindeutige Gewinner sind die Länder Bayern und Baden-Württemberg.

- Der Strafvollzug soll in die ausschließliche Länderhoheit übergehen. Damit droht in diesem Bereich eine Rechtszersplitterung, die negative Folgen für die Qualität des Strafvollzuges und die Verwirklichung des Vollzugszieles der Resozialisierung hat.
- In der Umweltgesetzgebung soll den Ländern in einigen Bereichen das Recht auf eine abweichende Gesetzgebung zugestanden werden, soweit die Länder bestimmte Grundsätze beachten. Da Umweltschutz immer auch eine Kostenfrage ist, ist bei dieser Möglichkeit eine Dumpingkonkurrenz zwischen den Bundesländern nicht auszuschließen. Gerade angesichts der Bedeutung des Umweltschutzes und der Notwendigkeit länderübergreifender in vielen Bereichen sogar internationaler Regelungen, ist dies widersinnig.
- Die Organisations- und Personalhoheit für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes in den Ländern und den Kommunen soll auf die Länder übergehen. Eine länderspezifische Differenzierung der Tarifbedingungen wird die Folge sein. Dabei droht die Gefahr, dass Personalpolitik zu sehr an der in den Ländern sehr unterschiedlichen Finanzlage orientiert wird. Qualifiziertes Personal wird geneigt sein, in Länder mit einem höheren Entlohnungsniveau abzuwandern. Dies würde etwa bei der notwendigen Einstellung von mehreren hunderttausend Lehrern in den nächsten Jahren ein erhebliches Qualitätsgefälle zwischen den Ländern zur Folge haben.

(...) Die geplante Reform ist eine der umfangreichsten Änderungen des Grundgesetzes. Sie bedarf einer ausführlichen Diskussion und einer Optimierung an mehreren Stellen. Gerade in den oben angeführten Bereichen sind Änderungen zu vereinbaren bzw. Vorkehrungen zu treffen, damit die befürchteten negativen Folgen nicht eintreten. Nachbesserungen sind nötig und möglich.

Wir brauchen einen zeitlich ausreichenden parlamentarischen und gesellschaftlichen Diskussionsprozess. Nur so werden wir der verfassungsrechtlichen Bedeutung der für eine Grundgesetzänderung erforderlichen Zweidrittelmehrheit gerecht. Wir werden diese Zeit nutzen, um erforderliche Änderungen durchzusetzen.

Gesundheitsreform entschlossen angehen!

Von Karl Lauterbach

Der Handlungsbedarf der Großen Koalition bei der Gesundheitsreform ist enorm. Wenn es nicht zu einer Einigung noch in diesem Jahr kommt, würde sich die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2007 deutlich vergrößern. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel, der Abbau der Zuschüsse aus der Tabaksteuer, die Tarifierhöhung im Krankenhaus, der Verlust von gesetzlich versicherten gut Verdienenden an die Private Krankenversicherung, die Alterung der Bevölkerung, die Abnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und der absehbare Anstieg der Arzneimittelkosten werden zu einem Fehlbetrag von 10 Mrd. Euro führen. Dadurch würde der Beitragssatz um einen Prozentpunkt steigen. Zusätzlich zu der Erhöhung des Rentenbeitragsatzes um 0,4 Punkte und der Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte käme es für die sich erholende Konjunktur zu einem nicht kalkulierbaren Belastungstest.

Kopfpauschale als Ausweg?

Um diese Lücke zu schließen, sind mehrere Reformwege denkbar. Beispielsweise könnten Leistungen gekürzt werden, so dass diese von den Haushalten privat bezahlt werden müssten. Dieser Weg, höhere Zuzahlungen, Selbstbeteiligungen oder Leistungskürzungen, scheidet in 2007 aus, weil dann endgültig der Konjunkturerinbruch folgen würde. Die Zuzahlungen würden außerdem insbesondere die mittleren Einkommensgruppen treffen. Für die Einkommensschwachen müsste es Befreiungen geben und die Einkommensstarken und Beamte wären als privat Versicherte im Wesentlichen nicht betroffen. Ein nicht minder schädlicher Vorschlag ist die Einbeziehung von Kopfpauschalen in die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung, ob nun alleinig oder in Form einer zusätzlichen, „kleinen“ Kopfprämie.

Bei einer Kopfpauschale mit einem steuerfinanzierten Sozialausgleich würde sich der Druck auf die mittleren Einkommensgrup-

pen noch erhöhen. Die Einkommensschwachen würden die Kopfpauschale zum größten Teil vom Finanzamt erstattet bekommen. Hohe Einkommen würden von einer Kopfpauschale weiter entlastet. Bei einer Kopfpauschale ohne Sozialausgleich würden sogar nur die hohen Einkommen profitieren und der Finanzierungsdruck würde bis ganz unten durchgereicht. Auch in der gegenwärtigen Diskussion befindet sich mal wieder der über zehn Jahre alte Vorschlag, die Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung einzufrieren. Ökonomisch macht dies keinen Sinn. Damit würden die Arbeitnehmerbeiträge in Zukunft doppelt so schnell steigen. Jede zukünftige Beitragssatzerhöhung würde die Nettoeinkünfte entsprechend schmälern, die Grenzabgaben der Arbeitnehmer würden deutlich steigen. An der starken Belastung mittlerer Einkommen würde sich auch nichts ändern. Steueranteil an der Krankenversicherung erhöhen!

Dagegen wäre es ein gangbarer Weg, die Steuern zu erhöhen und damit z.B. die medizinische Versorgung der Kinder zu bezahlen. Dies würde die Beitragssätze senken und könnte sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken. Da aber die Mehrwertsteuer nicht noch stärker angehoben werden kann, eine Erhöhung der Unternehmenssteuern arbeitsmarktpolitisch kaum durchsetzbar wäre, bliebe nur der Weg der Erhöhung der Einkommenssteuern. So könnte die Steuer für Spitzenverdiener erhöht werden, da sie sich bislang an der solidarischen Finanzierung nur weit unterproportional beteiligen.

Spitzenverdiener und Selbständige sind in der Regel privat versichert. Sie beteiligen sich daher nicht an der Finanzierung der Krankenversicherung für Geringverdiener, die eher überdurchschnittliche Krankheitskosten aufweisen. Die hohen Krankheitskosten der Geringverdiener werden nur von den gesetzlich Versicherten bezahlt. Auch die Krankenversicherung der Kinder wird überwiegend von der Solidargemeinschaft finanziert. Daher ist es bei der Reform auf jeden Fall notwendig, die Privatversicherten



Karl Lauterbach

in den Einkommensausgleich der Krankenkassen einzubeziehen. Ein gesetzlich Versicherter mit einem Höchstbeitrag von 550 Euro im Monat zahlt davon um die 250 Euro für die Krankenversicherung der Einkommensschwachen. Wechselt er in die private Krankenversicherung, muss er dies nicht mehr bezahlen, weil die private Krankenversicherung am Finanzausgleich der Krankenkassen zwischen gering Verdienenden und gut Verdienenden nicht teilnimmt. Nur aus diesem Grunde können die privaten Krankenversicherungen trotz höherer Honorare für die Ärzte und mehr als doppelt so hohen Verwaltungsausgaben billiger als die gesetzlichen Kassen sein.

Wer bei hohem Einkommen gesetzlich versichert bleibt, zahlt nicht nur mehr, sondern muss dazu beim Arztbesuch warten bis der privat Versicherte behandelt wurde, leistet dann die Praxisgebühr und zahlt selbst für ein Arzneimittel im Wert von zehn Euro fünf Euro beim Apotheker dazu. Über die Jahrzehnte zahlt er mehrere hunderttausend Euro Beitrag. Wird er dann krank, steht ihm die Privatsprechstunde eines Universitätsprofessors nicht zu, der dagegen den privat versicherten Studenten empfängt.

Der daher seit Jahren zunehmende Wechsel der gut Verdienenden in die PKV wird neben den Kosten für den medizinischen Fortschritt dazu führen, dass die Beitragsszahlungen für die mittleren Einkommen immer weiter steigen werden. Die erst ab 2010 einsetzende Alterung der Bevölkerung würde den Beitragsdruck auf die mittleren Einkommensgruppen unerträglich machen. Um dies zu verhindern, müssen die finanziellen Belastungen gleichmäßiger verteilt werden, d.h. gut verdienende Selbständige, Freiberufler, Beamte und leitende Angestellte müssen über Steuern und/oder den Einbezug der privat Versicherten in den Risikostrukturausgleich an den Gesundheitskosten aller beteiligt werden.

Die Energiepolitik ist die Schlüsselfrage dieses Jahrhunderts

Von Marco Bülow, Michael Müller und Ernst Dieter Rossmann

Die traditionelle Energieversorgung auf der Basis fossiler und nuklearer Brennstoffe ist mit fünf großen Risiken verbunden, die uns aufzeigen, dass die heutige Energieversorgung in einer immer enger werdende Sackgasse führt.

a) Mit der nachholenden Industrialisierung, dem unverändert hohen Bevölkerungszuwachs und den ökologischen Grenzen des Wachstums geht das Industriezeitalter zu Ende. Knapper werdende fossilen und atomaren Energieressourcen werden unsere Volkswirtschaften zunehmend belasten und uns vor große Herausforderungen stellen.

b) Die Gefahr von langen auszehrenden Ressourcenkriege wächst.

c) Spaltung der Welt zwischen „Reich und Arm“ verfestigt sich. Die Verknappung der Ressourcen und eine Zunahme der Verteilungskonflikte gehen vor allem zu Lasten der ärmsten Länder der Welt.

d) Der Klimawandel hat längst begonnen. Eine stärkere Erwärmung als zwei Grad Celsius in diesem Jahrhundert würde dramatische soziale, ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen zur Folge haben.

e) Die Nutzung und der Ausbau der nuklearen Stromerzeugung macht die Welt verletzbar. Nirgendwo in der Welt ist eine sichere und dauerhaft gefahrlose Lagerung der radioaktiven Brennstäbe gewährleistet.

Die aufgezeigten Probleme werden sich massiv zuspitzen. Die Frage ist, ob wir eine Energiewende einleiten können, bevor sich die Krisen zuspitzen und die Katastrophen unaufhaltsam sind. Eine moderne Energiepolitik heißt, den Einsatz unnötiger Energie über die gesamte Kette der Wandlung und Nutzung zu vermeiden, ohne Abstriche bei den gewünschten Leistungen zu machen. Das Prinzip der Rohstoff- und Energieintelligenz setzt deshalb auf Vermeiden in Verbindung mit dem forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Die Möglichkeiten dafür sind da: In der Regel rechnet sich das „Einsparkkraftwerk“ durch eine Vielzahl von Maßnahmen mehr, als der Aufbau von Mega-Watt“. Das ist ein Beitrag zu Standortsicherheit, denn diese Ausrichtung verschafft den Unternehmen einen Alleinstellungsvorsprung bei neuen

Produkten, Kostensenkungen durch geringe Aufwendungen für Energie und Material sowie eine erhöhte Fertigungstiefe, weil die Effizienzrevolution nur verbrauchernah und mit flexiblen Lösungen zu erreichen ist. Diese Faktoren kommen vor allen Mittelstand und Handwerk zugute.

Neue Energie bedeutet mehr Freiheit und Gerechtigkeit

Wenn wir nicht die langen Ketten wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen beachten, das heißt, ihre Komplexität und Fernwirkungen, wird es keine nachhaltige Entwicklung geben. Energie- und Ressourcenknappheiten werden erhebliche Folgen für Demokratie, Wohlstand und Gerechtigkeit haben. Nur wenn sich die drei ökologischen Säulen – Einsparen, Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbare Energien – durchsetzen, werden wir die fünf benannten Risiken meistern können.

a) Wir gewinnen mehr Freiheit, wenn wir schonend, sparsam und innovativ mit der Wandlung und Nutzung von Energie umgehen. Die Ökonomie der Zukunft ist die Ökonomie des Vermeidens, die auch künftigen Generationen Frieden und Demokratie bewahrt.

b) Wenn die Industriestaaten zeigen, wie sehr sich Einsparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien lohnen, wissen die Schwellen- und Entwicklungsländer, dass Wohlstand und Fortschritt nicht mit der massiven Ausplünderung der natürlichen Rohstoffe verbunden sein muss.

c) Es ist ein Beitrag für mehr Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in jeder Gesellschaft, durch effiziente und solare Energien die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern.

d) Auch der Ausstieg aus den Zwängen und Gefahren der Atomkraft ist ein Beitrag zu mehr Freiheit. Nur so können das Risiko eines unmenschlichen Unfalls, die Probleme mit der Lagerung hochradioaktiven Abfalls und die Gefahren aus der militärischen oder terroristischen Nutzung der Atomkraft gemindert werden.

Langfristig kann uns nur ein vernünftiger Mix der Erneuerbaren Energien – also aus

Wind, Wasser, Biomasse, Bodenwärme, Solarthermie und Fotovoltaik – aus der einseitigen Abhängigkeit von endlichen und umweltbelastenden Energiequellen befreien. Sie haben dann eine Chance, wenn es uns zugleich gelingt, durch intelligente Lösungen den Komfort und die Ansprüche an Lebensqualität mit bedeutend weniger Energie zu befriedigen.

Die Energiewende ist eine Innovations-Chance!

Unsere wichtigste Botschaft heißt: Wir sind den Gefahren nicht hilflos ausgeliefert, wenn wir national und international die Energiewende forcieren. Der wichtigste Schlüssel ist die Effizienzrevolution, welche uns erst die Gelegenheit gibt die Brücke ins solare Zeitalter zu schlagen. Unsere Vision ist die 2.000-Watt-Gesellschaft (derzeit verbraucht ein Deutscher im Durchschnitt 5.000 Kilowattstunden im Jahr). Wir wollen unseren Energieverbrauch ohne Einschränkungen der Lebensqualität bis spätestens 2050 also mehr als halbieren.

Der entscheidende Faktor ist also die Anerkennung der Energie- und Ressourceneffizienz als Produktivitätsfaktor. Wenn sie gesteigert wird, sind Energiepreise und Energiekosten zwei verschiedene Faktoren. Höhere Energiepreise kommen dem Nachfrager bei einem sehr viel geringeren Verbrauch sogar insgesamt gesehen billiger. Schon mit bewährten Mitteln lassen sich die Kosten in kurzer Zeit um bis zu 20 Prozent senken. Damit können im großen Umfang neue und qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Und unser Land wäre führend bei der Basistechnologie des 21. Jahrhunderts. Die Volkswirtschaft, die eine nachhaltige Energiewende am schnellsten und erfolgreichsten bewältigt, wird sich in der Zukunft einen riesigen Standortvorteil erarbeiten.

Die ökologische Modernisierung auf der Basis der Energie- und Rohstoffintelligenz ist der wichtigste Hebel, um auch in der radikal veränderten Welt eine starke gestaltende Rolle zu spielen. Hier ergeben sich große Chancen für Europa mit seinen vielen strategischen Verbindungen zu den großen Rohstoffquellen der Erde und dem hohen technologischen Leistungsvermögen bei der ökologischen Modernisierung: Die EU muss zum Wegbereiter der Nachhaltigkeit werden, wenn sie ihren politischen Gestaltungsspielraum behalten oder sogar ausbauen will.

spw 2 / 2006

Marco Bülow, MdB, Michael Müller, MdB, und Ernst Dieter Rossmann, MdB, haben für den Vorstand der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion am 23. März 2006 ein Positionspapier der Parlamentarischen Linken (PL) zur Energiepolitik vorgelegt, das zum download auf www.parlamentarische-linke.de bereit liegt.

Gewerkschaftliche Europapolitik im Aufwind

Von Thorben Albrecht

Die europäischen Gewerkschaften haben Anfang des Jahres zwei wichtige europapolitische Erfolge verbuchen können. Im Januar hatte das europäische Parlament über den zweiten Versuch der EU-Kommission abzustimmen, die Hafendienstleistungen zu liberalisieren. So war unter anderem vorgesehen, dass zukünftig die Matrosen der Schiffe die Be- und Entladung selbst erledigen „dürften“ – obwohl sie dafür nicht ausgebildet sind. Auch die Lotsendienste sollten weiter liberalisiert werden, was die Sicherheit wohl auch kaum erhöht hätte. Vor allem aber hätten diese Maßnahmen viele Arbeitsplätze in den europäischen Häfen gekostet. Entsprechend massiv waren die Proteste der Hafentarbeiter in den Häfen und vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Und sie waren erfolgreich, das Parlament versenkte das Hafepakett mit überwältigender Mehrheit.

Mobilisierungsfähigkeit beweisen

Im Februar stand in Straßburg dann die erste Lesung der EU-Dienstleistungsrichtlinie auf der Tagesordnung. Kein anderes europapolitisches Thema hatte in den Gewerkschaften in den letzten Jahren für so breite und vehemente Diskussionen, Aktionen und Demonstrationen gesorgt. Das zeigt, dass die Erkenntnis angekommen ist, dass Entscheidungen der EU unmittelbar die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen betreffen. Und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wehren sich gegen eine Politik der EU-Kommission und der europäischen Regierungen durch den Abbau sozialer Standards den europäischen Binnenmarkt einseitig zu Gunsten der Unternehmen auszubauen. Auch hier zeigten die massiven Proteste im vergangenen Jahr in Brüssel und in diesem Jahr u.a. in Berlin und Straßburg Erfolg. Das Europäische Parlament hat den Entwurf der EU-Kommission für die Dienstleistungsrichtlinie wesentlich entschärft.

Allerdings ist die Auseinandersetzung noch nicht beendet. Denn erstens bleiben auch bei dem im Kompromiss zwischen SPE und EVP verabschiedeten Beschluss des EP einige Probleme und viele Fragen bestehen.

Und zweitens ist nicht garantiert, dass die Kommission alle Änderungen des Parlaments übernimmt, wenn sie ihre Neufassung der Richtlinie vorlegt. Es gibt bereits Signale, dass sie dem europäischen Arbeitgeberverband UNICE und den mittelosteuropäischen Mitgliedstaaten entgegenkommen will, die sich für den ursprünglichen Kommissionsentwurf stark gemacht haben. Und daher ist drittens auch noch nicht klar, was bei der Beratung im Rat, also zwischen den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, herauskommen wird. Die europäischen Gewerkschaften werden also weiter aufmerksam und im Zweifelsfall auch mobilisierungsfähig bleiben müssen.

Soziale Dimension

Dennoch ist der Erfolg nicht zu unterschätzen, wurden doch in den letzten Jahren viele Liberalisierungsvorhaben der EU mit negativen Folgen für die Beschäftigung, Sozialstandards und Arbeitsbedingungen ohne größere öffentliche Aufmerksamkeit verabschiedet und umgesetzt. Inzwischen wird die fehlende soziale Dimension des europäischen Projekts aber immer deutlicher. Die Bürgerinnen und Bürger, die besonders in den alten EU-Staaten zunehmend verunsichert und skeptisch sind, verweigern dieser Form der Integration ihre Unterstützung. Die Gewerkschaften in Europa werden zunehmend zum Sprachrohr dieser kritischen Stimmen. Dabei ist es wichtig, dass sie grundsätzlich am Ziel der europäischen Einigung festhalten, die wirtschaftlichen Chancen der EU anerkennen und ein Umschlagen der Kritik in fremdenfeindliche (Unter-)Töne verhindern. Genauso wichtig ist aber, dass sie die berechtigten Sorgen ernstnehmen und versuchen, gemeinsam mit linken Parteien und sozialen Bewegun-

gen aus der erfolgreichen Abwehr von Angriffen auf soziale Errungenschaften in die Offensive zu kommen. Ein soziales Europa wird nur entstehen, wenn positive Schritte hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, mehr Arbeitnehmerrechten und nicht zuletzt mehr Arbeitsplätzen gegangen werden. Wie dieser Schritte aussehen können, wird auf verschiedenen Ebenen diskutiert: im Europäischen Gewerkschaftsbund, in den europäischen Branchengewerkschaften, in den grenzüberschreitenden Zusammen-



Thorben Albrecht

schließen regionaler Gewerkschaftsgliederungen (Interregionale Gewerkschaftsräte). Und auch auf dem DGB-Bundeskongress Ende Mai in Berlin werden diese Fragen eine wichtige Rolle spielen. Neben dem grundlegenden programmatischen Papier „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“ hat der DGB-Bundesvorstand einen zweiten Leitartikel vorgelegt, der ein Programm „Für eine soziale Europäische Union“ entwirft.

Europa der Menschen

Europäische Politik gewinnt in den Gewerkschaften an Bedeutung und sie werden daher kritisch nachfragen, ob die Politik die Forderungen nach einem sozialen Europa hört und aktiv aufnimmt. Wenn sie am 1. Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, kann die Bundesregierung zeigen, ob sie ein Europa der Menschen anstrebt oder an einem Europa der Konzerne festhält. Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zum Projekt der europäischen Einigung wird davon abhängen – und auch die Zustimmung zur Bundesregierung.

Der Frühling der Gewerkschaften?

Von Mathias Lomb

Die mit dem Mitgliederrückgang einhergehenden sinkenden Einnahmen haben tief greifende Konsequenzen für die Entwicklung der Mitgliedsgewerkschaften und ihre Dachorganisation. Ende Februar hat sich die Frankfurter Rundschau in einem Beitrag auf den Bundesvorstand berufen, welcher neben strategischen Alternativkonzepten für den Strukturwandel, ein schärferes Leistungsprofil, mehr Effizienz im Deutschen Gewerkschaftsbund und in der Zusammenarbeit untereinander als notwendig erachtet. Über die Weiterentwicklung des Binnenlebens hinaus, werden zunehmend neue Personengruppen ausgemacht. Herausgehobene Aufmerksamkeit soll zukünftig den Zielgruppen Frauen, Senioren und zu guter letzt jungen Menschen zuteil werden.

Ganz besonders sind es Arbeitnehmer mit Abitur und Hochschulstudium, welche wenig Interesse an Gewerkschaften zeigen. Der Weg scheint einfach. Die Ansprache muss außer in beruflichen Schulen auch in allgemein bildenden Schulen wie in Universitäten gelingen. Der seit Wochen heftig ausgetragene Streit beim Walldorfer Softwarekonzern SAP macht es deutlich. Mit bundesweit knapp 14000 Angestellten ist das 1972 gegründete Unternehmen das größte ohne Betriebsrat. Anfang März sprachen sich auf einer Versammlung lediglich neun Prozent der anwesenden Beschäftigten für Betriebsratswahlen aus. Henning Kagermann, Vorstandssprecher der SAP AG, machte erst kürzlich deutlich, er wolle alle Möglichkeiten ausloten, ob ein Betriebsrat, den die Belegschaft eindeutig nicht will, letztlich abwendbar sei. Unterstützt von der IG Metall berufen sich drei Arbeitnehmer auf das Betriebsverfassungsgesetz, welches festlegt, dass in Unternehmen mit wenigstens fünf Beschäftigten, unabhängig davon, ob die Mehrheit der Belegschaft oder der Arbeiter hinter dem Vorhaben stehen, ein Anspruch auf eine Vertretung vorliegt. Inzwischen hat das Management, in dem Wissen, Wahlen zwar beträchtlich verzögern zu können, letztlich aber kaum verhindern kann, seinen Widerstand aufgegeben. Es begrüßt gar die Entscheidung der Arbeitnehmervertreter im

Aufsichtsrat, die Wahl eines Betriebsrats selbst zu organisieren.

Woher rührt nun aber auf Seiten der Mitarbeiter das Desinteresse an einer Einrichtung der betrieblichen Mitbestimmung? Zu lesen ist, dass in dem Fall von SAP 80 Prozent der Arbeitnehmer Hochschulabsolventen seien, die über ein hohes Maß an Selbstbestimmung verfügten und ihre Interessen notfalls alleine durchsetzen könnten. Da haben wir es also. Selbstbestimmt und allein. Ist es das, was Hochschulen in Deutschland auf den Markt werfen? Vermutlich ja. Daher ist es umso wichtiger, dass Gewerkschaften in dieses Feld vorstoßen. Es gilt, ein anderes Bewusstsein zu schaffen, welches der Gesellschaft wohl zunehmend abhanden kommt.

Schließlich ist es eine Mär, dass Arbeitgeber händeringend nach jungen Menschen mit Hochschulabschluss suchen würden. Fraglos ist es nicht von der Hand zu weisen, dass es in bestimmten Branchen an hochqualifizierten Arbeitnehmern mangelt. Was ist aber mit der Schar von unbezahlten Praktikanten, die von einem Job zum nächsten tingelt. Immer in der Hoffnung übernommen zu werden. Heute studieren bereits 39% eines jeden Jahrgangs, das sind derzeit etwa zwei Millionen junge Menschen. Die meisten von ihnen werden keine Chefs oder machen sich selbstständig, sondern reihen sich als abhängig Beschäftigte in die große Menge der Arbeitnehmer ein.

Gehen wir noch einen Schritt weiter. Die neuesten Erhebungen des Deutschen Studentenwerkes ergaben, dass zwei Drittel aller Studierenden neben dem Studium arbeiten müssen. Viele von ihnen haben sogar zwei oder drei kleine Jobs nebeneinander. Der typische Studentenjob, im Call-Center, am Tresen, am Schreibtisch oder an der Kasse, ist ein befristeter Mini-Job. Meist arbeitet man auf Abruf, also ohne feste Arbeitszeit, mit wechselndem Verdienst und abhängig von der Gunst der Vorgesetzten. Nicht selten wird Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verweigert. Dazu gibt es oft niedrigste Löhne, selbst wenn durch die bereits im Studium erworbenen Qualifikationen der Wert der Arbeit steigt. Und in vie-



Mathias Lomb

len Fällen werden den Studierenden mit Honorarjobs und Abdrängen in die Scheinselbstständigkeit die elementarsten Arbeitnehmerrechte vorenthalten.

Hier gilt es für die Gewerkschaften anzusetzen. Der Soziologe Prof. Dr. Klaus Dörre forderte beim Neujahrsempfang des DGB in der Region Nordhessen einen Neuanfang. Nach Dörres Analyse spaltet sich die Gesellschaft in drei Gruppen. Auf der einen Seite die, die einen sicheren Job haben, auf der anderen die, die von der Arbeit ausgeschlossen sind. Eine „Zone der Verwundbarkeit“ mit unsicheren und unsteten Arbeitsverhältnissen macht er dazwischen aus. Zu ihnen zählen u. a. die bereits erwähnten unbezahlten Praktikanten und Mini-Jobber, aber auch Leiharbeiter, Teilzeitbeschäftigte und abhängig Selbstständige. Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Fast ein Viertel aller Erwerbstätigen. Markant beschreibt er diese Situation, diese „Wiederkehr der Unsicherheit, als Ticket für die Revitalisierung der Gewerkschaften“.

In Heft 141 machten Claudia Linsel, Jugendbildungsreferentin des DGB in Thüringen, und Daniel Taprogge, Projekt „students at work“ der DGB Jugend, mit dem Titel „Zielgruppe erkannt, Kontakt aufgenommen“ bereits Anfang 2005 auf Fortschritte in der gewerkschaftlichen Hochschularbeit aufmerksam. Der Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in diesem Frühjahr ein deutliches Signal zu setzen. Es gilt den Projektstatus von „students at work“ abzulegen. Die Studierendenarbeit der Dachorganisation und ihrer Mitgliedsgewerkschaften muss auch in den Augen der Spitzenfunktionäre mehr sein als eine bloße Absichtserklärung. Die möglichst flächendeckende Ansprache und Betreuung von Studierenden ist als ein Arbeitsschwerpunkt festzuschreiben.

Schlichtung gescheitert

Wie geht es mit der Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst weiter?

Interview mit Gabriele Schmidt

In der Tarifaueinandersetzung ist im Moment eine gespenstische Ruhe eingekehrt, nachdem die Schlichtung in Baden-Württemberg gescheitert ist. Wie es in der Tarifaueinandersetzung und darüber hinaus in Sachen Arbeitszeitpolitik weiter geht, besprachen wir am 27. März mit Gabriele Schmidt, Landesbezirksleiterin im ver.di-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen.

spw: Die Fronten sind weiterhin verhärtet, obwohl die Lage nach Aussagen der Arbeitgebervertreter doch klar ist: es geht „nur um 18 Minuten“ mehr Arbeitszeiten und die Kommunen könnten sich weitere Lohnkostensteigerungen nicht leisten. Was macht die Einigung so schwierig?

Gabriele Schmidt: Weil bei der Mehrzahl der Länder Ignoranz statt Vernunft regiert. Obwohl ver.di noch am 11. März Kompromissvorschläge unterbreitet hat, zeigt sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) mehrheitlich nicht kompromissbereit. Es ist vor allem der Verhandlungsführer der Länder, Hartmut Möllring, der nach wie vor auf ein einseitiges Diktat setzt. Ohne einen einzigen eigenen Lösungsvorschlag beharrt er strikt auf seinen Maximalforderungen. Er will eine Arbeitszeitregelung von 40 Stunden und zusätzlich eine Öffnungsklausel, um einzelnen Ländern weitere Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Er will außerdem weitere Kürzungen bei Sonderzahlung und Weihnachtsgeld. Die Folgen wären enorm. Denn neben Einkommenskürzungen und verschlechterten Arbeitsbedingungen drohen massive Stellenstreichungen. Alle Lösungsvorschläge der Gewerkschaft ver.di wurden von den Arbeitgebern in den Wind geschlagen. Die TdL, allen voran Möllring, versucht offensichtlich, den Konflikt zu eskalieren. Dennoch, ver.di ist weiterhin zu einer Lösung im Rahmen von Verhandlungen bereit. Voraussetzung dafür ist jedoch ein verhandlungsfähiges Angebot der Länderarbeitgeber.

Erschwert wird eine Einigung natürlich auch durch die relativ komplizierten Wirkungszusammenhänge zwischen Ländern und Kommunen. Die so genannte Meistbegünstigungsklausel im neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), der seit Oktober letzten Jahres in den Kommunen gilt, ermöglicht die Übertragung eines Ergebnisses der Länder auf die Kommunen ohne Verhandlung.

gen. So schielen natürlich viele kommunale Arbeitgeberverbände, so zum Beispiel auch in NRW, auf die Tarifgemeinschaft der Länder, um so, quasi durch die Hintertür, zu längeren Arbeitszeiten zu kommen.

Wie schwierig die Situation im öffentlichen Dienst ist, sehen wir zur Zeit in NRW auch im Tarifkonflikt bei den sechs Universitätskliniken im Lande. Die Kolleginnen und Kollegen dort streiken seit nunmehr sechs Wochen für die Übernahme des TVöD. Sie befinden sich seit 2001 in einem tariflosen Zustand. Damals wurden die ursprünglich zum Land gehörenden Unikliniken in Anstalten öffentlichen Rechts umgewandelt. Sie sind jetzt eigenständige Unternehmen, in denen der BAT per Rechtsverordnung weiter gilt. Neueingestellte, teilweise bis zu 20 Prozent der Belegschaften, arbeiten mittlerweile unter schlechteren Bedingungen, mit längeren Arbeitszeiten, gekürztem Weihnachtsgeld und gestrichenem Urlaubsgeld. Da auch der nordrhein-westfälische Finanzminister Linssen zu denen gehört, die erwartungsvoll auf die TdL blicken, hat er den Klinikvorständen untersagt, eigene Verhandlungen mit ver.di zu führen. Er blockiert damit eine Lösung des Konflikts und nimmt billigend in Kauf, dass den Unikliniken täglich enorme wirtschaftliche Schäden entstehen.

spw: In Hamburg und Niedersachsen wurden bereits Abschlüsse erzielt. Warum können sie weder in Baden-Württemberg noch in Nordrhein-Westfalen Vorbild sein?

Gabriele Schmidt: In erster Linie weil sie aufgrund der unterschiedlichen Beschäftigtenstrukturen nicht übertragbar sind. Der Tarifkompromiss in Hamburg sieht vor, dass die durchschnittliche Arbeitszeit künftig 38,8 statt bisher 38,5 Stunden pro Woche beträgt. Allerdings schwankt die Wochenarbeitszeit für die Beschäftigten je nach Alter, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Entgeltgruppe und danach, ob der/die Beschäftigte ein Kind unter 12 Jahren hat, zwischen 38 und 40 Stunden pro Woche.

Der Abschluss in Niedersachsen ist dagegen ein an Arbeiterschwernissen orientiertes Arbeitszeitmodell. Die Arbeitszeit für Beschäftigte in Kindertagesstätten, Krankenhäusern sowie bei den Betriebsdiensten (Müllabfuhr, Stadtentwässerung u.ä.) bleibt bei 38,5 Stunden pro Woche. In das jährliche Arbeitszeitvolumen bringen Erzieher/innen drei Weiterbil-



Gabriele Schmidt

dungstage, Krankenhausbeschäftigte zwei und die Beschäftigten der Betriebsdienste einen Weiterbildungstag ein. Für alle anderen Kommunalbeschäftigten gilt die 39 Stunden-Woche. Fallen Heiligabend und Sylvester auf einen Arbeitstag, ist dieser nicht mehr arbeitsfrei.

Für den ver.di Landesbezirk NRW ist beispielsweise der Hamburger Abschluss kein Modell, weil wir eine Differenzierung der Arbeitszeit nach Entgeltgruppen ablehnen. Der Abschluss gilt dort für etwa 20.000 Beschäftigte, vor allem bei Müllabfuhr und Stadtentwässerung. Zum kommunalen Arbeitgeberverband in NRW gehören jedoch alle Betriebe und Verwaltungen. Angefangen bei den Kommunalverwaltungen, den Krankenhäusern, den Sparkassen bis hin zu den Nahverkehrs- und Entsorgungsbetrieben. Insgesamt fast eine halbe Million Kolleginnen und Kollegen. Die Übertragung des Hamburger Modells würde letztlich wegen dieser abweichenden Struktur zu einer deutlichen Ausweitung des Arbeitszeitvolumens führen und wird auch deshalb von uns abgelehnt.

spw: Erwartet ihr Initiativen seitens der Arbeitgeber in den nächsten Tagen? Macht ihr selber ein neues Angebot?

Gabriele Schmidt: Es sieht nicht danach aus, dass kurzfristig Bewegung in den Konflikt kommt. Bis heute gibt es kein Signal von Möllring, dass er bereit ist, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und den Kompromissvorschlag vom 11. März anzunehmen. Ein neues Angebot von ver.di steht nicht zur Diskussion.

spw: In den letzten Tagen wurde immer wieder die Vermutung geäußert, dass es bei der aktuellen Tarifaueinandersetzung auch um einen Konflikt zwischen der Großgewerkschaft ver.di und den Interessen einzelner Gruppen gehen könnte. Der Marburger Bund hat sich ja bereits vor einiger Zeit aus der Tarifkooperation mit ver.di verabschiedet und legt an Mitgliedern zu, während ver.di weiterhin Mitglieder verliert.

Gabriele Schmidt: Die Einheitsgewerkschaft

Gabriele Schmidt ist Landesbezirksleiterin im ver.di-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen. Das Gespräch führte für spw Reinhold Rünker.

Ist nach wie vor für die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund ein Modell mit Zukunft. Davon bin ich fest überzeugt. Die Interessensvertretung für einzelne Berufs- oder Statusgruppen, wie z. B. nur für Ärzte, führt zu Spaltungen im Betrieb und schwächt letztendlich die Durchsetzungskraft. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Ärzte gemeinsam mit dem Pflegepersonal und den Servicebereichen im Kliniken- oder Krankenhausbereich für ihre Arbeitsbedingungen eintreten und nicht gegeneinander. Es muss um Lösungen für alle betroffenen Berufsgruppen gehen. Nicht nur die Ärzte haben das Recht auf einen fairen Interessenausgleich, sondern auch Krankenschwestern, Pfleger und die Beschäftigten in den Service- und Wirtschaftsbereichen. Was die Mitgliederentwicklung betrifft, kann ich nur sagen: ver.di konnte während der Auseinandersetzungen der letzten Wochen und Monate eine große Zahl von Neueintritten verzeichnen. Ein Beleg für wachsende Solidarität und eine Reaktion darauf, dass viele Menschen diesen Streik richtig finden.

spw: Droht das Projekt ver.di an Einzelinteressen Risse zu bekommen, wenn der Tarifstreit noch länger andauert?

Gabriele Schmidt: Nein. Im Gegenteil, unsere Proteste und Demonstrationen bis hin zu den Solidaritätsstreiks, die wir vom 8. bis 10. März durchgeführt haben, zeigen, dass es eine breite Unterstützung in diesem Arbeitskampf gibt. ver.di ist fünf Jahre nach der Gründung eine gesellschaftliche Kraft. Wir markieren gewerkschaftliche Positionen, sind ein tarifpolitisches Schwergewicht in den unterschiedlichsten Bereichen und Branchen und sind erfolgreich darin, das Beste für unsere Mitglieder zu erreichen.

spw: Der Streit um Arbeitszeit weist ja über die aktuelle Tarifaufeinandersetzung hinaus. Nach dem Willen der Bundesregierung soll das Renteneintrittsalter nach hinten verschoben werden, die Menschen werden gleichzeitig immer älter. Wie begegnet ver.di dieser Herausforderung? Müssen wir uns mit einer steigenden (Lebens-) Arbeitszeit abfinden oder kann es noch einmal Initiativen für Arbeitszeitverkürzungen geben?

Gabriele Schmidt: Wir halten eine Anhebung der Lebensarbeitszeit für prinzipiell verantwortungslos. Vor allem auch deshalb, weil die Arbeitsmarktsituation für ältere Menschen denkbar schlecht ist. Wir befürchten, dass ältere Beschäftigte zukünftig noch stärker als bisher aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden. Viel wichtiger als die „Rente mit 67“ ist deshalb die Schaffung neuer Rahmenbedingungen für alters- und altersgerechtes Arbeiten. Ansonsten wird sich die Neuregelung zum reinen Rentenkürzungsprogramm entlarven. Kürzere Arbeitszeiten helfen, Arbeitsplätze zu schaffen, dies hat sich in der Vergangenheit bewiesen und deshalb wird dies auch immer unser Ziel bleiben. Bei über 5 Millionen Erwerbslosen gibt es keine anderen erfolgreichen Instrumente, das hat die Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren gezeigt. Ob es weitere Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung geben wird, hängt von der innergewerkschaftlichen Diskussion ab, die wir leider in den letzten Jahren nicht intensiv genug fortgeführt haben.

spw: Vielen Dank für das Gespräch

Personen & Positionen

DL21-Vorstand neu gewählt

(RR) Auf der Mitgliederversammlung des Forum DL21 am 03. März in Berlin wurde der Vorstand bestätigt und um neue Mitglieder ergänzt. Sprecherin ist weiterhin die SPD-Bundestagsabgeordnete und SPD-Präsidiumsmitglied, Andrea Nahles, ihr Stellvertreter bleibt Niels Annen, ebenfalls MdB und Mitglied im SPD-Parteivorstand. Wiedergewählt wurden: Klaus Bartels (Bayern), Gernot Grumbach (Hessen), Iris Gleicke (Thüringen), Wolfgang Jähne (Mecklenburg Vorpommern), Stefan Klecha (Niedersachsen), Jens Klocksich (Brandenburg), Hilde Mattheis (Baden-Württemberg), Holger Poppenhäger (Thüringen), Florian Pronold (Bayern), Mark Rackles (Berlin), Reinhold Rünker (NRW), Christoph Strässer (NRW) und Burkhard Zimmermann (Berlin).

Forum DL 21 jetzt auch in Thüringen

(Olaf Struck, Erfurt) Unter dem Motto „Die Zeit ist reif!“ fand am 5. März die Gründungsversammlung der DL21 in Erfurt statt. Zu Gast war Dr. Joachim Schuster, der politische Geschäftsführer des Forums DL21. Sichtbar erfreut über das große Interesse referierte er über die Perspektiven der SPD-Linken unter den Bedingungen der großen Koalition. Kurze Begrüßungsreden hielten der thüringische SPD-Landesvorsitzende und Fraktionschef Christoph Matschie, der Juso-Landesvorsitzende Peter Metz und der thüringische DGB-Vorsitzende Steffen Lemme.

Sie alle verdeutlichten die Notwendigkeit, die politische Gestaltungskraft der SPD vor allem in Fragen der wirtschaftspolitischen Alternativen, der Bildung und der sozialstaatlichen Sicherung in Bund, Ländern und Kommunen zu erhöhen. Die letzte Wahl hat gezeigt: Es gibt keine politischen Mehrheiten für ein wirtschaftsliberales Staatsmodell. Dabei waren sich die zahlreichen Anwesenden einig: Ausstrahlungskraft und Zielgerichtetheit einer linken Alternative benötigt Diskussionen und Abstimmung. So setzt sich die thüringische DL21 zum Ziel, gemeinsam mit Gewerkschaftern und Wissenschaftlern die Konturen eines sozial gerechten Wohlfahrtsstaates zu schärfen und klare Handlungsalternativen für Thüringen und für den Bund zu formulieren.

Zur Koordinierung dieser Aufgaben wurde ein vorläufiger Sprecherkreis eingesetzt. Mitglieder sind: Iris Gleicke (MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin), Peter Metz (Juso-Vorsitzender Thüringen), Walter Pilger (MdL), Wilhelm Schreier (SPD Kyffhäuser Kreis) und als Geschäftsführer Dr. Olaf Struck (SPD Erfurt).

„Zukunft der Arbeit“

(Inken Wiese, Berlin) Die „Denkfabrik“ veranstaltet bis zum Sommer eine Diskussionsreihe im Bundestag zum Thema „Zukunft der Arbeit“. Mit dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Brandner und mit Hartmut Seifert, dem Leiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaft-

lichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, stritt die „Denkfabrik“ am 9. Februar über das Für und Wider von Mindest- und Kombilöhnen. Unter dem Titel „Schlechte Zeiten für gute Arbeit“ ließ man sich von Prof. Gertraude Krell (FU Berlin) und Michael Guggemos (IG Metall Berlin) über konkrete Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsrahmenbedingungen informieren. Am 30.3. warf die „Denkfabrik“ gemeinsam mit Dr. Eva Högl aus der Europaabteilung des BMAS und mit dem stellvertretenden EGB-Generalsekretär Reiner Hoffmann einen Blick auf die Koordinierung einer europäischen Beschäftigungspolitik und konkrete Vorhaben aus Brüssel. Am 11. Mai schließlich wird die „Denkfabrik“ mit Gustav Horn, dem Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik diskutieren. Infos: www.spd-denkfabrik.de

Forum DL 21 Mittelrhein

(RR) Zu einer Veranstaltungsreihe „Zukunftsdialo Rheinland“ lädt das ein. Zum Auftakt informiert DL21-Sprecherin Andrea Nahles, MdB am 26. April im DGB-Haus Köln ab 19.30 Uhr über die wirtschaftspolitischen Leitlinien der SPD-Prprogrammdebatte. Das Hauptreferat „Wirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung“ hält Prof. Dr. Dr. Wolfgang Streeck (Max-Planck-Institut). Infos www.forum-dl21-nrw.de

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Einleitung zum Schwerpunkt

Von Barbara König und Claudia Walther

Familienpolitik hat derzeit Konjunktur, so scheint es. Die Parteien überbieten sich gegenseitig mit Vorschlägen. Ist das nun der Schlüssel zur Gleichberechtigung? Haben wir nicht alle noch das konservative Wort „famillje“ von Altkanzler Helmut Kohl im Ohr? Muss denn nun die Linke die Vorreiterrolle für die Familie übernehmen? Und wie stehen wir dazu?

Familienpolitik wurde bis in die 90er Jahre hinein häufig konservativen Kräften in Politik und Gesellschaft überlassen. Seit der 68er Bewegung (APO, Kommune 1, etc.) galt Familie als eher rückschrittliches Lebensmodell mit Vater, Mutter, die natürlich miteinander verheiratet waren, und ein bis zwei Kindern. Als Ergebnis nicht zuletzt frauen- und gleichstellungspolitischer Debatten etablierten sich seit den 70er Jahren die so genannten „Wilden Ehen“, Ein-Eltern-Familien und Patchwork-Familien. In den letzten 10 Jahren sind zunehmend auch schwul-lesbische Partnerschaften mit Kindern als so genannte „Regenbogenfamilien“ zu beobachten. Familie ist also vielfältiger geworden und scheint damit auch aus dem Schatten vermeintlich „bürgerlicher Repression“ herausgetreten zu sein.

Die Vielfalt der Familie wird in der jüngsten Zeit aber von einem weiteren Aspekt überlagert: Familie ist eine aussterbende Lebensform. Im Jahr 2000 lebten 25 % aller Menschen in der Familienkonstellation „Ehepaar mit Kindern“ und zusätzlich 9 % aller Privathaushalte waren Eineltern-Familien oder nicht-eheliche Lebensgemeinschaften. Die Tatsache, dass der übergroße Rest von 69% aller Privathaushalte gänzlich ohne Kinder lebt, macht den demografischen Wandel sehr plastisch: unsere Gesellschaft in Deutschland „schrumpft“ und wird immer älter.

Es ist nicht zu übersehen, dass der demografische Wandel mit dem sich von der Pyramide zum Pils wandelnden Verhältnis von Alt und Jung die Aktualität von Familienpolitik begünstigt. In einer Zeit, wo Deutschland im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten eine der niedrigsten Geburtenraten aufweist und sowohl Facharbeitermangel

als auch erodierende Sozialsysteme vorprogrammiert scheinen, wird die Forderung nach Bevölkerungszuwachs mehr oder minder direkt formuliert. In diesem Kontext dienen viele familienpolitische Maßnahmen dem mehr oder minder deutlich ausgesprochenen Ziel, dass insbesondere Akademikerinnen mehr Kinder bekommen sollen. Steckt also hinter der heutigen Familienpolitik nichts anderes als Bevölkerungspolitik?

Familie und Beruf – Schlüssel zur neuen Machtverteilung zwischen den Geschlechtern?!

Oder lassen sich in einer modernen Familienpolitik auch Elemente zu mehr Gleichstellung zwischen den Geschlechtern erkennen? Ist nicht letztlich die Frage, ob sich Berufsweg und Kind(er) vereinbaren lassen, für eine sehr große Gruppe von Frauen von hoher Bedeutung, egal, ob sie sich im Einzelfall für Kinder entscheiden oder nicht? Und stellt sich diese Frage nicht auch allmählich einer wachsenden Anzahl von Männern, die einen partnerschaftlichen Anspruch leben wollen?

Das Netzwerk „Frauenzeiten“, das aus Publizistinnen, Wissenschaftlerinnen, Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen besteht, stellte dazu auf seinem Treffen Anfang dieses Jahres fest: Das alte Bild der Frau an Heim und Herd scheint endgültig gestorben – zumindest in der offiziellen Politik. Immerhin. Allerdings, so wurde dort des Weiteren diskutiert, sind zwei Punkte in der Debatte um Familienpolitik zu vermissen:

1. Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist immer auch eine Zeitfrage. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist jedoch derzeit ein Tabu-Thema. Dagegen ist die Drohung einer Arbeitszeitverlängerung inzwischen in allen Branchen präsent.
2. So erfreulich es ist, dass inzwischen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum offiziellen Programm selbst der CDU und damit zum Regierungsziel geworden ist, so scheinen viele Vorschläge erst einmal nur für gut verdienende Mittelschicht-Frauen geeignet zu sein. Wie aber, so fragte sich das

Netzwerk Frauenzeiten, kann eine Familienpolitik für alle aussehen?

Dem Thema moderne Familienpolitik widmen sich die folgenden Artikel. Dr. Gisela Notz widmet sich der historischen Seite des Familienbegriffes. Sie geht hierbei auf die ursächliche Entstehungsgeschichte der traditionellen Kleinfamilie durch die Trennung von Wohnen und Arbeit ein. Und sie kommt unter anderem zu der überraschenden Feststellung, dass die Vielfalt der Familienformen doch nicht eine ganz neue Entwicklung ist Bärbel Dieckmann und Christina Stockfisch stellen die aktuellen familienpolitischen Positionen von SPD und DGB vor. Zentrales Element ist bei beiden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, welche sowohl über den Ausbau von Kinderbetreuung als auch über mehr Familienfreundlichkeit in Betrieben hergestellt werden soll. Andreas Lange und Klaus Dörre diskutieren in ihren Beiträgen unter den Stichworten „Entgrenzung“ und „Prekarisierung“ die veränderten sozialen Strukturen und Arbeitsbeziehungen, vor denen Familien- und Erwerbsarbeit sich vollzieht.

Die Unzulänglichkeit politischer Appelle an die Wirtschaft konstatiert Christiane Lindbeck in ihrem Artikel über Anspruch und Wirklichkeit von familienfreundlichen Betrieben. Daran schließt sich Svenja Pfahl an. Sie greift das Tabu-Thema Arbeitszeiten auf und betrachtet es nicht nur durch die Brille der Eltern, sondern auch der Kinder. In ihrem Artikel erläutert sie eine Befragung, die sie im Rahmen ihrer Promotion durchgeführt hat, und leitet daraus politische Anforderungen ab.

Bettina Kohlrausch resümiert, dass Frauenpolitik mehr als nur Familienpolitik ist. Diesem Fazit können sich die Autorinnen der Einleitung anschließen. Unbestritten ist ihrer Meinung nach dennoch, dass für Frauen die Entscheidung für oder gegen Kinder die wichtigste Weggabelung zu einem gleichberechtigten und erfüllten Leben ist. Dabei spielt nicht die Kinderfrage an sich eine Rolle. Es geht vielmehr darum, ob Frauen und auch Männer Familie und Beruf, aber auch das „private“ Leben insgesamt gleichberechtigt unter einen Hut bringen können.

Eine Bewertung der aktuellen politischen Vorschläge und der öffentlichen Debatte wurde am Internationalen Frauentag, 8. März, abends in Düsseldorf vorgenommen: Auf Einladung von spw und Jusos NRW

Barbara König ist Geschäftsführerin des AWO-nahen Familienverbandes „Zukunftsforum Familie“ (www.zff-online.de) und lebt in Bonn. Claudia Walther ist Mitglied des Netzwerkes „Frauenzeiten“ (www.frauenzeiten.de) und des SPD-Unterbezirksvorstandes Aachen Stadt, sie ist beruflich als Projektmanagerin bei der Bertelsmann Stiftung tätig und lebt in Aachen.

führten Petra Hepenstrick, Landesvorsitzende des Deutschen Familienverbandes NRW, und Barbara König vom Zukunftsforum Familie ein „Streitgespräch“, das in diesem Heft dokumentiert wird. Bei grundsätzlicher Einigkeit bei einzelnen Forderungen gab es hier unterschiedliche Einschätzungen in der Frage der politischen Eingriffsebenen.

Geschlechtergerechtigkeit

Letztlich sind strukturelle Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt – sei es bei der Berufswahl, Lohnstrukturen oder Aufstiegschancen – historisch stets auf die weibliche (potenzielle) Mutterrolle zurückzuführen. Frauen ergreifen eher Berufe, die später in Teilzeit gut zu bewältigen sind, typische Frauenjobs sind mit einem „Zuverdienerlohn“ ausgestattet, während Männer immer noch eher als „Familienernährer“ entlohnt werden. Vermutlich wird auch auf dem Arbeitsmarkt Gleichstellung erst dann eintreten, wenn junge Männer genauso häufig Elternzeit und Teilzeitjobs beanspruchen wie Frauen, und junge Frauen ebenso oft wie Männer die Rolle der Mehrverdienenden in ihrer Familie übernehmen. Sicher kommen die verpflichtenden Vätermomente beim Elterngeld dieser Version nur sehr wenig nahe, aber immerhin sind sie ein Schritt in die richtige Richtung. Und immerhin wird vielen besser verdienenden Vätern die Ausrede genommen, dass sie wegen der hohen Einkommen-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



seinbrüche unmöglich Elternzeit beanspruchen könnten.

Der Paradigmenwechsel in der Familienpolitik hat nach unserer Auffassung längst auch die SPD sowie die Jusos und befreundete gesellschaftliche Kräfte erreicht. Familienpolitik und Frauenpolitik bzw. Genderpolitik sind keine Gegensätze mehr, sondern bedingen sich gegenseitig – wie zuletzt der Beschluss des SPD-

PV in Mainz betont. Selbstverständlich gibt es viele Themen und Fragestellungen, die Frauen und das Geschlechterverhältnis über die Familienbeziehungen hinaus betreffen. Die Frage, wie wir privat leben, in welchen Konstellationen wir Kinder kriegen oder nicht, wie wir unser Alter verbringen, u.v.m. erscheint jedoch zentral für die Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit.

spw 2 / 2006

„In der Familie stecken die Frauen...“

Historische Entwicklung des Familienbegriffes

Von Gisela Notz

Trotz einer etwa 150jährigen Familienforschung gibt es bisher keine allgemein gültige Theorie über die historische Entstehung von Familie und über die hierfür verantwortlichen verursachenden Bedingungen. Allerdings besteht kein Zweifel darüber, dass es in unserem Kulturbereich zu allen Zeiten, über die wir einigermaßen verlässliche Daten besitzen, immer verschiedene Formen von Familie nebeneinander gegeben hat. Letztlich galt und gilt auch heute noch, was der Soziologe Max Weber formulierte: „der historisch durchaus vieldeutige Begriff [der Familie] ist nur brauchbar, wenn im Einzelfall sein Sinn klargestellt ist“. (Weber 1964, S. 276.)

Struktur und Funktion der Familie war und ist von den je spezifischen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen und der damit verbundenen Besitz- und Machtverhältnisse abhängig und eng mit der Arbeitszuweisung an die Familienmitglieder verbunden. Wie alt ist die Familie?

Der Begriff Familie wurde im 16. Jahrhundert in den deutschen Wortschatz aufgenommen. Eingang in die deutsche Umgangssprache hat er erst im 18. Jahrhundert gefunden. Eine einheitliche Auffassung darüber, was man als Familie bezeichnet, gab und gibt es weder im Alltag, noch in der Wissenschaft. Der Begriff geht zurück auf das ursprünglich vom lateinischen „famulus“

(Diener) abgeleiteten „familia“ (Gesamtheit der Dienerschaft; Gesinde) und weitete seine Bedeutung auf die Bezeichnung der gesamten Hausgenossenschaft von Freien und Sklaven aus, die dem „pater familias“ anvertraut war. Im Deutschen löste das Wort „Familie“ die Begriffe „Haus“ oder „Weib und Kind“ im Übergang vom 17. zum 18. Jahrhundert ab. Der Bezeichnungswandel ist Ausdruck jener Veränderungen, denen die Familie im Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise unterworfen ist.

Das glorifizierte „ganze Haus“

Der erste deutsche Familiensoziologe Wilhelm Heinrich Riehl (1823 – 1897) beklagte in seinem Band „Die Familie“ bereits 1855 den Verfall der Familie. Er meinte damals das viel zitierte und glorifizierte „ganze Haus“ der vorindustriellen Gesellschaft, eine Familienform, zu der verwandte und nicht

Dr. Gisela Notz ist wissenschaftliche Referentin in der Friedrich-Ebert-Stiftung im Historischen Forschungszentrum, Forschungsabteilung für Sozial- und Zeitgeschichte, Projekt: Frauenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg.

verwandte Personen zählten und deren Struktur eine Tätigkeitsbegrenzung von Frauen auf die rein hauswirtschaftlichen Arbeiten nicht vorsah.

Nicht der Verwandtschaftsgrad sondern die Position in der Hausgemeinschaft regelte die Beziehungen. Knechte und Mägde, Gesellen und Lehrlinge, zählten in gleicher Weise zum Hausverband. Zentrales Merkmal des „ganzen Hauses“ war die Einheit von Produktion und „Familienleben“. Eine Vielzahl von gesellschaftlich notwendiger Funktionen (Produktion, Landwirtschaft, Konsumtion, Sozialisation, Alters- und Gesundheitsvorsorge) wurden dort erfüllt. Diese Familie war ebenso wenig wie die folgenden Familientypen eine „heile Familie“. Sie war – abgesehen davon, dass sie nur für eine kurze Zeitspanne, vornehmlich im großbäuerlichen und großbürgerlichen Bereich existierte – bereits patriarchal organisiert und basierte auf der traditionellen zentralen Rolle des Vaters der notfalls mit Hilfe des Faustrechts seine Herrschaft verteidigen konnte. Der Wirkungsbereich der (bürgerlichen) Frau, die ihrem Mann Gehorsam schuldete, war festgeschrieben: „Denn in der Familie stecken die Frauen. Sie sollen wirken für das öffentliche Leben, aber man soll ihrer dabei nicht ansichtig werden, denn sie sollen zu Hause bleiben“, schrieb Riehl 1866. Was mit dem „ganzen Haus“ beschrieben wird, beschreibt selten die Rolle des Gesindes und der Mägde, die den jungen und alten Herren ausgeliefert waren.

Die Mehrzahl der unteren Schichten der Bevölkerung in der vorindustriellen Zeit lebte nicht in den großen Haushaltsfamilien mit Produktionsfunktion. Zahlreiche familienhistorische Untersuchungen belegen, dass es vor und zu Beginn der Industrialisierung eine außerordentlich große Vielfalt familiärer Lebensformen gegeben hat. Faktisch alle auch heute auftretenden Lebensformen

dürften schon damals existiert haben: Von der Mutter- bzw. Vaterfamilie über die nicht-eheleiche Eltern-Kind-Gemeinschaft bis zu komplizierten Stiefelternverhältnissen, von der Kleinfamilie bis zu größeren komplexen Familienverbänden, war das Spektrum gespannt.

Der Zerfall der Familie

Je mehr sich die Lösung der Landbevölkerung aus feudalen und halbfeudalen Fesseln durchsetzte, je mehr Fabrikssystem und große Industrie sich ausbreiteten und hergebrachte Landarbeits-, Handwerks- und Heimarbeitsstrukturen zerstörten, je mehr Menschen gezwungen waren, um des Überlebens willen ihre Arbeitskraft den Besitzern von Produktionsmitteln zu verkaufen, desto mehr griff die Trennung der Lebensräume um sich: hier der Ort, an dem produziert wurde, und dort der Ort, an dem man ausruhte, aß, schlief, zeugte, aufzog, starb. Dieser Prozess der Trennung von Produktion und Reproduktion, von Arbeit und Familie, der im 18. Jahrhundert begann und das gesamte 19. Jahrhundert hindurch immer schärfer hervortrat, hatte zum Ergebnis, dass die Familie sich als ein gesellschaftlicher Teilbereich neben anderen herausbildete. Jetzt entstand die vom französischen Familiensoziologen Frederic Le Play (1806 – 1882) so bezeichnete „unstable Familie“, die Kernfamilie als Zwei-Generationen-Familie mit dem leiblichen Vater, der leiblichen Mutter und ihren gemeinsamen Kindern. Nun wurde diese Familienform glorifiziert. Geliebt sind „Hausvater“ und „Hausmutter“, wenn auch in veränderter Form. Idealtypisch war und ist der Mann Alleinverdiener (bread-winner). Er beherrschte unbestritten als Oberhaupt den Rest der Familie. Die Frau war vom Broterwerb gänzlich freigesetzt und mit der Führung des Haushaltes, der Kindererziehung und der Repräsentation

der Familie nach außen betraut. Es gehörte zum „guten Ton“, möglichst eine (besser mehrere) Dienstmädchen(n), eine Amme oder ein Kindermädchen zu haben. Sie gehörten nun nicht mehr zur bürgerlichen Familie. Ihr Einfluss auf die Kinder sollte begrenzt werden, weil sie den Nachwuchs mit Untugenden und Krankheiten infizieren konnten, die in den sozialen Unterschichten vermutet wurden und vor denen sich das Bürgertum sorgfältig abzusichern suchte. Die Hausfrau sollte sich nun vorrangig um die liebe- und planvolle Aufzucht und Charakterbildung der Kinder kümmern.

Frauenerwerbsarbeit musste sich in zähem Ringen gegen die hartnäckige Einstellung von der natur- und gottgebotenen Stellung der Frau und des Mannes in Familie und Beruf durchsetzen. Dieser Kampf musste von Arbeiterinnen ebenso geführt werden, wie von Bürgerinnen, freilich unter unterschiedlich privilegierten Bedingungen. Auch Arbeiter und Handwerker wollten ihre Frauen, nach dem Vorbild der bürgerlichen Familien, im eigenen Haushalt sehen. Deshalb wurde, auch durch Sozialisten und ihre Organisationen, immer wieder das Verbot der gewerblichen Frauenarbeit gefordert. Das bürgerliche Familienideal blieb allerdings aufgrund der materiellen Lebensumstände der Lohnabhängigen für die meisten ein nicht zu realisierender Traum. Der Wunsch der Arbeitsmänner, „...so viel zu verdienen, dass wir unsere Familien ehrlich und ordentlich ernähren können“ (Diese Forderung stellte der Bergarbeiter Siegel, einer der Wortführer und Organisatoren des großen Bergarbeiterstreiks im Mai 1889 an Kaiser Wilhelm II.), war eigentlich nie verwirklicht. Dies ging nur, wenn die Frau „mit verdiente“. Immer wieder war in den Protokollen der Gewerkschaftstage zu lesen, dass Chaos herrsche, wenn die Frau „arbeiten“ ging: „Ein glückliches Familienleben ist der beste Lohn für den Arbeiter; das Gefühl, für Frau und Kind zu schaffen, gibt ihm Mut und Kraft, spornt an; in der Familie findet er Glück und Frieden. Das ist aber nur dann der Fall, wenn die Frau sich der Familie widmen kann. Ist sie den ganzen Tag vom Hause fort, dann gerät das Haus in Unordnung und Schmutz; der Mann findet kein ordentliches Essen (...) und so wird das Gefühl der Behaglichkeit der Familie nicht aufkommen“ so kritisierte z.B. das Mitglied des Reichstages Franz Hitze in der 9. Legislaturperiode.

Es waren Sozialistinnen wie Clara Zetkin, die darauf verwiesen, dass die tragende Grundlage für die soziale Gleichberechtigung des „weiblichen Geschlechts“ die Berufsbildung bildet, weil „ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit des Weibes vom Manne, von der Familie, die Emanzipation unmöglich wird“. Sie hatte erkannt, dass die Struktur der bürgerlichen Kleinfamilie für die Arbeiterinnen nicht ausreichte. In ihrem Text „Die neue Familie“ forderte sie 1906 eine die Familie er-

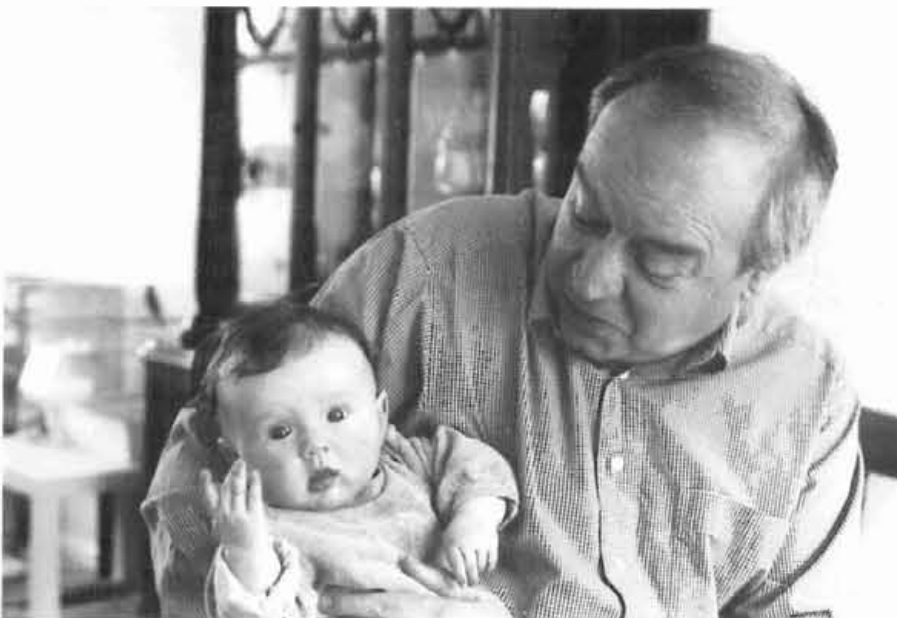


Foto: Christian Kiel (Berlin)

gänzende öffentliche Erziehung. Die Eheleute fordert sie auf, die Erziehungsarbeit untereinander zu teilen.

Mit fortschreitender Industrialisierung wurde Familie Inbegriff des Privaten und Hort des Gefühls. Das Loblied auf die „heilige Familie“ war fester Bestandteil herrschender Sozialpropaganda geworden. Beklagt wurde schon damals der Geburtenrückgang, auch bei den ProletarierInnen oder zumindest den besser verdienenden Facharbeiter-schichten. Die Zahl der „Militärtauglichen“ nahm ab. Der Kaiser brauchte Soldaten. Während des Ersten Weltkrieges bestanden die Familien vor allem aus Müttern mit Kindern, die Väter waren in den Krieg gezogen.

Nach dem Ersten Weltkrieg

Nach dem Ersten Weltkrieg waren Witwen und Waisen an der Tagesordnung. Kindergärten, Kinderheime, Nähstuben und Volksküchen wurden eingerichtet und von der Bevölkerung begierig in Anspruch genommen. Wieder waren es die Frauen, die für den Kleinfamilienhaushalt verantwortlich waren, und den heimkehrenden Kriegern, die schließlich eine Familie zu versorgen hatten, ihre Erwerbsarbeitsplätze frei machen sollten. Dafür sorgte die „Demobilisierungsverordnung“ von 1919/20.

Obwohl die Weimarer Verfassung die Familie auf der Gleichberechtigung der Geschlechter gegründet wissen wollte, änderten sich Geschlechterstereotype nicht. Eine Revision des patriarchalischen Familienrechts des BGB fand nicht statt. Dennoch erblickte man wieder einmal überall Zeichen familialen Niedergangs durch eine liberale Sexualität, steigende Scheidungs- und Abtreibungsziffern, sinkende Geburtenraten, uneheliche Geburten und – natürlich – durch die zunehmende „Erwerbsneigung“ der Frauen.

Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und der Zweite Weltkrieg

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Josef Goebbels, erklärte 1933 zum Familienbegriff der Nationalsozialisten: „Den ersten, besten und ihr gemäßesten Platz hat die Frau in der Familie, und die wunderbarste Aufgabe, die sie erfüllen kann, ist die, ihrem Land und Volk Kinder zu schenken.“ Und auch Adolf Hitler verwies auf den Stellenwert der bürgerlichen Familie, der in der Weimarer Republik zu kurz gekommen sei, weil Frauen ihre Aufgaben und Pflichten als Mütter vernachlässigt hätten, um mit den Männern um politische Macht, Berufe und Geld zu konkurrieren. Das Elend, das die nationalsozialistische Herrschaft für die Menschen brachte, ist bekannt. Es bedeutete, dass einerseits das hohe Lied der deutschen Mutter gesungen wurde, die später in der Rüstungsindustrie tätig werden sollte, gleichzeitig die Frauen, die nicht in das Bild passen, verfolgt, diskriminiert, gedemütigt und getötet wurden. Während „keimendes hoch-

wertiges“ Leben geschützt wurde, sollte werdendes „minderwertiges“ Leben noch im Mutterleib vernichtet werden.

Familie in der BRD

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die bürgerliche Familienform wieder hoch gelobt. Sie erschien nun als „die letzte Stabilität in einer sich auflösenden Welt“ (Schelsky). Obwohl die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in das Grundgesetz eingeschrieben wurde, schrieb Artikel 6 GG. vor, dass Frauen in die Familie gehörten („Schutz von Ehe und Familie“). Und dies obwohl 40 % der Familien „Mutterfamilien“ waren. Der konservativen Regierung unter Konrad Adenauer ging es während der 1950er Jahre um die Wiederherstellung der patriarchalen Kleinfamilie. Schon damals galt sie als nicht intakt, wenn die Mutter berufstätig war. Die Kinder aus solchen Familien hielt man für gefährdet. „Schlüsselkinder“ wurden in die Kategorie der Entwurzelten und Verwaorsten eingereiht. Gleichzeitig entwickelten im Bundestag einige SPD-PolitikerInnen eine Familienpolitik, die noch heute wegweisend sein könnte. Beispielsweise ist Marta Schanzenbach (1907 – 1997), zu nennen. (Vgl. Notz, 2003, S. 435 – 459.) Sie vertrat einen für diese Zeit sehr fortschrittlichen Familienbegriff. „Familien“ hieß für sie, unterschiedliche Formen des Zusammenlebens mit Kindern, die nicht an die Institution „Ehe“ gekoppelt sein mussten. Eine „Einheitsfamilienpolitik“, die sich auf den Schutz und die Förderung von „Normalfamilien“ beschränkte, lehnte sie schon damals ab.

In den 1970er Jahren: Das Private ist politisch

In den 1970er Jahren war es durch die Zunahme nicht ehelicher Lebensgemeinschaften in Deutschland (Ost und West) zu einer weiteren Abkehr vom traditionellen Familienbild gekommen. Zu einem Aufbruch hin zu anderen Lebensformen kam es durch die Anfang der 1970er Jahre aus der Studentenbewegung hervorgegangenen neuen Frauenbewegungen. Sie sahen in Anlehnung an die kritische Theorie die bürgerliche Kleinfamilie als eine Institution an, in der die kapitalistischen Verhältnisse mit der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung reproduziert und ihre Subjekte produziert werden. Sie kritisierten nicht nur die Trennung der Bereiche öffentlich und privat und die Zuständigkeit von Frauen für den privaten Bereich, sondern auch die Männergewalt über Frauen und Kinder. Aus dieser Kritik entwickelten sie alternative Formen des Zusammenlebens durch Wohngemeinschaften, Kommunen und Kinderläden. Der Familienbegriff wurde teilweise durch den Begriff „Bezugsgruppen“ ersetzt.

Die tatsächlich gelebte Familie ist (immer noch) wenig erforscht

Heute wird „Familie“ in vielfältigen personellen Zusammensetzungen gelebt. „Fami-

lie ist, wo Kinder sind“, stand in der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung vom Oktober 1998. Der Slogan wurde von vielen Organisationen übernommen. Die damaligen Regierungsparteien wollten darauf hinarbeiten, dass die vielfältigen Familienformen respektiert werden und für deren Gleichstellung sorgen. Auch diese Definition wirkt exklusiv. Sie erfasst Töchter, die ihre Eltern pflegen, ebenso wenig wie Wohngemeinschaften, in der Behinderte und nicht Behinderte zusammenleben. „Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken“ ist die treffendere Definition des „Zukunftsforum Familie“ (Neue, von der AWO gegründete Familienorganisation). Dahinter zurück bleibt der Familienbegriff von Kanzlerin Angela Merkel: Für sie ist Familie überall dort, „wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen“.

Von der Umsetzung der verschiedenen Definitionen in die Realität sind wir noch weit entfernt. Auch wenn Einelternfamilien, Stieffamilien, „Patchworkfamilien“, „Regenbogenfamilien“ und „eingetragene Partnerschaften“ heute an der Tagesordnung scheinen. Die tatsächlich erlebten und gelebten Zusammenlebensformen sind wenig erforscht. Die Zukunft der Familie

Christa Wolf ist zuzustimmen, wenn sie sagt: „Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass Frauen [ich ergänze und Männer] nicht nur nach Gleichberechtigung, sondern nach neuen Lebensformen suchen.“ Kinder und auch andere Menschen, die sich nicht (mehr) alleine helfen können, brauchen verlässliche Bezugspersonen und sie brauchen generationsübergreifende solidarische Lebensweisen, die sich nicht mehr auf Ehe und Verwandtschaft, und auf zwei Generationen beschränken. Heute geht es um Solidarität über die Grenzen der eigenen ‚primären Netzwerke‘ hinaus. Es sollte also nicht weiter darum gehen, sich häufende ‚neue Familienformen‘ durch den Familienbegriff zu ‚normalisieren‘, und damit wiederum andere Erwachsene und Kinder daran zu messen. Es geht darum, dass keine Lebensform bevorzugt und keine benachteiligt wird und allen Menschen gleiches Recht und Existenzberechtigung für die von ihnen gewählte Lebensform zugestanden wird, solange dort niemand ausgebeutet und unterdrückt wird.

apw 2 / 2006

Literatur

- Gisela Notz: Familien. Lebensformen zwischen Tradition und Utopie, Neu-Ulm 2003
 Gisela Notz: Verlorene Gewissheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie, Frankfurt/M. 2004, 3. Aufl.
 Gisela Notz, Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 – 1957, Berlin 2003, S. 435 – 459.
 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. I, Köln/Berlin 1964

Perspektiven für eine zukunftsorientierte Kinder- und Familienpolitik

Von Bärbel Dieckmann

Familienpolitik ist „in“. Angesichts der derzeitigen Konjunktur des Themas in allen Medien und politischen Parteien könnte man auf den Gedanken kommen, auch die Sozialdemokratie habe ein Modethema für sich entdeckt und versuche nun ebenso wie andere, einen bislang versäumten Modernisierungsschub nachzuholen. Dieser Eindruck trügt.

Die SPD-geführte Bundesregierung von Gerhard Schröder hatte bereits vor acht Jahren begonnen, der gestiegenen Bedeutung einer modernen Kinder- und Familienpolitik vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels durch weitreichende Reformen Rechnung zu tragen: Das Betreuungsgesetz für unter Dreijährige, das 4 Mrd.-Euro-Programm für den Ganztagschulenausbaue, die reformierte Elternzeit, die um insgesamt 50% erhöhte Familienförderung und vieles andere mehr. Die Regierungsarbeit bewegte sich dabei stets auf einer umfangreichen Beschlusslage der Partei, die mit den Anträgen „Kinder – Familie – Zukunft“ 2001 in Nürnberg sowie „Deutschland 2010 – Zukunft für Kinder und Zukunft mit mehr Kindern“ 2003 in Bochum wichtige Wegmarken gesetzt hatte.

In sozialdemokratisch geführten Bundesländern wurden in den zurückliegenden Jahren klare Schwerpunktsetzungen bei der Förderung von Kindern und Familien vorgenommen, allen voran in Rheinland-Pfalz mit Ministerpräsident Kurt Beck an der Spitze. Dort fließt inzwischen ein Viertel des Landesetats in frühkindliche Förderung. Damit liegt Rheinland-Pfalz an der Spitze aller Bundesländer. Neben dem Ausbau der Ganztagschulen, den Rheinland-Pfalz bereits seit 2001 massiv vorantreibt, sind jetzt mit dem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ weitere innovative Schwerpunkte zur Förderung von Kindern und Familien gesetzt worden: Die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres von diesem Jahr an, mit der eine optimale Schulvorbereitung für alle Kinder erreicht werden soll, und der verstärkten Öffnung von Kindergärten, mit der ab 2010 alle Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für ihr zweijähriges Kind erhalten. Die Mehrkosten übernimmt in beiden Fällen das Land.

Auch in der Großen Koalition haben wir jetzt dafür gesorgt, dass die Familienpolitik der Bundesregierung die Handschrift der SPD trägt. Mit den neuen steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Kinderbetreuungskosten leisten wir einen Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – auch für Eltern mit eher geringem Einkommen. Weitere wichtige Schritte haben wir in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt: die Fortsetzung des Betreuungsausbaus für Kleinkinder bis 2010 und die Einführung eines Elterngeldes nach skandinavischem Vorbild vom Jahr 2007 an.

Aber auch unabhängig von der Regierungsarbeit wollen wir weiterhin als Partei Perspektiven für eine zukunftsorientierte sozialdemokratische Familien- und Kinderpolitik entwickeln. Der Parteivorstand hat daher am 16. Januar diesen Jahres auf seiner Klausurtagung in Mainz eine Kampagne unter dem Titel „Zukunft mit Kindern“ beschlossen, mit der wir die familienpolitische Debatte in die Gliederungen der Partei und in die Gesellschaft tragen wollen. Grundlage dafür ist unser Beschluss mit dem Titel „Wir sichern Deutschlands Zukunft“, der die aktuellen Herausforderungen beschreibt und Handlungsstrategien benennt. Für uns steht fest: Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft ist zukunftsfähig:

„Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden. Eine Familie zu gründen, Kinder zu bekommen und später dann auch Enkel – das ist und bleibt für die meisten Menschen die entscheidende Grundlage für Lebenszufriedenheit. Zugleich können allein Kinder und Familien den Fortbestand unserer Gesellschaft garantieren. Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft – sozial, wirtschaftlich und kulturell. Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann eine dynamische und eine wachstumsstarke Gesellschaft sein. Deshalb braucht Deutschland eine Familienpolitik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Genauso wichtig ist es aber auch, dass wir kein einziges Kind auf seinem Entwicklungsweg zurücklassen. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und Bildung von Anfang an!“

Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Familienpolitik sind also im wesentlichen fünf Annahmen:

1. Familienpolitik ist die zentrale Zukunftsaufgabe. Nur wenn wir Kinder und Familien in den Mittelpunkt der Politik stellen, werden wir sowohl den demographischen Wandel als auch den Übergang in die Wissensgesellschaft bewältigen.

2. Frühe Förderung ist entscheidend. Lebens- und Bildungschancen werden bereits im frühesten Kindesalter vergeben. Was in den ersten Lebensjahren eines Menschen versäumt wird, ist später nur mit größter Anstrengung nachzuholen. Nur wer Kinder früh fördert, verhindert langfristig Ausgrenzung und Armutsrisiken.

3. Bevölkerungsentwicklung und Wohlstand bedingen einander. Eine Gesellschaft mit mehr Kindern ist nicht nur menschlich reicher, sondern auch ökonomisch stärker. Weniger Kinder bedeuten schon jetzt weniger Wohlstand für alle.

4. Dienstleistungen für Familien sind ein Wachstumsmarkt. Bildung, Betreuung und andere Dienstleistungen für Familien sind eine Zukunftsbranche mit erheblichen Beschäftigungspotenzialen. Die steigende Nachfrage kann dabei nicht alleine über den privaten Markt abgedeckt werden. Auch in Zeiten knapper Kassen muss der Staat hier eine finanzielle Mitverantwortung übernehmen.

5. Familie und Beruf müssen vereinbar sein. Frauen und Männer wollen heute partnerschaftlich zusammenleben und sich berufliche und familiäre Aufgaben teilen. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen und unterstützende Betreuungsangebote sind dafür die Voraussetzung.

Daraus ergeben sich aus unserer Sicht sechs Handlungsstrategien:

1. Konsequente Verbindung von Bildung und Betreuung. Insbesondere für die Kleinsten müssen die Betreuungsangebote ausgebaut werden. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder unter drei Jahren ab 2010 und ein Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem zweiten Lebensjahr. Zumindest im letzten Jahr vor der Schule sollte jedes Kind einen Kindergarten besuchen. Die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr – wie jetzt in Rheinland-Pfalz – ist ein wichtiger Schritt dahin. Wir wollen zudem die Zahl der Ganztagschulen weiter deutlich erhöhen – Eltern brauchen mehr verlässliche Ganztagsbetreuung, die Schü-

lerinnen und Schüler brauchen Zeit zum Lernen.

2. Stärkung von Kindern und Familien. Eltern brauchen Unterstützung. Damit möglichst alle Kinder gut aufwachsen, brauchen wir eine Kultur der öffentlichen Verantwortung für jedes Kind. Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ihrer Erziehungsverantwortung gerecht zu werden. Familien brauchen leicht erreichbare, verstärkt auch aufsuchende und frühe Hilfen. Diese können in Kindertagesstätten, Gesundheitseinrichtungen, Nachbarschaftshäusern, Elterncafés oder Familienzentren angesiedelt sein.

3. Eine humane Arbeitswelt. Junge Frauen und Männer erhalten gerade im Familiengründungsalter zunehmend befristete Verträge. Zugleich sind die Anforderungen an räumliche Mobilität und zeitliche Flexibilität erheblich gestiegen. Schwangerschaft steigert in diesen Fällen für Frauen das Risiko, arbeitslos zu werden. Junge Männer fürchten um ihre berufliche Stellung, wenn sie Elternzeit beanspruchen; entsprechend nehmen nur fünf Prozent der jungen Männer in Deutschland Elternzeit in Anspruch. Die Tarifpartner tragen Verantwortung, familiengerechte Arbeit zum Thema von Tarif-

verhandlungen zu machen. In Betriebsvereinbarungen können konkrete Schritte in Richtung auf familienfreundliche Arbeitsplatz- und Zeitgestaltung festgelegt werden.

4. Ein neuer Blick auf die Lebensarbeitszeit. Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung (81,5 Jahre bei Frauen und 75,9 Jahre bei Männern) müssten Familiengründung, Berufseinstieg und Karriere nicht, wie das momentan der Fall ist, parallel in den Jahren zwischen 30 und 35 stattfinden. Diese „Rush-hour des Lebens“ kann nur dann aufgelöst werden, wenn Familiengründung zum Beispiel stärker als bisher bereits in der Ausbildungsphase möglich ist: durch unterstützende Strukturen an Hochschulen und eine Ausbildungsförderung, die jungen Menschen die frühere ökonomische Selbstständigkeit ermöglicht.

5. Allianzen für Familie. Wir haben mit der Allianz für Familie und den Lokalen Bündnissen einen innovativen Weg eingeschlagen, um die Kooperation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auch auf der lokalen Ebene zu verankern und dort konkrete Strategien für mehr Familienfreundlichkeit zu entwickeln.

6. Bessere Unterstützung von Familien. Bei den familienpolitischen Ausgaben stehen wir im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Das ist angesichts von Geburtenrückgang sowie Armutsrisiken für Familien in Deutschland eine paradoxe Situation. Es verdeutlicht, dass der von uns in den zurückliegenden Jahren eingeleitete Paradigmenwechsel weg von den direkten Leistungen, hin zu Investitionen in Infrastruktur, ergänzt durch zielgenauere Förderinstrumente wie Kinderzuschlag und Elterngeld, überfällig war.

Um diese Themen weiter zu begleiten und zu entwickeln, hat der SPD-Parteivorstand ein Forum „Kinder, Jugend und Familie“ eingesetzt, das von Kerstin Griese, Björn Böhning und mir geleitet wird. Es wird sich im Frühjahr konstituieren und mit dezentralen Veranstaltungen zu Schwerpunktthemen gezielte Impulse sowohl in die Parteigliederungen als auch in die Öffentlichkeit geben. Klar ist: Mehr Förderung für Kinder, Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern und gleiche Lebenschancen für Frauen und Männer sind und bleiben die Ziele sozialdemokratischer Familienpolitik.

spw 2/2008

Entgrenzungen von Arbeit und Familie

Herausforderungen an Familien- und Gesellschaftspolitik

Von Andreas Lange

1. Grenzerletzungen und Fusionen: Auf dem Weg zu einem neuen gesellschaftlichen Paradigma?

Beobachtet man die gesellschaftliche Entwicklung, dann fällt auf, dass viele Sortierungen des Sozialen derzeit sich zwar nicht völlig auflösen, aber doch neu verhandelt werden müssen, wenn man die kompakte Industriegesellschaft der späten sechziger und frühen siebziger Jahre als Vergleichsfolie beizieht. Sie markierte historisch einen Höhepunkt der gegenseitigen Separierung von Arbeits- und Privatleben und stellte den Zenit des bürgerlichen Familienmodells dar. Nie zuvor in der Geschichte hatten Menschen realiter in den westlichen Industriegesellschaften in diesem Umfang in dieser

Konfiguration gelebt (Coontz 2005). Die aktuellen Irritationen der straffen Zuweisungen sozialer Logiken zu voneinander separierten gesellschaftlichen Systemen sind unübersehbar:

Frank Schirrmachers Buch „Das Methusalem-Komplott“ führt uns in typischer journalistischer Rhetorik die Entgrenzung der Lebenszeit vor Augen. Es ist die Rede von einer Aufweichung von Generationengrenzen. So entdeckt die Marktforschung die Kidults: Frauen um die 50 kaufen Girlie-Mode, Frührentner brechen auf zum erotischen Abenteuerurlaub. Auch der Drogengebrauch scheint sich doppelt zu entgrenzen; er ist nicht mehr an die Jugendphasen und nicht mehr an bestimmte Szenen gebunden.

Pokemons, Teletubbies, Digimons und vor allen Harry Potter als wichtigste Figuren der globalen Kinderkultur wandern in die Lebenswelten von Familien und ihrer Kinder ein. Sie finden sich beim Essen auf der Milchtüte, beim Spielen auf dem Pausenhof, beim Schlafen auf der Bettwäsche

Weitere Indizien für Fusionen und Grenzerletzungen sind Begriffe wie „Edutainment“ oder „Verschulung der Freizeit“. Bildung wird als Unterhaltung inszeniert, Lehrer mutieren zu Animatoren und verschiedenste Programme versprechen ein spaßiges Lernen. Umgekehrt wird die Freizeit der Kinder und Jugendlichen zu einem umkämpften Feld, auf dem zusätzliche Qualifikationen für einen möglichen zukünftigen beruflichen Vorteil angehäuft werden. Es ist daher auch von einer Entgrenzung der Bildungsorte und der Pädagogik die Rede.

In vielen beruflichen Feldern und Bereichen sind mannigfache Verschleifungen von „Privatleben“ und professionellem Handeln zu beob-

PD Dr. Andreas Lange ist wissenschaftlicher Referent am DJI München, Privatdozent für Soziologie an der Uni Konstanz. Arbeitsschwerpunkte: Modernisierung von Kindheit, Spannungsfelder zwischen beruflicher und familialer Arbeit, Analyse von Familien- und Kinderdiskursen

Foto: Christian Kiel (Berlin)



achten. Anders als noch vor dreißig Jahren sind diese Verschleifungen und diffusen Übergänge von Arbeiten, Freizeit, beruflichem Handeln, Weiterqualifikation nicht mehr auf wenige Prozent der Erwerbstätigen beschränkt, sondern greifen auf immer mehr berufliche Sparten über (Kratzer/Sauer 2005). Ganz wichtig für das weitere Verständnis des Verhältnisses von Familie und Erwerb ist dabei, dass auch Facetten des Arbeitslebens zunehmend den Charakter von Privatheit erlangen – so z.B. die Nutzung des E-Mails und Internets für Zwecke der Freizeitorganisation oder der Synchronisierung des abendlichen Familienmitemanders. Aufgrund dieser hier beispielhaft aufgezeigten wechselseitigen Einflüsse von Familie und Erwerbsbereich und um einseitige kausale Zuschreibungen in der Art „die Arbeit wirkt auf die Familie“ zu verhindern, bietet es sich an, von gegenseitigen und permanenten „Verschränkungen“ zu sprechen.

Übereinstimmend können diese Einzelphänomene als Bruch in der modernen Sozialstruktur interpretiert werden (Rosa 2005), die als „Entgrenzungen“ und „Verflüssigungen“ des Sozialen bezeichnet werden. Ausgehend vom Modell einer modernen differenzierten Gesellschaft mit mehr oder weniger rigiden Grenzziehungen zwischen Systemen und Handlungslogiken werden in der spätmodernen Gesellschaft zeitliche, räumliche, sachliche und emotionale Überschreitungen ehemals getrennter Zusammenhänge sichtbar:

Zeitliche Entgrenzungen auf der Ebene der Alltagszeit meinen, dass Arbeits- und andere Zeiten, man denke an die Abschaffung des Sendeschlusses, sich flexibilisieren und fragmentarisieren (Bauer u.a. 2004). Verlängert man diese Betrachtungsweise auf die lebenszeitliche Achse von Biographien, kann man auch von Entgrenzungen des Lebenslaufs insofern sprechen, als Weiterbildung über den gesamten Lebenslauf stattfindet, jugendliche Attitüden schon von 10-

jährigen gezeigt werden und junge Erwachsene zunehmend mehr auf „Support“ ihres Elternhauses angewiesen sind.

Räumliche Entgrenzung auf der Mikro- und Mesoebene heißt, dass Arbeit nach Hause mitgenommen und an jedem Ort gearbeitet werden kann. Aber auch viele andere Ortszuweisungen lösen sich auf. Auf der Makroebene entgrenzen sich örtlich gebundene Sozialbeziehungen.

Sachliche Entgrenzung bedeutet, dass die soziale Logik von Tätigkeiten nicht mehr trennscharf an Institutionen und Logiken gebunden ist, sondern sich die Logiken des Arbeitens, Lernens, der Freizeit und des Events durchdringen.

Emotionale Entgrenzungen sind darin zu sehen, dass die Gefühlscodes des privaten und öffentlichen Bereiches sich ebenfalls von den bürgerlichen Zuschreibungen lösen, die scheinbar rationale Wirtschaft zunehmend auf Emotionalisierung setzt, die Arbeitenden aber dadurch keinesfalls nur ausgebeutet werden, sondern Aspekte des Emotionsmanagements bewusst zur Steigerung der Erlebnisqualität und Kundenorientierung ihrer Arbeit einsetzen. Umgekehrt werden Teile des Privaten rationalen Kalkülen unterworfen (Neckel 2005).

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion wird unterstrichen, dass Entgrenzungen vormals starrer Grenzen nicht bedeuten müssen, dass sie sich einfach auflösen. Vielmehr können sich neue Grenzziehungen etablieren. Für die Diagnose des Verhältnisses Familie und Erwerbsbereich heißt dies, dass man nicht mit linearen Entwicklungen zu rechnen hat, sondern mit Verwerfungen. Wird aber gesellschaftlich entstrukturiert, entdifferenziert, entgrenzt, gemischt, dann wird es zu einer Aufgabe der jeweils betroffenen Individuen und Familien mit den unschärfer gewordenen, uneindeutigeren fragmentierten Sozialbezügen umzugehen (Pongratz/ Voß 2003), eventuell selbst neue Grenzziehungen zu erfinden. Sie dürfen aber nicht alleine gelassen werden, was die Frage nach angemessenen sozial- und familienpolitischen Antworten auf die Fusionierungen und Entgrenzungen aufwirft.

2. Arbeitswelt: Schleichende, widersprüchlich, aber nachhaltige Entgrenzungen

Nun zu den wichtigsten Eckpunkten der Diagnose einer schleichenden, differentiellen, gleichwohl nachhaltigen und immer auch widersprüchlichen Entgrenzung des Arbeitens und Wirtschaftens. Der Hintergrund dieser Entwicklung kann und soll hier nur stichwortartig umrissen werden:

- Internationalisierung und Transnationalisierung von Güter- und Produktmärkten;
- Die Bedeutungszunahme und Steuerungsmacht des Finanz- und Kapitalmarkts;

- Kosten- und Effizienzdruck, Vermarktlichung aller Unternehmensbereiche und Abteilungen;

- Übergang von der fordistischen Massenproduktion zu flexibler Produktion;
- Bedeutungszugewinn von symbolischen und emotionalen „Gütern“;
- Übergang in eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft.

Diese makrogesellschaftlichen und makroökonomischen Veränderungen schlagen auf alle Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen als handfeste Vermarktlichung und Kostenorientierung durch – wenn auch mit unterschiedlicher Wucht. Unübersehbar dokumentieren sich Prozesse der Entgrenzung in den Trendsetter-Branchen und zukunftsweisenden Wirtschaftssektoren: In der Kultur- und Medienwirtschaft (Henninger/Gottschall 2005; Volmerg/Mader/Myiels 2005), den Finanzdienstleistungen (Blair-Loy/Jacobs 2004), der IT-Branche und der Biotechnologie (Fehre/Melis 2005).

Entgrenzung meint gerade hier weit mehr als zeitlich variables und räumlich verteiltes Arbeiten – namentlich ein verändertes Verständnis von Leistung und die Umstellung der Arbeitssteuerung auf Ergebnisorientierung. Gefordert wird von den Beschäftigten vor allem eines: Selbstorganisation. „Das eröffnet Spielräume für mehr Autonomie und Selbstorganisation. Es kann die Beschäftigten veranlassen, selbst zu überlegen, welche Arbeitsweise die rationellste und der Situation angemessene ist. Diese Selbstorganisation lässt die Orientierung an zeitlichen Grenzen irrational erscheinen, ebenso die Gleichsetzung von Arbeit mit räumlicher Anwesenheit; auch die sozialen und sachlichen Eingrenzungsmodi verlieren ihre Plausibilität. In der Ergebnisorientierung liegt zugleich die Gefahr, das Maß zu verlieren, an dem die Angemessenheit der Arbeitsleistung zu beurteilen wäre.“ (Voswinkel/Kocycba 2005: 76). Das meint dann ganz konkret, dass man das Maß verliert, ein dauerndes latentes Gefühl verspürt, nicht genug gearbeitet zu haben, um die auch durchaus mit eigener Leidenschaft besetzten Ziele zu erreichen. Das führt zur weiteren Ausdehnung von Arbeitszeiten und verunmöglicht das Abschalten zuhause. Solche Phänomene sind insbesondere auf Arbeitsmärkten zu beobachten, die wesentlich von Kontakten und Reputation gesteuert werden: Medien, Wissenschaft, Kultur. Hier komme es zum Erhalt der eigenen „employability“ darauf an, im Gespräch zu sein, von Jobs zu erfahren und empfohlen zu werden. Bekanntschaften werden auch immer unter dem Gesichtspunkt des aktiven Netzwerkes betrachtet, freundschaftliche gehen in instrumentelle Beziehungen über. „Charakteristisch für die Netzwerklogik im Unterschied zur Mitgliedschaft in einem Unternehmen ist, dass Zugehörigkeiten grundsätzlich vorbehaltlich und oft befristet sind und jeweils

neu über das Eingehen zeitweiliger Bindungen entschieden wird. Die damit einhergehende Unkalkulierbarkeit zukünftiger employability zwingt dazu, verschiedene mögliche künftige Erwerbsverhältnisse zu antizipieren. Die Subjekte sind dazu veranlasst, Kompetenzen, Erfahrungen und Kontakte zu entwickeln, ohne kalkulieren zu können, ob diese ‚Investitionen‘ sich jemals auszahlen ... Hieraus resultiert ein prinzipiell entgrenztes Engagement mit vagen Erfolgchancen, das mit dem Gefühl des jeweils ungenügenden, weil unsicheren Einsatzes verbunden ist.“ (Voswinkel/Kocyba 2005: 76).

Eine weitere Facette entgrenzten Arbeitens hat mit der Aufwertung von Emotionen zu tun. Sie sind nicht mehr Störfaktor einer rational konzipierten Ökonomie, sondern dienen als neue Leitwährung im Marketing von Produkten und Dienstleistungen, sie werden von den Beschäftigten eingefordert und sind auch in betrieblichen Abläufen erwünscht. Auf der einen Seite macht das die Arbeitswelt menschlicher – auf der anderen Seite resultieren neue mögliche Überforderungen durch Grenzverwischungen: „Überanstrengt davon, nunmehr auch für die letzten persönlichen Strebungen selbst verantwortlich zu sein und am Ende frustriert darüber, am Ideal der totalen Machbarkeit des glücklichen und erfolgreichen Individuums immer wieder zu scheitern, verwandelt sich das notorische Gefühl des persönlichen Mangels in seelische Dunkelheit. Depression ist danach die moderne Zeitkrankheit der dauerhaften Empfindung eigener Unzulänglichkeit.“ (Neckel 2005: 428).

Bilanzierend ist festzuhalten, dass sich die verschiedenen Prozesse der Entgrenzung von Arbeit und Leben als uneinheitlich und unverbunden – eben als ambivalent darstellen: Verjüngung von Belegschaften bei gleichzeitiger Heraufsetzung des Renteneintrittsalters; wachsender Anspruch an Beschäftigte bei gleichzeitiger Unternehmensprogrammatisierung für die Work-Life-Balance und Familienfreundlichkeit. Die besondere Ambivalenz des entgrenzten Arbeitens liegt darin, dass die als positiv erlebten großen Gestaltungsspielräume im Arbeitsprozess und die subjektive Bedeutung der Arbeit für die eigene Identität eine Eigendynamik entwickeln können, welche dann wieder diese positiven Momente der Entgrenzung schmälern, wenn nicht sogar konterkarieren können. Forciert wird die Uneindeutigkeit der entgrenzten Arrangements des Arbeitens dadurch, dass nicht nur in den genannten aufstrebenden Branchen und Sektoren ein Zuviel an Arbeit und Engagement begrenzt und mit Hinblick auf private Reproduktionsinteressen kanalisiert werden muss. Es gibt eben auch eine immer breiter werdende Zone von Beschäftigungsformen, die im weitesten Sinne als prekär zu kennzeichnen sind und eine ganz andere Form

von „Entgrenzung“ mit sich transportieren: „Für Beschäftigte in einer prekären Erwerbslage sind Unsicherheit und Diskontinuität ein generalisiertes Erfahrungsmuster, wodurch soziale Desintegration begünstigt wird. Die Ungewissheit, die mit derartigen Beschäftigungsformen einhergeht, erstreckt sich über weite Bereiche der sozialen Existenz, erfasst sowohl berufliche als auch private Zukunftserwartungen und spiegelt sich nicht zuletzt in der Einschätzung der eigenen Stellung auf dem Arbeitsmarkt und im betrieblichen Alltag. Diese generalisierte Unsicherheit kann als fluide Schwebelage ohne kalkulierbare Verortung im betrieblichen und außerbetrieblichen Sozialraum beschrieben werden.“ (Kraemer/Speidel 2005: 380). In welchem Zusammenhang stehen Entgrenzung von Arbeit und die Formen familialer und individueller Lebensführung?

3. Umgang mit Entgrenzung oder von „fleißigen Marktbienen“ und Widersändlern

Auch Familien der Gegenwart entgrenzen sich partiell (Jurczyk 2005). Sie sind nicht auf einen Haushaltskontext beschränkt, die Begriffe und Vorstellungen dessen, was eine Familie ausmacht, lösen sich von eng geschnittenen Vorgaben und im Alltag entgrenzen sich Familien durch die unterschiedlichen Einbindungen der Kids und ihrer Mütter und Väter in Bildung, Freizeit und – neuerdings forciert der Erwerbswelt. Die Verschränkung von Arbeit und Privatheit bzw. Familienleben wurde in die breite Fachöffentlichkeit durch eine Publikation der amerikanischen Sozialwissenschaftlerin Arlie Hochschild (2002) gebracht. Ihre Thesen zur Umwertung der beiden Sphären – die Arbeit wird gleichsam zur zweiten Familie, während daheim nur Arbeit wartet – sind breit rezipiert worden. Für unseren Zusammenhang instruktiv ist eine nochmalige Auswertung ihres Materials, die sie jüngst vorgelegt hat. Diese zeigt nämlich einen differentiellen Bewältigungsstil von Entgrenzungstendenzen auf. Es deutet sich hierin, sicherlich für deutsche Verhältnisse empirisch nachzuprüfendes, Spektrum des Umgangs mit den Zumutungen entgrenzten Arbeitens an; ein Spektrum, das auch die Chancen und Grenzen des individuellen bzw. familialen Handelns in Bezug auf Arbeitsformen illustriert. Eingebettet sind die Analysen Hochschilds in eine profunde Auseinandersetzung mit der zumindest in den USA auf Familie immer stärker ausgreifenden Marktkultur. Ein aktueller Ausdruck dessen ist ein Dienstleistungsservice „Familie 360“. In die Welt gesetzt von einer Managementberatungsfirma kann man sich für 1000 Dollar seine Leistung als Elternteil und als Partner evaluieren und zertifizieren lassen. Kinder und Partner und andere Verwandte beleuchten den Probanden aus al-

len Blickrichtungen – daher der Namenszusatz „360“. Danach trifft man sich, um einen Entwicklungsplan zur Stärkung von Familienbeziehungen zu entwerfen. Dazu kommen spezielle Investmentpläne, die eine möglichst effektive (!) Interaktion mit der Familie ermöglichen sollen. Die Hintergrundprämisse dabei stammt aus der Arbeitswelt, angestrebt wird eine in beiden Sphären zu optimierende Effizienz und Effektivität. Wie gehen nun aber die Beschäftigten mit dem permanenten „Overwork“ und Zeitdruck um?

Die Erdulder

Diese Strategie des Aus- und Durchhaltens, ohne viel Zeit mit Kindern oder Partnerin zu finden, mündet in resignative Reflexionen: Das Leben sei einfach kein Rosengarten, man müsse sich halt durchschlagen, und man passt dann auch die Erwartungen an ein gelingendes Familienleben nach unten hin an.

Die Aufschieber

Diese Gruppe verschiebt ihre Bedürfnisse und privaten Anliegen auf ein „später“. Diese temporale Bestimmung bleibt aber oftmals diffus und variiert sehr: „Später“ kann heißen: einen Tag später (dann werden wir miteinander Qualitätszeit haben); eine Woche später (am Wochenende gehen wir an den See).

Die fleißigen Bienen

Die wiederum schoben nichts auf, sondern versuchten, in das schmalere Zeitbudget einfach mehr reinzupacken. Teilweise wird der Beschleunigungsstress Teil der eigenen Person und Identität. Sie waren energetisiert durch den Druck, und versuchten auch die anderen Familienmitglieder zu überzeugen, dass Schnelligkeit und Druck eine feine Sache ist, die Spaß macht.

Die Delegationskünstler

Hier wurden Stellvertreter als Ressource gesucht, um der Zeitnot entgegenzutreten. Dabei wird allerhöchster Wert auf die persönliche Auswahl der Personen, die sich vor allem um die Kinder kümmern, gelegt.

Die Widerständler

Hier wurden große Anstrengungen unternommen, die Zeitpläne selbst umzustrukturieren. „They envisioned and tried to allocate time as to fit the purpose at hand to an optimum amount of time.“ (S. 350).

Es waren vor allem die Aufschieber und die fleißigen Bienen, die weder ihre Zeitstrukturen umstellten, noch ein dringendes Bedürfnis hatten, dies zu tun. Ihnen schien also die Assimilation an die Marktkultur die richtige Lösung für das Dilemma zwischen Arbeit und Familie zu sein. Man könne zusammenfassend sagen, dass neben dem Fernseher die beständige Busyess das mächtigste Opium fürs Volk abgibt.

4. Sozial- und gesellschaftspolitische Herausforderungen der permanenten Verschränkung von Familie und Erwerbsarbeit

Hochschilds Arbeit veranschaulicht die relativen Spielräume des Umgangs mit entgrenzten Arbeitsverhältnissen und unterstreicht somit, dass eine einseitige Kausalbeziehung – hier die dominante Arbeit, dort das sich total anpassende Familienleben – nicht gegeben ist. Gleichzeitig macht sie aber auch deutlich, dass es nicht zuletzt auch die verfügbaren Ressourcen sind, die es bestimmten Akteuren erlauben, die positiven Momente der Entgrenzung für sich fruchtbar werden zu lassen. Diese Beobachtung öffnet den Blick für die politischen Gestaltungsmöglichkeiten und –notwendigkeiten der neuen Verschränkungen zwischen Arbeits- und Familienleben. Erstens müssen die Spielräume der räumlichen und zeitlichen Flexibilität der Erwerbsarbeit im Sinne der Familien selbst von diesen für ihre eigensinnige Interessenverfolgung ausschöpfbar sein, um Familienleben gelingend organisieren zu können. Zweitens geht es auf der Ebene von Deutungsmustern und Leitbildern darum, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit in der Familie als gleichwertig dazustellen, insbesondere mit Blick auf die gerade für Väter so familienfeindliche Kultur der Anwesenheit in vielen deutschen Betrieben und Verwaltungen. Drittens ist die derzeit wieder grassierende und derzeit im scheinbar neu-

tralen ökonomischen Gewand des Kosten-Nutzen-Denkens daher kommende kulturkritische Familienrhetorik – Stichwort Kinderlose als Sozialschmarotzer – in ihre Schranken zu verweisen, da sie die eigentlichen skandalösen sozialen Ungleichheiten, die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, verschleiern. Überdies gefährdet sie in fahrlässiger Weise das mannigfache kreative und generative Potenzial, das Personen – auch solche ohne eigene leibliche Kinder – unterschiedlicher Generationszugehörigkeit jetzt schon in vielfacher Weise in Form von ehrenamtlichen Engagement in die Gesellschaft einbringen. Viertens brauchen Familien zur Bewältigung der Herausforderungen entgrenzter Arbeits- und Umweltverhältnisse qualitätsreicher Infrastrukturen im sozialen Nahraum – angefangen von einem qualitätsreichen ÖPNV über innovative Modelle generationsübergreifender Kommunikationszentren in den Kommunen bis hin zu verlässlichen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Fünftens brauchen Familien in Zeiten der Entgrenzung Formen von Beratung und Familienbildung, die an die vorhandenen Kompetenzen der Eltern, die sie beispielsweise aus ihrer Arbeitserfahrung mitbringen, anknüpfen und die Hilfen zur Decodierung der Uneindeutigkeiten und Fusionierungen des Sozialen anbieten. Familienberatung und –bildung sollte sich parallel zur Steigerung der Kompetenzen der einzelnen Eltern und Familienmit-

glieder auch als Beitrag zu einer politischen Bildung verstehen, die die Familien besser in die Lage versetzt, ihre Interessen gebündelt und schlagkräftig zu formulieren – und diese Interessenartikulation eben nicht den aus bestimmten großbürgerlichen Kreisen stammenden selbsternannten „Familienexperten“ bei Sabine Christiansen zu überlassen. Denn diese vergessen in ihren wohlfeilen Rezepten – alle Eltern müssen sich eben nur noch mehr anstrengen, mehr lernen und Konsumverzicht betreiben – dass die Wirtschaft auf Individuen als Produzenten und Konsumenten angewiesen ist, die in ihren privaten und familialen Zusammenhängen

nicht nur die Kompetenzen zur Beteiligung an der Erwerbswelt erlernen, sondern heute auch in hohem Maße bereit sind, diese subjektiven, lebensweltlichen Potenziale in ihre Arbeit mit einzubringen. Sechstens muss eine Lebenslaufpolitik entworfen werden, die es erlaubt, dass die produktiven Potenziale in Familie und Beruf nachhaltig eingebracht werden können, was angesichts der längeren Lebenserwartung nur durch einen klugen, reflexiven und institutionell abgefeierten Umgang mit der Lebenszeit realisiert werden kann.

spw 2 / 2006

Literatur:

- Bauer, Frank/ Hermann Groß/ Klaudia Lehmann/ Eva Munz (2004). *Arbeitszeit 2003. Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsorganisation und Tätigkeitsprofile*. Köln, ISO.
- Blair-Loy, Mary/ Jery A. Jacobs (2004). „Globalization, Work Hours, and the Care-Deficit among Stockbrokers.“ *Gender & Society* 17(2): 230-249.
- Coontz, Stephanie (2005). *Marriage, a History from Obedience to Intimacy or How Love Conquered Marriage*. New York, Viking.
- Fehre, Rena / Mehlis, Peter (2005). *Regulierung hochqualifizierter Arbeit in IT- und Biotechnologieunternehmen. Erste empirische Befunde aus dem Forschungsprojekt „Arbeitszeiten und Arbeitsformen in High-Tech-Unternehmen der ‚New Economy‘“*. IAW Arbeitspapier 17. Bremen: Institut Arbeit und Wirtschaft
- Gottschall, Karin/ Annette Henninger (2005). *Freelancer in den Kultur- und Medienberufen: freiberuflich, aber nicht freischwebend*. In: *Entfesselte Arbeit – neue Bindungen. Grenzen der Entgrenzung in der Medien- und Kulturindustrie*. Nicole Mayer-Ahuja/ Harald Wolf (Hrsg.). Berlin, edition sigma: 153-183.
- Hochschild, Arlie Russell (2002). *Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hochschild, Arlie Russell (2005). *On the Edge of The Time Bind. Time and Market Culture*. *Social Research* 72(2): 339-355.
- Jurczyk, Karin (2005). *Familie – Arbeit – Entgrenzung*. *WestEnd* 2(2), 90-99.
- Kraemer, Klaus/ Frederic Speidel (2005). *Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Zur Transformation des arbeitsweltlichen Integrationsmodus*. In: *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*. Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.). Wiesbaden, VS Verlag: 367-390.
- Kratzer, Nick/ Dieter Sauer (2005). *Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit*. In: *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht*. SOFI/ IAB/ ISF/ INIFES (Hrsg.). Wiesbaden, VS Verlag: 125-149.
- Neckel, Sighard (2005). *Emotion by design. Das Selbstmanagement der Gefühle als kulturelles Programm*. *Berliner Journal für Soziologie*, 15, 3, 419-430.
- Pongratz, Hans J./ G. Günter Voß (2003). *Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen*. Berlin, edition sigma.
- Rosa, Hartmut (2005). *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Volmerg, Birgit/ Sabine Mader/ Just Mielsds (2005). *Mit Leib und Seele bei der Arbeit. Arbeitererfahrungen in Kultureinrichtungen*. In: *Entfesselte Arbeit – neue Bindungen. Grenzen der Entgrenzung in der Medien- und Kulturindustrie*. Nicole Mayer-Ahuja/ Harald Wolf (Hrsg.). Berlin, edition sigma: 263-299.
- Voswinkel, Stephan/ Kocyba, Hermann (2005). *Entgrenzung der Arbeit. Von der Entpersönlichung zum permanenten Selbstmanagement*. *WestEnd* 2(2), 73-83.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Arbeitnehmer zweiter Klasse?

Politik der Entprekarisierung statt Klassenkampf zwischen Arbeitnehmern

Von Klaus Dörre

Lange Zeit eher verdrängt, hat das Thema prekäre Beschäftigung inzwischen auch die Medien erreicht. Freilich erfährt es dort mitunter Zuspitzungen, die mit den Anliegen einer kritischen Prekarisierungsforschung nur noch wenig gemein haben. So präsentierte ein Beitrag des ZDF-Magazins *frontal21* jüngst eindrucksvolle Beispiele für die Entstehung von „Arbeitnehmern zweiter Klasse“. Doch diesen Befund wendeten die verantwortlichen Redakteure mit Vehemenz gegen die Gewerkschaften und die laufenden Tarifauseinandersetzungen. Den Gewerkschaften wurde eine ständische Interessenpolitik vorgeworfen, die lediglich dazu diene, Privilegien von „Arbeitnehmern erster Klasse“ zu verteidigen. Eine solche Kommentierung, für die ich selbst als Kronzeuge ins Bild gerückt wurde, nutzt die „Arbeitnehmer zweiter Klasse“, um Tarifforderungen in noch vergleichsweise geschützten Sektoren zu delegitimieren: „Steinkühlerpause“, 38,5-Stunden-Woche – ein Privileg derer, denen es ohnehin besser geht als vielen anderen! So lautet die unmissverständliche Botschaft. (Ich habe mich dazu in einem Brief an die Redaktion geäußert und dagegen verwahrt, derart benutzt zu werden.)

„Klassenkampf“ zwischen Arbeitnehmern?

Handelte es sich lediglich um einen durchsichtigen journalistischen Versuch, in laufenden Tarifauseinandersetzungen zu intervenieren, so könnte man die Sache rasch ad acta legen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass außerhalb des gewerkschaftlich aktiven und organisierten Spektrums viele genau so denken, wie die Redakteure von *frontal21*. Schon deshalb macht es Sinn, die These einer „Klassenspaltung“ innerhalb der Arbeitnehmerschaft genauer zu untersuchen. Trifft es tatsächlich zu, dass wir bei den Lohnabhängigen inzwischen unterschiedliche Klassen von Existenzbedingungen vorfinden? Muss man gar davon ausgehen, dass die Verteidigung von Privilegien der „Arbeitnehmer erster Klasse“ den Prekarisierungsprozess der „zweiten Klasse“ verschärft? Nachfolgend will ich diese Fragen anhand der Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur prekären Beschäftigung

diskutieren, die ich mit meiner Forschergruppe durchgeführt habe. Es handelt sich um eine qualitative Untersuchung, die auf knapp 100 themenzentrierten Interviews, auf einigen Gruppendiskussionen sowie gut 30 Expertengeprächen basiert. Zu der von mir geleiteten Forschergruppe gehören Klaus Kraemer und Frederic Speidel (beide FIAB Recklinghausen) sowie Ulrich Brinkmann und Silke Röbenack (FSU Jena). Zwischenergebnisse der Studie sind u.a. in der seitens der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Expertise: „Prekäre Beschäftigung. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung, Bonn 2006“ veröffentlicht. (Die Buchfassung der Studie erscheint im Frühsommer 2006 im Wissenschaftsverlag). Dabei geht es mir nicht um eine detaillierte Darstellung von Einzelbefunden, sondern um eine zugespitzte Anwendung von Ergebnissen auf die skizzierte Fragestellung. Neue Spaltungslinien

Zunächst belegt unsere Studie tatsächlich eine Entwicklung, auf die die These von den „Arbeitnehmern zweiter Klasse“ zielt. Am Arbeitsmarkt sind seit den 1980er Jahren neue Segmentationslinien entstanden, die eine eigene Konfliktdynamik erzeugen. Wie es eine Hypothese des französischen Sozialwissenschaftlers Robert Castel (2000, 2005) besagt, spalten sich die nachfordistischen Arbeitsgesellschaften mehr und mehr in drei Zonen. Die Mehrzahl der Lohnabhängigen ist noch immer in einer – allerdings schrumpfenden – „Zone der Integration“ mit formal gesicherten Normbeschäftigungsverhältnissen tätig. Dazwischen expandiert eine „Zone der Prekarität“ mit heterogenen Beschäftigungsformen, die sich allesamt dadurch auszeichnen, dass sie nicht oberhalb eines kulturellen Minimums dauerhaft Existenz sichernd sind. Am unteren Ende bildet sich eine – in Deutschland noch relativ kleine – „Zone der Entkoppelung“ heraus, die die von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossenen, die „Entbehrlichen“ der Arbeitsgesellschaft umfasst. Über das Ausmaß von Prekarisierungsprozessen wird in der sozialwissenschaftlichen Debatte gestritten. Inzwischen besteht jedoch Konsens, dass auch in Deutschland eine „Zone der Prekari-

tät“ existiert und dass diese Zone wächst. Der Anstieg so genannter nicht-standardisierter Beschäftigungsverhältnisse auf – je nach Maßstab – 29 – 36 % aller Erwerbsverhältnisse in Ost und West ist hier nur ein sehr grober Indikator. Einerseits übertreibt er, weil er z. B. erwünschte Teilzeitarbeit erfasst, andererseits reduziert er aber auch das Problem. Denn in den genannten Zahlen fehlt nicht nur die Gruppe der Langzeitarbeitslosen, auch der Niedriglohnssektor (Einkommen von weniger als 2/3 des Medianlohns), der schon 2001 ca. 17,4 % aller Vollzeitbeschäftigten umfasste, bleibt unberücksichtigt. Gleiches gilt für die Informalisierung, also für die Tendenz zur informellen Korrektur kollektiver Regelungen, die sich innerhalb formal intakter Vertragsverhältnisse vollzieht. Über das Ausmaß dieser Tendenz, die nach unseren Recherchen in vielen Betrieben und Bereichen weit fortgeschritten ist (Candeias/Röttger 2005), gibt aus nahe liegenden Gründen keine zuverlässigen Statistiken. Bedenkt man ferner, dass das Normalarbeitsverhältnis in Branchen wie dem gesamten Bereich Nahrung und Genuss, speziell dem Fleischereihandwerk oder dem fast-food-Bereich, im Einzelhandel, der Logistik-Branche, dem Reinigungs- und auch im Baugewerbe tendenziell zu einer Beschäftigungsform von Minderheiten wird, so liegt auf der Hand, dass prekäre, weil ungeschützte und nicht dauerhaft Existenz sichernde Arbeitsverhältnisse längst zu einem Massenphänomen geworden sind (genauere Daten finden sich in: Brinkmann u. a. 2006).

Typische Verarbeitungsformen

Ausmaß und Wirkungen von Prekarisierungsprozessen lassen sich letztlich aber nur angemessen erfassen, wenn die subjektiven Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigung in die Analyse einbezogen werden. Auf der Grundlage unseres empirischen Materials, das anhand ausgewählter Problemkonstellationen in allen Zonen der Arbeitsgesellschaft gesammelt wurde, lassen sich neun typische Verarbeitungsformen (Schaubild 1) unterscheiden, die gewissermaßen eine soziale Hierarchie der nachfordistischen Arbeitsgesellschaft abbilden.

Arbeitskraft- (sichere Beschäftigung, mehr als Existenz sicherndes Einkommen) und Tätigkeitsperspektive (Professionalitätsstreben, befriedigende Sozialbeziehungen,

Identifikation mit den Arbeitsinhalten) beinhalten die primären Integrationspotentiale einer Erwerbstätigkeit. In der ersten Zone bilden drei Typen (1, 3, 4) die Integration in formal gesicherte Normbeschäftigung (Arbeitskraftperspektive) ab. Im Fall der ebenfalls integrierten Selbstmanager (Typ 2) dominiert das Integrationspotential der Tätigkeitsperspektive über den atypischen Beschäftigtenstatus. In der „Zone der Prekarität“ sind unstete Beschäftigungsverhältnisse angesiedelt, die jedoch subjektiv höchst unterschiedlich bewertet werden. Die „Zone der Entkoppelung“ umfasst dauerhaft von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossene Gruppen mit ebenfalls divergierenden subjektiven Orientierungen. Was besagt diese Typologie nun für unsere Ausgangsfrage nach einem „Klassenkampf“ zwischen Arbeitnehmern?

Verstetigung von Prekarität

Zunächst zeigt sich, dass die neuen Segmentationslinien in den Köpfen der Beschäftigten tatsächlich eine Rolle spielen. In gewisser Weise bestimmen sie die Klassifikationssysteme der Befragten. Zugleich wird deutlich, dass soziale Unsicherheit sowohl in der „Zone der Prekarität“ als auch in der „Zone der Entkoppelung“ höchst unterschiedlich bearbeitet wird. In beiden Zonen stoßen wir auf ähnliche Grundmuster. Gruppen (Typ 5, 8), die wir als Hoffende oder als Veränderungswillige bezeichnet haben, klammern sich im Grunde an den Glauben, eines Tages doch noch den Sprung in die Normalität zu schaffen. Sie setzen auf den „Klebeffekt“ eines unsicheren Beschäftigungsverhältnisses oder vertrauen auf einen anvisierten Bildungsabschluss. Daneben finden sich in beiden Zonen Verarbeitungsformen, die auf eine Verstetigung von Prekarität und Ausgrenzung hinauslaufen (Typ 6, 7, 9). Die Realisten, die Zufriedenen und die Abgehängten entwickeln aus unterschiedlichen Gründen Strategien, um in einer Lebenssituation, die durch strukturelle Unsicherheit gekennzeichnet ist und eine Art „Provisorium im Dauerzustand“ konstituiert, überleben zu können. Das Ziel einer Überwindung von Prekarität oder Ausgrenzung haben diese Gruppen im Grunde aufgegeben. Ihnen geht es in erster Linie darum, in einer Lebenslage einigermaßen handlungsfähig zu bleiben, die sie zu permanenter Benachteiligung verurteilt.

Drinnen und Draußen

In dem Maße, wie sich Prekarität und Ausschluss verstetigen, entsteht tatsächlich eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie. Unstrittig ist, dass klassenspezifische Verteilungskonflikte, Konflikte zwischen Kapital und Lohnarbeit, wieder an Brisanz gewinnen. Daraus resultierende Auseinandersetzungen werden jedoch von einer Konfliktlinie

überlagert, die das Drinnen und Draußen reguliert (Kronauer 2002). Teilhabe an „guter“, akzeptabel bezahlter, unbefristeter, inhaltlich anspruchsvoller, mit gesellschaftlicher Anerkennung und befriedigenden Sozialbeziehungen verbundener sowie mit institutionalisierten Partizipationsrechten verknüpfter Arbeit lässt sich – samt der damit verbundenen Lebenschancen – im Grunde nur mittels Zugehörigkeit zur schrumpfenden „Zone Integration“ erreichen. Alles, was jenseits dieser Zone positioniert ist, zeichnet sich durch Grade des Ausschlusses von materiellem Wohlstand, sozialer Sicherheit, reichen Sozialbeziehungen und Partizipationschancen aus.

Für die prekarisierten Gruppen hat Erwerbsarbeit ihren Charakter als Basis eines stabilen Lebensplans längst verloren. Im Unterschied zu den subproletarischen Existenzen des 19. Jahrhunderts führen unsichere Beschäftigungsverhältnisse in den Arbeitsgesellschaften der Gegenwart aber nicht, jedenfalls nicht zwangsläufig, zu vollständiger Entwurzelung und Pauperisierung. Vielmehr befinden sich die prekär Beschäftigten in einer eigentümlichen Schwebelage. Die modernen Prekarier müssen nicht nur alle Energien mobilisieren, um den Sprung in sichere Verhältnisse vielleicht doch noch zu schaffen. Permanente Anstrengungen sind auch nötig, um einen vollständigen Absturz zu vermeiden. Wer in seinen Anstrengungen

nachlässt, dem droht der Fall in die „Zone der Entkoppelung“. Insofern besitzen die modernen Prekarier keine Reserven, kein Ruhekitzen. Sie sind die ersten, denen in Krisenzeiten Entlassungen drohen. Ihnen werden bevorzugt die unangenehmen Arbeiten aufgebürdet. Sie sind die Lückenbüßer, die „Mädchen für alles“, deren Ressourcen mit anhaltender Dauer der Unsicherheit allmählich verschlissen werden. Führt man sich dies vor Augen, so kann man in Anlehnung an den französischen Soziologen Pierre Bourdieu (2000) tatsächlich eine Herausbildung unterschiedlicher „Klassen von Existenzbedingungen“ diagnostizieren.

Produktion gefügiger Arbeitnehmer

Die arbeitspolitische Brisanz dieses Befundes liegt auf der Hand. Die gewerkschaftlich organisierten, handlungsfähigen Teile der Lohnabhängigen finden sich vornehmlich in der „Zone der Integration“. In der „Zone der Prekarität“ sind Organisationsansätze wenn überhaupt, so nur schwach entwickelt. Zur Prekarisierung gehört, dass sie mit einer gewissen „Entkollektivierung“ verbunden ist, doch die strukturelle Schwächung der Fähigkeit zu organisiertem Interessenhandeln ist gewissermaßen eine kollektive Situation, die auf die Interpretations- und Deutungskämpfe in der gesamten Arbeitsgesellschaft zurückwirkt. Prekär Beschäftigte sind häufig besonders geduldige und gefügige Arbeit-

Schaubild 1: (Des-)integrationspotentiale von Erwerbsarbeit – eine Typologie	
Zone der Integration	
1. Gesicherte Integration („Die Gesicherten“)	
2. Atypische Integration („Die Unkonventionellen“ oder „Selbstmanager“)	
3. Unsichere Integration („Die Verunsicherten“)	
4. Gefährdete Integration („Die Abstiegsbedrohten“)	
Zone der Prekarität	
5. Prekäre Beschäftigung als Chance / temporäre Integration („Die Hoffenden“)	
6. Prekäre Beschäftigung als dauerhaftes Arrangement („Die Realistischen“)	
7. Entschärfte Prekarität („Die Zufriedenen“)	
Zone der Entkoppelung	
8. Überwindbare Ausgrenzung: („Die Veränderungswilligen“)	
9. Kontrollierte Ausgrenzung / inszenierte Integration („Die Abgehängten“)	

nehmer (Boltanski/Chiapello 2003: 262). Wer befristet beschäftigt ist, keine Reserven hat, nicht in Kontakt mit einer Interessenvertretung steht und seine Arbeit dringend braucht, um sich einigermaßen über Wasser zu halten, der scheut oftmals den Konflikt mit Vorgesetzten und Beschäftigten.

Doch das ist nicht alles. Gerade weil sich die prekär Beschäftigten im unmittelbaren Erfahrungsbereich der über Normarbeitsverhältnisse Integrierten bewegen, wirken sie als ständige Mahnung. Festangestellte, die Leiharbeiter zunächst als wünschenswerten „Flexibilisierungspuffer“ betrachteten, beschleicht ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit, wenn sie an die Leistungsfähigkeit der Externen denken. Sie sehen, dass ihre Arbeit zu gleicher Qualität auch von Personal bewältigt werden kann, das für die Ausübung dieser Tätigkeit Arbeits- und Lebensbedingungen in Kauf nimmt, die in der Stammbelagschaft niemals akzeptiert würden. Wenngleich Leiharbeiter und befristete Beschäftigte betrieblich meist nur Minderheiten sind, wirkt ihre bloße Präsenz disziplinierend auf die Stammbelagschaften zurück. In Bereichen mit hoch qualifizierten Angestellten produzieren Freelancer und abhängig Selbständige einen ähnlichen Effekt. So finden sich im Grunde in allen Beschäftigungssegmenten Wechselbeziehungen zwischen Stammbelagschaften und flexiblen Arbeitskräften, die den „Besitz“ eines unbefristeten Vollzeitvertragsverhältnisses als verteidigenswertes Privileg erscheinen lassen. Aus diesem Grund ist die Prekarisierung kein Phänomen an den Rändern der Arbeitsgesellschaft. Sie bewirkt eine allgemeine subjektive Unsicherheit, die bis tief hinein in die Lebenslagen der formal Integrierten reicht. Prekarität wirkt desintegrierend und zugleich als disziplinierende Kraft. Insofern stützt die Prekarisierung ein Kontrollsystem, dem sich auch die Integrierten kaum entziehen können.

Kulturkampf um Flexibilität

Das gilt umso mehr, als neben der Arbeitsmarktsegmentation noch eine weitere, eher kulturelle Konfliktlinie wirkt. Die Welt der regulierten Normalarbeitsverhältnisse gerät nicht nur in den unteren Etagen der Arbeitsgesellschaft unter Druck. Für die integrierten „Selbstmanager“ in der „Zone der Integration“ hat sie ebenfalls keinen Bestand mehr. Diese Gruppen von Arbeitnehmern profitieren zweifellos von einem Arbeitsmanagement, das sie „zur Freiheit verdammt“. Sie „maximieren ihre Chancen, bauen ihr Potential aus, entdecken an sich ungeahnte unternehmerische Fähigkeiten, die unter bürokratischen Zwängen und strengen Regelungen bisher verkümmerten“ (Castel 2005: 63f.). Zugleich verfügen sie über die eigentliche gesellschaftliche Definitionsmacht bei der Bewertung flexibler Arbeitsverhältnisse. Es gehört wenig Phantasie

dazu, einen Großteil der Journalisten dieser Gruppe zuzuordnen. Wer heute in der Film- und Fernsehindustrie oder bei den Printmedien arbeitet, der besitzt in der Regel einen stressigen, nervenaufreibenden Job mit eingebauten Flexibilitätszwängen. Sofern sie sich in einigermaßen sicheren Beschäftigungsverhältnissen befinden, haben die Betroffenen oft selbst eine Kette prekärer Anstellungen durchlaufen. Der Einstieg in die Branche erfolgt auch für Hochschulabsolventen häufig über geringfügig bezahlte, auf wenige Wochen befristete Beschäftigungsverhältnisse. Und doch ist es das Interesse am Job, das viele bei der Stange hält. In diesem Segment kreativer Arbeit erscheint die Welt der regulierten Normalarbeitsverhältnisse antiquiert. Erholzeiten für Bandarbeiter werden in der Wahrnehmung zu bezahlten „Pinkelpausen“; der Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst erscheint angesichts des eigenen „entgrenzten“ Arbeitstages als bloße Privilegienreiterei.

Aufgrund ihrer eigenen Arbeitsbedingungen verbindet die „Selbstmanager“ mit den prekär Beschäftigten mehr als mit den noch vergleichsweise geschützten Normalarbeitern. Es ist nicht einfach ideologische Verblendung, sondern durchaus eigener Leidensdruck, der zu symbolischen Allianzen führen kann. Und doch ignoriert die Sichtweise vieler Selbstmanager einige der neuen „Trennlinien“, die Arbeitswelt und Gesellschaft durchziehen (Castel 2005: 63 f.). Die Selbstmanager agieren allesamt oberhalb einer „Schwelle der Berechenbarkeit“ oder „des Unternehmensgeistes“, welche wesentlich von der Verfügung über Einkünfte und Ressourcen abhängt, die von der Sorge um die Subsistenz dauerhaft entlasten“ (Bourdieu 2000: 92). Nicht nur bei den prekär Beschäftigten, auch bei einem Teil der formal Integrierten, die sich an der „Schwelle der Sicherheit“, gekennzeichnet „durch eine feste Arbeitsstelle und ein regelmäßiges Einkommen“, befinden, ist das so nicht mehr der Fall.

Abstiegsängste

Längst wird auch ein erheblicher Teil der Befragten, die noch über ein Normalarbeitsverhältnis verfügen, von Abstiegs- und Prekarisierungsängsten geplagt. Das Gefühl der Bedrohung kann insbesondere bei den Verunsicherten und Abstiegsbedrohten (Typ 3, 4) deutlich ausgeprägter sein als bei den eigentlichen Prekariern. Abstiegsängste können eine besondere Wirkung entfalten, weil diese Gruppen noch etwas zu verlieren haben. Standortkonkurrenzen und die zahlreichen Wettbewerbspakte, in denen häufig Zugeständnisse bei Arbeitszeiten, Löhnen und Arbeitsbedingungen gegen befristete Beschäftigungsgarantien getauscht werden, erzeugen auch in den Stammbelagschaften ein permanentes Gefühl der Verunsicherung. Im öffentlichen Dienst erzielen Privati-

sierungsdrohungen eine ähnliche Wirkung. Mit anderen Worten: Prekarisierungsprozesse sind auch innerhalb der „Zone der Integration“ wirksam – und dies nicht nur als diffuses Gefühl der Bedrohung sondern in Gestalt massiver Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen. Die fließenden Grenzen zwischen Integrierten und Prekären werden in der Denkfigur der „zwei Klassen von Arbeitnehmern“ schlicht ignoriert. Das hat fatale Folgen.

Ansprüche an „gute Arbeit“ unter Druck

Denn wo die Existenz unsicher geworden ist, treten „Entfernung zur Arbeit, Monotonie oder schlechte Behandlung“ als Gründe für Unzufriedenheit „subjektiv in den Hintergrund“; es dominiert die Sorge um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes, so „widerwärtig er auch sein mag“ (Bourdieu 2000: 72). Auf diese Weise geraten Ansprüche an „gute Arbeit“ auch in der „Zone der Integration“ immer stärker unter Druck. Stattdessen bricht sich selbst in den verbliebenen Hochburgen der Gewerkschaften ein Trend zum „billiger statt besser“ Bahn, der innovative Arbeitspolitik durch simple Kostensenkungsstrategien zu ersetzen sucht (Detje u.a. 2005). Über die Abwälzung der Marktunsicherheit auch auf Zulieferer, Dienstleister und abhängige Kleinbetriebe strahlt dieser Trend auf die gesamte Arbeitsgesellschaft aus. Der „Traum des Leiharbeiters ist es, ein Stamarbeiter zu werden, verbunden mit der schmerzlichen Ahnung, es nicht zu schaffen“ (Castel 2000: 358). Gegenüber diesem Traum vom Sprung in die Normalität verblissen selbst die Widrigkeiten belastender, monotoner Tätigkeiten. Das Streben nach einer Entlohnung, die ein dauerhaftes Auskommen sichert, beginnt alle anderen Anspruchsdimensionen zu überlagern. Und gerade deshalb ist ein prekärer Status der Albtraum jener Verunsicherten und Abstiegsbedrohten, aus denen sich inzwischen die Masse der Gewerkschaftsmitglieder rekrutiert.

Aktivierung

Wie lässt sich diese fatale Abwärtsspirale stoppen? Jedenfalls nicht, indem die gewerkschaftlich noch handlungsfähigen Teile der Lohnabhängigen kampfflos alles preisgeben, was lange Zeit wie selbstverständlich als Maßstab für gute Arbeit diente. Alle Erfahrungen der zurückliegende Jahre besagen, dass der Verzicht z. B. auf die „Steinkühlerpause“ die andere Seite nur zum Nachlegen ermuntern würde. Erholzeiten sind eben keine „bezahlten Pinkelpausen“, sondern ein erkämpftes Recht von Produktionsarbeitern, die auch in der Gegenwart – selbst in einem hochmodernen Montagewerk wie bei Daimler-Chrysler in Rastatt – unter Bedingungen arbeiten (Taktzeiten unter einer Minute, Überkopparbeit etc.), die es schwer machen, das Rentenalter einigermaßen gesund zu erreichen. Hier, in-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



nerhalb der Zone der Integration, hat eine Politik der Entprekariisierung anzusetzen. Ihr muss es darum gehen, das auch in Stammbesellschaften inzwischen verbreitete Ohnmachtsempfinden zu durchbrechen. Wichtig ist, dass die Gewerkschaften zu einer aktivierenden Mitgliederpolitik zurückfinden. Häufig aus der Not geboren, haben sich z. B. im Organisationsbereich der IG Metall solche Ansätze herausgebildet. So werden in vielen Fällen „betriebliche Bündnisse“ nicht mehr ohne Votum der gewerkschaftlich organisierten Belegschaftsmitglieder abgeschlossen. Teilweise ist die Zustimmung an Quoten gebunden, in anderen Betrieben wird ein bestimmter Organisationsgrad zur Voraussetzung von Verhandlungen gemacht. Ein Effekt ist, dass Managementpolitiken, die Unsicherheit gezielt als Machtsressource nutzen, nicht mehr passiv hingenommen werden. Ansätze wie die „Besserstatt-billiger-Kampagne“ einiger IG Metall Bezirke oder das Projekt „Gute Arbeit“ der IG Metall sollen zudem dafür sorgen, dass qualitative Arbeitsansprüche nicht vollends unter die Räder geraten. Offenkundig kann eine beteiligungsorientierte Politik dazu beitragen, dass die Mitgliederbindung auch in schwierigen Zeiten wächst. Großen IG Metall-Bezirken ist es in jüngster Zeit jedenfalls gelungen, die Mitgliederverluste auf diesem Weg zu stoppen (Huber 2005, Pickshaus 2005: 137 ff., Urban 2005: 187 ff.).

Mindestlohn

Eine offensive Partizipationspolitik in den Betrieben kann dauerhaft aber nur erfolgreich

gewerkschaftlich sein, wenn es auch in den unteren Etagen der Arbeitsgesellschaft gelingt, soziale Mindeststandards zu verankern. Angesichts rückläufiger Tarifdeckung macht es Sinn, für die gesetzliche Regelung eines Existenz sichernden Mindestlohns einzutreten. Die Arbeitsrealität der Prekari vor Augen, beinhaltet das von einigen Gewerkschaften bislang favorisierte Modell branchenspezifischer Mindestlöhne, die sich jeweils an der untersten Tarifgruppe orientieren, einige Probleme. Neben den expandierenden tariffreien Zonen gilt es zu beachten, dass in vielen Bereichen (Reinigungsgewerbe, Überwachungsge- werbe, Textilindustrie etc.) Tariflöhne im unteren Bereich teilweise Armutslöhne sind. Insofern besitzt das Modell eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns für alle Branchen, dessen Höhe periodisch unter Beteiligung der Tarifparteien und des Staates auszuhandeln wäre, trotz der bekannten Risiken einigen Charme (Schulten 2005). Die Mindestlohnkampagne, die Verdi und die NGG begonnen haben, verdient daher m. E. alle Unterstützung. Gleichwohl sollte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Umsetzung als reflexiver Prozess angelegt werden (Übergangszeiten, Begleitforschung, Befristung von Regelungen), um mögliche Fehlsteuerungen (Druck auf das Tarifgefüge, Arbeitsplatzverluste) rasch korrigieren zu können.

Gewerkschaften müssen aktives „Organizing“ betreiben

Ein Mindestlohn wäre freilich zunächst nicht mehr als eine Norm für einen fairen Lohn, die aktiv durchgesetzt werden müsste. Dazu ist die Selbstorganisation der vermeintlich Unorganisierbaren unabdingbar. Trotz der bekannten Schwierigkeiten, die unstete Beschäftigung für die Definition und Durchsetzung von Kollektivinteressen mit sich bringt, haben wir auch bei den Hoffenden, den Realistischen und den Zufriedenen ein erhebliches Aktivitätspotential festgestellt. Gewerkschaften, die dies als Ansatzpunkt für aktives Organizing nutzen wollen, können z. B. von einigen US-amerikanischen Gewerkschaften lernen. Mit dem Rücken zur Wand haben diese Gewerkschaften

ten Organisationserfolge bei Migranten und prekär Beschäftigten erzielt. Voraussetzungen waren lokale Bündnisse mit sozialen Bewegungen, Kirchen und Selbsthilfeorganisationen, die erheblich zur Revitalisierung gewerkschaftlicher Strukturen beigetragen haben (Voss/Shermann 2000: 303 ff.). Diese Ansätze lassen sich, ebenso wie die Erfahrungen der italienischen Gewerkschaften, nicht umstandslos auf Deutschland übertragen. Die inzwischen durchaus vorhandenen Ansätze, Leiharbeiter zu organisieren (z. B. IGM Berlin), regionale Bestandaufnahmen prekärer Beschäftigung zu machen (z. B. DGB Oldenburg, Köln), neue Organisationsformen zu erproben (Verein der Wanderarbeiter, IG BAU) und in Kampagnenform in prekäre Bereiche einzudringen (Ver.di), benötigen einen langen Atem. Selbst dort, wo Ressourcen und Engagement ausreichend vorhanden sind, stellen die schwierigen Organisationsbedingungen im prekären Sektor eine hohe Hürde dar. Rasche, durchschlagende Erfolge sind daher nicht zu erwarten. Eines ist jedoch sicher. Wer die „Arbeitnehmer zweiter Klasse“ gegen die vermeintlich privilegierten „Arbeitnehmer erster Klasse“ ausspielt, betätigt eine Konfliktlogik, die Ansprüche von Festangestellten systematisch in Frage stellt. Nicht Begrenzung, die Verstärkung von Prekarisierungsprozessen dürfte die Folge sein.

spw 2 / 2006

Literatur:

- Boltanski, L./Chiapello, E. (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz. Frz. (1999): Le nouvel Esprit du Capitalisme. Paris.
- Bourdieu, P. (2000) Die zwei Gesichter der Arbeit. Konstanz.
- Brinkmann, U./Dörre, K./Röbenack, S. (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und politische Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise. Bonn.
- Candeias, M., Röttger, B. (2005) Regionale Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement: Antworten auf die Erosion tariflicher Haltegriffe. Erste Forschungsergebnisse und weitere Forschungsperspektiven des Projekts „Global mitbestimmen – lokal gestalten? MS. Jena.
- Castel, R. (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg.
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Detje, R./Pickshaus, K./Urban, H.J. (Hrsg.) (2005): Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien. Hamburg.
- Huber, B. (2005): Perspektiven der Tarifpolitik – im Spannungsfeld von Fläche und Betrieb. Tarifpolitische Konferenz der IG Metall, Mannheim, 22. Oktober 2005. MS.
- Kronauer, M. (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/M.
- Pickshaus, K. (2005): „Gute Arbeit“ als neuer strategischer Ansatz. In: Detje u.a. (Hrsg.), a.a.O.: 137-146.
- Schulten, Th. (2005): Politische Ökonomie des Mindestlohns. Internationale Erfahrungen und Konsequenzen in Deutschland. MS. Düsseldorf.
- Urban, H.J. (2005): Wege aus der Defensive. In: Detje u.a., a.a.O.: 187-212.
- Voss, K./Sherman, R. (2000) Breaking the Iron Law of Oligarchy: Union Revitalization in the American Labour Movement. In: American Journal of Sociology Volume 106, Number 2 (September 2000): 303-349.

Vorfahrt für Familien!

Der DGB engagiert sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Von Christina Stockfisch

Familienpolitik und eine familienfreundliche Arbeitswelt stehen in politischen und gesellschaftlichen Debatten derzeit hoch im Kurs. Mit dem demografischen Wandel gewinnt die Vereinbarkeitsfrage an Bedeutung und rückt auf der politischen Agenda weiter nach vorn. Der Handlungsbedarf ist hoch. So heißt es z.B. in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition „familienfreundliche Arbeitsbedingungen“ müssen ein „gesellschaftliches Anliegen“ werden. Die Bundesfamilienministerin betont, dass eine familienfreundliche Arbeitswelt und Unternehmenspolitik wesentlicher Teil nachhaltiger Familienpolitik sind und will mit ihrem neuen Programm „Erfolgsfaktor Familie“ bis Jahresende ein Netzwerk von 1000 Betrieben knüpfen, die in ihren Branchen und ihrem regionalen Umfeld als Motor für eine familienfreundliche Arbeitswelt wirken.

Die Gewerkschaften fordern schon seit Jahrzehnten bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn nicht erst seit gestern steht Deutschland in der Familienpolitik im europäischen Vergleich schlecht da, ist fast ein Entwicklungsland. Frauen müssen sich hierzulande noch allzu oft zwischen Beruf und Familie entscheiden. 70% der Mütter, die zuhause bleiben, wären lieber erwerbstätig. Doch dazu fehlt ihnen oft eine zuverlässige, wohnortnahe, flexible und hochwertige Kinderbetreuung.

Hier setzen die familienpolitischen Aktivitäten des DGB an, z.B. das Anfang 2005 gestartete Projekt „Vorfahrt für Familien!“, das vom Bundesfamilienministerium und vom Europäischen Sozialfonds gefördert wird.

Lokale Bündnisse für Familie – ein Teil der Allianz für die Familie

Seit 2003 sind unter dem Dach der Allianz für die Familie mittelfristig angelegte Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt gebündelt. Für den DGB engagiert sich der Vorsitzende Michael Sommer als Mitglied der Impulsgruppe, in der Partner aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Die Initiative Lokale Bündnisse für Familie (LBFF) startete im Januar 2004 und findet großen Anklang. Über 270 Bündnisse, quer durch die Republik, haben sich seither der Initiative angeschlossen. Sie orientieren sich an den konkreten Bedürfnissen von Familien und setzen auf passgenaue regionale Lösungsansätze: für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für eine flexible Kinderbetreuung, für eine gute und frühe Förderung von Kindern, für maßgeschneiderte Dienstleistungen für Familien, für Unterstützung von Eltern und für ein familienfreundliches Umfeld.

Seit April 2004 engagiert sich die Projektgruppe Lokale Bündnisse für Familie des DGB-Bundesvorstandes verstärkt für die Gründung kommunaler und regionaler Netzwerke auf Gewerkschaftsinitiative. Daraus entwickelte sich das DGB-Pilotprojekt, das im Januar 2005 als einer von vier Innovationspiloten des BMFSFJ startete. Im Rahmen der Lokalen Bündnisse für Familie fördert das BMFSFJ mit „Innovationspiloten“ gezielt Beispiele guter Praxis, die zeigen, welche Verbesserungen für Familien durch die Zusammenarbeit starker Partner möglich sind. Die Innovationspiloten werden zu einem Teil aus Mitteln der Europäischen Union finanziert.

Aufbau eines Netzwerks bündnisaktiver GewerkschafterInnen

Ziel des Projekts ist es, familienfreundliche Aktivitäten des DGB auf kommunaler, regionaler, Länder- und Bundesebene zu vernetzen, Betriebsräte zu qualifizieren und Gewerkschaftsmitglieder zur Beteiligung an oder Gründung von lokalen Bündnissen für Familie anzuregen. In einem bundesweiten Netzwerk entwickeln Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte Ideen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und gestalten deren praktische Umsetzung in lokalen und regionalen Bündnissen mit anderen Akteuren mit. In über 60 Lokalen Bündnissen für Familien engagieren sich GewerkschafterInnen bereits und vertreten die Anliegen der Beschäftigten,

z.B. wenn es um Arbeitszeitflexibilisierung und um Kinderbetreuung geht.

Um hier eine Ausweitung zu erreichen, sollen Impulse insbesondere von den vier DGB-Pilotregionen ausgehen. Trier, Chemnitz, Heilbronn-Franken und Vogtland-Zwickau setzen dabei verschiedene Schwerpunkte in ihrer Bündnisarbeit, denn wichtig ist es ihnen, konkrete Verbesserungen entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen der Familien anzustoßen. Die regionalen Probleme differieren stark – z.B. zwischen Ost und West: Denn während in den Alten Bundesländern vor allem Kinderbetreuungsplätze fehlen, sind diese in den Neuen Bundesländern fast flächendeckend vorhanden. Dort geht es vor allem darum, die Abwanderung junger Menschen zu stoppen. Lokale Bündnisse für Familie versuchen jeweils maßgeschneiderte Lösungen zu finden. So auch in den vom DGB initiierten Bündnissen.

Pilotregionen: Kinderbetreuung für Trier und Abwanderungsstopp für Chemnitz

In Trier, der ältesten Stadt Deutschlands, mit einer stabilen Bevölkerungszahl von ca. 100.000 Einwohnern und einer geringen Arbeitslosenquote von sechs Prozent liegt die Betreuungsquote bei den 0- bis 3-jährigen Kindern bei nur sieben Prozent. Deshalb setzt sich das Lokale Bündnis u.a. für die Errichtung eines Familienzentrums mitsamt Kita für unter 3-Jährige in einem Industriegebiet ein.

Die Chemnitzer können hingegen ein flächendeckendes Betreuungsangebot vorweisen, von dem Trierer Eltern nur träumen. Trotzdem ist Chemnitz die Stadt mit der ältesten Bevölkerung der Bundesrepublik, einer Arbeitslosenquote von 19 Prozent – mehr als drei mal so viel wie in Trier – und entsprechend hohen Abwanderungsraten (ca. 10.000 Menschen jährlich). Besonders „wanderaktiv“ sind junge Frauen, wodurch sich das Problem potenziert. Sie gehen, um sich meist westlich der Elbe eine Zukunft aufzubauen; ihre Familien gründen sie also woanders.

Das Chemnitzer Bündnis für Familie will der Überalterung der Bevölkerung (Durchschnitt 45,8 Jahre) und dem drohenden Fachkräftemangel durch die Abwanderung talentierter junger Menschen entgegen wirken. Das Bündnis vereint ne-

ben DGB und klein- und mittelständischen Unternehmen eine Kita, Hort, Schulen, das Kinder- und Jugendhaus „Treff“, ein Altenheim, eine Kunstfabrik und Jugendwerkstätten im Stadtteil Kappeln.

Dank dieses vernetzten, sozialen Engagements von Wirtschaft, Bildung, Politik und Öffentlichkeit gelang es, in kurzer Zeit das Konzept für einen Treffpunkt von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen zu entwickeln, die Räume zu sanieren und neu einzurichten. Das lokale Bündnis schafft ein Bewusstsein für Probleme von Familien und im Miteinander von Generationen. „Wir wollen den Trend der Abwanderung junger Leute aufhalten und das Zusammenleben von Jung und Alt verbessern“, betont die DGB-Regionsvorsitzende Heidi Becherer.

Zukünftige Schwerpunkte der Bündnispartner sind die Berufsmotivation junger Leute, die bedarfsgerechte Anpassung der Betreuungszeiten in Kitas sowie der Ausbau generationsübergreifender Lebenskulturen im Stadtteil Kappeln. Auch Kooperationsvereinbarungen zwischen Unternehmen und Trägern werden angestrebt – damit Kinder und Jugendliche schon früh die örtlichen Betriebe, ihre potentiellen Arbeitgeber, kennen lernen.

Um interessierte GewerkschafterInnen für ein solches Engagement im Bündnis vor Ort fit zu machen werden sie im Rahmen des Projektes „Vorfahrt für Familien!“ zu „RegionalmanagerInnen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ qualifiziert und sowohl regional als auch überregional vernetzt. Diese Netzwerke aktiver gewerkschaftlicher MultiplikatorInnen werden mit der Arbeit in Lokalen Bündnissen für Familie verknüpft, damit dort verstärkt gewerkschaftliches Engagement einfließt bzw. Gewerkschaftsakteure selbst Bündnisgründungen initiieren können.

Bundesweite familienpolitische Fachtagungen, ein regelmäßiger Newsletter und Vernetzungs-Workshops runden die Projektaktivitäten ab – unter dem Motto: Gemeinsam Ideen schmieden; Instrumente und Erfahrungen austauschen und von den guten Beispielen in anderen Regionen lernen.

Dafür wurde auch ein familienpolitischer Werkzeugkoffer entwickelt, der umfassende Materialien zu zentralen Handlungsfeldern der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereitstellt, z.B. zu familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen, betrieblich geförderter Kinderbetreuung, zur Schulung von Betriebs- und Personalräten, Gründung und Organisation von Lokalen Bündnissen für Familie, zu familienpolitischen Positionen des DGB, Rückkehrmodellen für Beschäftigte nach der Elternzeit. Dieser Werkzeugkoffer wird auf CD an alle Interessierten verteilt und ist auch abrufbar auf der Projekthomepage www.familie.dgb.de/projekt/tools.

Warum engagiert sich der DGB in der Familienpolitik?

Der 7. Familienbericht verdeutlicht, dass durch tiefgreifende Veränderungen der Lebensläufe der Familienmitglieder, durch veränderte Zeitstrukturen in der Arbeitswelt und durch die Verschiebung der Generationenverhältnisse eine neue Balance zwischen den Familienmitgliedern, der Lebensumwelt von Familien, der Arbeitswelt und der Gesellschaft gefunden werden muss. So müsste die Verteilung der Lebenszeiten der jeweiligen biografischen Situation angepasst und damit die „Rush-Hour des Lebens“ entzerrt werden. Zeiten der Kindererziehung, häuslichen Altenpflege, Fort- und Weiterbildung im Sinne des „lebenslangen Lernens“ und Arbeitsmarktschwankungen sollten in dieses Konzept von Lebensarbeitszeit integriert werden, um unterschiedliche Dynamiken im Lebensverlauf zu berücksichtigen. Hierzu sind in Skandinavien gute Beispiele zu finden.

Der DGB betont die Notwendigkeit, nachhaltige Familienpolitik anhand von Lebensverlaufsperspektiven zur Balance von Privatleben und Arbeitswelt neu auszurichten und damit verbunden zu einem nachhaltigen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik zu kommen.

Vor allem zum Faktor Zeit kann die gewerkschaftliche Betriebs- und Tarifpolitik eine Menge beitragen. Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind z.B. die Lage und die geeignete Flexibilität der Arbeitszeit entscheidend, ebenso das Einkommen, die Art der Tätigkeit und die Belastungen und Beanspruchungen der Beschäftigten. Dazu gibt es in einigen Tarifverträgen konkrete Bestimmungen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern, aber auch noch erhebliche Defizite. Die gegebenen Möglichkeiten werden bei Weitem noch nicht ausgeschöpft, z.B. durch entsprechende Betriebsvereinbarungen zu familienfreundlichen Arbeitszeitregelungen.

Momentan sind auch die Effekte der direkten monetären Transferleistungen an Familien im internationalen Vergleich eher gering, denn Deutschland gibt vergleichsweise viel Geld für Familien und Kinder aus, hat aber die höchste Kinderlosigkeit. Heute bleiben rund 30 % der AkademikerInnen in unserem Land kinderlos.

Einen deutlichen neuen Akzent setzt hier das als Lohnersatzleistung geplante Elterngeld. Es ermöglicht beiden Eltern, sich gerade im ersten Lebensjahr ohne große Einkommenseinbrüche ihrem Kind zu widmen.

Um das Konzept des Elterngeldes erfolgreich umsetzen zu können, ist auch die Wirtschaft gefragt, für mehr Familien-

freundlichkeit in den Betrieben zu sorgen. Die Muttermonate der Elternzeit sieht wohl jeder Arbeitgeber als selbstverständlich an; doch die Vatermonate sollten es auch werden. Denn Kinder brauchen beide Eltern. Und Beide wollen auch ihre Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt entfalten können.

Dass Kindererziehung und Karriere einander nicht ausschließen, beweisen z.B. Dänemark, Norwegen und Schweden. Fast 40 Prozent der schwedischen Männer nutzen die Vatermonate. Und Schweden hat seit langem die höchste Frauenerwerbsquote in Europa (über 70 Prozent) – mit zunehmender Vollzeitquote.

Diesen Ländern, ihrer Wirtschaft und ihren Kindern hat es nicht geschadet, sondern genutzt. Das beweisen auch die Ergebnisse der PISA-Studie.

Der DGB hält auch das Modell einer Familienkasse für eine prüfungswerte Option, wenn es darum geht treffsicherer, zielgenauer und effektiver Familien zu fördern und soziale Ungleichheiten abzubauen. Darin liegt auch eine Chance, den gesellschaftspolitischen Stellenwert von Familie zu erhöhen.

Oberste Priorität gilt jedoch dem Ausbau bedarfsgerechter, qualitativ hochwertiger, bezahlbarer Kinderbetreuung für unter-3-Jährige; spricht die unverzügliche Umsetzung des 2005 in Kraft getretenen Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG). Dabei darf der Besuch einer Kindertagesstätte nicht vom Einkommen der Eltern abhängen, sonst beginnt schon hier die Ausgrenzung: Kinder von sozial schwachen, arbeitslosen und Familien mit Migrationshintergrund blieben oft außen vor. Damit würde ein trauriger deutscher Rekord untermauert: schon jetzt hängen die Bildungschancen der Kinder nirgendwo in Europa so stark vom Einkommen der Eltern ab wie hierzulande.

Für den DGB ist es deshalb an der Schnittstelle von Familien- und Geschlechterpolitik besonders wichtig, die soziale Chancengerechtigkeit in Deutschland zu verbessern.

Es geht um Chancengleichheit in mehreren Hinsichten:

- um Chancengleichheit für Frauen und Männern an Beruf und Familie teilzuhaben,
- um Chancengleichheit für jedes Kind im Bildungssystem, unabhängig von seiner sozialen Herkunft,
- um Chancengleichheit für sozial benachteiligte Gruppen, wie Alleinerziehende, sozial Schwache oder Menschen mit Migrationshintergrund.

Weitere Informationen zum Projekt „Vorfahrt für Familien“ gibt es im Internet unter www.familie.dgb.de. Der Newsletter kann unter: www.familie.dgb.de/Aktuell/ aktuell abonniert werden.

Familienfreundlichkeit in Betrieben

Anspruch und Wirklichkeit

Von *Christiane Lindecke*

1. Einleitung: Der familienfreundliche Betrieb – Wunsch und Wirklichkeit

Wer aufmerksam die tagespolitischen Meldungen verfolgt, erhält den Eindruck, dass familienfreundliche Betriebe die „Wachstumsbranche“ der Bundesrepublik sind. Auch nach dem Wechsel der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stehen familienfreundliche Unternehmen weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung. Durch eine Neuorientierung des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“ will die Ministerin (noch) mehr Unternehmen als bisher mit den Vorzügen familienfreundlicher Arbeitsbedingungen bekannt machen und zu familienfreundlichen Unternehmenskulturen führen. Dieses Programm führt eine Politik weiter, die sich mit Appellen, Expertisen, Modellprojekten und einer Vielzahl anderer Programme an Betriebe wendet, um diese vom Sinn und Nutzen einer familienorientierten Unternehmensphilosophie und Unternehmenspolitik zu überzeugen. Allerdings reicht das „Sendungsbewusstsein“ der Regierung dann doch nicht so weit, mit gesetzlichen Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – von Gleichstellung von Frauen und Männern ganz zu schweigen – Unternehmen in die Pflicht zu nehmen.

Eine wichtige Frage in der Debatte um unternehmenspolitische Maßnahmen zugunsten einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die nach den Instrumenten und Methoden, mit denen Arbeitsbedingungen familienfreundlicher gestaltet werden sollen. Was wünschen sich die Beschäftigten, welche Erwartungen haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einen familienfreundlichen Betrieb? Diese Leitfrage stellte sich eine repräsentative telefonische Beschäftigtenbefragung zurück, die im Jahr 2003 durchgeführt wurde (zu den Details der Befragung s. Klenner 2004). Zusammengefasst zeigt diese Untersuchung den hohen Stellenwert, den Menschen mit Familienaufgaben familienfreundlichen Arbeitszeiten zuschreiben. Knapp ein Drittel der antwortenden Frauen und Männer sehen hier den größten Handlungsbedarf in ihrem Betrieb, gefolgt von finanzieller Unterstützung. Freistellungsmöglichkeiten für Pflege-

aufgaben und Vermittlung von Betreuungsangeboten liegen auf den nächsten Plätzen (zu den Ergebnissen im Einzelnen s. Klenner 2004).

Auf Seiten der Beschäftigten gibt es ergo deutlich artikuliert Interessen und Wünsche, Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Die Politik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend legt einen Schwerpunkt auf mehr Familienfreundlichkeit in den Betrieben. Wie reagiert nun der Akteur Betrieb auf die Anforderungen und Erwartungen sowohl der Bundespolitik als auch der Beschäftigten? Der folgende Beitrag untersucht dieses Thema anhand folgender Fragestellungen:

1) Kommen die Appelle, Modellprojekte und freiwilligen Vereinbarungen der Politik überhaupt dort an, wo sie ankommen sollen? Anders gefragt: Welchen Stellenwert haben die Themen in Betrieben, deutlich in Betriebsvereinbarungen?

2) Wie familienorientiert sind die Arbeitsbedingungen in deutschen Betrieben oder werden die Wünsche von Beschäftigten erfüllt?

Um zu untersuchen, ob und wie das Thema Familienfreundlichkeit in Betrieben aufgegriffen wird, greife ich auf Ergebnisse der WSI-Betriebs- und Personalrätebefragungen 2003 sowie 2004/20052 zurück (vgl. Lindecke/Klenner 2005, Lindecke 2005). Die Befragung wurde durch infas in der Zeit vom 3. Januar bis 7. März 2005 als telefonische Befragung bei betrieblichen Interessenvertretungen in Unternehmen durchgeführt. Grundgesamtheit der Untersuchung sind alle Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten in Deutschland, in denen ein Betriebs- bzw. Personalrat tätig ist. Die Bruttostichprobe umfasste n=11.536 Unternehmen, für die eine Telefonnummer zur Verfügung stand. Insgesamt konnten daraus n=2.007 Interviews mit Betriebsräten und n=1.300 Interviews mit Personalräten realisiert werden (s. WSI-Mitteilungen 6/2005). Die Befragung 2003 war eine schriftliche Befragung mit dem Themenschwerpunkt Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier gehen 2.477 Antworten in die Untersuchung ein.

Das Schlusskapitel stellt die Frage nach der Qualität familienfreundlicher Maßnahmen in Unternehmen und den zugrunde liegenden Vorstellungen.

2. Betriebliche Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit

Familienpolitik – ohne dass sie explizit so benannt wird und auch ohne dass es den Handelnden bewusst ist – ist Teil vieler Unternehmenskulturen und auch der Kultur von Organisationen. Durch die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, durch implizite Anforderungen an Beschäftigte können Unternehmen bestimmte Familienmodelle fördern und andere benachteiligen. Häufig setzen Betriebskulturen immer noch auf den Eineinhalb-Personen-Beruf (Beck-Gernsheim 1989); sie fördern Beschäftigte, die sich voll und ganz der Erwerbsarbeit widmen (können), da ihnen ein anderer Mensch, meist weiblich, den Rücken von Haus- und Familienarbeit freihält.

Neben diese Festschreibung des Status Quo treten nun vermehrt Anstrengungen und Maßnahmen, Menschen mit Familienaufgaben dabei zu unterstützen, Erwerbsarbeit und Familie in eine gute Balance zu bringen (vgl. Wagner 2005). Wer setzt sich in den Betrieben aktiv zugunsten familienfreundlicher Bedingungen ein, wer beschäftigt sich mit dem Thema und welchen Stellenwert erreicht es?

2.1. Betriebliche Aktivitäten zur Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen

Eine Untersuchung von Beblo/Wolf (2004) zeigt, dass Betriebsräte ein wichtiger Einflussfaktor für die Umsetzung von Maßnahmen zur Chancengleichheit und Vereinbarkeit ist. Welche Rolle die Betriebsräte dabei übernehmen, wird in den Ergebnissen der WSI-Sonderbefragung 2003 deutlich. Nach ihrer eigenen Einschätzung sind es vor allem die Betriebsräte, die sich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigen. In den – wenigen – engagierten Betrieben sind es zu 70 Prozent die Betriebsräte, die sich aktiv für familienfreundliche Arbeitsbedingungen einsetzen und die den Anstoß gaben, sich mit Vereinbarkeit zu beschäftigen. Daher werden diese Themen auch eher in den Betriebsratssitzungen angesprochen, als dass sie von der Personalabteilung aufgegriffen werden.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Ein wichtiger Indikator für die Bedeutung eines Themas im Unternehmen können Betriebsvereinbarungen sein. Betriebsvereinbarungen lassen vermuten, dass das Thema im Betrieb diskutiert wurde und dass die Betriebsparteien in einem Aushandlungsprozess zu einer Einigung gelangten. Hinweise darüber, wie die Betriebsvereinbarung dann in der täglichen Praxis gelebt, wie sie umgesetzt wird, lassen sich alleine aus ihrer Existenz leider nicht erschließen. Allerdings lässt sich aus der Tatsache, dass nur 7,2 % aller antwortenden Betriebe der Befragung 2004/2005 eine Betriebsvereinbarung zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen etablierten, auf den ersten Blick schließen, dass diesem Thema keine sehr große betriebliche Relevanz zukommen mag. Auch auf den zweiten Blick zeigt sich eine eher randständige Rolle, die Betriebsvereinbarungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (noch?) haben. Betriebsvereinbarungen zu Gender Mainstreaming und zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen belegen die Plätze 13 bzw. 14 einer Rangliste von 19 möglichen Themen, die den Betriebsräten zur Auswahl gestellt wurden. Deutlich häufiger finden sich Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeit und Eingruppierung. Im Umfeld der familienfreundlichen Arbeitsbedingungen liegen Regelungen zu Sozialleistungen, Kommunikation, Sucht und Mobbing – eher die weichen Faktoren der Betriebsratsarbeit.

Allerdings ist das Thema „Familienfreundliche Arbeitsbedingungen“ für Betriebe und Betriebsräte bzw. dessen hoher Stellenwert in der Debatte noch eine relativ aktuelle Entwicklung. Betriebsräte erhielten erst mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahr 2001 explizit die Aufgabe, sich mit Maßnahmen zur besseren Verein-

barkeit von Familie und Beruf zu beschäftigen (Klenner/Lindecke 2003). Daher – so eine These – kann es sein, dass sich dieses neue Aufgabenfeld noch nicht direkt in Betriebsvereinbarungen niedergeschlagen hat, da Betriebsräte erst beginnen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Hier geben die Antworten auf die Frage, ob Betriebsräte sich mit der Frage familienfreundlicher Arbeitsbedingungen beschäftigten, erste Hinweise über den Stellenwert dieses Themas. Laut eigener Aussage beschäftigten sich rund 30 % aller antwortenden Betriebsräte mit der Frage familienfreundlicher Arbeitsbedingungen. Mit Fragen der Chancengleichheit von Frauen und Männern, mit Gender Mainstreaming allerdings beschäftigten sich noch deutlich weniger Betriebsräte (16 %). Führende Themen sind Fragen des Arbeitsschutzes, der Weiterbildung, des Leistungsdrucks und der Beschäftigungssicherung. Ähnliche Relevanz wie familienfreundliche Arbeitsbedingungen erhalten die Themen Mobbing, Ausgliederung und Druck seitens des Arbeitgebers. Auch die Tatsache, dass nur 4,4 % aller antwortenden Betriebsräte besondere Aktivitäten in dem Themenfeld entfalteteten, spricht für eine eher nachrangige betriebliche Bedeutung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen.

2.2. Charakteristika der aktiven Betriebe und Dienststellen

Nur wenige Betriebe haben überhaupt Vereinbarungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf abgeschlossen. Die Chance für Frauen und Männer, in einem der wenigen Unternehmen zu arbeiten, die sich mit der Frage befassen und hierzu Regelungen und Programme entwickeln, verteilen sich auch noch sehr unterschiedlich.

So zeigen aktuelle Studien, dass es Faktoren gibt, die die Wahrscheinlichkeit frauen- und familienfreundlicher Maßnahmen in Betrieben beeinflussen (Möller/Allmendinger 2003; Beckmann/Möller 2002; Beblo/Wolf 2004). Die Branche, die Existenz einer betrieblichen Interessenvertretung, die Lage des Unternehmens sowie die Betriebsgröße sind wichtige Einflussfaktoren.

Auch die Ergebnisse der WSI Betriebs- und Personalrätebefragung 2004/2005 bestätigen diese Befunde. Betriebsvereinbarungen zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen finden sich deutlich häufiger in Westdeutschland als in Ostdeutschland sowie in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Bei den Branchen fallen die Banken und Versicherungen überdurchschnittlich positiv auf, das Baugewerbe hingegen hat deutlich unterdurchschnittlich oft Maßnahmen vereinbart.

2.3. Inaktive Betriebe – Ursachen und Begründungen

Der vorangehende Teil widmete sich den aktiven Betrieben, also der Minderheit der Unternehmen, die Familienfreundlichkeit thematisierten oder Vereinbarungen hierzu abschlossen. Die Mehrheit der untersuchten Betriebe allerdings hat sich diesen Themen weder gestellt noch Maßnahmen und Instrumente etabliert, um auch auf betrieblicher Ebene die Gleichberechtigung zu fördern. In der WSI-Befragung 2003 fragten wir nach den Gründen, warum das Thema Vereinbarkeit betrieblich keine Rolle gespielt hat. Mehrheitlich geben die Betriebsräte an, dass bisher niemand Handlungsbedarf geäußert hat. In je einem Drittel der antwortenden Betriebe wird das Thema Vereinbarkeit privat durch die Beschäftigten geregelt oder von dringenderen Themen verdrängt. In einem Viertel der Fälle wurden betriebliche Einzellösungen gefunden, auch hier wird Vereinbarkeit ein Individualproblem, ähnlich wie bei der privaten Lösung. In 22,0 % der Betriebe verdrängen Leistungsverdichtung und verschlechterte Arbeitsbedingungen die sozialen Belange. Deutlich mehr Betriebsräte in Ostdeutschland als in Westdeutschland nennen dies als Ursache. In fast 10 % der Betriebe gibt es deshalb keinen Handlungsbedarf, weil es kaum Beschäftigte mit Kindern gibt. Und schließlich äußerten 6 % der Betriebsräte, dass es bereits familienfreundliche Regelungen gab – wahrscheinlich informelle Regelungen, da es in diesen Betrieben keine Betriebsvereinbarung zum Thema gibt.

3. Familienfreundlichkeit – selten im Betrieb

Noch haben – allen politischen Appellen zum Trotz – bisher nur wenige Leuchtturm-Unternehmen ihre Arbeitsbedingungen familienfreundlich gestaltet. Bei den meisten Unternehmen scheint noch die Idee vorzu-

herrschen, dass Familie und Beruf getrennte Welten sind, dass Beschäftigte ihre Familien- und Sorgearbeit individuell und privat zu regeln haben. Damit bewegen sich Betriebe im Rahmen einer Gesellschaft, die in Deutschland immer noch stark vom Leitbild des männlichen Familienernährers und der dazuverdienenden Ehefrau geprägt ist. Vor diesem Hintergrund bleibt die Reichweite betrieblicher Maßnahmen begrenzt. Betriebe können an einigen Stellen kompensatorisch wirken durch Teilzeitangebote, betriebliche Kinderbetreuung. Aber Unternehmen haben nur wenig Einfluss auf Rahmenbedingungen, die ein „modernisiertes Ernährermodell“ fördern, d.h. der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau arbeitet Teilzeit und trägt die Hauptlast der Familienverantwortung. Hier sind die altbekannten Themen wie Ehegattensplitting im Steuerrecht, Mitversicherung in der Sozialversicherung zu nennen, die Anreize für unterschiedlich starke Erwerbsbeteiligung bieten. Allerdings zeigen Fallstudien (wie bspw. Wagner 2005), dass Betriebe auch in dem Bereich, in dem sie Handlungsmöglichkeiten haben, nur sehr begrenzte Angebote bieten und selbst die geschlechterhierarchische

Arbeitsteilung reproduzieren. Maßnahmen zu Arbeitszeit und Arbeitsorganisation als originär betriebliche Handlungsfelder für familienfreundliche Arbeitsbedingungen konzentrieren sich häufig darauf Maßnahmen, sich an Frauen zu wenden – auch, wenn Männer immer mit genannt werden – und den Frauen ein bisschen Arbeit neben der Familie zu ermöglichen. Teilzeitangebote, Rückkehr Optionen aus dem Erziehungsurlaub – alles unbestritten wichtige Instrumente als Unterstützung für Menschen mit Familienaufgaben. Aber parallel dazu läuft in vielen Betrieben weiterhin ein heimliches Programm, das Karriere mit voller zeitlicher Verfügbarkeit gleichsetzt. „Familie und Beruf ja – Familie und Karriere nein“, jedenfalls für die Person, die hauptverantwortlich für die Sorgearbeit ist, lautet dann das Fazit auch für Betriebe, die Maßnahmen zugunsten familienfreundlicher Arbeitsbedingungen etablierten.

spw 2/2006

Literatur

Beblo, Miriam/Wolf, Elke (2004): Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Faktoren des betrieblichen Engagements. In: WSI-Mitteilungen H. 10, S. 561-567.

Beck-Gernsheim, Elisabeth (1989): Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf. Frauenwelt Familie. 22.-23. Tausend Februar (Original 1980) Frankfurt/Main (Fischer)

Beckmann, Petra/Möller, Iris (2002)Die Verbreitung betrieblicher Vereinbarungen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern Ende der 90er Jahre. In: In: G. Engelbrech (Hrsg.): Arbeitsmarktchancen für Frauen. Nürnberg, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 258, S. 167-174.

Klenner, Christina (2004): Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Kurzstudie in Kooperation mit dem BMFSFJ und dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin. Download unter: <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=18034.html>

Klenner, Christina /Lindecke, Christiane (2003): Gleichstellung von Frauen und Männern in der betrieblichen Interessenvertretung. In: WSI-Mitteilungen Heft 3/2003, S. 177-184.

Lindecke, Christiane (2005): Geschlechterpolitik im Betrieb. In: WSI-Mitteilungen, H. 6, S. 322-328.

Lindecke, Christiane/Klenner, Christina (2005): Untersuchung zur betrieblichen Gleichstellung. In: Bundesarbeitsblatt, H. 5, S. 4-11.

Möller, Iris/Allmendinger, Jutta (2003): Frauenförderung: Betriebe könnten noch mehr für die Chancengleichheit tun. In: IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 12.

Wagner, Alexandra (2005): Familienfreundliche Maßnahmen – Erfahrungen aus der Praxis. In: Bundesarbeitsblatt, H. 8/9, S. 11-18.

WSI-Mitteilungen, Ausgabe 06/2005: Zur Lage der Interessenvertretung: Die aktuelle WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten

Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten - sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorie teil ergänzt.

Viele neue Spiele!
 Kennenlernspiele
 Rollenspiele
 Integrierte Spiele
 Bewegungsspiele
 Gruppenaufgaben
 Spiele 2007
 Gruppenaufgaben



Hiermit bestelle(n) ich/wir

_____ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ / Wohnort: _____

Tel.: _____

Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de
 Tel.: 0700/jugendwerk oder
 0700/584363937



Arbeits- und Familienzeiten – aus Sicht von Eltern und Kindern

Von Svenja Pfahl

1. Einleitung: Arbeitszeitforschung – nicht ohne die Kinder!

Der Wandel der Arbeitszeiten, inklusive der sich daraus ergebenden Folgen für die gesellschaftlichen Zeitstrukturen, wurde bisher vor allem auf Ebene der einzelnen, betroffenen Personen diskutiert. Erst langsam setzt sich in der Zeitforschung eine Perspektive durch, die die familiäre Lebenssituation in den Mittelpunkt rückt, so dass auch die Zeitstrukturen des sozialen Umfeldes sowie die notwendigen zeitlichen Abstimmungen innerhalb von Familien in den Blick geraten. Mit der Modernisierung der Geschlechterverhältnisse, der Ablösung des männlichen Alleinernährermodells sowie der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen ist das Ausbalancieren von Arbeits- und Familienzeiten für die Familien komplexer geworden – weil zwei erwerbstätige Partner ihre (Arbeits-)Zeiten miteinander abstimmen müssen. Der Blickwinkel der Kinder auf die Familienzeit wird dabei allerdings fast gar nicht einbezogen, sie werden allenfalls als Auslöser für Zeitprobleme der Eltern berücksichtigt. Hintergrund dafür ist das Bestreben um Abtrennung der kindlichen Lebensbedingungen von der Welt der Erwachsenen, wie sie typisch für das moderne gesellschaftliche Verständnis von Kindheit ist. Familie und Bildungssystem werden als „Schonraum“ für Kinder konstruiert, wo sie geschützt vor den Anforderungen und Auswirkungen der Arbeitswelt aufwachsen sollen (Zeiger 2005). Dies funktioniert so aber nicht: Alltagsleben und Zeitumgang der Kinder werden vielmehr stark durch die Arbeits- und Lebenswelt der Eltern geprägt. Die voranschreitende Flexibilisierung der Arbeitszeiten ihrer Eltern berührt den Alltag der Kinder unmittelbar. In meinem Promotionsvorhaben, in dem ich die Abstimmungen von Eltern und Kindern zugunsten ausbalancierter Arbeits- und Familienzeiten untersuche, beziehe ich daher die Perspektive der Kinder explizit ein. Dazu habe ich in Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind und flexible Arbeitszeiten haben, Interviews mit Eltern und ihren Grundschulkindern (6-12 Jahre) geführt. Diese Forschungen sind die Basis für die folgenden Ausführungen.

2. Ausbalancieren von Arbeitszeiten und Betreuungszeiten – eine Herausforderung für Eltern und Kinder

Der Alltag von Familien mit jüngeren Kindern wird ganz wesentlich durch zwei Zeitstrukturen beeinflusst: Zum einen durch die Arbeitszeiten der Eltern, zum anderen durch die Schul- und Betreuungszeiten der Kinder. In der Mehrzahl der Familien in Deutschland mit Kindern unter 15 Jahren sind heute beide Elternteile erwerbstätig (60%). Insofern gilt es in den meisten Familien, die unterschiedlichen Arbeitszeiten von zwei Elternteilen sowie die möglicherweise differierenden Schul- und Betreuungszeiten von mehreren Kindern miteinander auszubalancieren. Die grundlegende Passfähigkeit von Arbeitszeiten sowie von Schul- bzw. Betreuungszeiten bildet den Grundstein dafür, wie gut die alltägliche Balance der Arbeits- und Familienzeiten dann im Detail klappt, welche gemeinsamen Familienzeiten und -aktivitäten sich realisieren lassen und wie zufrieden Eltern und Kinder mit ihrem Alltag sind.

Wie in den letzten Jahren vielfach untersucht und belegt, sind die Arbeitszeiten von Eltern wenig kompatibel zu den vorhandenen Schul- und Betreuungszeiten ihrer Kinder. Dies liegt erstens daran, dass immer mehr Eltern auch zu ungewöhnlichen Zeiten am Samstag/ Sonntag, während der Nacht oder am Abend arbeiten. Eine Befragung von erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter 14 Jahren in Nordrhein-Westfalen zeigt, dass nur 7% der vollzeitbeschäftigten Mütter und rund ein Drittel der teilzeitbeschäftigten Mütter in keiner Weise von abweichenden Arbeitszeitlagen betroffen sind (Stöbe-Blossey 2004). Zweitens verteilen sich die Arbeitszeiten heute häufiger ungleichmäßig über die Woche oder den Monat als früher. Diese stärkere Varianz von Arbeitszeiten ist gleichbedeutend mit weniger Voraussicht und weniger Planbarkeit der Alltagszeiten für vollzeit- wie teilzeitbeschäftigte Eltern.

Ein weiteres Problem stellt die tatsächliche Arbeitszeitdauer der Eltern dar. Werden Arbeitszeiten mit familienunfreundlicher Lage oder schlecht planbarer Verteilung dann

auch noch im Rahmen von Vollzeiterwerbsverhältnissen (plus Überstunden) ausgeübt, lassen sie sich nur schwerlich sinnvoll mit den eigentlich gewünschten Familienzeiten ausbalancieren. Zumindest dann nicht, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind, oder es sich um eine Ein-Eltern-Familie handelt. Angesichts der übermäßig langen tatsächlichen Arbeitszeiten von Vätern, wie sie in der repräsentativen Befragung des WSI in der Hans Böckler Stiftung unter erwerbstätigen Vätern und Müttern nachgewiesen werden (46% der Väter arbeiten länger als 45 Stunden pro Woche), wundert es nicht, dass die Väter mit der Vereinbarkeit von Arbeitszeiten und Familienleben noch unzufriedener sind als die Frauen (Klenner 2004). Auch lückenlos ineinander greifende Betreuungszeiten der Kinder oder die Einhaltung einer Mindeststundenzahl an gemeinsam verbrachter Familienzeit sind noch lange keine Garantien für eine zufrieden stellende Balance von Arbeits- und Betreuungszeiten. Konkrete Zeitwünsche und -interessen entstehen bei Eltern wie Kindern immer vor dem Hintergrund ihrer tatsächlichen Lebenssituation. Diese Basisstrukturen des familialen Zusammenlebens haben wir als „familiales Grundarrangement“ bezeichnet (Klenner/Pfahl 2005, Klenner/Pfahl/Reuß 2002). In dieses Grundarrangement gehen sowohl die Rahmenbedingungen, aber auch Vorstellungen und Präferenzen der Familienmitglieder ein. Daher unterscheidet es sich von Familie zu Familie. Die zentralen Dimensionen, des familialen Grundarrangements sind:

- Erwerbskonstellation und Arbeitszeiten der Eltern,
- häusliche Arbeitsteilung der beiden Eltern,
- Art und Zeiten der Kinderbetreuung,
- zugrunde liegenden Vorstellungen der Eltern in Bezug auf Kindheit und Erziehung,
- Art und Weise der gemeinsamen Lebensführung, inkl. der gemeinsamen Familienzeit sowie
- räumliche Faktoren (wie Wohnform, Wohnort, Siedlungsgröße)

Das familiäre Grundarrangement ist zwar Ergebnis der Handlungen und Entscheidungen der Familienmitglieder im Kontext der jeweiligen Arbeitsbedingungen – ist es jedoch erst einmal vorhanden, wirkt es jedoch in mittelfristiger Hinsicht als zeitliche Vorgabe für die Gestaltung des familialen Alltagslebens.

Zwar prägen vorrangig die Vorstellungen, Entscheidungen und Wünsche der Eltern das familiäre Grundarrangement – gänzlich unbeteiligt sind die Kinder daran jedoch nicht. Zum einen denken die Eltern beim Ausbalancieren von eigenen Arbeitszeiten und gemeinsamen Familienzeiten die Belange der Kinder laufend mit – und beziehen so die Kinderinteressen in die Gestaltung des Familienalltags ein. Zum anderen können die Kinder auch direkt das von den Eltern vorgesehene Alltagsarrangement befördern oder aber unterlaufen bzw. durch ihr Handeln erschweren. Letztlich sind ihre Zustimmung und ihr Beitrag unverzichtbar für das Funktionieren des familiären Grundarrangements. Besonders deutlich wird dies im Alltag, wenn Kinder ihre Zustimmung verweigern: Kinder im Grundschulalter, die sich gegen Ferienfahrten mit ungeliebten Anbietern verwehren, die nicht länger den Hort besuchen wollen, die unbedingt auf einem dritten Trainingstermin pro Woche im Fußballverein bestehen, oder die auf mehr Selbständigkeit pochen und sich lieber mittags allein zu Hause etwas zum Essen aufwärmen als weiterhin zum Essen zur Oma zu gehen – sie können ein familiales Grundarrangement ins Schleudern bringen und Umstrukturierungen im Alltag und auch in den elterlichen Arbeitszeiten erforderlich machen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Kinder, die in die Gegebenheiten ihres jeweiligen familiären Grundarrangements hineingewachsen sind, dieses zunächst als etwas Gegebenes akzeptieren. Sie stellen das Alltagsgefüge ihrer Familie nicht leichtfertig in Frage, sondern formulieren ihre davon eventuell abweichenden Zeitwünsche den Eltern gegenüber vorsichtig. Andererseits haben Kinder durchaus eigene zeitliche Interessen in Bezug auf den Familienalltag, sie haben Bedürfnisse, Vorlieben und Abneigungen. Diese bringen sie zum Teil in Form echter Verhandlungen mit den Eltern, überwiegend jedoch durch Kooperation oder Nicht-Kooperation in den Familienalltag ein.

3. Zeitinteressen von Eltern

Aktuell sind erwerbstätige Eltern weder der Ansicht, dass das Thema Kinderbetreuung in Deutschland bereits zufrieden stellend gelöst sei, noch dass die betrieblichen Arbeitszeiten bereits hinreichend familienfreundlich wären. Jenseits aller Differenzen zwischen Familien, die auf unterschiedliche familiäre Grundarrangements zurückgehen, lässt sich unter Eltern ein Bedarf nach ausgedehnteren und flexibleren Betreuungsangeboten sowie nach familienfreundlicheren Arbeitszeiten feststellen.

Hinsichtlich der Betreuungsangebote besteht bei den Eltern vor allem Interesse an Ganztagsangeboten mit warmen Mittagessen für die Kinder. Insbesondere erwerbstätige Eltern wünschen sich eine Ausdehnung

Foto: Christian Kiel (Berlin)



von Betreuungsangeboten auf Zeiten am späten Nachmittag (16.30 – 19.00 Uhr) sowie am Samstag (Stöbe-Blossey 2004). Sie möchten vorhandene Betreuungsangebote flexibler und bedarfsgerechter nutzen, so z.B. an bestimmten Tagen gezielt zusätzliche Betreuungsstunden in Anspruch nehmen, ohne diese Zeiten gleich pauschal als „Maximalvariante“ für alle Wochentage festbuch zu müssen. Sie wünschen sich etwa Krippenplätze, die sie nur an 2-3 festen Tagen pro Woche in Anspruch nehmen (z.B. wenn sich die Arbeitszeiten der beiden Elternteile mal überschneiden). Oder sie wünschen Kita-Plätze, bei denen das Kind mal vormittags, mal nachmittags kommen kann. In Hinblick auf den Jahresverlauf benötigen erwerbstätige Eltern Angebote ohne Schließzeiten sowie spezielle Ferienangebote während der Schulferien. Die Eltern richten ihre Erwartungen an eine Verbesserung der Betreuungssituation dabei nicht nur an den Staat, sondern auch an die Betriebe, in denen sie beschäftigt sind. So stimmen 90% der Eltern in einer Forsa Befragung (2005) der Aussage zu, dass sich auch Arbeitgeber und Unternehmen selbst für eine gute Kinderbetreuung engagieren sollen. Die WSI-Studie belegt zudem, dass die Mehrheit der erwerbstätigen Eltern betriebliche Betreuungseinrichtungen nutzen würde, wenn sie denn häufiger vorhanden wären. Aktuell finden nur 6% der abhängig beschäftigten Eltern mit Kindern bis 8 Jahren überhaupt eine betriebliche Betreuungsmöglichkeit am Arbeitsplatz vor (Klenner 2004). Darüber hinaus werden von erwerbstätigen Eltern betriebliche Angebote für eine Notfallbetreuung von Kindern gewünscht. Das Interesse der Eltern daran ist knapp viermal so hoch (83%) wie das bisher vorhandene Angebot in den Betrieben.

Erwerbstätige Eltern halten „familienfreundliche Arbeitszeiten“ für den Bereich mit dem größten Handlungsbedarf im Betrieb, um mehr Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt zu verwirklichen (Klenner 2004). Entsprechende qualitative Studien zeigen, dass erwerbstätige Eltern sich Arbeitszeiten wünschen, die nicht zu lang und eher gleichmäßig und planbar gestaltet sind und die sie zugleich bedarfsgerecht an ihre familiären Bedarfe anpassen können. Zudem soll die Lage der Arbeitszeiten nicht mit wichtigen Sozialzeiten am frühen Abend, am Samstag oder Sonntag kollidieren (Klenner/ Pfahl/ Reuß 2003). Eltern wünschen sich eher keine Arbeitszeiten, die außerhalb der üblichen Schul-/Betreuungszeiten ihrer Kinder liegen.

Neben den gleichmäßigen und planbaren Arbeitszeiten, um die tägliche Versorgung der Kinder zu organisieren oder gemeinsame Familienzeiten und -rituale einzuhalten, brauchen Eltern andererseits auch eine selbst bestimmte Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung. Sie haben den Wunsch, ihre Arbeitszeiten sowohl auf regelmäßige, wöchentliche Termine ihrer Kinder abzustimmen (Sportverein, Kieferorthopäde etc.), wie auch auf kurzfristig auftretende Besonderheiten und Einzelfälle im Leben ihrer Kinder. Es ist ihnen wichtig, an Schulfesten teilzunehmen, die Kinder zum Arzt begleiten, bei Krankheit und Kummer Zeit für die Kinder zu haben, mit den Kindern für Prüfungen zu lernen, oder ihnen in Phasen von Liebeskummer beizustehen. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies, dass Arbeitszeiten sowohl planbar und verlässlich als auch spontan an familiäre Erfordernisse anpassbar sein sollen. Was sich als gemeinsames Anliegen von Eltern in Bezug auf Arbeitszeiten formulieren lässt, ist also der Wunsch nach

einer selbst bestimmten flexiblen Stabilität der Arbeitszeiten.

4. Zeitwünsche von Kindern

Für Kinder im Grundschulalter sind gemeinsame Zeiten mit den Eltern grundsätzlich wichtig. Sie sind Voraussetzung für qualitätsvolle Beziehungen zu den Eltern (LBS Kinderbarometer 2000). Allerdings gilt hierbei auch für sie, was insgesamt für die ganze Familie gilt: Die reine Quantität an gemeinsamer Familienzeit ist noch kein Beleg für die Zufriedenheit mit der gemeinsam verbrachten Zeit. Aus Sicht der Kinder geht es dabei weder um ein Maximum an Familienzeit, noch ersatzweise um eine besonders intensiv und hochwertig genutzte „quality time“ zwischen Eltern und Kindern (Hochschild 2002). Vielmehr geht es aus ihrer Sicht um einen Mix aus verschiedenen Zeitqualitäten im Alltag, die sich zudem in der richtigen Dosierung und richtigen Verteilung über den Tag oder die Woche erstrecken sollen. Dies umfasst, in Bezug auf die Eltern, mindestens so unterschiedliche Zeiten wie:

- Aktiv miteinander genutzte, qualitativ hochwertige Zeiten im Familienkreis (Spiele, Gespräche)
- eine bloße Anwesenheitszeit der Eltern im Hintergrund (Eltern sind im Bedarfsfall für das Kind erreichbar)
- Zeiten, in denen die Eltern Anteil an den Erlebnissen der Kinder nehmen
- Versorgungs- und Begleitzeiten durch die Eltern (Mahlzeiten, Wegebegleitung)
- sowie strikt elternfreie Zeiten (freies Spielen, Allein-Sein)

Die von mir befragten Grundschul Kinder wünschen sich zum ganz überwiegenden Teil keine allumfassende Anwesenheit der Eltern und keine lückenlose Betreuungskette mehr. Sie begrüßen die Erwerbstätigkeit ihrer Eltern und deren zeitweise Abwesenheit und formulieren darüber hinaus konkrete, auf die Familiensituation bezogene Zeitwünsche. Entsprechende quantitative Studien bestätigen, dass diejenigen Kinder am zufriedensten sind, deren Eltern ein mittleres Arbeitsvolumen aufweisen. Kinder, deren Eltern besonders viel oder besonders wenig arbeiten, bewerten ihre familiäre Situation hingegen überwiegend als belastend (Roppelt 2003).

Die Abwesenheit der Eltern, genauso wie gezielte Lücken in der täglichen Betreuungskette, bieten den Kindern von ihnen geschätzte Möglichkeiten zur Erprobung von Autonomie und fördern ihre Selbstständigkeit. So berichtet Anneli (10 Jahre), die seit neuestem nicht mehr in den Hort geht, sondern nach der Schule ca. 2-3 Stunden allein zu Hause verbringt, wie sie sich inzwischen alleine mittags was zu essen macht: „Und dann hab ich gesagt, nee, eigentlich schmeckt mir das nicht so doll [= im Hort], dann mach ich's mir lieber hier zu Hause alleine.“ Über das gestrige Mittagessen,

an dem sie Besuch von zwei Freundinnen hatte, berichtet sie stolz: „Wir haben Kartoffeln mit Fleisch gegessen. Das Fleisch ist mir'n bisschen angebrannt. Aber das mussten wir dann mit der Hand essen, weil es nicht mehr zu schneiden war.“

In Bezug auf die konkreten Arbeitszeiten ihrer Eltern zeigt sich, dass die Kinder diese zunächst nicht grundsätzlich in Frage stellen. Sätze wie: „...weil meine Eltern gehen ja arbeiten“ tauchen in fast jedem Kinderinterviews als Erklärung auf. So differenziert das jeweilige Familienarrangement auch ist, so lassen sich trotzdem übergreifende Interessen der Kinder in Bezug auf die elterlichen Arbeitszeiten zusammenfassen:

1. Kinder wünschen sich etwas kürzere Arbeitszeiten für ihre Eltern, so dass diese später zur Arbeit gehen bzw. die Arbeit früher verlassen können. Damit verfolgen sie zwei Anliegen: a) Den Wunsch nach Entlastung für die von der Arbeit gestressten Eltern, so wie b) den Wunsch nach zusätzlichen Familienzeiten. Letztere sollen auf die Kinder abgestimmt sein und dem gemeinsamen Spiel bzw. gemeinsamen Unternehmungen dienen. In diesem Zusammenhang spricht sich ein Teil der Kinder vehement gegen – unangekündigte – Überstunden aus: „...ich finde, das müsste er nicht machen, weil er hat, eigentlich hat er nur bis um fünf... Ich finde, ich meine, man braucht auch seine Kinder und seine Frau. Man muss ja auch für die Familie da sein und Freizeit haben.“ (Anneli, 10 Jahre).

2. Kinder sprechen sich gegen familienunfreundliche Arbeitszeiten aus und wünschen sich Arbeitszeiten, die regelmäßig auf familiäre Routinen und Rituale Rücksicht nehmen. Henrike (9 Jahre) kritisiert dabei Spätdienst ihrer Mutter. Das Problem sei, „dass wir uns am Abend nicht mehr so richtig sehen können, weil sie erst später kommt.“ Geraldine (9 Jahre) ist gegen Arbeitszeiten am Freitagnachmittag: „Weil freitags, da machen wir auch meistens was zusammen und spielen manche Spiele zusammen.“ Beatrice (8 Jahre) lehnt die arbeitsbedingte Abwesenheit der Mutter an Feiertagen, wie z.B. Heiligabend, ab, „wo das Christkind eigentlich kommt“. Die vorgezogene Bescherung an einem anderen Tag ist für sie keine wirkliche Alternative. Sie wünscht sich arbeitsfreie Feiertage.

3. Zudem wünschen sich Kinder Arbeitszeiten, mit denen Eltern (ggf. auch spontan) auf besondere Ereignisse im Leben der Kinder Rücksicht nehmen können. Sie sprechen sich hier für eine gewisse Flexibilität der Eltern aus. So berichtet Geraldine (9 Jahre) voller Stolz, dass die Mutter sich zu ihrem letzten Geburtstag den Tag frei genommen hat. Zumindest telefonisch kann sich die Mutter von Raoul (12 Jahre) spontan während der Arbeit für ihn Zeit nehmen. Er kann sie tagsüber am Arbeitsplatz anrufen, wenn er auf dem Pausenhof steht und Kummer

hat: „Sie ist nicht wütend. Und sie redet dann mit mir immer. So lang wie die Pause ist.“

4. Insgesamt sprechen sich die Kinder für eine stärkere Orientierung der elterlichen Arbeitszeitgestaltung an den kindlichen Bedürfnissen aus. Die Kinder wissen ziemlich genau, wann und wie sich die Anwesenheit der Eltern wünschen. Carlotta (10 Jahre) schlägt Arbeitszeiten für die Eltern vor, die sich nach den täglichen Schulzeiten von ihr und ihrer Schwester richten. Sie möchte, dass die Mutter „...mit uns sozusagen aus dem Haus geht, und dann mit uns wieder nach Hause geht.“ Besonders pointiert drückt es Wanja (9 Jahre) aus: „Ich finde, es soll immer so sein, dass, wenn ich möchte, dass sie (= die Mutter) zu Hause ist, dann wenn ich nach Hause komme, dass sie dann auch zu Hause ist. Wenn ich nach Hause komme und ich möchte lieber, dass sie dann noch nicht da ist, dass sie dann auch noch nicht da ist.“

5. Ausblick: Arbeitszeitpolitik aus Kindersicht

Die Berücksichtigung der Kinderperspektive bei der Gestaltung von Arbeits- und Betreuungszeiten – dies bedeutet, sich für ein weites, optionshaltiges und abgestimmtes Angebot an Betreuungszeiten und Arbeitszeiten einzusetzen, welches Eltern dann zu einem für Eltern wie Kinder stimmigen Familienalltag verknüpfen können. Bisher ergibt sich der Familienalltag jedoch viel zu oft daraus, dass Arbeitszeiten und Betreuungszeiten aufeinander treffen, die jeweils nur ihrer eigenen Logik folgen und schlecht bis gar nicht kompatibel sind. Es bleibt dann dem Geschick der Eltern überlassen, daraus einen Familienalltag zu „basteln“. Die Kinderperspektive ernst nehmen, bedeutet aber auch, den Kindern eine eigene Stimme im Feld der Zeitpolitik zuzugestehen. In einer Zukunft, in der die Kinder als Zeit-Expert/innen die Arbeitszeiten ihrer Eltern gestalten könnten, würde sich jedenfalls einiges ändern. Hier abschließend ein Überblick über die Arbeitszeitreformen, die dann wohl zu erwarten wären:

- Die Vollzeit arbeitszeitdauer würde gesenkt.
- Es gäbe ein ausgeprägtes Angebot an Wahlarbeitszeiten (bezüglich der Arbeitszeitdauer).
- Die Arbeitszeit würde nicht mit Betreten des Betriebes, sondern bereits mit dem Verlassen der heimischen Wohnung bzw. mit der Trennung vom Kind beginnen.
- Alle Eltern wären auf der Arbeit telefonisch erreichbar. Ihre Telefonzeiten mit den Kindern wären Bestandteil der Arbeitszeit.
- Beschäftigte Eltern wären fast gar nicht mehr erschöpft, gestresst, überarbeitet, unausgeschlafen oder bedrückt, da sich Arbeitszeitdauer und -lage am Wohlergehen und an den persönlichen Vorlieben der Eltern orientieren würden.

- Es gäbe noch Überstunden – ihre Anzahl wäre aber eingeschränkt und ihre Übernahme strikt freiwillig. Voraussetzung wäre, dass sie in den Zeitplan der ganzen Familie passen.
 - Damit wäre insbesondere das tägliche Arbeitseende planbarer und verlässlicher.
 - Arbeitszeiten am späten Nachmittag und frühen Abend würden dramatisch zurückgehen, sie wären auf wenige Ausnahmen beschränkt.
 - Arbeitszeiten am Wochenende kämen noch gelegentlich vor. Sie wären aber mit einem attraktiven Begleitprogramm für die Kinder in den Betrieben verbunden, so dass die Kinder die Eltern gerne begleiten würden.
 - Die Urlaubszeiten der Eltern würden sich deutlich erhöhen, orientiert an den Schulferien der Kinder.
- Kinder wirken in den Familien zentral an der Gestaltung der Balance zwischen Arbeits-

und Familienzeiten mit, sie können ihre familialen Zeitinteressen formulieren und haben klare Vorstellungen für eine Verbesserung der elterlichen Arbeitszeiten. Warum sollten sie also nicht einbezogen werden? Ihre Arbeitszeitvisionen sind zwar meilenweit von der heutigen betrieblichen Realität entfernt, wären aber für jeden „runden Tisch“, an dem beschäftigte Eltern, Arbeitgeber und Gewerkschaften über die Gestaltung von Arbeitszeit diskutieren, eine Bereicherung. Das Mindeste sollte sein, dass Gewerkschaften ihre Anliegen in punkto Zeitpolitik im Kopf mitdenken.

ipw 2/2006

Literatur:

- Forsa (2005): Erziehung, Bildung und Betreuung. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung junger Eltern, Berlin
- Hochschild, Arlie R. (2002): Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Opladen
- Klenner, Christina (2004): Erwartungen an einen famili-

enfreundlichen Betrieb, Broschüre, hrsg. vom BMFSFJ, Berlin

- Klenner, Christina/ Pfahl, Svenja/ Reuyß, Stefan (2003): Flexible Arbeitszeiten aus Sicht von Eltern und Kindern, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 3, S.268-285
- Klenner, Christina/ Pfahl, Svenja/ Reuyß, Stefan (2002): Arbeitszeiten – Kinderzeiten – Familienzeiten, Projektbericht der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- Klenner, Christina/ Pfahl, Svenja (2005): Stabilität und Flexibilität. Ungleichmäßige Arbeitszeitmuster und familiale Arrangements, in: Seifert, Hartmut (Hg.), Flexible Zeiten in der Arbeitswelt, Frankfurt/M
- LBS-Initiative Junge Familie (Hg.) (2002): Kindheit 2001 – Das LBS Kinderbarometer, Opladen
- Roppelt, Ulrike (2003): Kinder – Experten ihres Alltags?, Frankfurt am Main/ Berlin/ Bern/ Bruxelles/ New York/ Oxford/ Wien
- Stöbe-Blossey (2004): Arbeitszeit und Kinderbetreuung: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung in NRW, IAT-Report 2004-1, Gelsenkirchen
- Zeiger, Helga (2005): Neue Zeiten – neue Kindheiten? Wandel gesellschaftliche Zeitbedingungen und die Folgen für die Kinder, in: Mischau, Anina/ Oechsle, Mechthild (Hg.), Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance?, Wiesbaden, S.74-91

Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik

Anknüpfungspunkte für eine linke Frauenpolitik

Von Bettina Kohlrausch

Gelegentlich drängt sich in öffentlichen Debatten der Eindruck auf, Frauen- und Familienpolitik seien dasselbe. Dies ist nicht der Fall. Die strukturelle Benachteiligung von Frauen in Deutschland gründet sich keinesfalls ausschließlich darauf, dass sie Mütter sind bzw. Mütter werden könnten. Der Grund für die Missachtung dieser Tatsache ist vermutlich, dass das eigentliche Interesse der aktuellen (Frauen)Politik der Erhöhung der Geburtenrate und nicht der Gleichstellung von Frauen und Männern gilt. Die hartnäckige Weigerung vieler Frauen, unter den gegebenen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Bedingungen Kinder zu gebären, führt zu ideologischen Verschiebungen. Bis weit in das bürgerliche Lager hinein hat sich die Deutung durchgesetzt, dass die Verbesserung der Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Schlüssel zur Erhöhung von Fertilitätsraten (deutscher) Frauen sind. (Denn um diese scheint es ja zu gehen. Eine andere Einwanderungspolitik wird zumindest als Lösung des ‚demographischen Problems‘ nicht diskutiert.)

Wie eine Lösung der ‚Vereinbarkeitsproblematik‘ aussehen soll, lassen die geplanten

Neuregelungen zum Elterngeldgesetz und zur Absetzung von Kinderbetreuungskosten erahnen. Geplant ist ein einkommensabhängiges Elterngeld, welches nur das volle Jahr gezahlt wird, wenn jedes Elternteil jeweils mindestens zwei Monate Elternzeit in Anspruch nimmt. Kinderbetreuungskosten sollen zukünftig großzügiger von der Steuer abgesetzt werden können. Diese politischen Vorhaben zeigen zwei Dinge auf:

* Erstens zielt diese Form von Familienpolitik vor allem auf die Mittelschicht. Im Gegensatz zu Geringverdiener/innen, zu denen häufig auch Ein-Elternfamilien zählen, wird diese von den geplanten Neuerungen profitieren. Häufig scheint die Debatte über die Gleichstellung von Frauen von den lebensweltlichen Erfahrungen der betreffenden Akteurinnen geprägt zu sein – und dies sind nun einmal überwiegend Akademikerinnen. Für diese mag es tatsächlich eine Entlastung darstellen, wenn sie Kinderbetreuung individuell organisieren und von der Steuer absetzen können.

* Im Gegensatz zum Duktus der öffentlichen Debatte wird die Schlechterstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch verbesserte Möglichkeiten zu Kinderbetreu-

ung nicht automatisch beseitigt. Die Erfahrungen der skandinavischen Länder zeigen, dass trotz deutlich stärker ausgebauter Kinderbetreuungsmöglichkeiten die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes nicht überwunden wurde.

Wie Ungleichheit von Frauen entsteht

Die Diskriminierung von Frauen (nicht nur) auf dem Arbeitsmarkt ist Ergebnis über Jahrhunderte gewachsener Strukturen, die sich auch heute noch in der Gesetzgebung, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aber auch in geschlechtsspezifischen Rollenzuweisungen von gesellschaftlichen Akteur/innen, wie z.B. Fallmanger/innen, Lehrer/innen und Berufsberater/innen wieder finden lassen. Helga Krüger argumentiert, „dass in weiblichen Lebensläufen nicht andere, sondern schlicht mehr Ungleichheitsparameter sichtbar werden, die sich kumulieren, schneiden und wechselseitig beeinflussen“ (Krüger, 2001, S. 517). Im Folgenden wird die Entstehung der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen als Prozess beschrieben, der sich ganz konkret als Aneinanderreihung biographischer Zäsuren (Bildungsentscheidung, Arbeitsmarktplatzierung und Erwerbsverlauf, sowie Familiengründung) in Lebensläufen von Frauen nachvollziehen lässt. Bewusst wird dabei auf Erwerbsverläufe außerhalb des Arbeitsmarktes für Akademiker/innen geschaut.

Bettina Kohlrausch ist Doktorandin an der Graduate School of Social Sciences der Universität Bremen und promoviert über aktive Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche in Deutschland und England.

Wer entscheidet über welche Bildung?

Das Bildungssystem als entscheidender Weichensteller für die spätere Platzierung auf dem Arbeitsmarkt wird seit der Pisa-Studie vor allem als Reproduktionsfaktor schichtspezifischer Ungleichheit betrachtet. Feministische Forschung dagegen weist darauf hin, „dass bei beiden Geschlechtern zwar gemeinsame, aus der sozialen Lage der Herkunftsfamilie resultierende Bildungsbenachteiligung vorliegen, aber diese sich noch einmal innerhalb des erreichten Niveaus als Geschlechter-Ungleichheit differenzieren“ (Krüger 2001: 522). Dies wird besonders im System beruflicher Bildung deutlich. Auch wenn es in der öffentlichen Debatte häufig anders wahrgenommen wird, zeichnet sich das deutsche Ausbildungssystem durch die Parallelität zweier Systeme aus: dem vollzeitschulischen, in dem 70 Prozent Frauen ausgebildet werden, und dem dualen System, welches nicht nur männlich dominiert ist, sondern auch die Frauen innerhalb des Systems auf wenige Berufe festlegt. Im Jahr 2003 konzentrierten 54% der Frauen auf 10 Berufe, wovon die ersten drei Plätze von den ‚Klassikern‘ Bürokauffrau, Kauffrau im Einzelhandel und Arzthelferin besetzt waren (vgl. Berufsbildungsbericht 2005, Bonn/Berlin.)

Während in beiden Systemen formal dasselbe Ausbildungsniveau erreicht wird, werden die Auszubildenden dort mit sehr unterschiedlichen Verwertungsmöglichkeiten der erworbenen Qualifikationen ausgestattet. Die im vollzeitschulischen System erworbenen Abschlüsse sind häufig schlechter gegen Dequalifizierungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt geschützt. Während die nach Berufsbildungsgesetz geregelten Ausbildungsabschlüsse des dualen Systems Berufsbezeichnung und Qualifikationsprofil sichert und tariflich standardisiert, ist dies im vollzeitschulischen Bildungssystem nicht der Fall. Dort ist allenfalls die Berufsbezeichnung gesetzlich gesichert. Dies ist umso ungerechter, als dass vollzeitschulische Ausbildung häufig Lehrgeld kostet und höhere Eingangsqualifikationen als Ausbildungsberufe im dualen System erfordern.

Wie gelingen Einstieg und Fortkommen auf dem Arbeitsmarkt?

Die Situation von Frauen im deutschen Ausbildungssystem ist nur ein Beispiel dafür, dass Frauen, selbst wenn sie formal dieselben Bildungsniveaus erreichen wie Männer, doch mit anderen Bildungsressourcen ausgestattet sind. Männer verfügen daher häufig über einen Verwertungsvorsprung eben jener Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt.

Dies betrifft keinesfalls nur die Erstplatzierung auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch die folgenden Erwerbsverläufe – und zwar unabhängig von der Frage ob Frauen tatsächlich Kinder bekommen oder nicht. Die Schlechterstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist nicht ausschließlich Ergebnis vermeintlich individueller Defizite, wie der Zwang zur Erwerbsunterbrechung oder Teilzeitarbeit, sondern ein berufsstrukturelles Problem. Frauenberufe unterscheiden sich von Männerberufen durch geringeren Sozialstatus, fehlende Karrierestrukturen und einen in Hinblick auf Entlohnung und Möglichkeiten zur Weiterbildung geringen Marktwert der Abschlüsse. Die Zweitrangigkeit dieser Berufe gegenüber der Familie ist in diesen Berufen historisch angelegt, egal ob Frauen tatsächlich familiär eingebunden sind oder nicht. Es wäre interessant, dieses auch einmal genauer für den Akademikerinnenarbeitsmarkt zu untersuchen. Ich vermute, dort ähnliche Strukturen vorzufinden, denkt man z.B. an die schlechte Entlohnung und geringen Aufstiegsmöglichkeiten von Grundschullehrer/innen.

Welche Folgen hat die Familiengründung?

Familienbedingte Erwerbsunterbrechungen verschärfen diese Situation allerdings noch. Vor dem Hintergrund des geringeren Schutzes der Bildungsressourcen von Frauen, erscheint die Entscheidung für die Frau als diejenige, die die Erwerbsarbeit im Falle einer Kinderpause unterbricht nur folgerichtig. Qualitative Forschungen mit Paaren haben ergeben, dass die Entscheidung für die Frau aus rationalen und nicht aus geschlechts-normativen Gründen fiel. So entsteht eine „Re-etablierung geschlechtsspezifischer Zuständigkeitsmuster, wiewohl diese zugleich emotional abgelehnt werden – mit dem Resultat, dass sich alte Arbeitsteilungen wieder herstellen“ (Krüger 2001: 530).

Anknüpfungspunkte für eine linke Frauenpolitik

In diesem Artikel wird die These vertreten, dass die gesellschaftliche Schlechterstellung

von Frauen keinesfalls nur aus der ‚Vereinbarkeitsproblematik von Familien und Beruf‘ resultiert. Linke Frauenpolitik muss die Benachteiligung von Frauen daher als vielschichtigen Prozess begreifen und Antworten darauf finden. Dies bedeutet auch, von eigenen Erfahrungen zu abstrahieren und Erwerbsverläufe außerhalb des Akademiker/innenarbeitsmarktes im Blick zu haben.

Es ist mir nicht möglich alle Einzelforderungen, die Schritte hin zu einer Gleichstellung von Männern und Frauen beschreiben, aufzuzählen. Dies ist auch gar nicht nötig. Nötig ist, über einen konzeptionellen Überbau zu diskutieren, der einen Gegenentwurf zur familienorientierten Frauenpolitik der großen Koalition darstellt. Dabei geht es nicht darum zu leugnen, dass Familienpolitik die gesellschaftliche Situation von Frauen stark beeinflusst. Es geht darum zu verstehen, dass die Diskriminierung von Frauen strukturell im Bildungssystem und Arbeitsmarkt angelegt ist. Sie ist nicht Ergebnis des mehr oder weniger individuell zu behebenden Problems der Erwerbsunterbrechung in der Kinderpause.

Ich möchte zwei Anknüpfungspunkte für ein linkes frauenpolitisches Leitbild nennen, die ich ausdrücklich als erste Vorüberlegungen verstanden wissen möchte:

- Ein linkes Leitbild müsste ein Angebot machen, welches Frauen schichtübergreifend anspricht. Dafür ist das Anbieten von kollektiven Lösungen für das ‚Vereinbarkeitsproblem‘, z.B. durch bessere staatliche Kinderbetreuungsangebote sicher geeignet. Interessant wäre es, die konsequente Unterbewertung weiblicher Qualifikationen zum Thema zu machen. Die Frage ist, ob sich eine öffentliche Debatte über eine gerechte Entlohnung von (weiblicher) Arbeit führen lässt, in dem man an aktuelle Gewerkschaftsprotokolle oder Debatten über den Mindestlohn anknüpft.

- Ein linkes Leitbild muss darauf fokussieren, plurale Lebensformen abzuschern. Keine Frau darf wegen ihrer Mutterschaft Nachteile erfahren. Genauso selbstverständlich ist es, die Entscheidung von Frauen gegen Kinder zu akzeptieren. Für viele Menschen werden, egal aus welchen Gründen, fragmentierte Erwerbsbiographien immer wahrscheinlicher. Diese müssen sozialstaatlich abgesichert werden. Hier könnten Debatten über eine Bürger- und Arbeitsversicherung Anknüpfungspunkte bieten.

spw 2 / 2006



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Literatur:

- Krüger, H. (2001). Ungleichheit und Lebenslauf. Wege aus den Sackgassen empirischer Tradition. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. B. Heintz (Hrsg.): 512-537.
 Bundesministerium für Bildung und Forschung (2005). Berufsbildungsbericht 2005. Bonn, Berlin

Zurück an Heim und Herd?

spw-Gespräch mit Barbara König und Petra Hepenstrick

Claudia Walther: Herzlich willkommen zur heutigen Veranstaltung, die vom Juso-Landesverband NRW und der Zeitschrift spw organisiert wurde. Diskutieren wollen wir mit unseren Gästen auf dem Podium über die mediale Renaissance der Familienpolitik. Zunächst begrüße ich *Petra Hepenstrick*, sie ist Landesvorsitzende des deutschen Familienverbandes in Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände NRW. Dann begrüße ich *Barbara König*. Seit etwas mehr als einem halben Jahr ist sie Geschäftsführerin des von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) gegründeten Zukunftsforum Familie (ZFF), sie hat ebenfalls kommunalpolitische Erfahrungen, zuletzt als stellvertretende Fraktionsvorsitzende in Bonn. Wir sollten damit beginnen, kurz die beiden Verbände vorzustellen. Beginnen Sie, *Petra Hepenstrick*?

Lobbyarbeit für Familien

Petra Hepenstrick: Den deutschen Familienverband gibt es seit über achtzig Jahren. Wir sind bundesweit von der Ortsebene bis zum Bundesverband organisiert. Wir sind die Lobbyisten für Familien. Wir verstehen uns als Partner aller im Landtag vertretenen Fraktionen. Wir beschäftigen uns mit anstehenden Projekten wie z.B. Gesetzesentwürfen oder starten auch von uns aus Initiativen. Wir sind aber auch ein „Mitgliederverband“, der ehrenamtliche Initiativen unterstützt, also z. B. für Kinderbetreuungsprojekte oder auch Familienberatung. Auf Landesebene haben wir jetzt mit Unterstützung des Ministeriums einen Online-Familienratgeber entwickelt. Ergänzend bauen wir gerade ein Informationssystem auf über Telefon, eine Art Familienrechtsberatung. Wir sind behilflich in ganz konkreten Lebenslagen, z.B. Kindergeld, bei Hartz IV-Probleme. Darüber hinaus vermitteln wir auch Freizeit- und Urlaubsangebote für Familien.

Claudia Walther: Vielen Dank. Barbara König, was unterscheidet das „Zukunftsforum Familie“ vom Familienverband?

Barbara König: Wir sind 2002 gegründet worden auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt. Ähnlich wie der deutsche Familienverband

verstehen wir uns als Lobbyist für die Interessen von Familien, begleiten politische Prozesse, nehmen Stellung zu Gesetzgebungsverfahren. Anders als der deutsche Familienverband sind wir aber ausdrücklich kein Mitgliederverband, sondern ein Dachverband. Familien können nicht direkt bei uns Mitglied werden. Unsere Mitglieder sind zurzeit gut dreißig Verbände. Davon kommt der größte Teil noch aus der Arbeiterwohlfahrt. Mitglied im ZFF sind aber z.B. auch der progressive Eltern- und Erzieherverband (PEV), oder der Bundesverband der Mütterzentren sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen.

Vielfältigkeit der Familien

Programmatisch orientieren wir uns am AWO-Leitbild, das heißt, wir treten für eine solidarische Familienpolitik ein, die insbesondere Familien im Fokus hat, die wenig Einkommen haben. Aber ganz wichtig ist, dass wir einen sehr vielfältigen Familienbegriff vertreten: „Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung für einander übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“ Familie muss also nicht dem Bild „Vater, Mutter, verheiratet zwei Kinder“ entsprechen. Familien sind heute sehr vielfältig: Patchwork, allein-erziehend, bis hin zu sogenannten Regenbogenfamilien – das sind Familien mit schwullesbischem Hintergrund.

Claudia Walther: Vielen Dank! Die Veranstaltung heißt „Zurück an Heim und Herd?“ Wichtig ist mir hier das Fragezeichen. Geht es im Moment nicht vielmehr darum, dass sich die Parteien gegenseitig überholen in Sachen „Familien- und Kinderfreundlichkeit“. Das Thema Familie hat offenbar Konjunktur, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Wird politisch endlich ein modernes Familien- und Frauenbild entwickelt?

Barbara König: Heute ist ja der internationale Frauentag. Ich komme gerade vom AWO-Fachausschuss, der u.a. für Frauen, Familie und Jugend zuständig ist. Für die weiblichen Kolleginnen gab es – ganz wie früher – noch rote Nelken und wir haben diskutiert, wie Frauen- und Familienpolitik

zusammenhängen. Ich denke, dass Frauenpolitik heute verstärkt von Familienpolitik überlagert wird. Frau von der Leyen taucht als Familienministerin auf, nicht als Frauenministerin. Sie verkörpert die Familienfrau ja auch sehr deutlich mit ihrem eigenen Lebensentwurf. Aber Frauenpolitik ist nicht gleich Familienpolitik. Da gibt es vielfältige Facetten. Dennoch ist die Frage, in welchen Familienkonstellationen Frauen und Männer leben und vor allem, wie das Existenzsichernd mit einem Job zu vereinbaren ist, zentral für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Rot-grün war u.a. mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung auf einem guten Weg, und Frau von der Leyen scheint in der großen Koalition etliche Projekte fortsetzen zu können. Deswegen begrüßen wir als Zukunftsforum Familie diesen Weg.

Familienfreundliche Infrastruktur schaffen

Wir kritisieren aber auch einige Punkte. Erstens wird aktuell sehr viel Wert auf Geldleistungen für Familie gelegt, weniger auf Infrastruktur. Die rot-grüne Bundesregierung hat zwar versucht, das ein bisschen auszugleichen, aber die aktuellen Debatten, sei es Elterngeld, sei es die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, zeigen, dass es eher um finanzielle Leistungen für die Familien geht als um die Frage, wie schaffen wir denn wirklich den Ausbau der Kinderbetreuung für Unter-Dreijährige. Man muss dabei sehen, dass fast ein Drittel aller Familien überhaupt Steuern zahlt, weil ihr Einkommen zu gering ist. Die Absetzbarkeit von Betreuungskosten – ob ab dem ersten Euro oder ab dem tausendsten – hilft diesen Familien überhaupt nicht. Und vielleicht als Randnotiz: Was ist eigentlich mit dem Uralthema Ehegattensplitting? Das wird nach wie vor überhaupt nicht thematisiert. Im Ehegattensplitting in erster Linie ja nicht Familien mit Kindern gefördert, sondern die „Hausfrauenehen“ – egal ob mit oder ohne Kinder – staatlich bezuschusst. Das ist keine effektive Familienförderung, sondern Benachteiligung von Frauen!

Zweitens finde ich interessant, dass mit der steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten Arbeitsplätze in Privathaushalten geschaffen werden sollen, die Tagesmutter, die Kinderfrau, wird ja im Privathaushalt angestellt. Da stellt sich die Frage: Geht das überhaupt? Wer kann sich das wirklich leisten? Und werden diese Kinderfrauen und Tagesmütter Existenzsichernd

Die Diskussion fand am 08. März 2006 im Rahmen der Reihe „Plenum Moderner Sozialismus“ von Jusos NRW und spw mit Barbara König, Geschäftsführerin Zukunftsforum Familie e.V. und Petra Hepenstrick, Vorsitzende Dt. Familienverband NRW e.V., statt. Das Gespräch führte für spw Claudia Walther, Aachen, vom Netzwerk FrauenZeiten.

arbeiten? Viel mehr Arbeitsplätze schafft jeder Euro, der in die institutionelle Kinderbetreuung gesteckt wird. Arbeitsplätze zu sozial verträglicheren Bedingungen in Kitas, aber auch durch mehr Kaufkraft in den Kommunen.

Claudia Walther: Danke schön! – Petra Hepenstrick!

Petra Hepenstrick: Ich finde nicht, dass wir auf einem guten Weg sind. Setzen wir uns überhaupt ernsthaft mit den Problemen auseinander? Wenn wir die demografische Entwicklung einfach so hinnehmen, steuern wir in wirtschaftlicher Hinsicht auf eine Katastrophe zu. Das wird nicht wahrgenom-



Petra Hepenstrick

men. Da wünsche ich mir, dass vor allem die junge Generation mal aufsteht und sagt: „So geht es nicht.“ Ich habe wirklich das Gefühl, dass die politischen Entscheidungen ausschließlich auf den kurzfristigen politischen Erfolg ausgerichtet sind. Es gibt kaum noch Politiker, die politische Visionen haben und diese auch vertreten, selbst wenn sie sich weder innerhalb der Legislaturperiode, noch innerhalb ihrer eigenen politischen Karriere realisieren lassen. Aber darauf kommt es heute an.

Unser Familien-Bild hat sich auch geändert mit dem Wandel in der Gesellschaft. Das ist ja auch ein ganz normaler Vorgang, dass sich so was weiterentwickelt. Wir möchten, dass die Menschen selber bestimmen, wie sie leben wollen. Es gibt das Bedürfnis von Frauen zu arbeiten, bzw. keine Einbußen in ihrer Karriere hin zu nehmen. Das steht ja im Koalitionsvertrag erstmals richtig drin, dass etwas unternommen wird, damit beide Elternteile für eine eigene Altersversorgung, für eine eigene Eigenständigkeit sor-

gen können, obwohl sie Kinder haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Noch ist das aber Theorie. Wenn in der Realität eine Frau dann ein halbes, ganzes oder auch zwei Jahre bei ihrem Kind zu Hause bleiben will, dann ist das nicht konservativ. Dann soll sie das tun können. Eigentlich müssen wir als Gesamtgesellschaft dafür sorgen, dass das problemlos möglich ist, auch für einen Vater. Sätze: wie „Familie hat Konjunktur“ kann ich einfach nicht mehr hören. Wenn wir uns vor Augen halten, dass wir seit dem 01.01.2004 bei einer der wesentlichen Leistungen, nämlich dem Erziehungsgeld, Betragsbemessungsgrenzen, also die Einkommensgrenzen, nahezu halbiert haben, heißt, dass dies jetzt zu einem absoluten Armutshilfsmittel verkommt. Was jetzt vorgeschlagen wird, sind kosmetische Korrekturen, denn tatsächlich ist die Förderung von Familien absolut zurückgegangen.

Erziehungsgeld, Elterngeld, Familiengeld?

Claudia Walther: Ich möchte den Vorschlag Elterngeld, der jetzt im Raum steht, aufgreifen. Den hat Renate Schmidt noch ins Spiel gebracht. Jetzt hat eine Diskussion eingesetzt, ob dieses Modell die geringer verdienenden Familien eher benachteiligt. Deshalb die Frage an Sie beide: was ist aus Ihrer Sicht der richtige Ansatz? Elterngeld? Oder das alte Erziehungsgeld? Ist es ein Familiengeld, wie es auch schon mal gefordert wurde?

Barbara König: Ich finde, das Elterngeld ist der richtige Weg, und zwar vor allem, weil er Gleichstellung als politischen Prozess sieht. Das Erziehungsgeld ist finanziell immer weiter verschlechtert worden, da gebe ich *Petra Hepenstrick* völlig Recht. Andererseits ist nachgewiesen, dass mindestens 70% aller Mütter gern wieder früh arbeiten – und zwar mehr als die typischen Halbtagsjobs. Aber das ist, u. a. wegen der Arbeitsmarktlage oft nicht möglich. Das Erziehungsgeld, wie es früher konzipiert war, hat die Tendenz zum jahrelangen Ausstieg befördert. Das Elterngeld ist deshalb zu Recht auf zwölf Monate sowie zwei obligatorischen Väter- bzw. Müttermonate begrenzt. Ich erwarte davon einen Impuls auf die Frage, wie wird Familienarbeit und Erziehungsarbeit in der Partnerschaft aufgeteilt? Und es fällt ein wichtiges Argument der Männer weg, das lautet „Ja, ich würde ja gern mal zu Hause bleiben eine Zeit lang, aber mein Verdienst ist der höhere und den Wegfall können wir uns gar nicht leisten.“ 67% des Einkommens als Elterngeld sind da schon mal ein gutes Gegenargument.

Claudia Walther hat die Armutsfrage angesprochen. Elterngeld ist kein Instrument zur Bekämpfung von Familienarmut – das soll es auch nicht sein. Dazu brauchen wir andere Instrumente. Das ZFF hat eine Kinder-

grundsicherung vorgeschlagen, indem man Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenfasst und aufstockt.

Und machen wir uns nichts vor: Viele befürworten das Elterngeld auch, weil sie sich mehr Kinder von Akademiker/innen erhoffen.

Da finde ich, so lange sich unsere Gesellschaft leistet, dass mehr als 10%, aller Schüler/innen keinen Abschluss erreichen und 1,6 Millionen Kinder auf Sozialhilfeniveau leben, haben wir eine lange Wegstrecke vor uns. Die Förderung aller Kinder muss Priorität haben: wir dürfen kein Kind zurücklassen!

Bei allen positiven Aspekten des Elterngelds bleibt schließlich die Frage: Was passiert nach einem Jahr Elterngeld? Es gibt zwei Problemkreise. Einmal die Frage der „Unter-Drei-Betreuung“. Da gibt es zwar ehrgeizige Ziele, aber die werden natürlich nicht sofort verwirklicht. Was können wir dazu tun, dass das schneller geht?.. Und der andere Problemkreis ist: Wenn nach einem Jahr Väter oder Mütter wieder zurück in den Job wollen, gibt es dafür ausreichend Möglichkeiten? Laut einer aktuellen Studie des WSI haben nur 7% aller Betriebe betriebliche Vereinbarungen zu Familienfreundlichkeit, zu Rückkehrrechten, etc. – das heißt umgekehrt, in 93% aller Betriebe gibt es gar nichts. Und die 7% sind vor allem Großbetriebe. 2001 gab es einen „Pakt für mehr Gleichstellung in der Privatwirtschaft“, der von Renate Schmidt initiiert wurde. Da ist faktisch nicht viel rausgekommen. Jetzt stellt sich die Frage, brauchen wir nicht auch ein Gesetz zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft? Ansonsten bleibt es gerade für Frauen nach einem Jahr Elterngeld, genau so schwierig, wieder in den Job zurückzukehren.

Claudia Walther: Vielen Dank, ich denke, wir kommen nachher noch mal auf die Privatwirtschaft zu sprechen. Jetzt erst noch mal an die Petra Hepenstrick zu Frage, Elterngeld, Familiengeld oder Erziehungsgeld?

Petra Hepenstrick: Wieso denn oder? – Es müsste eigentlich ein ganz anderes Agenda-Setting geben. Ich finde Elterngeld toll. Ich finde auch die Zielsetzungen mit Blick auf die AkademikerInnen gut: Aber hier spielen ja auch noch andere Probleme eine Rolle, zum Beispiel dass es ja aufgrund der oft noch unklaren beruflichen Situation für sie noch schwieriger ist, sich partnerschaftlich zu binden und Verantwortung auch finanzieller Art zu übernehmen. Da gibt es Bedarf, etwas zu verändern. Das soll man tun, aber warum muss man dann das andere lassen?

Schließlich: Dass die Abwesenheit von Kindern eine Gesellschaft verändert, ist doch unstrittig. Das Leben mit Kindern, auch wenn man selbst keine hat, vermittelt einen Zusammenhang, das ist, was eine Gesell-

schaft dringend braucht. Kinder fordern uns heraus, über den Tellerrand hinaus zu gucken und so ganz andere Zusammenhänge zu erkennen.

Wir brauchen ganz konkrete Maßnahmen. Die institutionelle, hoch qualifizierte Betreuung rechnet sich zum Beispiel, sie schafft Arbeitsplätze und versetzt diese Familie in den Stand zu konsumieren. In den skandinavischen Ländern werden Erzieherinnen für die Kleinsten auf Fachhochschulniveau ausgebildet. Denn das ist der Zeitraum, in dem die Menschen am meisten lernen. Das ist so wichtig. Es ist unverständlich, warum die Ausbildung bei uns auf viel niedrigerem Niveau gehalten wird.

Wir brauchen auch einen gesellschaftlichen Wandel, wo junge Menschen auch mal aufstehen und sagen: „So nicht! Ich habe es satt, Generation Praktikum zu sein. Ich will einen Arbeitsplatz. Ich will die gleichen Bedingungen, die du auch nach dem Studium hattest. Ich will, dass das hier anders läuft.“

Das Ziel von 230.000 neuen Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige, die es bis 2010 geben soll, das ist ein Entwurf aus 2004, die Beschlusslage ist aus 2005. Die Aufgabe, das einzurichten und zu finanzieren, haben aber Länder die Kommunen. Und zum ersten Mal geprüft, ob das funktioniert hat, wird 2008. Ja, das ist aber wirklich ein gigantisches Tempo. Mich ärgert, dass das als Erfolg ungestraft in der Presse verkündet werden darf. Denn so viel Zeit haben wir nicht! Wir brauchen jetzt Lösungen für die jetzt lebenden Kinder!

Familienpolitik als Standortfaktor?

Claudia Walther: Manche Kommunen fangen ja auch an mit Subventionieren Familien anzulocken.....

Petra Hepenstrick: Aber man muss da genau aufpassen. Dieses kommerzielle Streben, Familien zum Standortfaktor zu erheben, um die Schlüsselzuweisungen des Landes hoch zu halten, ist nicht unproblematisch. Was passiert mit strukturell benachteiligten Regionen, zum Beispiel im Ruhrgebiet oder in Ostdeutschland? Dann haben wir zwar einerseits die supertollen Kindertagesstätten für Besserverdienende, die Kinder mit Managerkalendern und Wohlstandsverwahrlosung, andererseits aber in anderen Städten und Quartieren Familien im Müllimer.

Es gibt diesen Begriff der Demografiegewinne, den ich pervers finde. Sämtliche Parteien im Landtag haben sich von ihren zuständigen Referenten errechnen lassen, was es finanziell bringt, dass wir immer weniger Kinder haben, wie hoch also zum Beispiel die Einsparungen im Kindertagesstättenbereich sind. Das nennen die dann Demografiegewinne.

Barbara König: Der zwölfte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, der vor einiger Zeit veröffentlicht wurde, hat be-

zogen auf mehr Kinderbetreuung für Unter-Dreijährige, aber auch in Verbindung von Schule und Jugendhilfe, errechnet, was es kosten würde, solche Modelle flächendeckend einzurichten. Die sind auf eine Summe von etwa vier Milliarden EURO gekommen. Als Demografiegewinn wurde angenommen, dass die Ausgaben für Kindergeld sinken werden usw. Wenn wir dann auch weniger Kindergartenplätze haben, man das Volumen aber beibehält und umwidmet in die Unter-Drei-Betreuung, würde es mehr oder weniger schon aufgehen. Aber das sind viele „Wenn's“. Und es muss ja auch hinsichtlich der Qualität aufgerüstet werden. Auch der jetzige Ausstattungsgrad von Kindergärten personell und mit Sachmitteln ist bei weitem nicht ausreichend. Von der ErzieherInnenausbildung oder der Bezahlung gar nicht zu reden.

Man muss man also aufpassen, dass die Kämmerer die so genannten Demografiegewinne nicht einfach zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung verwenden. Das Geld muss im System bleiben! Eigentlich müsste noch mehr Geld in das Kinderbetreuungssystem. Ich glaube, da sind sich alle Familienverbände einig. Jetzt ist die Frage, wie wahrscheinlich ist das? Wie schnell geht es? Ich setze da schon stark auf die Kommunen, weil sie beginnen zu erkennen, dass Familienpolitik ein wirklich harter Standortfaktor ist. Das heißt, hier werden auch Standards von außen gesetzt, die erfüllt werden müssen, wo auch Unternehmen fragen: „Was gibt es denn an Schullandschaft, an Kinderbetreuungsangeboten usw. für unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen?“

Der Druck auf die Kommunen wird größer. Hamburg zum Beispiel – eine geschätzte Quote von Familien mit Kindern von unter 20 % – entwickelt jetzt verschiedene Programme für eine familienfreundliche Stadt. Diese Herausforderung stellt sich für viele Städte.

Petra Hepenstrick: Viele Einsparmaßnahmen führen zu Mehrausgaben an anderer Stelle. Die Inanspruchnahme von familienpädagogischen Maßnahmen nimmt zu, ebenso andere Leistungen, wie der schulpsychologische Dienst. Es gibt z. B. im Moment den Trend, Pflegekinder und Kinder in Heimen mit Erreichen der Volljährigkeit aus den Betreuungseinrichtungen zu entlassen, um das Geld nicht mehr ausgeben zu müssen.

Das führt aber für viele dieser Kinder unmittelbar zum Marsch in die Sozialhilfe und zu schwierigen Lebensläufen, die die Gesamtgesellschaft Geld kosten. Das heißt, wir brauchen künftig gute politische Ansätze für Frühwarnsysteme, Präventionsmaßnahmen, die helfen Folgekosten zu vermeiden. Es gibt Einsparpotentiale, wenn wir die Pflichtleistungen der Jugendhilfe und einen Teil der freiwilligen Leistungen verbessern würden, damit es diese Dysfunktionen nicht mehr gibt, die uns alle nachher ganz viel Geld kosten, und die zum Unglück dieser Menschen führen.

Arbeitszeiten – Familienzeiten

Claudia Walther: Es ist von einem Dreiklang die Rede: Geld als Transferleistungen an Familien, Kinderbetreuung als gesellschaftliche Aufgabe und drittens hatte Barbara König den Aspekt der Unternehmensverantwortung angesprochen. Frau von der Leyen betont auch diesen Dreiklang. Wenn man Kind und Beruf unter einen Hut bringen will, ist das nicht nur eine Frage von Geld, sondern auch eine Frage von Zeit. Aber darüber redet keiner. Und wenn darüber geredet wird, dann über Arbeitszeitverlängerung – als würde das jetzt alle Probleme lösen. Und ein Tabuthema ist inzwischen Arbeitszeitverkürzung, da wagt sich kaum noch jemand dran. Wie sehen das Ihre Verbände?

Petra Hepenstrick: Ich finde die Zusammenarbeit mit Unternehmen ganz wichtig. Es müssen noch mehr Angebote der betrieblichen Kinderbetreuung gemacht werden. Es ist manchmal leichter, über einen freien Träger in Zusammenarbeit mit einem Betrieb



Barbara König

so was zu machen, weil die Unternehmen oft selbst überfordert sind. Da können auch Kommunen konkrete Leistungen bieten. Oft fehlt es aber schon grundsätzlich in der Männerwelt an Bereitschaft, in Betreuungsangeboten des Betriebes einen positiven Aspekt zu sehen. Es ist aber trotzdem spürbar, dass sich etwas tut, weil einige Unter-

www.sozialismus.de



Maximilian Fuhrmann: Der Sieg Evo Morales und die Herausforderungen für die bolivianische Linke

Joachim Bischoff/Hasko Hüning: Die antikapitalistische Linke und Regierungsbeiträge | »Alles entscheidet sich an der Verteilungsfrage«. Diskussion mit Ottmar Schreiner, SPD-MdB

Johannes Steffen: Mit Autopilot auf letzter Fahrt. Perspektiven der Rente nach dem Koalitionsvertrag | Friedrich Steinfeld: Die »Jahrhundertreform« des Arbeitsmarkts | Daniel Kreutz: »Bedingungsloses Grundeinkommen« – Verwirrung, Fallen und Legenden | Karl Mai: Perspektive Ost?

Christoph Ehscheid: Tarif- und gesellschaftspolitische Aspekte der Tarifrunde 2006 in der Metall- und Elektroindustrie | Michael Wendt: Wie die Gemeinden ihr unternehmerisches Risiko auf die Krankenhausbeschäftigten abwälzen

Leo Panitch/Sam Gindin: Die Aufsicht über das globale Kapital. Ein Beitrag zur neueren Imperialismus-Diskussion

Ingo Schmidt: Zum Tod von Harry Magdoff | Robin Blackburn: Zum Tod von Rudolf Meidner | Hans-Georg Draheim: Wirtschaftsalternativen | Johanna Klages: Eine christliche anti-neoliberale Agenda (zum Jahrbuch Gerechtigkeit »Armes reiches Deutschland«) | Antje Trosien: »Wenn Träume fliegen lernen« (Filmkritik)

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Fax 040/280 505 68

e-Mail: redaktion@sozialismus.de

nehmen feststellen, dass sie qualifizierte Frauen auch halten wollen. Die sozialen Kompetenzen, die Menschen durch Familienleben und diese Mehrfachbelastungen erwerben, können für Unternehmen sehr attraktiv sein.

Claudia Walther: Genau das wurde gestern von einer neuen Studie bestätigt, wo es um Führungsfrauen mit Kindern geht.

Barbara König: Natürlich geht es um Betriebskultur, Unternehmenskultur. Die Frage ist ja: wie entsteht so eine Unternehmenskultur? Und wer kann sie aktiv verändern? Natürlich die Beschäftigten auf der einen Seite, die Arbeitgeber auf der anderen. Da sind die Tarifpartner angesprochen, sowohl, was die Rahmensetzung angeht, aber auch, was Arbeitgeber und Beschäftigte im Betrieb angeht. Betriebsräte und Arbeitgeber können über Betriebsvereinbarungen zwar bestimmte Modelle vereinbaren, aber das muss auch als Kultur in dem Unternehmen hergestellt und gelebt werden.

Es gibt ein DGB-Projekt, (s. den Beitrag in diesem Heft-Schwerpunkt), das nennt sich »Vorfahrt für Familien«. Da versucht der Deutsche Gewerkschaftsbund mit Einzelgewerkschaften und in verschiedenen regionalen Strukturen Modelle betrieblicher Kinderbetreuung und Unternehmenskulturveränderung zu initiieren. Die Beispiele sollen konkret erlebbar werden, damit sie verbreitert und daran auch Betriebsräte geschult werden, usw. Aber auch das benötigt natürlich Zeit. Eine von der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführte Betriebsrätebefragung zeigt nämlich, dass Familienfreundlichkeit bei den Themen von Betriebsvereinbarungen weit hinten rangiert. Mobbing und Suchtprobleme am Arbeitsplatz waren weiter vorne zu finden als Familienfreundlichkeit.

Zur Frage nach der Arbeitszeit: Nicht nur aus geschlechter- und familienpolitischer Sicht, sondern auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist es mir völlig unerklärlich, wie man für Arbeitszeitverlängerung eintreten kann. Natürlich ist mir klar, dass dahinter steckt, die vorhandenen Kosten auch über das Personal abzubauen. Es geht aber nicht nur um diese 18 Minuten pro Tag, die mehr gearbeitet werden sollen. Es ist doch so, dass beispielsweise in den sechziger Jahren in Familien insgesamt 48 Stunden in der Woche gearbeitet wurde, zumeist vom Mann. Heute arbeiten aber oft beide Partner zusammen 70 Stunden im Durchschnitt. Zwangsläufig bleibt dann weniger Zeit für Familie. Das wird oft völlig übersehen.

Claudia Walther: Ist das denkbar – ein »Bündnis für Arbeitszeit« oder »familienfreundliche Arbeitszeiten«

Petra Hepenstrick: Wir müssen viel genereller ansetzen. Das sind alles kleine Versatzstücke und die führen dann wieder zu einer Diskus-

sion, die uns ständig bremst. Wir müssen einen Hebel ansetzen, der auf bundespolitischer Ebene die Dinge konkretisiert. Wir brauchen eine Familienpolitik und eine Wirtschaftspolitik, die diesen Aspekt Familie berücksichtigt und zwar sowohl im eigenen Interesse, als auch im Interesse des Menschen.

Claudia Walther: Zum Schluss, was sind Ihre drei wichtigsten Forderungen?

Petra Hepenstrick: Ich tue mich schwer, das auf drei Punkte zu beschränken, weil es hunderte sind. Familie ist vielfältig und hat ganz unterschiedliche Bedürfnisse. Mir wäre wichtig, dass Bundes-, Landes- und Kommunalebene zusammen an einem Strick ziehen, dass eine Vision für Familie entwickelt wird. Vielleicht kann es ein Bündnis für einen familienpolitischen Beirat geben, der gut strukturiert ist, mit VertreterInnen aus Wissenschaft, der Familien-Lobby, die bereits vorhandene gute Konzepte zusammenführen und ausarbeiten, die sich nicht mehr darauf einlassen, das eine gegen das andere zu setzen.

Barbara König: Was brauchen Familien? – Zeit, Geld und Infrastruktur. Das sind auch die drei großen Themen. Die Arbeitszeit-Frage haben wir gerade angesprochen, wie kann sie mit Zeiten für Erziehung aber auch für Pflege von älteren Angehörigen insgesamt zusammen gebracht werden? Die nächste Frage betrifft das Geld. Da denke ich, dass wir vor allem erreichen müssen, Familienarmut zu verhindern, vor allen Dingen Kinderarmut. Armut vererbt sich in diesen Familien. Man muss Familienförderung bündeln und schauen, wo das Geld eigentlich ankommt. Das Dritte wäre in der Tat Kinderbetreuung. Diese drei Komplexe würde ich auch nicht gewichten wollen. Die sind alle drei gleich wichtig.

Ich halte allerdings nichts von diesen Bündnissen und Pakten. Der Ausbildungspakt hat nichts gebracht, das Bündnis für Arbeit nicht und der Pakt für mehr Gleichstellung in der Privatwirtschaft nicht. Ich glaube auch, dass wir nicht so sehr Erkenntnisprobleme oder eine Armut an Ideen haben. Wir haben Umsetzungsprobleme. Es muss klar sein, welche politische Ebene kann was umsetzen, und wie kann die andere ihr helfen. Die Bundesebene könnte da einen Impuls setzen. Der Städte- tag hat vorgeschlagen, einen Gipfel für Kinderbetreuung durchzuführen, wo Kommunen, Länder und Bund beteiligt sind. Das ist eine gute Idee, wenn man sehr konkret an einem Thema arbeitet, etwa der Unter-Drei-Betreuung, und sich alle Ebenen auf Zielmarken verständigen. Sonst fügen wir den vielen unverbindlichen Bündnissen und Pakten der Vergangenheit nur einen weiteren hinzu....

Claudia Walther: Vielen Dank für das Gespräch.

Im Süden etwas Neues?

Um- und Aufbrüche in Lateinamerika

Von Edgar Göll

Im Schatten des Kampfes gegen den Terror der Bush-Administration (die doppelte Bedeutung dieser Formulierung ist beabsichtigt), der die westlichen Massenmedien beherrscht, verändern sich in Lateinamerika die sozio-kulturellen und die politisch-strategischen Verhältnisse. Dies hat nun ein Ausmaß erreicht, das die westliche Öffentlichkeit aufmerksam werden und in Washington sogar die Alarmglocken schrillen lässt.

Um ansatzweise ermessen zu können, was derzeit in Lateinamerika geschieht, muss die Historie in Erinnerung gerufen werden: brutale Eroberung durch Europäer, Jahrhunderte des Kolonialismus, seit über einem Jahrhundert Dominanz durch die USA (Monroe-Doktrin 1823) und Neokolonialismus (inkl. IWF und Weltbank), Militärdiktaturen, und verschiedene Formen der US-Dominanz inkl. militärischer Interventionen. Das Ende des Kalten Krieges brachte den Wegfall der Systemalternative und die unumschränkte ideologische Lufthoheit des Neoliberalismus. Seit den 1990er Jahren erfolgten durch die USA Versuche einer engeren marktförmigen Integration auf neoliberaler Basis zur besseren Nutzung und Beeinflussung dieser Triade-Region. Die Schuldenkrise, Strukturprobleme und sozialen Polarisierungen wichtiger Staaten der Region konnten nicht behoben werden, sie gerieten sogar ins Hintertreffen im Vergleich zu dem Boom in Ostasien. Dieses sog. „verlorene Jahrzehnt“ wurde gewissermaßen gekrönt durch die Finanzkrise im neoliberalen Musterland Argentinien 2001.

Der erste radikale Ausbruchversuch aus diesem neoliberalen Malstrom war der Aufstand der süd-mexikanischen Zapatisten gegen das 1994 in Kraft getretene Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada (NAFTA). Der jahrelang vorbereitete und effektvolle Aufstand wandte sich gegen die marktradikalen Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen, die gegen die Indios besonders menschenverachtend und rücksichtslos waren. Die immensen Differenzen zwischen den USA und Mexiko konnten mit NAFTA weder ökonomisch noch sozial und kulturell angenähert werden, ja die Grenzlagen zwischen beiden Staaten werden sukzessive weiter ausgebaut. Nach „9-11“ und

dem folgenden Krieg gegen den Terror wandten sich Politik und Wirtschaft der USA anderen Weltregionen zu.

Umbrüche in einigen Ländern – Charakteristika

Die Umbrüche in vielen der lateinamerikanischen Staaten sind von eminent kultureller Bedeutung. Dass eine Frau, allein erziehende Mutter, Atheistin und Sozialistin Präsidentin im katholischen und patriarchalen Chile werden kann, dass ein Indio Präsident im bislang äußerst rassistischen Bolivien wird, das sind große Schritte gegen Rassismus und Sexismus, und deutet auf einen beachtlichen Wandel hin.

In westlichen Medien und den neoliberalisierten Parteien werden die vielgestaltigen Entwicklungen in Lateinamerika in althergebrachten und schablonenhaften Mustern wahrgenommen und bewertet. Da ist pauschal von Linksruck die Rede, und viele dieser eurozentrischen Beschreibungen laufen auf eine platte Dichotomisierung hinaus: gute Linke (Chile und Uruguay) und böse Linke (Venezuela und Kuba). Weder die jeweilige Geschichte, die Voraussetzungen und Kontexte noch die Strukturen werden damit „verstehbar“ gemacht.

Bei den meisten Staaten handelt es sich um sehr junge (reale) Demokratien, die sich durch die jüngsten Wahlen stabilisierten. Gleichwohl sind die Bevölkerungen gegenüber der repräsentativen Demokratie, ihren Institutionen und ihrem Personal äußerst skeptisch, denn diese dienten bisher meist persönlicher Bereicherung.

In vielen Ländern sind tiefgehende Umwälzungen der politischen Kultur zu verzeichnen. Die Bezugnahme auf die eigene Geschichte, lokale Bedingungen, auf Alltagskultur inkl. Religion spielen eine große Rolle. Damit einher gehen Demokratisierung und Öffnung der politischen Strukturen und Verfahren, eine Stärkung der Zivilgesellschaft. Nach Ansicht verschiedener Beobachter lässt sich ein spielerischer Geist der Zusammenarbeit, ein tiefgehender Dialog, intensive Kooperation und allgemein große Solidarität – auch über Grenzen hinweg, feststellen. Auf dieser Basis erst konnte es zu einer Abstimmung gegen den Neoliberalismus kommen, ergab sich die Ablehnung der Politik



der USA innerhalb der Region. Allzu offenkundig war die ungleiche Verteilung der Gewinner und Verlierer dieses Kurses.

Damit entwickelte sich ein politisches Spektrum, das nun in den Wahlen siegreich war bzw. werden könnte. Der Soziologe Fernando Calderon definiert drei Politikansätze: Mitte-Links-Politik der Verknüpfung sozialer Gleichheit mit marktrealistisch-wirtschaftspolitischen Zielen (z.B. Chile, Brasilien, Uruguay), „bolivarianische Bewegungen“ mit partizipativen und US-kritischen Zielen (insb. Venezuela), indigen ausgerichtete Parteien und Bewegungen (z.B. Bolivien, Ecuador). Theoretisch-konzeptionell lassen sich drei grundlegende Strategien links der Mitte definieren. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Distanzierung vom Neoliberalismus, ihrer klassentheoretischen Ausrichtung, ihrer Nutzung des Parlamentarismus, ihres Antikapitalismus und Antiimperialismus. (Ellner 2005, S.496-505). Im Folgenden sollen einige wesentliche Länder und Wesensmerkmale kurz skizziert werden.

Das wohl wichtigste Land des „Linkstrends“ in Lateinamerika ist Venezuela. Die aggressiven Kampagnen der starken privaten Medien und der angeheizte Putsch gegen den gewählten Präsidenten Chavez im April 2002 konnten ebenso überwunden werden wie die manipulierten Streiks beim staatlichen Ölkonzern 2002/2003. Zudem siegte Chavez im Referendum von 2004 sehr deutlich. Erfolge der bisherigen Politik sind konkrete Verbesserungen der Lebenssituation der Armen (Bildung, Gesundheitswesen, Wohnungsbau, lokale Entwicklung), eine sehr fortschrittliche Verfassung, die Schaffung von Freiraum für unzählige Basisinitiativen, solidarische Kooperation mit Nachbarländern und Aufbau eines Gegengewichts zu den USA. Der Führungsstil von Chavez ist nicht unumstritten, aber die Menschenrechtsorganisation „Provea“ z.B. prüft in ihren

Jahrbüchern ganz offen die Lage der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Inzwischen werden Lokalsender und Basismedien gezielt gefördert und unzählige Menschen für solche Arbeit qualifiziert. Gleichwohl ist die alte politische Klasse noch stark, und die sozialen Bewegungen fragmentiert und sie agieren oft nebeneinander. Außerdem stellt die Korruption ein weiterhin großes Problem dar. Daher wird in diesem Jahr „entscheidend sein, inwieweit es Chávez gelingt, die aktive Partizipation der Bevölkerung auszuweiten, die Korruption zurückzudrängen und weitere Erfolge in der Armutsbekämpfung zu erzielen. Bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember kandidiert Chávez für seine zweite und, laut Verfassung, letzte Amtszeit. Die USA haben bereits in den vergangenen Monaten den Druck auf Venezuela verstärkt; im Laufe des Jahres dürfte er weiter zunehmen.“ (Az-zellini 2006:323)

Auf dem brasilianischen Präsidenten und früheren Gewerkschaftsführer Lula lasteten große Erwartungen. Doch sein Handlungsspielraum war wegen der immensen Staatsverschuldung, des gegnerischen Parlaments und einiger oppositioneller Provinzregierungen sehr beschränkt. Die Enttäuschung ist deshalb bereits groß und wuchs noch an durch eine Schmiergeldaffäre in seiner Arbeiterpartei, so dass negative Auswirkungen auf das Wahlergebnis im Oktober 2006 zu erwarten sind. Lulas versäumte inspirierende Programmarbeit zu leisten, und richtete seine Bündnisarbeit zur politischen Mitte hin aus, so dass er die Basisbewegungen nicht hinreichend integriert und mobilisiert, und damit keine hinreichend starken politisch-alternativen Ressourcen hinter sich hat. Dennoch sind auf lokaler Ebene interessante Ansätze partizipativer Demokratie entstanden wie z.B. der „Bürgerhaushalt“ in Porto Alegre, der andernorts als Modell übernommen wird. Auch die (Welt-)Sozialforen erhielten besonders viel Zulauf und führten zu einer Stärkung der Basis.

In Chile steht die bisherige Verteidigungsministerin und der sozialistischen (eher sozialdemokratischen) Partei angehörende frisch gewählte Präsidentin Bachelet der seit 14 Jahren regierenden und sehr auf Marktkräfte setzenden Mitte-Links-Koalition vor. Das Land hat sowohl mit den USA als auch der EU Kooperationsverträge. Eine Erneuerung der ermüdeten „Concertación“ ist erklärtes Ziel, doch progressive Akzente können kaum erwartet werden.

Der Wahlsieg von Evo Morales in Bolivien war überraschend deutlich und er hat derzeit immerhin 70% Zustimmung in Umfragen. Seine Bewegung stützt sich auf sehr engagierte Basisgruppen. Aber es existiert auch eine sehr starke Opposition in einigen Regionen, so dass die großen Erwartungen wohl nur schwer zu erfüllen sein werden. Ein erster Prüfstein wird die verfassungsgebenden

de Versammlung sein und die versprochene Verstaatlichung der Gasvorkommen und ihrer Nutzung. Auch hier spielen internationale Akteure eine nicht unerhebliche Rolle.

In Mexiko ist die 66-jährige Einparteiensherrschaft der PRI gebrochen und bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 2006 hat der linke Kandidat reale Erfolgchancen. Noch viel weiter reichender ist die Strategie, die die ZapatistInnen jetzt verfolgen: die »andere Kampagne«. (Lang, 2006.) Sie soll eine Vernetzung linker und antikapitalistischer Basisbewegungen herstellen – unabhängig von Parteien. Es beteiligen sich die bisher Ausgegrenzten an diesem kollektiven Versuch für eine neue Politik in Mexiko. AktivistInnen der EZLN stellen die Verknüpfungen her und propagieren die politischen Prinzipien: Respekt vor Anderen und vor Minderheitsmeinungen, Diversität und Pluralität, die kollektive Verteidigung Einzelner gegenüber staatlichen Repressionsversuchen und die Distanzierung vom Parlamentarismus, der in Mexiko zu Klientelismus mutierte. Am Ende soll auch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Mexiko stehen.

Beziehungen untereinander – Integrationsbemühungen á la Bolívar

Neben den zahlreichen neuen Entwicklungen in einzelnen Ländern sind die deutlich intensivierten Kooperations- und Integrationsansätze hervorzuheben, die über die nationalen Grenzen hinweg für eine gegenseitige Stabilisierung und Unterstützung linker Politik sorgen sollen. Im Zentrum dieser strategisch bedeutsamen Bemühungen steht die Kooperation Venezuela – Kuba, die sich seit über einem Jahr deutlich intensiviert hat. Das Ziel besteht im Aufbau eines lateinamerikanisch-karibischen Blocks mit einem selbstbestimmten Entwicklungsmodell und der Möglichkeit, eigenständig auf der Weltbühne agieren zu können. Dies soll auch vor Interventionen von außen schützen.

Kuba hilft Venezuela mit einer erfolgreichen Alphabetisierungskampagne, gesundheitlichen Dienstleistungen (mit 20.000 Ärzten, darunter 3.000 Zahn- und 1.500 Augenärzten) und politischer Beratung. Venezuela garantiert die Lieferung von Erdöl zu Sonderkonditionen nach Kuba und stellt Kreditlinien für venezolanische Produkte zur Verfügung. Das nutzt der roten Insel sehr, denn damit ist die seit dem Umbruch Osteuropas forcierte Isolation endgültig überwunden. Die Wirtschaft wuchs 2005 um stolze 11,8% und intensivierter Handel z.B. mit China ermöglicht Kuba nun den Eintritt in eine Phase der Weiterentwicklung seines Gesellschaftssystems.

Im Zentrum der Kooperationsbemühungen von Venezuela und Kuba steht das im Dezember 2004 gestartete lateinamerikanische Integrationsbündnis »Alternativa Bolivariana para las Américas«. Die Abkürzung ALBA

bedeutet Morgenröte und ist ein expliziter Gegenentwurf zur neoliberalen Marktintegration á la Bush mit der Abkürzung ALCA, die inzwischen kaum noch Verwirklichungschancen besitzt. Inzwischen ist Venezuela auch fünftes Mitglied des Mercosur, und will dessen soziale Komponente deutlich stärken.

Neben dem erkennbaren Willen einiger Regierungschefs, die Integration Lateinamerikas voranzubringen, gibt es vor allem zwei Ressourcen, auf die zurückgegriffen wird, bzw. die sich entwickelt haben: Öl und Menschen. Zum einen betreibt Venezuela eine Art „Erdöldiplomatie“, indem es diesen Basisrohstoff und die damit erwirtschafteten Rekorderlöse für solidarische Maßnahmen einsetzt. So fand im Juni 2005 in Venezuela der 1. Energiegipfel der karibischen Regierungen- und Staatschefs statt und schuf mit „Petrocaribe“ eine Erdöllianz, der 13 der 15 Caricom-Mitglieder angehören. Sie erhalten Öllieferungen zu vorteilhaften Zahlungsbedingungen (Produkttausch, fast zinsfreie Kredite, lange Laufzeiten). In einen Sozialfonds zahlt Venezuela jährlich 50 Mio. US\$ ein. Diese Erdöllianz ist Baustein eines kontinentalen Brennstoffverbundes „Petroamérica“. Dazu gehört auch der Bau einer 8.000 km langen Gaspipeline durch Argentinien, Brasilien und Venezuela. Einen Coup landete Chavez, indem er den armen Einwohnern einiger Ostküstenmetropolen der USA Erdöl zu Vorzugspreisen liefert – während die US-Konzerne trotz Rekordprofiten ihre Preise weiter erhöhten.

Die zweite zentrale „Ressource“ für die zunehmende Integration zwischen einigen lateinamerikanischen Ländern sind die aktiven Menschen selbst: so hat sich eine „Diplomatie von unten“ (public diplomacy) entwickelt. Beispielsweise berät die brasilianische Landlosenbewegung MST die venezolanische Regierung und führt mit Bauernorganisationen dort Schulungen durch. In Venezuela werden Medien für Partizipation und zivilgesellschaftliche Mitarbeit geöffnet bzw. neue auf lokaler Ebene geschaffen. Und Ende 2005 fand in Caracas mit Unterstützung der Regierung der Kongress der „rückerobernten Unternehmen“ statt, an der über 350 selbstverwaltete Betriebe des Kontinents teilnahmen. Damit verbunden ist ein immenser Know-how-Transfer, der nicht nur Fachkenntnisse sondern auch Selbstvertrauen schafft und so die sukzessive Etablierung einer „partizipative Demokratie“ möglich macht – während die US-Demokratie mit Problemen von Wahlmaschinen kämpft wie in Florida. Zur wachsenden Integration tragen auch die regionalen Sozialforen und der Sender „TeleSur“ (einer Alternative zu CNN) bei. Bleibt zu erwähnen, dass der jetzige Vorsitzende der Organization of American States (OAS) ein Sozialist ist (und nur gegen starken Widerstand Washingtons sein Amt antreten konnte).

Aus dem Westen: wenig Neues

Condoleezza Rice forderte kürzlich eine „united front“ gegen Venezuela, denn es würde seine Nachbarn vom demokratischen Weg abbringen, und seine enge Beziehung zu Kuba stelle eine „besondere Gefahr“ für die Region dar (Voice of America News, 17.02.2006). Ähnlich wie gegenüber Kuba läuft nun langsam eine Propagandamaschinerie an, mit welcher die für die Bush-Regierung nicht genehmen Entwicklungen auf dem Subkontinent delegitimiert und unterminiert werden sollen. Mit einem solchen Vorgehen z.B. vermochte bereits US-Präsident Reagan in den 1980er Jahren die sandinistische Regierung Nicaraguas aus dem Amt zu befördern – über die darauf folgende Verelendung dort regt sich im Westen niemand auf.

Dieses imperiale Grundmuster der US-Politik gegenüber den südlichen Nachbarn und speziell Kuba ist bereits 1962 als „Tragödie der amerikanischen Diplomatie“ bezeichnet worden: So „war die amerikanische Einstellung zu Kuba durch eine allgemeine Unfähigkeit gekennzeichnet, zwei Aspekte von Revolutionen per se zu begreifen und sich mit ihnen abzufinden. Beispielsweise konnten die Amerikaner nicht die Tatsache einsehen, dass ihre eigenen Gründerväter während der amerikanischen Revolution willkürlich britisches Kolonialegentum konfisziert hatten. Und sie brachten kaum Verständnis für die wirtschaftlichen und psychologischen Bedürfnisse armer Länder auf“. (Williams 1973, S. 15.)

Derzeitiger Höhepunkt ist der „Plan Bush“ (Powell-Report), der die US-Strategie gegen Kuba artikuliert und im Mai 2004 von der mit hochrangigen Vertretern aus allen relevanten US-Ministerien und Behörden besetzten und von der von Bush berufenen „Commission for Assistance to a Free Cuba“ vorgelegt worden war. Auf fast 500 Seiten werden US-Aktivitäten gegen Kuba zu einer generalstabsmäßigen Subversionsstrategie gebündelt (<http://state.gov/p/wha/rt/cuba/>). Das Konzept umfasst ökonomische, finanzielle, diplomatische und politische Maßnahmen. Zentrale Elemente sind unter anderem eine Vervielfachung der (offiziell veranschlagten) Finanzmittel für den Umsturz in Kuba und die Schaffung eines „Transition Coordinator“ im US-Außenministerium (!), der kontinuierlich „zivildesellschaftliche“ Projekte und künftige Unterstützungsmöglichkeiten beim Regimewechsel in Kuba planen soll. „Wir werden nicht auf den Tag der kubanischen Freiheit warten, sondern für den Tag der Freiheit in Kuba arbeiten“, kündigte US-Präsident Bush an – eine Warnung an allzu große Selbstbestimmung im „Hinterhof“. Derartige Aktivitäten, aber auch die Enthüllungen die Misshandlungen in Guantanamo (dem US-Militärstützpunkt in Südostkuba) und anderen Gefangenenlagern, Kriegführung in Afghanistan und Irak etc. dürften Ur-

sache dafür sein, dass sich die Meinung der Bevölkerung in Lateinamerika gegenüber den USA in den letzten Jahren z.T. erheblich verschlechterte. (Siehe www.latinobaro.metro.org oder auch www.economist.com/PrinterFriendly.cfm?story_id-5093522, S.3.) Gleichwohl ist der Einfluss der USA in Lateinamerika sowohl in wirtschaftlicher, kultureller und politischer als auch militärischer Hinsicht enorm, worauf Noam Chomsky kürzlich hinwies: „...so befindet sich dort wahrscheinlich mehr US-amerikanisches Militärpersonal als zu irgendeinem Zeitpunkt während des kalten Kriegs. Die Ausbildung lateinamerikanischer Offiziere nimmt rasant zu.“ (Interview, „Nun beginnt zum ersten Mal die Integration Lateinamerikas“, siehe www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Lateinamerika/chomsky.html)

Die EU wiederum wird im Mai 2006 in Wien den inzwischen 4. Lateinamerikagipfel durchführen. Er basiert auf der strategischen Partnerschaft, die vor sieben Jahren eingegangen wurde, und umfasst Themen wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungszusammenarbeit und Dialoge zu Menschenrechten, Demokratie, Nachhaltigkeit, Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel. Trotz der positiven Ansätze ist zu befürchten, dass die neoliberal deformierte EU Positionen durchzusetzen versucht, die den fortschrittlichen Trends in Lateinamerika kaum entsprechen. Dennoch ist zu hoffen, dass die EU in Sachen sozialer Entwicklungspolitik selbst auf etwaige Nachhilfeangebote hört. Denn während in der EU der Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften und die Unterminierung demokratischer Standards erfolgt, werden in einigen lateinamerikanischen Ländern interessante Versuche für eine menschlichere Entwicklung unternommen. Dies passiert in einer Zeit, in der „das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“

(Elmar Altvater) denkbar erscheint; in der die sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen immense Ausmaße erreicht haben, in der die Jahrhundertherausforderungen der „Nachhaltigkeit“ oder auch die Verwirklichung der UN-Millenniumsziele wirksame Lösungen verlangen. Und die EU wäre gut beraten, sich bei prinzipiellen Differenzen zur US-Administration auch deutlich von ihr zu distanzieren, wie dies z.B. beim Thema Irak-Krieg oder auch Guantanamo – wenn auch beschämend spät und brav – erfolgt.

Perspektiven

Die vielfältigen Wandlungsprozesse in Lateinamerika zeitigen teilweise enorme soziokulturelle Strukturveränderungen mit teilweise deutlichen politischen Auswirkungen. Während sich in einigen Staaten trotz sozialer Probleme und Widerstände formal-demokratische Verfahren konsolidiert haben (z.B. Chile, Argentinien, Uruguay), geht der Wandel in anderen in eine neue Richtung bzw. über die vom Westen übernommenen repräsentativen Systeme noch hinaus. Gleichwohl ist es viel zu früh, die Ansätze zu bewerten. Einige progressive Versuche wie die in Venezuela sind aufgrund der bisherigen Erfolge und der zur Verfügung stehenden Ressourcen durchaus aussichtsreich, gerade auch vor dem Hintergrund der geschickten Integrations Schritte mit Nachbarstaaten. Ob diese Regierungen und Bewegungen dauerhaft handlungsfähig sind, werden die Auseinandersetzungen zeigen. Insgesamt ist aber auch Skepsis am Platze, denn oppositionelle alte Eliten, Korruption und nicht zuletzt Druck von den USA bzw. internationalen neoliberalen Kräften können nicht ignoriert werden. Und die Erwartungen lasten schwer auf den Schultern der neuen Helden und Hoffnungsträger; der Brasilianer Lula dürfte nicht der einzige Regie-





rungschef bleiben, der seine Anhänger und Wähler enttäuscht. Lateinamerika setzt aber neue Akzente durch intensivierte Beziehungen z.B. zu China, Indien und Südafrika. In den USA wird all dies sehr misstrauisch beäugt und die alten Beziehungsstrukturen zu den alten Eliten sind sicherlich aktivierbar. Die Speerspitze ist das neue Venezuela nicht nur in praktischer Hinsicht; auch ideologisch kommen von dort Impulse. „Chávez gab ein feuriges Bekenntnis zum Sozialismus ab. Dieser sei das einzige System, das in der Lage sei, die wirtschaftlichen und politi-

schen Probleme Lateinamerikas zu lösen. Es gelte, den Sozialismus neu zu erfinden und diesen der heutigen Zeit anzupassen.“ (Neue Zürcher Zeitung, 3. Mai 2005) Die Diskussion über einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (Heinz Dieterich) scheint entfacht. Spannend ist dies in einer Ära der Krisen in den westlichen Metropolen, die nach Jahren neoliberaler Politik noch nicht die Kraft für Neuanfänge zu haben scheinen. Doch fundamentale Prozesse werden hier für Handlungsdruck sorgen: so zeigt der jüngste Bericht des Global Footprint

Network eindringlich, dass eine radikale Umsteuerung gerade der westlich-kapitalistischen Gesellschaften dringend erforderlich ist, um das Überleben der Zivilisation zu sichern, denn die Verbräuche und Verschmutzungen sind viel zu hoch. Der aktuelle Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und des UN-Umweltprogramms untermauert dies: jährlich werden in ihrer Region 0,5% der Wälder zerstört und viele ökologische Parameter haben sich verschlechtert (<http://www.eciac.cl/>). Der Leiter des UNEP-Lateinamerika-Büros, Sánchez, sagte daher: „Das gesamte Konzept der wirtschaftlichen Entwicklung der Region muss auf den Prüfstand. Es hat sich herausgestellt, dass das Modell von mehr liberalisiertem Handel und weniger Staatslenkung nicht funktioniert.“ Das lateinamerikanische Superwahljahr 2006 wird zeigen, wohin die Reise für andere Staaten gehen wird: Kolumbien, Mexiko, Ecuador, Brasilien und Nicaragua. Bei aller Skepsis: im Süden des amerikanischen Doppelkontinents gibt es durchaus etwas Neues und hoffnungsvoll stimmendes.

spw 2 / 2006

Literaturangaben

- Dario Azzellini: Venezuela und das „Neue Lateinamerika“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2006, S.317-323
 Ellner, Steve: Die drei anti-neoliberalen Strategien Lateinamerikas; in: Das Argument, Heft 262/2005, S.496-505
 Lang, Miriam (2006): „Siehe unten links“, in: Jungle World, Nr. 7, 15.02.2006
 William Appleman Williams: „The Tragedy of American Diplomacy“ (1958/1972)

Alle anders – alle gleich!

Ein Aufruf zur Bearbeitung des Themas „Integration“ bei den Jusos und der SPD

Von Asiye Öztürk und Thilo Scholle

I. Einleitung

Die Wichtigkeit der Themen Migration und Integration muss eigentlich nicht besonders begründet werden. Die Diskussionen um die Entstehung von Parallelgesellschaften in Deutschland und das angebliche „Ende der multi-kulturellen Illusion“, die Krawalle in Frankreich im Herbst 2005, die immer wieder erhobene Forderung nach Etablierung einer „deutschen

Leitkultur“ sowie die Betrachtung der sozialen Situation vieler MigrantInnen in der Bundesrepublik sind nur einige Beispiele für die öffentlichen Debatten der letzten Zeit.

Für Jusos waren die Themen Migration und Integration immer verknüpft mit einem klaren Bekenntnis zur Freiheit und Gleichheit aller Menschen, dem Bekenntnis zum Internationalismus, dem Eintreten

für ein uneingeschränktes Recht auf politisches Asyl und dem Eintreten für soziale Rechte. Dementsprechend hat die Bearbeitung der Themen Migration und Integration bei Jusos durchaus Tradition: Bereits im Jahr 1973 veröffentlichte der Juso-Bundesvorstand ein „Schwarzbuch Gastarbeiter“. Auch in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der folgenden Jahrzehnte – beispielsweise im Rahmen der Asyldebatte Anfang der 1990er Jahre – waren Jusos immer präsent. Zuletzt fasste der Juso-Bundeskongress 2001 in Köln umfangreiche Beschlüsse. Die Bilanz der SPD auf integrationspolitischem Gebiet fällt in den letzten Jahren

Asiye Öztürk, M.A., Bonn, Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW; promoviert in Politikwissenschaft an der Uni Bonn

Thilo Scholle, Lünen, Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW; studiert Jura an der Münster

zweispältig aus. Zwar haben sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf der politischen Ebene schon lange der Realität der Einwanderungsgesellschaft gestellt und politische Konzepte entwickelt. Die SPD war lange Jahre die einzige große Partei, die sich aktiv um die Verbesserung vor allem der sozialen Situation von MigrantInnen bemühte. Zugleich trug die Partei aber auch deutliche Verschlechterungen der Lage – Stichwort „Asylkompromiss“ von 1993 – mit.

Innerparteilich ist die Realität der Einwanderungsgesellschaft bislang noch nicht vollständig angekommen. Zwar gibt es mittlerweile eine erhebliche Zahl von Mitgliedern mit Migrationshintergrund. In den Gremien der Partei sowie in den Parlamenten bleiben sie aber eher Ausnahmen. Insgesamt spiegeln sich diese veränderten gesellschaftlichen Realitäten in der Partei noch nicht wieder. Die wirkliche innerparteiliche Artikulationsfähigkeit von Mitgliedern mit Migrationshintergrund bleibt also weiterhin beschränkt. In einigen Regionen haben sich mittlerweile Zusammenschlüsse von Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund gebildet, eine koordinierte Arbeit existiert auf diesem Gebiet aber nicht. In vielen Gliederungen der Partei ist zudem ein Bewusstsein für diese Thematiken und eine Bereitschaft, die eigenen Strukturen zu öffnen, noch nicht präsent. Ein aktives Bemühen die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, findet dort nicht statt. Etwas besser sieht die Situation bei den Jusos aus, allerdings ist auch hier noch einiges zu tun.

II. Aktuelle Felder der Diskussion

II.1. Von „Parallelgesellschaften“ zur „Leitkultur“

Eine immer wieder aufkommende Debatte ist die über „Parallelgesellschaften“. Daneben existiert auch der Diskussionsstrang um eine „deutsche Leitkultur“. Beide Schlagworte müssen als zwei Seiten derselben Medaille und daher im Zusammenhang gesehen werden. Die Kritik an sogenannten „Parallelgesellschaften“ impliziert nämlich meist auch die Forderung und Legitimation einer „deutschen Leitkultur“. Mit dem Begriff „Parallelgesellschaften“ wird zumeist ein Rückzug in nur von MigrantInnen geprägte gesellschaftliche Strukturen beschrieben, die völlig ohne Bindung zur deutschen Mehrheitsgesellschaft seien. Daraus wird der Vorwurf der fehlenden Bereitschaft sich in Deutschland zu integrieren abgeleitet. Als offensichtlichstes Beispiel für diese Tendenz wird die mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache angeführt.

Als Antithese zu „Parallelgesellschaften“ wird dann oft die „Leitkultur“ postuliert,

die im Kern die Forderung beinhaltet, sich an eine – wahlweise auch um die Adjektive „deutsch“ oder „christlich-abendländisch“ – angereicherte „Leitkultur“ anzupassen. Dabei impliziert der Begriff „Leitkultur“ im Sinne der Befürworter des Konzeptes im Prinzip das exakte Kopieren sämtlicher Strukturen eines durch bestimmte Kriterien definierten Lebensmodells. Dies schließt einen sehr radikalen Bruch ein, da abweichende Lebensstile schlicht aus dem vermeintlichen Konsens der Leitkultur ausgeschlossen werden.

Doch aufgrund der fortschreitenden Interdependenzen im Alltag gibt es in der Bundesrepublik de facto kaum komplett anhand ethnischer Hintergründe voneinander abgegrenzte gesellschaftliche Strukturen – Bezugspunkte zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind in der Freizeit, im Beruf oder im Studium zwangsläufig vorhanden. Hier wird deutlich, dass die Begriffe „Parallelgesellschaft“ und „Leitkultur“ nicht zur nüchternen Analyse tatsächlich bestehender Probleme und Herausforderungen des Einwanderungslandes BRD beitragen. Vielmehr werden mit einer solchen Diskussion die tatsächlichen Scheidelinien in der Gesellschaft entlang von sozialen Schichten und Milieus auf Kosten von ethnischen Minderheiten kaschiert.

In einen ähnlichen Kontext sind die seit Jahresbeginn 2006 wieder vermehrt aufgekommene Debatten um „Einbürgerungstests“ einzuordnen. Ob dabei nur vordergründig bildungsbürgerlich-gymnasiales Staatsbürgerkundewissen (Beispiel Hessen) abgeprüft, oder direkt diskriminierende Fragen (Beispiel Baden-Württemberg) gestellt werden sollen, macht wenig Unterschied. Entscheidend ist, dass bei allen Diskussionen um „Einbürgerungstests“ völlig ausgeblendet wird, dass es bei den Betroffenen um Personen geht, die seit vielen Jahren in der Bundesrepublik leben. Menschen, die hier geboren und zur Schule gegangen sind, wird damit noch einmal unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie nicht als Teil dieser Gesellschaft begriffen werden, sondern sich erst noch einmal einer genauen Prüfung unterziehen müssen. Damit ist die Debatte um „Einbürgerungstests“ wenig mehr als ein weiteres Beispiel für das Mistrauen und die Ausgrenzung von Seiten der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber von Menschen mit Migrationshintergrund.

Dass die grundsätzliche Forderung nach „Einbürgerungstests“ in der Bevölkerung und auch auf der politischen Linken auf Zustimmung stößt, macht einen weiteren wichtigen Aspekt der Debatte deutlich: Im Kern muss es darum gehen, die schlichte Zweiteilung in „Deutsche“ und „Nicht-Deutsche“ zu hinterfragen, und wieder Be-

wusstsein für tatsächliche gesellschaftliche Spaltungslinien zu schaffen! Was haben denn ein „deutsches“ Oberschichtenkind und ein „deutsches“ Arbeiterkind beispielsweise in Punkto Habitus und gesellschaftlichen Aufstiegschancen gemeinsam?

Diskussionen um „Parallelgesellschaften“ müssen also vor dem Hintergrund der gesamten Sozial- und Gesellschaftsstruktur diskutiert werden. Dann ließe sich bei der Diskussion über die Herausbildung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen herausarbeiten, was denn schlicht Prozesse der Formierung von gesellschaftlichen Schichten und Milieus auf Grund ihrer sozialen Lage sind, und welche Aspekte tatsächlich als die spezifischen Problemlagen einer Einwanderungsgesellschaft in den Blick zu nehmen wären. Verbindendes und trennendes zwischen den gesellschaftlichen Milieus insgesamt würde so in den Fokus rücken, eine schlichte Ethnisierung sozialer Fragen ließe sich vermeiden.

II.2. Frauenunterdrückung und Zwangsheirat

In den letzten Jahren ist ein weiteres Thema in die öffentliche Wahrnehmung gerückt: die Unterdrückung der muslimischen Frau. Hinter den Stichworten Kopftuchdebatte, Zwangsheirat, „Importbräute“, und Ehrenmorde stecken tatsächlich schwierige Sachverhalte. Natürlich ist es völlig unannehmbar, Frauen das Tragen einer bestimmten Kleidung aufzunötigen, über ihr Leben zu bestimmen, sie gegen ihren Willen zu Verheiraten und im schlimmsten Fall sogar bei Abweichung von diesen Normvorstellungen zu ermorden.

Problematisch ist allerdings, dass diese Debatten in der Öffentlichkeit durch eine einseitige und stereotypische Diskussionskultur beherrscht werden und dadurch zu einer Stigmatisierung und Verallgemeinerung aller Muslime führen – was im Umkehrschluss nicht gerade förderlich für die gegenseitige Toleranz, Offenheit, Integrations- und Aufnahmebereitschaft ist. Außerdem kommt hinzu, dass es kaum verlässliche Studien über die tatsächliche Reichweite dieser Probleme gibt und in den Medien zumeist individuelle Lebensberichte dominieren. Wissenschaftliche Studien, die sich differenziert mit der sozialen und gesellschaftlichen Situation von jungen Frauen mit Migrationshintergrund befassen, werden kaum zur Kenntnis genommen.

Auffällig ist zudem, dass die Debatte um die Unterdrückung der muslimischen Frau mit großem Eifer auch von konservativen Politikerinnen und Politikern geführt wird. In Bezug auf die gleichstellungspolitische Bilanz der CDU/CSU ist das beinahe grotesk. Der Verdacht liegt nahe, dass hier die

Gelegenheit genutzt werden soll, von eigenen Versäumnissen auf dem Rücken von MigrantInnen abzulenken.

In diesem Zusammenhang wird der Linken oft der Vorwurf der falschen Toleranz gemacht, unter dessen Deckmantel sich eben diese Missstände abspielten. In der Tat ist es kurzfristig, die eigene Bequemlichkeit und das Desinteresse zur Auseinandersetzungen mit den kulturellen Hintergründen der in Deutschland lebenden MigrantInnen als „Toleranz“ und „Multikulturalismus“ auszugeben. Doch darf daraus nicht die Forderung nach einer besonderen Regulierung des Privatlebens vor allem von muslimischen MigrantInnen seitens des Gesetzgebers oder der Öffentlichkeit resultieren.

II.3. Darstellung von MigrantInnen in den Medien

Medien tragen eine große Verantwortung bei der Bildung des öffentlichen Bewusstseins und der Meinung. Die Darstellung von MigrantInnen in den Medien lässt sich vielleicht mit der Floskel „guter Türke – böser Türke“ umschreiben. So tauchen Menschen mit Migrationshintergrund meist nur in sehr stereotypen Zusammenhängen auf. Geht es um Frauen, so illustrieren oft Bilder von Frauen mit Kopftuch und vielen Kindern den Bericht. Thematisiert werden zudem meist nur soziale oder kulturelle Probleme. „Normale“ MigrantInnen – Frauen ohne Kopftuch, Studierende, AkademikerInnen, FacharbeiterInnen u.a. – finden sich in den Medien kaum wieder. Dieses prägt zum einen die Wahrnehmung bei vielen Mehrheitsdeutschen. Es prägt aber auch das Bild, dass MigrantInnen von sich selbst produziert bekommen. Die Selbstverständlichkeit auch von erfolgreichen Biographien von Menschen mit Migrationshintergrund findet kaum öffentliche Anerkennung.

Hinzu kommt, dass, wenn erfolgreiche Menschen mit Migrationshintergrund in den Medien vorkommen, sie oft auch paternalistische Weise eingedeutscht werden: Cem Özdemir ist dann Schwabe, Hamit Altıntop Gelsenkirchener, Rafik Schami Deutscher. Der Münchener Kleinkriminelle, der vor ein paar Jahren als 14-jähriger in die Türkei abgeschoben wurde, wird immer der Türke Mehmet bleiben. Dadurch wird suggeriert, dass die Probleme von jungen MigrantInnen, wie Arbeitslosigkeit, sozialer Abstieg, Kriminalität, auf ihren Migrationshintergrund zurückzuführen seien.

Das Thema MigrantInnen und Kriminalität ist dabei tatsächlich ein Dauerbrenner. In den öffentlichen Fokus sind zuletzt auch vermehrt Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion gerückt. Auch hier ist das Vorurteil weit verbreitet, Ausländer seien eben krimineller als die Deutschen. Zahlen bestätigen diesen Vorwurf zwar nicht, trotzdem prägt er an vielen Stellen die öffentliche Wahrnehmung.

II.4. Flüchtlings- und Asylpolitik

Ein Indikator für die Offenheit der politischen Debatte um die Themen Migration und Integration ist auch die Diskussion um den Umgang mit Flüchtlingen. Wie kann eine Politik sein, die mit ihrem „fortschrittlichen“ Menschen- und Staatsverständnis mit der Diskussion um Auffanglager in der Dritten Welt beschäftigt? Wie glaubwürdig wirkt eine Politik gegenüber den Menschen, die vor politischer Verfolgung, Krieg und Armut flüchten und dann in europäischen Flugzeugen wieder dorthin zurück gebracht werden? Eine fortschrittliche Asyl- und Flüchtlingspolitik setzt das Bekenntnis zur internationalen Solidarität voraus.

Auf Grund der ständig sinkenden Fallzahlen ist die Intensität der Debatte über Asyl in der Öffentlichkeit erheblich abgeflaut. Ein Grund mag auch sein, dass vom eigentlichen Asylrecht wenig übrig geblieben ist. Eine Wiederbelebung der Diskussion um Eckpunkte einer fortschrittlichen Asylpolitik ist deshalb wichtig.

Zudem ist die Situation der vielen hunderttausend Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland unhaltbar. Eine „Altfallregelung“ ist endlich anzuschließen, die Menschen, die seit vielen Jahren hier leben, endlich auch eine gesicherte Perspektive bietet.

II.5. Was heißt Integration für uns? Integration = Anerkennung + Partizipation

Integration bedeutet nicht, dass sich MigrantInnen in einer deutschen Leitkultur assimilieren – zumal es diese „Leitkultur“ nicht gibt –, sondern sich in einer anerkannten Einwanderungsgesellschaft entfalten. Die Pluralität von verschiedensten Kulturen und unterschiedlichsten Lebensstilen ist zunächst schlichte gesellschaftliche Realität. Die Herausforderung ist nicht, diese Unterschiede in eine „Leitkultur“ zu pressen, sondern Strukturen für eben diese plurale Gesellschaft zu schaffen. Grenzen dürfen nicht entlang religiöser, kultureller oder regionaler Kriterien gezogen werden.

Der Anfang liegt also darin, ein Gesellschaftsbild mit Leben zu erfüllen, das schon längst Realität ist – das eines Einwanderungslandes. Toleranz und Offenheit sind Grundprämissen dieses Gesellschaftsbildes, die allerdings erst gefördert werden müssen. Damit zusammenhängend müssen dem latenten Rassismus in der öffentlichen Meinung sowie dem institutionellen Rassismus entgegengewirkt werden!

Die Bewusstseinsbildung auf Seiten von Mehrheitsgesellschaft und auf Seiten von MigrantInnen ist ein langwieriger Prozess und muss seinen ersten Schritt in der Anerkennung der Minderheiten durch die Mehrheit finden. Jedem muss bewusst werden,

dass es verschiedene Kulturen und verschiedene Lebensweisen gibt, die sich gegenseitig nicht ausschließen, sondern jede für sich legitim ist. Entscheidend kann einzig und allein der Konsens darüber sein, Konflikte in einem demokratischen und solidarischen Rahmen zu lösen.

Diese Aufforderung zur Toleranz und Offenheit richtet sich sowohl an die Mehrheits- wie auch Minderheitsgesellschaft. Klar ist: Ein „Gefühl“ von Anerkennung und Partizipation kann erst dann entstehen, wenn es auch sein Fundament in gesellschaftlichen Realitäten findet.

III. Handlungsfelder und Herausforderungen für Jusos und die SPD

Angeblich höhere Kriminalität, mangelnde Integrationsbereitschaft und der Vorwurf der kulturellen oder religiösen Andersartigkeit werden genutzt, um die Gesellschaft zu spalten. Die tatsächlichen Scheidelinien in der Gesellschaft entlang von Klassen und Milieus werden damit auf Kosten von Menschen mit Migrationshintergrund verdeckt. Diesen Tendenzen gilt es entgegenzutreten und eigene, fortschrittliche Konzepte von Integration und vom Zusammenleben der Menschen zu entwickeln.

Diese neuen und modernen Konzepte sollen zuletzt auch zur Verbesserung der Lebenssituation von MigrantInnen beitragen. Ein „Recht auf Zukunftschancen“ muss für alle Menschen in der Bundesrepublik existieren!

Entsprechend müssen sich die gesellschaftlichen Realitäten auch innerhalb der Sozialdemokratie abbilden. Der Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund bei den Jusos und damit auch in der SPD nimmt zwar zu; dies gilt nach und nach auch für den Anteil derjenigen in Funktionen. Trotzdem spiegelt er nicht die tatsächliche Bevölkerungsstruktur wider. Dabei muss es Anspruch von Sozialistinnen und Sozialisten sein, allen Menschen mit einem fortschrittlichen, linken Politikverständnis eine politische Heimat zu bieten!

Darüber hinaus bringen junge Menschen mit Migrationshintergrund einige Erfahrungen mit, die die meisten SPD-Mitglieder nie machen werden: Ausgrenzung, schlechtere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der eigenen ethnischen und sozialen Herkunft oder auch die Begegnung mit institutionellem Rassismus. Es kann allerdings nicht darum gehen, diese Gruppe nur als „Opfer der Verhältnisse“ auf paternalistische Weise anzusprechen. Zudem kann es nicht darum gehen, Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund auf eine Rolle als „ExpertInnen für Integration“ zu reduzieren. Vielmehr geht es darum, die individuellen Potentiale von allen zu nutzen und gemeinsam politische Projekte auf allen Politikfeldern – und nicht nur im Bereich Integration – zu entwickeln!

Weit entfernt von einer Geschlechterdemokratie

Gender und die UN-Millenniumsziele

von Christa Randzio-Plath

Sechs Jahre nach der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen und elf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz von Peking 1995 nimmt die Feminisierung der Armut zu. Dabei ist die Bekämpfung der absoluten Armut oberstes Ziel der UN-Organisationen. Die Stimmen der Frauen werden überhört. Gerade neun der 191 UN-Staaten haben eine Regierungs- oder Staatschefin, in den Top-Etagen von Wirtschafts- und Finanzen sind Frauen nicht zu Hause, nur 10% der Management-Posten sind weltweit in Frauenhand. Dabei machen Frauen mehr als die Hälfte der Menschheit aus. Die Geschlechtergerechtigkeit, die die Millenniumsziele der Vereinten Nationen versprechen, bleibt aber aus. Sie wird von den meisten Staaten in ihren Berichten zu den Millenniumszielen nur pflichtgemäß erwähnt, ohne dass eine aktive Orientierung der Entwicklungszusammenarbeit zu Ziel 3 der Millenniumsziele zu erkennen ist: „die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern, besonders im Bereich der Ausbildung“. Auch die Vereinten Nationen lassen konkrete Umsetzungsstrategien zur Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung vermissen. Dabei machen Frauen und Kinder über 70% der 1,2 Milliarden Armen aus, die von 1 US\$ pro Tag leben müssen, dabei stellen Frauen 2/3 aller Analphabeten und schon über die Hälfte der HIV/Aids-Infizierten.

Theoretisch ergänzen sich die Aktionsplattform von Peking und die Millenniumsziele. Beide Konzepte, die auch Teil der europäischen Chancengleichheitspolitik sind, ergänzen sich über das Gender Mainstreaming, die Geschlechtergerechtigkeit und die gezielte Frauenförderung. Die reale Welt der Frauen haben sie nicht verändert. Dabei ist die Doppelstrategie der Frauenförderung und des Gender Mainstreamings richtig. Die Stärkung der Frauen und ihre Förderung sind ein zentrales Thema, wenn die Feminisierung der Armut beendet werden soll. Es bedarf aber auch des Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen, vor allem in der Steuer-

und Handelspolitik, in der Wirtschaftspolitik, im Staatshaushalt und in allen Institutionen. Die nordischen Staaten sind hier weltweit Vorbild. Sie nutzen die Politik der Chancengleichheit aber auch zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Sie demonstrieren, dass sie genauso wettbewerbsfähig sein können wie die USA, obwohl sie auf einen starken Staat, hohe Steuern und leistungsfähige soziale Dienstleistungen setzen. In der weltweiten Gender-Statistik stehen sie auf den ersten Plätzen.

11 Jahre Weltfrauenkonferenz in Peking

Die Konferenz Peking +10 im Februar 2005 unterstrich, dass die Durchsetzung der Geschlechtergleichheit und die Stärkung der Frauenrechte grundlegende Voraussetzung für den Erfolg aller Politikmaßnahmen sind. Jedes Zurückfallen hinter die Vereinbarungen zur Pekinger Aktionsplattform wäre ein dramatischer Rückschritt für die Frauen, aber auch für die Verwirklichung der Millenniumsziele gewesen. Insofern war die lapidare Beschlussfassung, dass an der Peking-Aktionsplattform festgehalten wird, angesichts der fundamentalistischen Tendenzen weltweit ein Fortschritt. Die Beschlüsse sind zentral für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele und dürfen nicht durch die weiteren Ziele der Millenniumsrunde verwässert werden. Armutsbekämpfung war in der Aktionsplattform von Peking oberstes Ziel. Allerdings hatten die Armutsprogramme nur sehr begrenzte Effekte. Lediglich in Ländern Asiens wie China und Vietnam konnte die Feminisierung der Armut eingedämmt werden. Frauen bleiben gefährdet, auch weil sie 60% der „working poor“ stellen (ILO).

Zehn Jahre Weltfrauenkonferenz von Peking 1995 erinnern daran, was alles seit dem Internationalen Jahr der Frau 1975 erreicht worden ist. In Mexiko City wurde die Welt erstmals auf die Diskriminierung und nicht haltbare Marginalisierung der Frauen aufmerksam, realisierte, dass Frauen ihrer Rechte beraubt waren, nicht teilhatten an Ent-

wicklungs- und Friedensprozessen. Dieses Band einigte die Frauen aus Nord und Süd, Ost und West.

In Kopenhagen 1980 wurden die Anliegen der Frauen konkret: Es ging um Arbeitsplätze, Bildung, Eigentumsrechte, aber auch um Frauenrechte und die UNO-Konvention gegen jegliche Diskriminierung. Es ging um Frieden. Es ging auch um Spannungen zwischen der Ersten und Dritten Welt. Die Nairobi-Weltfrauenkonferenz 1985 war eine Konferenz voll ansteckender Fröhlichkeit, Macht- und Selbstbewusstsein und Aufbruch über Partizipationsstrategien auf allen Ebenen und in allen Gebieten: „Frauen können alles“ war die Botschaft. Die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 machte nicht Halt bei Strategien gegen Diskriminierung und für Gleichstellung, sondern war ein einziges Plädoyer für die Integration der Frauen in alle Entscheidungsprozesse. Die Regierungen akzeptierten neben der Frauenförderung das Gender Mainstreaming als Strategie. Die Aktionsplattform von Peking macht klar, wie wichtig Fortschritte in allen 12 Aktionsfeldern sind. Schließlich sollten sich die Lebensbedingungen von Frauen positiv verändern. Zu Recht wurde nicht zu einer neuen Weltfrauenkonferenz eingeladen. Zu stark waren und sind fundamentalistische Tendenzen in vielen Regionen, Religionen und Kulturen dieser Welt und gefährden damit Frauenrechte und frauenpolitische Fortschritte.

Bescheidene Erfolge

Elf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking ist die Aktionsplattform von 1995 so aktuell wie damals. Die Kapitel Frauen und Armut, Bildung und Ausbildung von Frauen, Frauen und Gesundheit, Gewalt gegen Frauen, Frauen und bewaffnete Konflikte, die Frau in der Wirtschaft, Frauen in Machtpositionen, Institutionelle Mechanismen zur Förderung der Frau, Menschenrecht der Frauen, Frauen und die Medien, Frauen und die Umwelt und Mädchen wurden von der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen bestätigt. Die konkrete Umsetzung wurde eingefordert und von der UN-Vollversammlung erneut beschlossen. Bescheidene Erfolge sind zu verzeichnen:

Eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen ist wesentlich für Geschlechtergleichstellung und Geschlechterdemokratie und war

daher von großer Bedeutung als Thema der Weltfrauenkonferenzen, von 11% auf 16% stieg der Frauenanteil in den Parlamenten. In fast allen Regierungen gibt es immerhin eine Frau. Es gibt mehr Frauen in politischen Führungsfunktionen, aber ihr Anteil und Einfluss bleibt marginal.

- Gender Mainstreaming ist als Prinzip durchgesetzt, in UN-Mitgliedstaaten und Internationalen Organisationen, auch in Programmen und Aktionen.
- Genderbudgeting ist als Prinzip in 49 UN-Mitgliedstaaten eingeführt.
- Gleichstellungserfolge zeigen sich vor allem im Familien- und Erbrecht, beim Eigentumserwerb, im Bildungswesen.
- Gewalt gegen Frauen wird weltweit stärker unter Strafe gestellt, auch die Vergewaltigung in der Ehe. Die Gewalt gegen Frauen wird weitgehend als gesellschaftliche Herausforderung betrachtet und in allen ihren Formen unter Strafe gestellt. Beispiele: selbst Vergewaltigung in der Ehe ist nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Lateinamerika unter Strafe gestellt. Sexuelle Verstümmelung wird nicht nur im Senegal, sondern auch in Gambia und Frankreich strafrechtlich sanktioniert.
- Frauenhandel wurde zum Thema internationaler Kooperation zwischen Staaten.
- Es gibt mehr Arbeitsplätze denn je für Frauen. Allerdings handelt es sich in der Regel um prekäre und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. Die Feminisierung der Migration ist eine Realität.
- Mehr Frauen sind in Führungspositionen in der Wirtschaft, aber überwiegend im Mittelmanagement. Die wichtigsten börsennotierten Unternehmen haben in ihren Organen nicht einmal einen Frauenanteil von 5%.

- Die Bedeutung der Rolle der Frauen für Konfliktverhütung und -überwindung, in Flüchtlingslagern, bei der Bewahrung und Schaffung von Frieden wird zunehmend anerkannt (UN-Resolution 1325).

- Mehr Frauennetzwerke denn je gibt es, das Internet fördert Frauenaktionen, auch internationale Frauensolidarität.

Außer in Frauenverbänden organisieren sich Frauen seit den UN-Weltfrauenkonferenzen von 1975 bis 1995 und auch im Rahmen der Millenniumsziele in Frauennetzwerken, um Zugang zu Informationen und Entscheidungen zu erhalten, aber auch um Macht und Einfluss zu organisieren. Damit sollen die strukturellen Barrieren in der Männergesellschaft aufgebrochen werden. Die Hindernisse, die einer umfassenden Partizipation von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen entgegenstehen, sind regional unterschiedlich, überall aber gegenwärtig. Die Nichtbeteiligung und Nichtberücksichtigung von Frauen führt zu sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen in allen Altersphasen und in allen Regionen und Erdteilen – zum Nachteil der Frauen. Deshalb sind die Forderungen der Aktionsplattform von Peking beim Aufbau einer globalen Zivilgesellschaft auch im Rahmen der Millenniumsziele umzusetzen, deren Bestandteil die Aktionsplattform von Peking zusätzlich geworden ist. Es geht um Gleichstellung der Frauen auf allen Entscheidungsebenen, um den gleichberechtigten Zugang zu Wissen, Gesundheit, Arbeit und Macht. Die Geschlechterparität sollte in Form eines neuen Geschlechtervertrages zwischen Staat und Gesellschaft auf nationaler, regionaler und internationaler aber auch auf privater Ebene ausgedrückt werden. Durch die Berücksichtigung der Auswirkungen

aller Politiken und Programme auf Frauen und Mädchen kann der Diskriminierung entgegen gewirkt werden und eine faktische Gleichstellung erzielt werden.

Weit entfernt von einer Geschlechterdemokratie

Die mit der Aktionsplattform von Peking 1995 und den Millenniumszielen propagierte Geschlechtergerechtigkeit ist nicht denkbar ohne Geschlechterdemokratie und die gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Partizipation von Frauen bei Macht und Einflussnahme. Das 20. Jahrhundert hat die politische Mündigkeit der Frau gebracht, nicht aber mit der männlichen Dominanz im Herrschaftsgefüge gebrochen. Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen ist selbst in Kuwait durchgesetzt. An den Hebeln der Macht wirken allen Verfassungen, internationalen Konventionen, UN-Weltkonferenzen, der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz von Peking 1995 und dem UN-Millenniums-Gipfel 2000 sowie dem Weltgipfel von Johannesburg 2002 zum Trotz Männer. Daran können weder die Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin noch die Wahl der ersten afrikanischen Staatspräsidentin (Liberia) noch die Wahl der ersten lateinamerikanischen Staatspräsidentin (Chile) etwas ändern.

Dem politischen Aufbruch der Frauen seit den 70er Jahren sind Verbesserungen in der politischen Repräsentanz weltweit auf allen Kontinenten gelungen. So kennen fast alle Parlamente inzwischen weibliche Abgeordnete und die meisten Regierungen können das „Gruppenbild mit Dame“ vorweisen. Die Macht haben die Frauen jedoch genauso wenig wie den gleichberechtigten Zugang zu Ämtern und Mandaten. Die Geschlechterdemokratie ist ein fernes Ziel.

Wenig nur unterscheiden sich die Entwicklungsländer von den Industriestaaten. Nach Untersuchungen der Interparlamentarischen Union (Stand: 31.01.2006) gibt es 44.204 Abgeordnete in dem Deutschen Bundestag vergleichbaren Parlamenten. Bei 43.387 von ihnen ist ihre Geschlechtszugehörigkeit bekannt. Der Frauenanteil beträgt 16,3%. Dabei sind die skandinavischen Staaten mit 40% der Abgeordneten Spitzenreiter, gefolgt von Nordamerika mit 20,1%, Europa mit 19,6%, Afrika Südlich der Sahara mit 16,4%, Asien mit 16,1% und dem Pazifik mit 12,1%. Mit einem Frauenanteil von 7% bilden die arabischen Staaten frauenpolitisch das Schlusslicht. Spitzenreiter ist Ruanda mit 48,8% Frauenanteil vor den skandinavischen Staaten mit 39,7% Frauenanteil.

Noch negativer ist die frauenpolitische Bilanz für die Regierungen. In weltweit 20 Regierungen sind Frauen überhaupt nicht vertreten. Der Frauenanteil auf Ministerebene wird auf 8% geschätzt. 25% beträgt kontinuierlich der Frauenanteil auf den Seychellen, 0% in den Golf-Staaten. In keiner Regierung

Das Konzept von Gender Mainstreaming

Die Aktionsplattform von Peking stellt fest, dass:

- Frauenrechte Menschenrechte sind,
- Geschlechtergerechtigkeit ein konstituierendes Element von Demokratie und eine Grundvoraussetzung für soziale und ökologisch gerechte Entwicklungen ist,
- alle Länder sich zu systematischer und staatlicher Frauen- und Geschlechterpolitik verpflichten.

Mit der Weltfrauenkonferenz von Peking wurde das Gender Mainstreaming erstmals in die internationale Politik eingeführt. Damit wurde anerkannt, dass Geschlechterrollen und -verhältnisse in soziale, politische, ökonomische und kulturelle Kontexte eingebettet sind,

in ihrer sozialen Bedingtheit einem ständigen Wandel unterliegen und veränderbar sind.

Mit dem Instrument des Gender Mainstreaming sollen staatliche Institutionen, internationale Organisationen und Unternehmen stereotype Geschlechterrollen im privaten wie im öffentlichen Raum hinterfragen und im emanzipatorischen Sinne verändern. Der Abbau von Ungleichheit und undemokratischen Verhältnissen zwischen den Geschlechtern ist folglich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

mit Ausnahme der schwedischen Regierung sind Frauen proportional zu ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten und „nur in Schweden gibt es mehr Frauen als Männer in einem Kabinett. Allerdings haben einige Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika eine Frauenmacht-Tradition aufgebaut. Kein Machismo stand der Ernennung im Wege. Keine der Weltreligionen oder Weltkulturen verhinderte Frauen als Herrscherinnen, wenn sie in das politische und die herrschenden Familien System passten. Inzwischen gibt es allerdings zunehmend mehr Frauen, die als Ministerinnen und Regierungschefinnen politisch erfolgreich sind, z.B. in Vietnam, in indischen Bundesstaaten, in Mosambik, Neuseeland, Jamaika, Liberia, Chile und Deutschland.

Lehren aus der Ohnmacht der Frauen

Erfolge konnten Frauen dort erzielen, wo sie Wahlsysteme zu ihren Gunsten beeinflussen konnten. Die Kombination von Verhältniswahlrecht und Quotenregelungen hat sich überall als überaus erfolgreich erwiesen. Freiwillige Selbstverpflichtungen politischer Parteien waren hilfreich, brachten aber keinen frauenpolitischen Durchbruch. Noch nicht einmal ein Drittel der UN-Staaten

konnte sich auf verbindliche Vorgaben für Ämter und Mandate einigen. Von daher bedarf es verbindlicher Regeln wie sie die Aktionsplattform von Peking festschrieb. Eine 30prozentige Quotierung ist weit von der Geschlechterparität entfernt. Mindestquoten von 40% eines jeglichen Geschlechts bleiben erforderlich. Allerdings lösen die Quoten die entscheidende Frage nicht, wer aufzustellen oder zu wählen ist, wenn es um die einzige Machtposition in einem Staat, in einer Region, in einem Dorf oder in einer regionalen oder internationalen Organisation geht. Auch in den internationalen Organisationen sind Quotierungen oder Gender-Mainstreaming-Ansätze erst embryonal ausgeprägt.

Daneben sind selbstverständlich weiterhin alle Maßnahmen erforderlich, die zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und öffentlichem Leben beitragen. Ohne einen zureichenden und angemessenen Versorgungsgrad an Kinderbetreuung ist eine paritätische Teilhabe der Frauen an Ämtern und Mandaten nicht zu erreichen. Die unzureichenden außerfamiliären Kinderbetreuungsangebote sind weltweit ein Übel. Diese Dienste der Daseinsvorsorge sind ein Schlüssel zur Gleichstellung, aber auch zur Über-

windung von Armut und Unterentwicklung. Die Entscheidung für Frauen an der Macht ist keine Entscheidung gegen Männer, sondern ein Plädoyer für eine geteilte Macht, damit die andere Stimme, die andere Sichtweise in Entscheidungen eingebracht werden können, die das Leben auf dem Planeten Erde überlebenswert gestalten helfen wie auf dem Millenniumsgipfel beschlossen. Frauen werden von daher nur gewinnen können, wenn sie sich noch besser als bisher organisieren und vernetzen.

Das Herrenhaus der Macht ist ein globaler Trend im 21. Jahrhundert, der nur über globale Strategien gebrochen werden kann, die überall gleichzeitig umgesetzt werden müssen. Von daher ist die Einschätzung von Frauen-Netzwerken richtig, dass eigentlich, das einzige, was globalisiert werden müsste, der Protest ist. Es fehlt weder an Zielen noch Aufgaben, weder an rechtlichen Voraussetzungen noch an fähigen Frauen. Es fehlt an der Durchsetzung von Frauenmacht in der globalisierten Welt. Von daher ist die deutsche Präsidentschaft (EU und G7) 2007 gefordert, den Gender-Aspekten europäisch und international bei der Umsetzung der Millenniumsziele zum Durchbruch zu verhelfen.

sppw 2/2006

Innere Sicherheit: Aufgaben der Zukunft

Von Gerold Reichenbach

Zwei gegenläufige Entwicklungen stellen die deutsche föderal strukturierte Sicherheitsarchitektur vor neue Herausforderungen: Zum einen wird unsere moderne, hochkomplexe Gesellschaft immer anfälliger für Störungen und ihre Folgeschäden und zum anderen kommt es seit Ende des Ost-West-Konflikts zu einer zunehmenden Konfrontation von Zivilgesellschaften mit Terror und gleichzeitig – klimabedingt – zu einer Häufung von Naturkatastrophen.

Verwundbarkeit moderner Gesellschaften

Während zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Zerstörung des Telefonnetzes den gesellschaftlichen Alltag nicht wesentlich gestört hätte, würde sie heute einen akuten Not-

stand auslösen. Auch die zunehmende Vernetzung der Infrastrukturen führt zu beachtlichen Folgeschäden, die in der Regel nicht bedacht werden. Der Ausfall des Deutschen Wetterdienstes beispielsweise würde den gesamten Flugverkehr zum Erliegen bringen. Ein Stromausfall würde sofort vielerlei Alltagshandlungen verunmöglichen, nach mehr als 8 bis 16 Stunden die Funktionsfähigkeit der Behörden und Organisationen im Sicherheitsbereich; nach wenigen Tagen würde die Versorgung mit Bargeld, mit Kraftstoff etc. ein Problem. Solche Totalausfälle oder auch die Schädigungen unserer Versorgungs- und Kommunikationssysteme – sei es als Folge einer Extremwetterlage, menschlichen Versagens oder terroristischer menschlicher Absicht – können die Innere

Sicherheit erheblich beeinträchtigen und sind eine in dieser Qualität neue Herausforderung für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz.

Neue Herausforderungen

Der 11. September 2001 markiert im öffentlichen Bewusstsein eine Zeitenwende. Die Terroranschläge in den USA haben uns die Verwundbarkeit hochkomplexer westlicher Gesellschaften vor Augen geführt. Seither werden Szenarien berücksichtigt, die früher weithin als unwahrscheinlich galten. Die Anschläge vom 11. März 2004 in Madrid und die Anschläge am 7. bzw. 20. Juli 2005 in London haben den Terror in Europa unserem Bewusstsein noch näher gerückt.

Für die Akteure der inneren Sicherheit in Europa war allerdings nicht erst der Terroranschlag auf das World Trade Center die entscheidende Zäsur, sondern schon der vereitelte Anschlag auf den Straßburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2000.

Die erhöhte Anfälligkeit kritischer Infrastrukturen, das gestiegene Gefährdungspotenzial durch gezielte Schädigung mittels Terroran-

Gerold Reichenbach (SPD) ist Bundestagsabgeordneter seit 2002 und als Mitglied im Innenausschuss Berichterstatter für Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz. Als Mitglied des Katastrophenerkundungs- und Koordinierungsteams der Vereinten Nationen (UNDAC) und koordinierte er u.a. 1999 die internationalen Rettungsteams bei dem zweiten Erdbeben in der Türkei. Er lebt in Trebur.

schlagen und die aus dem Klimawandel resultierende Häufung von extremen Wetterlagen stellen neue Anforderungen an die drei Säulen der Sicherheitsarchitektur des Innern: Polizei, Verfassungsschutz sowie Bevölkerungs- und Katastrophenschutz.

Zwei Gegenpositionen kristallisieren sich heraus: Auf der einen Seite steht die Forderung von CDU/CSU nach einer Ausweitung des Sicherheitsbegriffs, welche die im Grundgesetz festgelegte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit aufhebt und die Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr im Innern auch mit der Waffe anstrebt. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus wird zu einer Art „unerklärten“ permanenten „Kriegszustand“ stilisiert, der mit der Militarisierung der inneren Sicherheit begegnet werden soll.

Auf der anderen Seite steht die „zivile“ Antwort der SPD. Für sie liegt die Antwort auf die neuen Herausforderungen in einer Weiterentwicklung der bestehenden Sicherheitsarchitektur, in der die horizontale und vertikale Vernetzung der Akteure intensiviert und die Bundeskompetenz für klar zu definierende Gefahrenlagen gestärkt wird.

Der „unerklärte Krieg“ ist militärisch nicht zu gewinnen

Das Stichwort „unerklärter Krieg“ reflektiert die heutige asymmetrische Bedrohungslage: Ohne Kriegserklärung greifen terroristische Gruppen mit fließendem Übergang zur Organisierten Kriminalität eine offene Gesellschaft mit staatlich organisiertem Verteidigungsapparat an. Mittel der privatisierten Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Politik ist nicht die territoriale Besetzung eines Staatsgebietes, sondern die psychologische Destabilisierung einer Gesellschaft. Ihr kann folglich nicht durch die traditionelle militärische Verteidigung der Landesgrenzen begegnet werden. Der Terror ist vielmehr eine Form der gezielten nicht-militärischen Auseinandersetzung, weshalb sich eine eindeutige militärisch-technische Überlegenheit der nationalen Armeen nicht in einen Sieg ummünzen lässt, wie im Irak immer wieder deutlich wird. Auch wenn das Militär ebenfalls die Mittel der Sabotage oder Infiltration kennt, so handelt es sich doch dabei immer nur um Teile einer militärischen Gesamtoperation, mit denen das militärische Ziel unter-

stützt wird und eben nicht um die eigentliche „Strategie“.

Ebenso sind die „kriegswichtigen Ziele“ – d.h. Infrastrukturen, die unter militärischen Gesichtspunkten verteidigt werden müssen – unter den Bedingungen des Terrors nicht mehr klar definierbar. Da die Auswirkungen nicht militärisch sondern psychologisch kalkuliert sind, sind Zielauswahl beliebig und Varianten unendlich – immer erst „im Nachhinein“ können sie definiert werden. Wenn sich aber die Terrorziele nicht nach militärischer Logik definieren lassen, lassen sie sich auch kaum „traditionell militärisch“ schützen.

Die neue Qualität des Terrors

„Die bislang kaum verstandene Einzigartigkeit der Strategie von Terroristen liegt [gerade] darin, dass sie ihr Ziel nicht durch ihre Handlungen, sondern durch die Reaktion auf ihre Handlungen erreichen.“, schrieb Fromkin schon 1977 in *Foreign Affairs*. Zwar hat sich die Strategie des Terrors nicht grundsätzlich verändert, bei Organisationsstruktur, Täterprofil und Terrormitteln zeigt sich jedoch eine neue Qualität. Die Angriffe werden nicht mehr von straff und hierarchisch organisierten Terrororganisationen durchgeführt und auch das Täterprofil, das sich in den wenigen Jahren permanent modifiziert hat, ist heute definiert als im Alltagsleben integriert, unauffällig, dabei extrem gewaltbereit bis hin zur bewussten Inkaufnahme des eigenen Todes. Hinzu kommt, dass die Täter nicht in festen Strukturen organisiert aber weitgehend international vernetzt sind. Bei den „Kampfmitteln“ greifen Terroristen heute zunehmend auf die „Schadenspotenziale“ zurück, die die Technologien der postmodernen Gesellschaft bieten. Die Anschläge vom 11. September hatten nicht mehr das Flugzeug zum Ziel, sondern nutzten es als „Waffe“ des Terroranschlages. Bei dem Anschlag auf Djerba wurde nicht auf konventionellen Sprengstoff zurückgegriffen, sondern ein Gefahrguttransport (Tankwagen) zur Waffe umfunktioniert. Anschläge auf Verkehrsträger können nicht nur mit konventionellen Sprengmitteln (Madrid, London), sondern auch mittels Sabotage oder Freisetzung gefährlicher Chemikalien (Tokio) durchgeführt werden. Der alltägliche Güterverkehr, Industrieanlagen und Lager stellen eine unendliche Variationsbreite solcher möglicher „Waffen“ dar. Durch Anschläge auf Industrieanlagen (z.B. AKW) oder Gefahrgutlager könnten erhebliche und weit reichende Schäden verursacht werden. Neben konventionelle Terrormittel treten heute chemische und einfach herstellbare biologische oder atomare (Stichwort: „Schmutzige Bombe“). Auch wenn die Terrornetzwerke zurzeit offensichtlich noch nicht in der Lage sind, wirksame biologische oder sogar atomare Waffen herzustellen, so steigt doch international die Proliferationsgefahr.



Polizeiliche Prävention intensivieren

Das wichtigste Instrument der Terrorabwehr ist die polizeiliche Prävention. Zum einen, weil die Möglichkeiten der Repression, der Strafandrohung, bei Selbstmordattentätern ganz offenbar sehr begrenzt sind. Und zum zweiten kann aufgrund der Variationsbreite terroristischer Mittel und Ziele ein umfassender „Objektschutz“ nicht wirksam gegen einen Anschlag schützen. Eben weil die Strategie des Terrors nicht auf bestimmte Ziele und Personen zielt, und sich die Täter nicht wirksam abschrecken lassen, liegt das größte Erfolgspotenzial in der Vorfeldaufklärung. Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz, erteilt der „militärischen Schutzlogik“ eine Absage: Zur Abwehr eines Terroranschlags und damit zum Schutz der Menschen, auf die sich der Anschlag richtet, darf die Tötung Unbeteiligter nicht in Kauf genommen werden. Dies widerspreche dem im Grundgesetz, Artikel 1 und 2, festgelegten Recht auf Leben. Damit ist der Abschuss eines von Tätern zur „Waffe“ umfunktionierten Flugzeuges, an dessen Bord sich Unbeteiligte, Passagiere und Besatzungsmitglieder, befinden, rechtlich unzulässig. Wo aber militärisch nicht abgewehrt werden darf, bleibt die Vorfeldaufklärung die einzige Schutzoption.

Die Prävention weist aber in Bezug auf die gegenwärtige Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern strukturelle Defizite auf. Das Bundeskriminalamt (BKA) ist international der zentrale Ansprechpartner bei der Bekämpfung des Terrors. Innerstaatlich ist das BKA jedoch nur eingeschränkt handlungsfähig, da es bislang lediglich über Befugnisse bei der Strafverfolgung verfügt. Es kann also aktiv werden, wenn bereits Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat gegeben sind. Das birgt die Gefahr von Informationsverlusten und verlängerten Reaktionszeiten. Aus dem Ausland stammende Informationen erfordern häufig eine Verdichtung durch weitere polizeiliche Maßnahmen im Vorfeld der strafprozessualen Ermittlung. Die Tatsache, dass es vor dem 11. September 2001 etliche valide Verdachtsmomente terroristischer Aktivität gab, diese aber nicht ausgewertet und nicht zur rechten Zeit am rechten Ort zusammengeführt wurden, zeigt die unersetzliche Bedeutung gut koordinierter Informationsflüsse. Das BKA muss darum die Möglichkeit haben, selbständig Gefährdungssachverhalte aufzuklären, internationale Informationsflüsse einzubinden und mit ausländischen Sicherheitsbehörden zusammenzuwirken. Bei der Zusammenarbeit mit ausländischen Stellen muss jeweils im Einzelfall geprüft und abgewogen werden, wie weit die Zusammenarbeit gehen kann, ohne dass dabei die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit oder die universellen Menschenrechte verletzt werden.

Die Überlastung der Polizei, ein Missstand, der gerade im Hinblick auf die bevorstehende WM immer wieder vorgebracht wird, ist nicht auf ein strukturelles Problem zurückzuführen, sondern auf selbst produzierten Personalmangel. Die Länder haben – trotz der zur Kenntnis genommenen gestiegenen Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus – seit 1998 über 6.000 Polizeistellen abgebaut. Und ein Abbau in derselben Größenordnung ist für die Zukunft geplant. Diese Fehlentwicklung muss von den Ländern korrigiert werden. Die in diesem Zusammenhang immer wieder laut gewordene Forderung nach der Übernahme polizeilicher Aufgaben durch die Bundeswehr lässt den Verdacht aufkommen, dass die Länder aus Kostengründen sicherheitsrelevante Aufgaben auf die Bundeswehr und damit den Bund abwälzen wollen.

Polizeiliche Arbeit international verstärken

Internationale Krisengebiete sind heute gekennzeichnet durch eine Zunahme privatisierter Gewalt, sei es durch Terrorismus, sei es durch Organisierte Kriminalität oder ihre Mischformen (Bsp. OK auf dem Balkan, Drogenhandel in Afghanistan und „Entführungsgeschäft“ im Nahen Osten). Diese Befunde machen deutlich, dass weniger eine militärische Aufstockung als vielmehr eine polizeiliche Ergänzung der äußeren Sicherheit notwendig wäre. Bislang werden in diesen Krisengebieten polizeiliche Aufgaben – in Ermangelung ausreichender eigener polizeilicher Kräfte und oft auch aufgrund fehlender frühzeitig abgestimmter polizeilicher Einsatzplanung – von den Streitkräften „miterledigt“. Der Erfolg solcher „Polizeiarbeit“ bleibt beschränkt und hat aufgrund ihrer militärischen Struktur und Einbindung erhebliche Defizite. So konnte bisher von den Streitkräften in diesen Gebieten die Entstehung krimineller und terroristischer Strukturen nicht verhindert und kaum erfolgreich bekämpft werden. Würden dann in einer zweiten Phase polizeiliche Strukturen aufgebaut, sah man sich in der Regel bereits etablierten Strukturen von OK und Terrorismus gegenüber. Die Konsequenz aus den bisherigen Defiziten ist also gerade nicht, die innere Sicherheit stärker militärisch auszurichten, sondern bei der äußeren Sicherheit in der Krisenintervention das Gewicht stärker als bisher auf den polizeilichen Einsatz zu legen. Stärken und Schwächen des Bevölkerungsschutzes

Grundsätzlich handelt es sich beim Bevölkerung- und Katastrophenschutz in Deutschland um ein erfolgreiches und zuverlässiges System. Der Bund hat seit 1998 den Haushalt kontinuierlich aufgestockt und auf die neuen Herausforderungen reagiert. Er hat ein Gemeinsames Melde- und Lagezentrum GMLZ sowie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

auf- und die Akademie für Katastrophenschutz, Notfallvorsorge und Zivilschutz (AKNZ) ausgebaut – um nur die wichtigsten Maßnahmen zu nennen. Was Ausstattung und personelle Ressourcen mit allein 1,8 Mio. ehren- und hauptamtliche Helferinnen und Helfern bei Feuerwehr, THW und den Hilfsorganisationen betrifft, nimmt unser Hilfeleistungssystem in Europa sogar eine absolute Spitzenposition ein, bei Führung und Management gilt Deutschland aber eher als „Entwicklungsland“.

Denn bei Katastrophen mit bundesweiten Auswirkungen und länderübergreifenden Unglücksfällen ist das deutsche Bevölkerungsschutzsystem im Grunde „kopflos“. Oberhalb der Zuständigkeitsebene der Länder fehlt in Friedenszeiten eine gesetzliche Möglichkeit des Bundes zu koordinieren. Während der Bund für den Schutz der Zivilbevölkerung gegenüber kriegsbedingten Gefahren, den Bevölkerungsschutz (früher: Zivilschutz), zuständig ist (Artikel 73 Nr. 1 GG), gehört der Katastrophenschutz in die Kompetenz der Länder. Die nicht-polizeiliche, alltägliche Gefahrenabwehr wiederum ist eine kommunale Aufgabe. Auf Anforderung der Länder leistet der Bund Katastrophenhilfe „bei einer Naturkatastrophe oder einem besonders schweren Unglücksfall“ (Art. 35, 1 u. 2 GG). Auch die Bundeswehr ist über den Artikel 35 GG in dieses Notfallvorsorgesystem subsidiär eingebunden. Wohingegen im Krisen- und Spannungsfall (Artikel 87a Nr. 3 und 4 GG) der Bund alle Kompetenzen für den Zivil- und Katastrophenschutz erhält. Glücklicherweise ist der klassische Verteidigungsfall seit der Wende wenig wahrscheinlich geworden. Bei dem viel wahrscheinlicheren Fall einer länderübergreifenden (Natur-) Katastrophe oder eines terroristischen Angriffs mit bundesweiten Auswirkungen besteht aber keine durchgängige Struktur. Weil solche außergewöhnlichen Gefahrenlagen vor Ländergrenzen nicht Halt machen, muss der Bund hierfür mehr Kompetenzen erhalten.

Es geht nicht darum – und das muss aufgrund der häufigen und gezielten Fehlinterpretation von Seiten einiger Länder ausdrücklich betont werden –, dass der Bund sich Zuständigkeiten für den Katastrophenschutz aneignen soll. Katastrophenschutz und allgemeine Gefahrenabwehr, die den weitaus größten Teil der Aktivitäten ausmachen, sind bei Ländern und Kommunen gut aufgehoben. Es geht lediglich um eine gesetzlich verankerte Koordinierungskompetenz des Bundes für definierte außergewöhnliche Gefahrenlagen. Dieser Schritt würde die Sicherheitslücke endlich schließen und in der Folge könnte auch die längst fällige Neustrukturierung des Bevölkerungsschutzes und die Vereinheitlichung von Führung und Management vorangetrieben werden.

Verlag **Westfälisches
Dampfboot**

Nach kurzer Zeit
bereits die 2. Auflage:

Elmar Altvater

Das **Ende** des
Kapitalismus,
wie wir ihn kennen

Eine radikale
Kapitalismuskritik



2., unveränderte Aufl. 2006 – 240 S.
€ 14,90 – SFR 26,80
ISBN 3-89691-627-0



Verlag Westfälisches Dampfboot
Hafenweg 26a - 48155 Münster
info@dampfboot-verlag.de
www.dampfboot-verlag.de

Bundeswehreinsatz im Innern löst die Probleme nicht

Die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft bietet einmal mehr eine gern genutzte Gelegenheit, einen seit Jahren gehegten Wunsch von Politikern der CDU und CSU, allen voran Wolfgang Schäuble und Günther Beckstein, wieder an die Öffentlichkeit zu bringen: der vermeintlich notwendige Einsatz der Bundeswehr im Innern. Diese Forderung steht aber nicht isoliert, sondern fußt auf einem umfassenden Heimatschutzkonzept, angelehnt an das Modell der US-amerikanischen homeland security und würde weit mehr Militärbefugnisse erlauben, als die recht harmlos klingende Forderung nach Soldaten für den Objektschutz glauben machen will. In den USA kann die National Guard bei Unruhen oder Katastrophen eingesetzt werden und ist befugt zur Waffe zu greifen. Gerade die Hurrikan-Katastrophe von New Orleans aber hat gezeigt, wie riskant es ist, wenn innere und äußere Sicherheit auf die gleichen Ressourcen zurück greifen: Die National Guard stand so für die Bewältigung der Katastrophe nicht rechtzeitig zur Verfügung, weil die Einheiten aus der Region im Irak und in Afghanistan eingesetzt waren.

Das Schlagwort vom Bundeswehreinsatz im Innern ist zudem irreführend. Die Bundeswehr ist subsidiär in die Systeme der Inneren Sicherheit eingebunden. AWACS-Aufklärungsflugzeuge zur Suche vermisster Personen, ein Feldlazarett auf dem Kölner Marienfeld während des Papstbesuchs, Sandsack schleppende Rekruten während der Elbeflut sind solche Gelegenheiten, die man erinnert. Auch zur Fußballweltmeisterschaft wird die Bundeswehr bei der Luftaufklärung, im logistischen Bereich, beim Catering etc. die Polizeien unterstützen. All dies lässt unser Grundgesetz zu.

Der von Schäuble geforderte Einsatz der Bundeswehr im Innern bis hin zum Schusswaffengebrauch widerspricht jedoch allen verfassungsgemäßen Grundsätzen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Einschätzung wurde am 15. Februar d.J. durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Luftsicherheitsgesetz noch einmal bestätigt. CDU und CSU ist das bekannt. Deshalb konzentriert sich die Argumentation auch auf den Nachweis, dass eine Ausdehnung der Befugnisse der Bundeswehr aus pragmatischer und funktionaler Sicht geboten sei. Über das Führen dieses Nachweises soll die Grundgesetzänderung als unumgängliche Konsequenz dargestellt werden. Bei näherer Betrachtung ist jedoch die funktionale Begründung für den erweiterten Einsatz der Bundeswehr alles andere als schlüssig. Nicht ohne Grund erteilt der CDU-Politiker und Verteidigungsminister Franz-Josef Jung diesem Ansinnen eine Absage.

So besteht nämlich ein großer Unterschied zwischen den Ausbildungszeiten und -inhalten der Bundeswehr und der Polizei. Polizei wird in einer längeren und kostenintensiveren Ausbildung im Umgang und Schusswaffengebrauch mit Zivilisten ausgebildet – um nur die wichtigsten Unterschiede zu nennen. Wollen wir wirklich auf unseren Straßen schwer bewaffnete aber in der nichtmilitärischen Situation völlig überforderte „Nationalgardisten“, wie sie uns von Bildern aus New Orleans noch in Erinnerung sind? Und auch der Objektschutz erfolgt zu anderen Konditionen: bei Militärbasen und Kasernen handelt es sich um militärisches Sperrgebiet, für das ganz andere rechtliche Regelungen gelten, insbesondere was den Schusswaffengebrauch angeht. Zudem hat die Bundeswehr selbst inzwischen einen Teil der Bewachung ihrer Kasernen und Depots in die Hände von privatisierten Wachdiensten gegeben.

Als Hauptargument für die Zuständigkeitserweiterung der Bundeswehr wird die neue Bedrohungslage genannt, die dazu geführt habe, dass sich innere und äußere Sicherheit nicht mehr scharf voneinander trennen ließen. Das Schlagwort von der mangelnden Trennschärfe charakterisiert die durch den internationalen Terror entstandene asymmetrische Bedrohungslage zwar treffend, die Schlussfolgerung aber, die Sicherheitsaufgaben auf militärischem Gebiet ausweiten zu müssen, ist nicht zwingend. Vielmehr erscheint sie angesichts der Erfolglosigkeit, mit der das Militär in internationalen Krisengebieten den Terrorismus zu bekämpfen versucht, contraindiziert. Wer diesen Weg einschlägt, übersieht, dass damit die offensichtlich beschränkte Fähigkeit des Militärs bei der Bekämpfung des Terrorismus im Ausland auf das Inland übertragen werden soll. Die Debatte um die richtigen Konsequenzen aus der verloren gegangenen Trennschärfe muss eher in Richtung polizeilicher Ergänzung militärischer Aufgaben bei der Krisenintervention im Ausland gehen. Die entscheidende Frage ist nicht, wie kann die innere Sicherheit militärisch ergänzt, sondern vielmehr: wie kann die äußere Sicherheit polizeilich ergänzt werden?

Vielen Politikern von CDU und CSU schwebt zudem eine eigene Zuständigkeit der Bundeswehr auch für den Katastrophenschutz vor. Während weite Kreise der Union, insbesondere die Ministerpräsidenten, eine Erweiterung der Bundeskompetenz im Sinne einer Befugnisserweiterung des (zivilen!) Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als Eingriff in die Länderkompetenzen vehement ablehnen, fordern sie gleichzeitig die Befugnisserweiterung der Bundeswehr! Eine solche Umstrukturierung würde bewusst kostenintensive Doppel- und Kon-

kurrenzstrukturen zu den Feuerwehren und zum THW, sowie neue Zuständigkeits- und Koordinierungsprobleme in Kauf nehmen. Denn die Bundeswehr, die momentan von einer Territorialarmee hin zu einer Kriseninterventionsarmee umstrukturiert und verschlankt wird, müsste dann wieder personell und räumlich aufwachsen.

Die Forderung nach einer Militarisierung der Inneren Sicherheit folgt nicht nur einer autoritären Gesellschafts- und Sicherheitsvorstellung, sondern auch wirtschaftlichen Partikularinteressen. So hat die Rüstungsindustrie ein hohes Interesse, den Zuständigkeitsbereich der Streitkräfte auf die innere Sicherheit auszuweiten, denn ihr „klassischer“ Markt im Bereich Territorialverteidigung schrumpft, während der Markt im Bereich der so genannten „Homeland Security“ stetig wächst. Das liegt zum einen an der veränderten geopolitischen Situation nach dem Wegfall der Blockkonfrontation. Denn seither hat sich die militärische Sicherheitspolitik weg von der Territorialverteidigung hin zur internationalen Krisenprävention und -intervention verschoben. Damit einher geht ein Abbau des Territorialheeres sowie eine Reduzierung und Umstrukturierung der Streitkräfte. Das liegt zum anderen an der steigenden Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und die privatisierte Gewalt sowie an den Folgen des Klimawandels; beides wird die Nachfrage nach Sicherheitstechnik im zivilen Bereich weiter anwachsen lassen.

Der neue Markt homeland security ist aber, im Gegensatz zum klassischen Rüstungsmarkt, aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen stark fragmentiert. Die Rüstungsindustrie verfügt in diesem Bereich über keine ausgebauten Marketingmechanismen, was Vermarktung grundsätzlich teurer macht. Gleichzeitig setzt der Markt sehr enge Grenzen für Systempreise. Die Entwicklung neuer, immer effizienterer und komplizierterer Technologien für den Sicherheitsbereich benötigt hohe Forschungs- und Entwicklungskosten und bedarf des teuren Vorhaltens von Know-how. Nur über hohe Systempreise, die der klassische Nachfrager im „Homeland Security“-Bereich in der Regel nicht aufbringen kann, lassen sich diese Investitionen auch refinanzieren. Sich auf einen derart fragmentierten Markt einzustellen, lohnt sich für die Rüstungsindustrie nicht. Sich aber dafür einzusetzen, dass sich dieser neue Markt (wieder) auf die Bedürfnisse der Industrie zubewegt, indem die Bundeswehr als zentraler Nachfrager für Bereiche der Homeland Security installiert wird, ist nur konsequent.

Die äußerst zähe Einführung des Digitalfunks liegt nicht nur an den Finanzierungsstreitigkeiten zwischen Bund und



Ländern, sondern eben auch an der mangelnden Flexibilität der Wirtschaft. Die von den Anbietern immer wieder favorisierte Konsortium-Lösung war auf einen bundesweiten Großbesteller zugeschnitten und die Industrie hatte der Politik die Verantwortung dafür zugeschoben, die unterschiedlichen Aufgabenträger Bund und Land zu einem „Großbesteller“ zusammenzubündeln.

Zivile Prävention statt militärische Repression

Die Bundeswehr zu einem Instrument des Bundes auszubauen, das auch im Inneren bis hin zum Waffengebrauch eingesetzt werden kann, ist eine Debatte in die falsche Richtung. Aus funktionaler Sicht würden bewaffnete Soldaten kaum etwas bewirken können, weil sich weiche Ziele vor einem Terror-Anschlag nicht wirksam militärisch schützen lassen; im schlimmeren Falle wären sie sogar ein Sicherheitsrisiko, weil sie im zivilen Kontext bestehen müssten. Ein solcher Schritt würde unsere Sicherheitsarchitektur zerstören und zahlreiche rechtliche, politische und finanzielle Probleme nach sich ziehen. Er würde sich schnell als Einfallstor für immer neue Ausweitungen des Einsatzes des Militärs im Inneren und einer zunehmenden Militarisierung der Innenpolitik erweisen. Dies ist mit einem freiheitlichen Rechtsstaat unvereinbar.

Die Bundeswehr als Patentlösung für „absolute Sicherheit“ darzustellen, ist unredlich. Ein Sicherheitsgewinn durch die Militarisierung der inneren Sicherheit ist zweifelhaft, wohl aber würde eine Militarisierung die Freiheit in einer für einen Rechtsstaat unzulässigen Weise ein-

schränken und das zivile Gesicht unserer Gesellschaft nachhaltig verändern. Terrorabwehr darf aber nicht dazu führen, dass die Grundprinzipien einer freiheitlichen Gesellschaft zerstört und damit die Ziele des Terrors durch die „Abwehr“ desselben erreicht werden, nämlich die Schädigung oder sogar Beseitigung der feindlichen und aus Sicht der Terroristen „verderbten“ Gesellschaftsform westliche Demokratie.

Der Versuch, dem internationalen Terrorismus durch autoritäres Auftreten und eine Verschärfung repressiver staatlicher Maßnahmen zu begegnen, wird weniger Erfolge erzeugen, als vielmehr einen „Hydra-Effekt“. Ziel der terroristischen Maßnahmen ist es ja gerade, die angegriffenen Gesellschaften zu Überreaktionen zu veranlassen, um daraus sozusagen nachträglich eine eigene Legitimation und neue Anhängerschaft zu schöpfen. Wachsamkeit und Gelassenheit, wie es der frühere Innenminister Schily formulierte, ist tatsächlich das Gebot der Stunde.

Intensivierung der polizeilichen Prävention sowie mehr Bundeskompetenz für das BKA und im Bevölkerungsschutz bei außergewöhnlichen Gefahrenlagen, dazu kein weiterer Personalabbau bei den Polizeien, all das sind zwar weniger spektakuläre, dafür aber wirksamere und einer zivilen und offenen Gesellschaft angemessenere Maßnahmen, um auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. Darüber hinaus gilt es, die Probleme an der Wurzel zu packen: nur politische Gerechtigkeit sowie soziale und wirtschaftliche Chancen werden den Rekrutierungssumpf für immer neue „Gotteskämpfer“ trocken legen können.

Lebendige Mitgliederpartei: Von der organisierten Gesellschaft zur Reorganisation der Gesellschaft

Die Parteistruktur muss sich den gesellschaftlichen
Veränderungsprozessen stellen

Von Heiko Wessel, Wolfgang Hellmich, Burkhard Blienert, Thomas Dahlmann, Roland Radtke
und Dirk Presch

I. Politik muss Handeln ermöglichen

„Es ist eine der wichtigsten Traditionen der SPD, immer eine moderne Partei gewesen zu sein.“ Diese These von Franz Müntefering ist richtig, bedarf aber je nach gesellschaftlichen und organisatorischen Veränderungen im Umfeld der Partei einer regelmäßigen Überprüfung. „Parteireform heißt, Bewahrenswertes zu erhalten, gesellschaftliche Veränderungen aufzunehmen und auch Neues zu wagen“, so steht es denn auch im Bericht der unter dem Vorsitz von Kurt Beck arbeitenden Arbeitsgruppe Mitgliederpartei zum Bundesparteitag im November 2005. Soweit, so gut, so Allgemeingut.

Dass Politik und die von ihr anzupackenden Probleme immer komplexer werden, ist eine hinreichend oft beschriebene Tatsache. Schaut man sich diese vielfach beschworene Komplexität unter dem Vorzeichen des Willens, politische Handlungsfähigkeit entwickeln zu wollen, genauer an, so wird klar, dass es stärker denn je auf die Entwicklung eines eigenen Standpunktes ankommt. Die „Repolitisierung“ der letztlich absolvierten Wahlkämpfe stimmte da hoffnungsvoll: Sie forderte von der SPD und ihren Mitgliedern mehr die Fähigkeit, Standpunkte zu beziehen und auch öffentlich zu vertreten. Kampagnenfähigkeit wird dann zur Diskursfähigkeit! Welche Konsequenzen für die SPD und ihre Organisations- und Personalentwicklung daraus zu ziehen sind, wird jetzt zu diskutieren sein!

Auch die sozialstrukturellen Rahmendaten und ihre Auswirkungen auf die SPD sind bekannt: Auflösung von Milieus, das Abschmelzen der Personengruppen mit festen sozialen und politischen Bindungen, die konkurrierenden Informationsangebote von Medien, aber auch steigende Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements!

Und dennoch: Die Ergebnisse der Bundestagswahl scheinen erneut belegt zu haben, dass die Affinität der Wählerinnen und Wähler z.B. aus der Arbeitnehmerschaft zur SPD nach vor größer ist und auch mobilisierbar ist, während die CDU in zahlenmäßig geringerem Maße mobilisieren konnte.

Vor dem Hintergrund dieser Affinitäten zu politischen Richtungen muss die Organisationspolitik agieren. Hier kann es dienlich sein, Hinweise aus Wissenschaft und Forschung auf zu nehmen. Und diese geben Signale, die zielgerichtet in die Orga-

nisations- und Personalentwicklung a u f g e n o m m e n werden müssen. So weist die jüngst von der Bertelsmann-Stiftung herausgegebene Studie „Politische Partizipation in Deutschland“ auf Wege hin: „Freiwillig engagierte Personen beteiligen sich intensiver an Wahlen und zeigen eine grundsätzlich positivere Haltung zur Demokratie. Soziales Engagement,

wenn auch zunächst unpolitisch, bildet einen förderlichen Kontext für politisches Engagement ... Die Rahmenbedingungen für politische Beteiligung müssen verbessert werden. Da bürgerschaftliches Engagement in der Regel einen lokalen Bezug hat, muss der Weg, politische Partizipation mit Hilfe von mehr bürgerschaftlichem Engagement zu fördern, zuallererst in den

Kommunen beschränkt werden.“ Das Handlungspotential einer Partei, die auf der Basis stabiler lokaler Organisation mehrheitsbildend wirken will, d.h. politisch-programmatisch und personell, ist relativ klar: Nachwuchsförderung (übrigens lebensalterunabhängig!), Qualifizierung des Führungspersonals, Abbau der Barrieren beim Zugang zur Politik, an der Lebenssituation vor Ort orientierte Zugänge zur Partei.

Und eines stimmt auch: Mit der biographischen Phase des Sesshaftwerdens, der berufli-



chen Etablierung und der Gründung von Familie und Partnerschaft (im umfassendsten Sinne) steigt die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich und lokalpolitisch zu engagieren.

In diesem Kontext kommt es darauf an, dass die SPD „konkrete Chancenpolitik im örtlichen Sozialraum für den Alltag vieler Menschen“ (Birgit Fischer, Engagierte Bürgergesellschaft – Partnerschaftlicher Staat – Gerechte Lebenswelten schaffen, Vorlage im Regionalausschuss WW, September 2005) formuliert und auf dieser Basis auch in der Partei agiert. Birgit Fischer formuliert hier weiter: Gerechtigkeit erfordert Teilhabe, Partizipation, Selbstbestimmung. Umfassende Gerechtigkeit setzt deshalb eine starke Zivilgesellschaft (oder: Bürgergesell-

Heiko Wessel ist Unterbezirksgeschäftsführer im Ennepe-Ruhr-Kreis, Wolfgang Hellmich stellv. SPD-Landesgeschäftsführer NRW, Burkhard Blienert ist Unterbezirksgeschäftsführer im Hochsauerlandkreis, Thomas Dahlmann ist Unterbezirksgeschäftsführer in Hamm, Roland Radtke ist Unterbezirksgeschäftsführer in Recklinghausen und Herne, Dirk Presch ist Unterbezirksgeschäftsführer in Soest

schaft) voraus: In der Staat und Politik nicht mehr vorrangig hoheitlich lenken, sondern als Partner agieren, Teilhabe und Partizipation ermöglichen, Sozialstaatlichkeit gewährleisten aber auch Eigenverantwortung einfordern.

II. Lebendige Mitgliederpartei im Wandel

Mit der Entwicklung der SPD seit den 1970iger Jahren bis heute hat sich nicht die Organisationsstruktur, wohl aber die Arbeitsweise und die Arbeitsformen dieser Organisationsstruktur verändert.

1. Ortsverein

Die Parteistruktur, basierend auf Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften, spiegelt eine Organisationsform wider, die in den 1960iger und 1970iger Jahren nahezu perfekt auf das Lebensgefühl, den Lebensstil und die Sozialkultur der Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet war. Der Ortsverein repräsentierte die Partei in einem lebendigen Stadtteil. Die Sozialstruktur des Stadtteils war geprägt durch die Nähe von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen sowie Kultur und Freizeit, die sich im Vereinsleben und/oder in Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbänden abspielte.

Die SPD war damit lebendiger Teil der nachbarschaftlichen Beziehungen in den Wohnrevieren. Ihre Funktionäre und Repräsentanten waren bekannt und ansprechbar.

(a) Ortsvereine: Personelle Entwicklung

Die Entwicklung der Gesellschaft zu einer vielfältigen Freizeit- und Mediengesellschaft hat tiefgreifende Veränderungen in die nachbarschaftlichen Beziehungen im Stadtteil gebracht. Die Ausdifferenzierung und Internationalisierung der Industrie-, Energie- und Wissensgesellschaft, aber auch das demographisch gewandelte gesellschaftliche Leben in den Städten haben die Rahmenbedingungen von Politik tiefgreifend verändert. Mehr Flexibilität und Mobilität prägen das Leben der Menschen; hinzukommen ein anderes Freizeit- und ein anderes Einkaufsverhalten durch die vielfältigen Angebote, auch außerhalb der Stadtteile und Innenstädte.

Diese Entwicklung ist auch im Leben der Ortsvereine spürbar, manchmal auch nur zu erahnen, hat aber in den Arbeitsweisen der Partei an der Basis weniger Auswirkungen. Die Strahlkraft gibt eher die Organisationsprinzipien Wehnerscher Politik wieder. Das muss sich ändern.

Bedingt durch den Mitgliederschwund, der in den letzten zwei Jahren dramatisch zugenommen hat, sind in dieser Zeit auch Veränderungen in der Ortsvereinsstruktur notwendig geworden. Immer weniger Aktive waren für kleinere Ortsvereine verfügbar, so dass eine ganze Reihe von Fusionen und Kooperationen von Ortsvereinen notwendig wurde. Dies war nicht in jedem Falle frei von Konflikten und hat in vielen Fällen auch zum Rückzug von Aktiven und Funktionären aus

der lebendigen Parteiarbeit geführt.

Insgesamt nimmt die Zahl derjenigen, die bereit waren und sind, Funktionen und Mandate zu übernehmen, dramatisch ab. Für die Organisation innerhalb der SPD hatte das auch zur Folge, dass z.B. die Arbeitsgemeinschaftsvorstände bis zur Handlungsunfähigkeit ausgedünnt wurden.

Wie die empirischen Untersuchungen „SPD von innen“ in den 1980er und 1990er Jahren nachgewiesen haben, ist darüber hinaus vor ca. zehn Jahren eine wichtige Gruppe für das innerparteiliche Leben komplett weggebrochen – und zwar die Gruppe der „gelegentlich Aktivierbaren“. Insbesondere in Wahlkampfzeiten war es für die Ortsvereine wichtig, Genossinnen und Genossen anzusprechen, die nicht Mitglieder des Vorstandes waren oder die sich in den monatlichen Versammlungen nicht als Aktive hervortaten, aber für Sommerfeste, Verteilaktionen, Plakatierungen etc. ansprechbar und verfügbar für den Ortsverein waren (und auch noch angesprochen wurden!). Diese Gruppe ist zwischen den beiden Untersuchungen der Studie SPD von innen komplett weggebrochen. Sie existiert nicht mehr. Die Studie hat weiter nachgewiesen, dass die Zahl der Aktiven nach wie vor um 10 % der Mitgliedschaft pendelt. In kleineren Ortsvereinen ist die Zahl relativ größer als in größeren Ortsvereinen.

(b) Ortsvereine: Entwicklung der Arbeitsformen

Die Entwicklung einer modernen und schnelllebigen Mediengesellschaft mit einer sich rasant entwickelnden medialen Informationsversorgung sowie die Ausbreitung des Internets haben die Bedeutung der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften zur Vermittlung politischer Informationen dramatisch verändert. Das Setting und die Informationen über ein politisches Thema sind über Radio, Fernsehen, Internet weitaus schneller und umfassender zu erhalten als durch eine Informationsveranstaltung des Ortsvereins. Ausnahmen bilden hier selbstverständlich engere kommunalpolitische Themen, die auf der Ebene des Informationswertes von Lokalrundfunk und Tageszeitung liegen.

Auf dieser Plattform und neben den klassischen Parteistrukturen entstanden früh Arbeitskreise, Projektgruppen, Foren oder andere Formen, die das modernere gesellschaftliche bzw. kulturelle Leben in die Partei hinein spiegeln. Als ein Beispiel für eine solche Entwicklung können die Web-Sozis genannt



werden, eine „Selbsthilfegruppe der Webmaster in der SPD“. Sie haben recht früh das Medium des Internets für die Partei erkannt und Kontakt zu denjenigen gesucht, die ebenfalls aktiv mit und im Internet arbeiten.

Neben der kommunalpolitischen Präsenz und der Besetzung kommunalpolitischer Themen durch Informationsveranstaltungen und Diskussionen zum Zwecke der Meinungsbildung ist in den Ortsvereinen nach wie vor das kulturelle Leben des Ortes eine wichtige Arbeitsgrundlage. Problematisch wird es, wenn das Ortsvereinsleben weniger als vier Mitgliederversammlungen, (auch wenn sie Bürgerversammlungen genannt werden und sich an die Öffentlichkeit richten) im Jahr umfasst und neben der traditionellen Weihnachtsfeier es keinen Raum für kulturell-geselliges Leben der Mitglieder gibt. Ortsvereine, die ihre Aktivitäten auf Vorstandssitzungen sowie eine Jubilarehrung im Jahr reduzieren, spiegeln nicht mehr die notwendige Arbeitsstruktur einer den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werdenden modernen Sozialdemokratie im jeweiligen lokalen Umfeld wieder. Der Ortsverein muss sich stärker in die Öffentlichkeit hinein orientieren. Die Partei muss Formen des Hineingehens in die Lebenswelt der Bevölkerung finden. Dies können selbstverständlich auch Versammlungen und Feste sein, nur müssen Ablauf und Mobilisierung für diese Aktivitäten sich den modernen Lebensformen im Stadtteil entsprechend verändern.

2. Arbeitsgemeinschaften

Die Arbeitsgemeinschaften erfüllten ihren Teil der Organisationsstruktur im Bereich der Zielgruppenarbeit.

Die Jungsozialisten waren neben der sozialistischen Jugend Deutschland – die Falken der politische Jugendverband der demokratischen Linken. Die Jungsozialisten besetzten nicht nur das Thema Jugendpolitik, sondern mischten sich, getragen vom Lebensgefühl der politischen Jugend im linken Spektrum, in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein.

Georg Fülberth: G Strich
Kleine Geschichte des Kapitalismus 316 S., E 19,80

Was ist Kapitalismus? Der theoretischen Klärung folgt ein historischer Abriss, der auch die Widersacher einschließt. Er führt zur Frage nach der Endlichkeit dieser Gesellschaft. Jetzt in 3. Auflage



Werner Biermann/Arno Klönne: Kapital-Verbrechen 207 S., E 14,80

Vom Raub der Edelmetalle Amerikas bis zu den Machenschaften ums Öl: »Ein grandioses Buch, ein Muß als wirtschaftshistorisches Werk, als geostrategisches Handbuch und als Krimi«, Frankfurter Rundschau



Heinz-J. Bontrup: Arbeit, Kapital und Staat 424 S., E 24,80

Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft - »Bontrup kräftigt den Gegenstrom zur neoliberalen Agenda. Die Leser werden reichlich mit Erkenntnisgewinn und Argumentationskompetenz belohnt«, Frankfurter Rundschau



Frank Niess: Schatten auf Hollywood 247 S., EUR 16,90

Hetzkampagnen, Hexenjagden, Repressalien brachten im Kalten Krieg Zehntausende wegen »un-amerikanischer Umtriebe« um ihre Jobs. So auch hunderte Filmemacher. Kein Schnee nur von gestern



Klönne/Kreutz/Meyer: Es geht anders! Neuauf-lage, 172 S., EUR 13,90

Keine Alternativen zum fortgesetzten Sozialabbau? Von wegen! Die Autoren widerlegen die herrschenden Legenden und zeigen, daß hier nicht Naturgesetze walten. Und sie belegen ganz konkret, daß und wie es anders geht



Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, um noch eine zweite Arbeitsgemeinschaft zu nennen, repräsentierte die Betriebsarbeit der SPD. Die Betriebsgruppen sollten, wie Herbert Wehner es einmal ausdrückte, »Seismographen und Pulsmesser« für die Sozialdemokratie in den Betrieben und Belegschaften sein. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen war der Raum zum Austausch mit Betriebsräten, Vertrauensleuten und den hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären.

Eine ähnliche in der Gesellschaft fundierte Zielgruppenarbeit leisteten insbesondere die Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Frauen und die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungswesen. Außer bei der Arbeitsgemeinschaft 60 plus sind die Aktivitäten und das Aktivienpotential der Arbeitsgemeinschaften in den letzten fünf bis zehn Jahren rapide gesunken.

Bedingt durch die »Funktionärsknappheit« der Ortsvereine kam es schleichend zur Häufung von Multifunktionären, die neben einem kommunalpolitischen Mandat, einem Parteabend auf örtlicher Ebene (Ortsverein, Stadtverband) auch Funktionen in den Arbeitsgemeinschaften übernehmen mussten. Das lässt sich aber nicht lange durchhalten. Das Kraftpotential derjenigen, die in den 1970er und 1980er Jahren die Partei organisiert haben, scheint aufgebraucht. In gleichem Maße gingen die personellen und inhaltlichen Wechselbeziehungen zwischen Zielgruppen- und Parteiarbeit zurück oder sogar ganz verloren.

Besonders signifikant ist dies bei der AfA. Hier trifft ein drastischer Rückgang der Anzahl der Betriebsgruppen mit der zunehmend kritischen Distanz von aktiven Gewerkschafter/innen zusammen. Umstrukturierungen im hauptamtlichen Bereich der Gewerkschaften und neue Anforderungen an die Arbeit von Betriebs- und Personalräten haben dazu geführt, dass ein Engagement bei der AfA für viele gewerkschaftlich Aktive rein zeitlich nicht mehr möglich ist. Abgesehen davon: Die in mancher Gewerkschaftsspitze und in den hauptamtlichen Strukturen zunehmende Parteiferne leistet hier einen zusätzlichen Beitrag.

Nicht hilfreich ist dabei natürlich, dass sich die formale Organisationsform der Arbeitsgemeinschaften an der formalen Organisationsform der Partei orientiert (Wahl von Vorständen, Wahl von Delegierten). Dies führt zu einer permanenten Personalknappheit an Delegierten und Vorstandsfunktionären. Eine Lösung der Arbeitsgemeinschaften von der Zuordnung zu jeder Parteiebene ist nötig, um wieder zu einer wirksamen Zielgruppenarbeit kommen zu können.

3. Bildungsarbeit

Ein drittes wesentliches Strukturelement der Partei war die innerparteiliche Bildungsarbeit. Die Idee war, in jedem Ortsvereinsvor-

stand einen Bildungsobmann oder eine Bildungsobfrau zu wählen, um die innerparteiliche Bildungsarbeit an der Basis zu verankern. So wurde die innerparteiliche Bildungsarbeit Qualifikationselement für den Ortsverein und die Arbeitsgemeinschaften. Es ist ein alter Reflex der Sozialdemokratie als »Bildungsbewegung« auf Krisen der Organisationsstrukturen mit dem Ruf nach mehr Bildung zu reagieren. Immer wieder wurden, diesem Reflex entsprechend, seit den 70er Jahren versucht, die Bildungsarbeit wiederzubeleben. In Intervallen wurden Zielgruppen-seminare (Jugend, Frauen Senioren) oder thematisch ausgerichtete Seminare angeboten. Dem folgte ein Boom der »Zukunftswerkstätten«. Hier ging es zum ersten Mal um eine gemeinsame Ausrichtung der Thematik mit einer strategisch-organisatorischen Umsetzung der gewonnen Erkenntnisse.

4. Projekte und Foren

Bewährt zur Besetzung politischer Themen hat sich die Bildung von Projektgruppen an der auch ausdrücklich Nichtmitglieder, Experten bzw. Funktionäre befreundeter Organisationen etc. mitwirken können. Diese Projektgruppen – mit einem zeitlich und räumlich eingegrenzten Auftrag versehen – sind durchaus ein wichtiges Betätigungsfeld für diejenigen, die sich nicht auf Dauer, wohl aber zu einem bestimmten politischen Thema mit einem klar umrissenen politischen gesellschaftlichen Ziel engagieren wollen.

III. Gesellschaftliche Herausforderungen für die Parteireform annehmen

Elemente einer neuen Arbeitsstruktur existieren bereits. Die klassischen Arbeitsformen, die modernen Arbeitsformen der Projekte und Forenarbeit, sie existieren nebeneinander mit mehr oder weniger deutlichen Berührungspunkten. In letzter Zeit haben sich mehr Berührungspunkte dadurch ergeben, dass viele Funktionäre, die den Weg zur aktiven Arbeit in der Partei über Foren und Projekte gefunden haben, durch die Funktionärsknappheit in Funktionen der klassischen Ortsvereins- und Arbeitsgemeinschaftsarbeit integriert werden mussten.

Damit das gelingt, bedarf es des Miteinander und nicht nur des Nebeneinander der verschiedenen Arbeitsstrukturen. Dennoch bleiben viele Lücken, die sich immer dann zeigen, wenn wir über Fragen der Neumitgliederintegration, der Mitgliederpflege, der Mitgliederbetreuung diskutieren. Wenn die Aussage stimmt, dass es die älteste Tradition der SPD ist, immer eine moderne Partei gewesen zu sein, so muss nun als allerwichtigster Punkt auf der Agenda die Frage der Entwicklung neuer Beteiligungsformen im Parteileben gestellt werden.

1. Neue Beteiligungsformen schaffen

Man muss nicht ausschließlich den klassischen Fall des 38jährigen jungen Mannes in

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln; T. (02 21) 44 85 45
Fax 44 43 05; mail@papyrossa.de; www.papyrossa.de

einem akademischen Beruf bemühen, der aufgrund seines Alters, seines Geschlechts und seiner beruflichen Orientierung in keine Arbeitsgemeinschaft passt und der sich nicht für die Themen interessiert, die in seinem Ortsverein behandelt werden (in der Regel kommunalpolitische Themen). Aber an dieser Person wird natürlich deutlich, dass es auch für eine Reihe anderer Genossinnen und Genossen mit ähnlichen oder vergleichbaren Persönlichkeitsstrukturen so gut wie keine Beteiligungsmöglichkeiten am politischen Leben der SPD gibt. Auch hier hat die Organisationsstruktur ihre Grenzen gefunden. Versuche, das aufzubrechen, wie beispielsweise das Projekt „Unter 40jährige“ des UB Recklinghausen, scheitern häufig an der Ernsthaftigkeit und an der Verbindlichkeit, mit der einzelne Funktionäre Teilprojekte neuer Beteiligungsformen umsetzen.

Dies heißt andersherum, die Partei muss es wollen, die Leute müssen es tragen, die Qualifikationen müssen geschaffen werden. Also: Personalentwicklung in all ihren Facetten ist notwendig.

Die Debatte um eine moderne Mitgliederpartei mit neuen Beteiligungsformen ist deshalb unausweichlich. Diese Weiterentwicklung der klassischen Fragen der Mitgliederbetreuung, der Neumitgliederintegration und der Mitgliederpflege sind naturgemäß eine Frage der Qualifikation und der Weiterentwicklung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Insofern muss es bei der Entwicklung neuer Beteiligungsformen auch immer darum gehen, entsprechende Qualifikationen aufzubauen, Bildungsmaßnahmen durchzuführen. Diese Bildungsmaßnahmen sind in enger Ausrichtung auf den Prozess der Neubelebung der Mitgliederpartei durch Beteiligungsformen abzustimmen. Projektgruppen sind geeignet zum Aufbau von Dialogstrukturen, zur Gewinnung von Kontakten zu Multiplikatoren aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Verbänden etc. Wenn sich diese Dialogstrukturen als tragfähiger erweisen, als der zeitliche Rahmen eines Projektes erlaubt, so lassen sich auf dieser Basis auf Dauer angelegte Foren entwickeln.

2. Innerparteiliche Bildungsarbeit

Dieser hier umrissenen Struktur folgend hat die innerparteiliche Bildungsarbeit einen anderen Stellenwert einzunehmen. Sie stellt nicht mehr das Informationsangebot für Aktive und Funktionäre dar, die ein spezielles Thema vertiefend erarbeiten wollen. Viel mehr muss die innerparteiliche Bildungsarbeit sich auf zwei Bereiche konzentrieren: (a) Personalentwicklung und Qualifizierung. Qualifikation von Ortsvereinsfunktionären in Fragen der Führung eines Ortsvereins, des Management und der Motivation von Aktiven oder Mitgliedern und von Kandidatinnen und Kandidaten für Mandate auf jeder parlamentarischen Ebene.

So kompliziert, wie sich eine moderne Medi-

engesellschaft entwickelt, so kompliziert wird auch die Anforderung an ein modernes Parteileben. Ortsvereinsfunktionäre sind zurzeit Einzelkämpfer und versuchen, auf der Basis der oben beschriebenen Bedingungen das Ortsvereinsleben zu gestalten. Dabei zeigt sich sehr häufig die Unfähigkeit, die Aufgaben arbeitsteilig in Teamstrukturen zu erledigen.

Es wird oft von Ortsvereinsvorsitzenden beklagt, dass sie sich allein um die Fragen des Ortsvereinslebens kümmern. Ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten, um sich herum ein Team aufzubauen, Aktive zu motivieren, sind dabei sehr wenig entwickelt. Hier müssen Qualifikationen erworben werden, die es den Funktionären ermöglicht, diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Inhalte der Bildungsarbeit müssen dabei die Entwicklung persönlicher Arbeitstechniken, Fragen der Selbstmotivation, Fragen der Führung, natürlich auch der Rhetorik und der Projektorganisation sein.

Hinzu kommen selbstverständlich technische Fragen wie der Umgang mit Computern und Internet.

(b) Projektmanagement und Themenbesetzung

Ausgehend von der Annahme, dass die oben beschriebene Besetzung von Themen durch Projektgruppen bzw. Foren ein wesentlicher Weg ist, um aktuellen politischen Themen und gesellschaftliche Entwicklungen gerecht zu werden, so bedarf es der Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Projekte zu entwickeln, Projektziele und Unterziele zu formulieren, ein Controlling aufzubauen und dem Projekt einen sinnvollen Ablauf zu geben. Daneben muss es selbstverständlich auch um die Vermittlung entsprechender inhaltlicher Positionen sowie einer öffentlichkeitswirksame Darstellung der gesellschaftlichen Zusammenhänge gehen.

Notwendige Voraussetzung, dass sich die innerparteiliche Bildungsarbeit in dieser Form organisiert, ist eine bessere Abstimmung und Synchronisation der Bildungswerke und deren Angebote.

3. Reform des Organisationsgerüsts

(a) lebendige Mitgliederpartei

Die Aufgabe, die Organisation der Partei entsprechend den gewandelten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen neu auf zu stellen, beginnt mit der Frage der künftigen Organisation der Ortsvereinsarbeit. Eine in diesem Sinne moderne Ortsvereinsstruktur bedarf einer rationalen Jahresplanung, die verschiedene Elemente berücksichtigen muss, wie sie z.B. in der Projektskizze „lebendige Mitgliederpartei NRWSPD“ beschrieben sind:

- Befähigung zur Analyse der gesellschaftlichen und politischen Prozesse im lokalen Umfeld;

- Entwicklung einer Strategie und einer Arbeitsplanung zur Verbesserung der Parteilarbeit in diesen Bezügen;
- Entwicklung von Strategien zur Besetzung relevanter Themen;
- Entwicklung von Strategien einer effektiven Zielgruppenarbeit;
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit;
- Entwicklung von Arbeitsplänen, Zeitplänen und Controlling-Instrumenten;
- Entwicklung von neuen und Stärkung vorhandener Beteiligungsformen quer zur klassischen Sitzungskultur der Vorstände und Mitgliederversammlungen;
- Verbesserungen der Maßnahmen der Mitgliederbetreuung und -pflege;
- Selbstverständlich sind in diesem Zusammenhang auch strukturelle Frage wie z.B. eine Mindestgröße für Ortsvereine zu diskutieren;

Auf der Ebene der Zielgruppenarbeit muss ebenfalls eine kritische Analyse erfolgen, wie „modern“ in Sinne der Spiegelung der gesellschaftlichen Realität die derzeitigen Strukturen noch sind. Im Falle der Betriebsorganisationen ist deutlich, dass diese Form der Zielgruppenarbeit, die „Seismograph und Motor“ (Wehner) sein sollte, bereits heute so nicht mehr stattfindet.

In den Arbeitsgemeinschaften muss die Frage, wie rational und zeitgemäß die Organisationsstrukturen sind, mit aller Konsequenz beurteilt werden. Das kann eine Neuausrichtung der jeweiligen Zielgruppenarbeit als Forum bedeuten, wie sie z.B. bei der Junior-SGK bereits existiert. Auch eine Projektierung von Teilaufgaben der heutigen Arbeitsgemeinschaften ist ein denkbarer Weg.

(b) Hauptamtliche Strukturen.

Die Ausrichtung des „hauptamtlichen Apparates“ der NRWSPD entspricht den Strukturen der „Strukturierten Gesellschaft“ der 1970er und 1980er Jahre. Fast alle anderen Landesverbände und Bezirke haben Versuche der Umorganisation hinter sich, die entweder dem Leitbild „Betreuung in der Fläche“ oder „Stärkung der Zentrale“ entsprechen. Beide Wege scheinen gescheitert, da sie in Bezug auf die notwendige Ressourcenausstattung und Integration an den Schnittstellen und Knotenpunkten des Netzwerkes SPD und ihrer Verankerung in der Gesellschaft schlichtweg den Apparat der SPD entweder überfordert oder aus der Gesellschaft zurückgezogen haben.

Bei allen Versuchen, das hauptamtliche Organisationsgerüst zu erneuern, ist der sensibelste Punkt die Diskussion der ehrenamtlichen Vorstände der verschiedenen Ebenen über die Frage nach den Ansprüchen an hauptamtliche Arbeit. Hier gibt es bereits auf der Ebene der Ortsvereine und Unterbezirke große Unterschiede. Ein großstädtischer Unterbezirk und ein Unterbezirk in einem Landkreis unterscheiden sich in ihren Arbeitsformen bereits heute strukturell.

Die Konsequenz aus dem oben beschriebenen Prozess der Erneuerung muss lauten:

- Die Planmäßigkeit des Einsatzes der hauptamtlichen Mitarbeiter(innen) als Team muss die Zufälligkeit und das „Einzelkämpfertum“ ersetzen, so wie es der Umstrukturierungsplan der NRWSPD vorsieht.
- Zum ersten Mal wird es eine Aufgabekritik für die Arbeit der Hauptamtlichen geben.
- Es werden Zuständigkeiten und Kompetenzen formuliert.

Warmstart in die SPD-Programmdebatte

Hubertus Heil/Juliane Seifert, *Soziales Deutschland, Für eine neue Gerechtigkeitspolitik*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 141 Seiten, 21,90 Euro

Im Dezember haben Hubertus Heil und Juliane Seifert einen Sammelband zur sozialen Gerechtigkeit in der Bundesrepublik herausgegeben. Insgesamt wird deutlich, dass Heil dies Projekt begann und beendete, bevor er Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde. Das vorliegende Buch vereinigt sehr verschiedene Autoren, Textstile und Blickwinkel.

Hartmut Häußermann und Martin Kronauer beziehen in ihrem Beitrag die Ergebnisse der bisherigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung auf den Sozialraum in der Großstadt. Anhand wesentlicher Dimensionen – Erwerbsarbeit, unterstützende soziale Netze und Lebensstandard/Lebenschancen – und deren Wechselwirkung beschreiben sie das existente Ausmaß der Ausgrenzung. Sie entlarven nebenbei naive Vorstellungen von Verteilungspolitik als Verteilung von Wohlstand, in dem sie provokant feststellen: „Verarmungsrisiken sind in Deutschland ungleich verteilt.“ Als ein wichtiges Feld zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung definieren sie Wohnraumversorgung.

Von ganz anderem Charakter ist der Beitrag von Gert Wagner, der mit „Die Einkommensverteilung in Deutschland“ überschrieben ist. Eine Tabelle dazu sucht man vergebens. Handelt es sich dabei doch um einen aktualisierten Feuilletonbeitrag, der ursprünglich in der Süddeutschen Zeitung erschienen ist. Inhalt: Eine Polemik gegen alle Kritiker der Agenda 2010.

Mit Recht beschreibt Christoph Strünek Gerechtigkeit als teures Gut, das „aber auch eine billige Ware“ sei. Nicht folgen kann man ihm jedoch bei dem Versuch, die Abstammung der Gerechtigkeit erst im Naturrecht zu suchen. Ist doch bekannt, dass Gerechtigkeit auch als soziale Gerechtigkeit bereits in der Bibel eine gewichtige Rolle spielt. Hinsichtlich seines Verständnisses von Verteilungspolitik verweigert man ihm mit wissenschaftlicher Kenntnis erneut die Gefol-

Erstmals wird es ein formuliertes Berufsbild für die Geschäftsführer(innen), Referent(inn)en und Mitarbeiter(innen) geben, das transparent und nachvollziehbar ist. Der Erfolg dieser neuen Arbeitsstruktur hängt aber im wesentlichen davon ab, wie es in der Praxis gelingt, die modernen Organisationsstrukturen als Spiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse umzusetzen, d.h. neue Beteiligungsformen zu schaffen, eine neue Qualität von Ortsvereinsarbeit zu

schaft. Gerhard Weisser hat spätestens seit 1953 ein breiteres Verständnis von Verteilungspolitik und –gerechtigkeit ermöglicht. Der frühere schleswig-holsteinische Finanz- und jetzige Innenminister Ralf Stegner hält in seinen Buchbeitrag ein engagiertes Plädoyer für den steuerfinanzierten Sozialstaat. Dabei stellt er die richtige Frage, was einer Kommune die Zuständigkeit für die Kindesbetreuung nutze, „wenn sie kein Geld dafür hat“.

Manche scheinen Sozialpolitik für Sozialtransferpolitik zu halten. Dem gegenüber machen Rolf G. Heinze und Josef Hilbert fundiert deutlich, dass Sozialpolitik durchaus Investitionen und wirtschaftlichen Strukturwandel auslösen. Für die offenen Fragen des Lebens mit immer mehr älteren Menschen machen sie einen erhöhten Investitionsbedarf aus. Sie sehen die Gefahr, dass die Wirtschaft die sich entwickelnde Nachfrage in diesem Zusammenhang verschlafen könnte. In seiner Darstellung beschreibt Wolfgang Schroeder, Abteilungsleiter Sozialpolitik der Industriegewerkschaft Metall, den Wandel des Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit den Mitgliederverlusten der Gewerkschaften. Bei ihnen stellt er Thematisierungs-, Mobilisierungs- und Gestaltungsprobleme fest. Die Verteilungspolitik der Gewerkschaften habe sich mehr in Richtung betriebliche Sozial- und Beschäftigungspolitik entwickelt. Dem Thema Bildung widmet sich Jürgen Zöllner. Der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister plädiert für einen allgemeinen Zugang zu allen Bildungsinstitutionen, um die sozialen Schranken in Deutschland abzubauen. Deutschland müsse eine „Bildungsrepublik“ werden.

„Gesundheit für alle“ fordern Karl Lauterbach und Stephanie Stock. In dem System mit zahlreichen Interessengruppen werde zuviel blockiert. Interessanterweise analysieren Lauterbach und Stock, dass der Wettbewerb nicht allein dem Markt überlassen werden dürfte. Als Prinzipien einer solidarischen Gesundheitspolitik definieren sie u.a.: Solidarität erhalten, Transparenz verbessern und Bildungspolitik einbinden.

Matthias Platzeck nimmt in seinem Beitrag zur demografischen Entwicklung noch völlig die Perspektive des Ministerpräsidenten ein. Er definiert als sein „persönliches Ziel für die kommenden Jahre ...“, dass das Land

entwickeln und eine Personalentwicklung auch im ehrenamtlichen Bereich sicherzustellen.

Die nun angestrebte hauptamtliche Zusammenarbeit in regionalen Arbeitszusammenhängen unterhalb der früheren Bezirksstrukturen wird früher oder später die Frage aufwerfen, ob die neu geschaffene hauptamtliche Struktur ohne politische Kommunikation im ehrenamtlichen Bereich auskommt. An dieser Frage werden wir weiterarbeiten.

spw 2 / 2006



Brandenburg auf dem Weg in die demografische Zukunftsfähigkeit zum Vorbild und Vorreiter in Deutschland wird“.

Als letzten Beitrag hätte man sich nun einen Text gewünscht, der die Frage beantwortet: Wer soll für was zuständig sein bzw. wer soll was finanzieren? Darüber hinaus fehlen einige Felder der Sozialpolitik. Bei der Jugendhilfepolitik ist dies besonders augenfällig, da sich einige Autoren besonders auf Teilhabe- oder Chancengerechtigkeit konzentrieren. Bei diesem Buch handelt es sich weniger um eine sozialwissenschaftliche Diskussion, mehr um eine populärwissenschaftliche Diskussion, an der Sozialwissenschaftler beteiligt sind. Man kann es als Warmstart der SPD-Programmdebatte begreifen, die sich doch weitgehend aufgehängt hatte. Deutlich wird bei der Lektüre: Eine neue Verteilungspolitik ist notwendig. Denn Stegner hat übertragen Recht: Was nutzt den Menschen alle Freiheit, z.B. bei der Kindesbetreuung, wenn die Finanzen nicht reichen? Jedoch ist Verteilungsgerechtigkeit nicht durch eine Bestandsaufnahme leerer Kassen zu erreichen. Dazu braucht es mehr Phantasie und Willen. Wer das aktuelle Alltagsbewusstsein der SPD kennen lernen oder sich an deren Programmdebatte beteiligen will, dem kann das Paperback Heils und Seiferts nützlich sein – trotz des offensichtlich fehlenden Korrektors im VS-Verlag.

Knut Lambertin (Berlin)

Arbeit, Kapital und Staat.

Heinz-J. Bontrup, *Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft*, 2. Auflage, 2005, PapyRossa Verlag Köln, ISBN 3-89438-326-7, 424 Seiten, 24,80 Euro

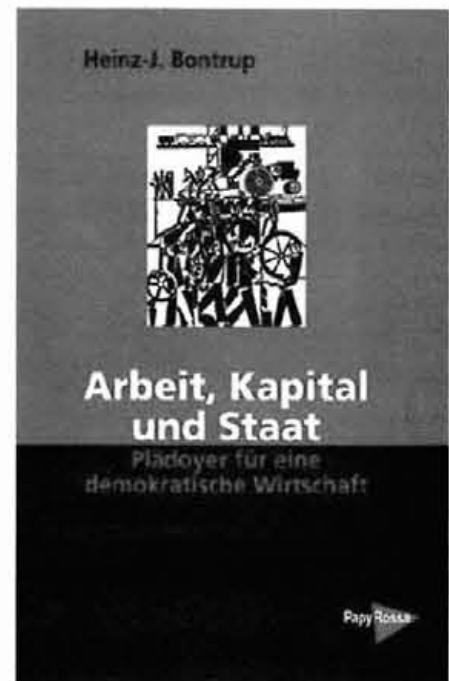
Ausgehend von den konjunkturellen und vor allem strukturellen Verwerfungen der deutschen Wirtschaft untersucht Bontrup die Ursachen der gegenwärtigen Sklerose. Dabei rechnet er schonungslos mit der seit Mitte der 1970er Jahre betriebenen neoliberalen Politik ab. Statt sich immer weiter aus dem Wirtschaftsgeschehen zurückzuziehen und auf die viel beschworenen, aber oftmals überforderten „Selbstheilungskräfte“ des Marktes blind zu vertrauen, sollte sich die Politik im Rahmen einer demokratischen Wirtschaftsordnung wieder auf ihre gestalterische Aufgabe und Verantwortung besinnen. Dies gelte eben nicht nur trotz, sondern gerade wegen der Globalisierung. Denn sie ist nicht vom Himmel gefallen. Sie wurde vielmehr politisch herbeigeführt, dabei aber zu sehr dem freien Spiel des Marktes und den Wünschen der Wirtschaft überlassen. Infolgedessen sei die Machtbalance in der Gesellschaft aus den Fugen geraten. Der lange Zeit praktizierte „Dreiklang“ aus den systemimmanent widersprüchlichen Interessen der Arbeiter und des Kapitals sowie der Aussteuerung durch den Staat wurde nachhaltig gestört. Damit einher ging einerseits eine massive Umverteilung zugunsten der Gewinnquote, andererseits ein struktureller Mangel an Binnennachfrage, der durch die fiskalpolitische Enthaltensamkeit noch forciert wurde und ein zentrales Problem der anhaltenden ökonomischen Misere bildet.

Im ersten Kapitel widmet sich Bontrup der menschlichen Arbeitskraft. Ausführlich blickt er dabei auf die historische Auseinandersetzung über die Bedeutung und die „Wertigkeit“ dieses originären Produktionsfaktors zurück. Dabei kritisiert er insbesondere die inzwischen weit verbreitete Vorstellung, der Mensch müsse als Arbeitskraft nur noch möglichst billig sein. Hierdurch werde das Kaufkraftargument, wonach Löhne in der Kreislaufbetrachtung nicht nur Kosten, sondern in gleicher Höhe auch Einkommen darstellen, vollkommen ausgeblendet. Der Druck auf die Arbeitseinkommen führe so zu einer rückläufigen Entwicklung der Masseneinkommen, wodurch wiederum Absatzkrisen mit nachfolgenden Entlassungswellen ausgelöst und in Verbindung damit wiederum sinkende Haushaltseinkommen hervorgerufen werden. Zur unauffhaltsamen Abwärtsspirale wird dieser Prozess spätestens dann, wenn der einzige Weg aus den Absatzkrisen darin gesehen wird, die Umverteilung zu Lasten der Löhne weiter zu verschärfen.

Als Alternative dazu empfiehlt Bontrup im zweiten Kapitel mindestens eine am verteilungsneutralen Spielraum ausgerichtete produktivitätsorientierte Lohnpolitik bzw. sogar eine expansive Einkommenspolitik mit einer Rückverteilung zu Gunsten der Lohnquote durch Gewinn- und/oder Kapitalpartizipation der Arbeitnehmer. Der neoliberalen G-I-B-Formel, wonach nur mehr Gewinne zu mehr Investitionen und damit zu mehr Beschäftigung führten, erteilt der Verfasser mit Blick auf die Empirie und die Theorie eine klare Absage: Warum, fragt Bontrup insbesondere, sollten Unternehmen, für deren Investitionen die zukünftigen Absatz- und Gewinnerwartungen ausschlaggebend sind, angesichts der umverteilungsbedingt fehlenden Massenkaufkraft ihren Kapitalbestand ausweiten? Wenig hilfreich seien auch die Hartz-Gesetze gewesen. Sie hätten mehr zu einer Bekämpfung der Arbeitslosen als zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Auch mit der weit verbreiteten Forderung nach Arbeitszeitverlängerung will der Ökonom sich nicht anfreunden. Er betont im Gegenteil wie wichtig es in Anbetracht der Massenarbeitslosigkeit und der immer weiter auseinanderklaffenden Schere zwischen Produktion und Produktivität sei, das verbleibende Arbeitsvolumen durch massive Arbeitszeitverkürzung auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

Im vorletzten Kapitel bringt Bontrup nicht nur seine wissenschaftlichen Erkenntnisse, sondern auch seine langjährigen Erfahrungen als ehemaliger Arbeitsdirektor und Personalvorstand ein. Darin geht es um die „Stellung und Rolle der Beschäftigten im Unternehmen“. Diesem Abschnitt ordnet er mit Blick auf die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft sogar eine zentrale Bedeutung zu: „Will man gesellschaftlich etwas verändern, so muss als erstes hier eine Veränderung einsetzen“ (S. 103). Die Beschäftigten dürften nicht zur Manövriermasse eines stur am share-holder-value ausgerichteten Managements degradiert werden. Es bedürfe vielmehr im Sinne einer demokratischen Gesellschaftsordnung auch einer „partizipativen Unternehmenskultur, die den Menschen auch tatsächlich in den Mittelpunkt des unternehmerischen Geschehens stellt“ (S. 126). Das derzeit diskutierte Zurechtstutzen der Mitbestimmung weise da in die gänzlich falsche Richtung. Statt dessen präsentiert Bontrup als „vorwärtsweisendes Unternehmensmodell“ eine umfassende paritätische Partizipation (S. 151). Zur Umsetzung seien aber auch starke Gewerkschaften erforderlich.

Abschließend leitet Bontrup mit dem Thema „Wirtschaft und Staat in gesamtwirtschaftlicher Sicht und Verantwortung“ auf die makroökonomische Ebene über. Dabei bilde die von ihm vorgeschlagene gesamt-



wirtschaftliche Planung durch eine aktive Wirtschaftspolitik, in deren Mittelpunkt „die Triade Arbeit, soziale Sicherheit und Umwelt“ steht, geradezu ein integratives Element, um in einem ganzheitlichen Ansatz die von ihm angestrebte partizipative und demokratische Unternehmenskultur erfolgreich etablieren zu können. Dem Staat als einzige demokratisch legitimierte Institution falle dabei die Rolle zu, die Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital auszutarieren. Dem Wettbewerbsprinzip könne in diesem Zusammenhang angesichts der immanenten Vermachtungstendenzen nicht vertraut werden, statt dessen bedürfe es einer Stärkung des verfassungsrechtlichen Sozialstaatsgebotes, wobei Bontrup zugleich die Beschneidung des Sozialstaates durch die Reformen in der Sozial- und Krankenversicherung anprangert. Hinsichtlich der Prozesspolitik seien die keynesianischen Ansätze in der Vergangenheit zu Unrecht diskreditiert worden. Der Rückzug der Geld- und Finanzpolitik aus der stabilisierungspolitischen Verantwortung sei letztlich mitverantwortlich für die hinlänglich bekannten gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen.

Selbst Leser, die seine Positionen nicht vorbehaltlos teilen, profitieren davon, dass der Ökonom sich wohlthuend vom populärwissenschaftlichen „Einheitsbrei“ abhebt und neue Denkanstöße vermittelt. Sein Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft wirkt allemal vielversprechend: „Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt! ... Ökonomie ist von Menschen gemacht und kann auch von Menschen verändert werden“ (S. 8).

Ralf-Michael Marquardt (Recklinghausen)

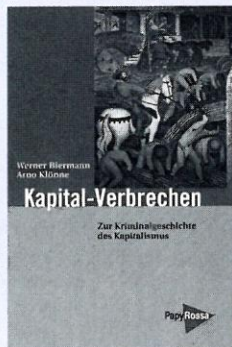
spw – seit mehr als 25 Jahren ... wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

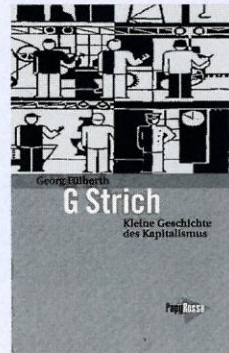
Prämie 1

Werner
Biermann/Arno
Klönne
Kapital-Verbrechen
Zur Kriminalgeschichte
des Kapitalismus
208 Seiten,
EUR 14,80;



Prämie 2

Georg Fülberth
G Strich - Kleine
Geschichte des
Kapitalismus
Hardcover, 316 Seiten,
EUR 19,80



Prämie 3

Karl-Heinz
Brandl/Lothar
Schröder
(Hrsg.)
Menschen machen
Innovationen
264 Seiten, EUR 14.80



+

+

+

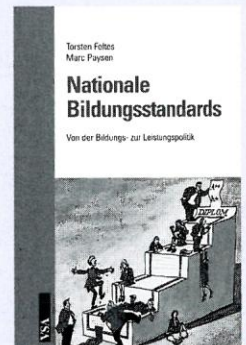
Jürgen Meier:
„Eiszeit“ in
Deutschland
186 S., EUR 14,90



Boris Michel
Stadt und
Gouvernementalität
56 S., EUR 14,90



Torsten Feltes /
Marc Paysen
Nationale
Bildungsstandards
Von der Bildungs- zur
Leistungspolitik
204 Seiten, EUR 14.80



Abo unter www.spw.de oder per
eMail an spw-verlag@spw.de